



weltbevölkerungsbericht 2008

Gemeinsamkeiten finden:
Kultur, Gender und Menschenrechte

Copyright © UNFPA 2008

UNFPA, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
Thoraya Ahmed Obaid, Exekutivdirektorin

| | |
|--|---|
| Überblick | 1 |
| Menschenrechte | 2 |
| Gleichbehandlung der Geschlechter und Stärkung von Frauen | 3 |
| Reproduktive Gesundheit und Rechte | 4 |
| Armut, Ungleichheit und Bevölkerung | 5 |
| Krieg, Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen | 7 |
| Schlussfolgerungen | 8 |

| | | |
|----------|---|----|
| 1 | Einführung | 11 |
| | Warum das Thema Kultur? | 11 |
| | Der Hintergrund | 12 |
| | Was ist Kultur? | 14 |
| | Was Kultur nicht ist ... | 15 |
| | Warum sind kultursensible Ansätze so wichtig? | 16 |
| | Überblick über die Kapitel | 18 |

| | | |
|----------|--|----|
| 2 | Unterstützung für die Menschenrechte aufbauen | 21 |
| | Die Debatte über die Menschenrechte | 22 |
| | Die Weiterentwicklung der Menschenrechte | 23 |
| | Kulturelle Legitimität für die Menschenrechte schaffen | 24 |

| | | |
|----------|---|----|
| 3 | Die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen fördern | 29 |
| | Gleichbehandlung der Geschlechter, Stärkung von Frauen und Kultur | 32 |
| | Die vielen Gesichter der Macht: Beispiele aus Afrika | 34 |
| | Kulturelle Auseinandersetzungen um häusliche Gewalt in Lateinamerika | 36 |
| | Kultur, Gender und Menschenrechte | 37 |
| | Sieben Lektionen aus der Praxis | 38 |

ABBILDUNGEN

| | | |
|-------------|---|----|
| Abbildung 1 | Kultur, Menschenrechte und Gender verstehen | 35 |
|-------------|---|----|



Titelbild:
 Tänzerinnen in den Straßen von Salvador, Brasilien.

© Peter Adams/Getty Images

Gemeinsamkeiten finden: Kultur, Gender und Menschenrechte

4

| | |
|---|----|
| Reproduktive Gesundheit und Rechte | 47 |
| Weibliche Genitalverstümmelung: Der Wert kulturellen Wissens | 49 |
| Kulturen ausloten | 51 |
| Kultur, Männlichkeit und sexuelle und reproduktive Gesundheit | 56 |

5

| | |
|---|----|
| Armut, Ungleichheit und Bevölkerung | 61 |
| Bevölkerungsfragen, Armut und Ungleichheit im kulturellen Kontext | 62 |
| Armut und Gesundheitsversorgung | 63 |
| Kultur und reproduktive Gesundheit | 64 |
| Migration, Zuwanderer und kulturelle Vielfalt | 67 |

TABELLEN

| | |
|--|----|
| Tabelle 1 Müttersterblichkeitsraten (MMR), Todesfälle von Müttern und Lebenszeitrisiko, nach MDG-Regionen der Vereinten Nationen, 2005 | 64 |
|--|----|

ABBILDUNGEN

| | |
|---|----|
| Abbildung 2 Fertilität und Wohlstand | 62 |
| Abbildung 3 Ungedeckter Bedarf an und Nachfrage nach Familienplanung, nach Region und Einkommensquintilen der Haushalte | 63 |
| Abbildung 4 Verfügbarkeit von Schwangerenfürsorge | 65 |
| Abbildung 5 Betreute Geburten | 65 |

6

| | |
|---|----|
| Gender und reproduktive Gesundheit in Konflikten | 71 |
| Kulturen, Geschlechterbeziehungen und bewaffnete Konflikte | 71 |
| Geschlechterbeziehungen in bewaffneten Konflikten: Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats | 73 |
| Kultursensible Ansätze, Geschlechterbeziehungen und bewaffnete Konflikte | 76 |
| Analyse, Reaktion, Wirkung | 77 |
| Kulturelle Hindernisse innerhalb von Entwicklungsorganisationen überwinden | 82 |

7

| | |
|---------------------------|----|
| Einige Schlussfolgerungen | 85 |
|---------------------------|----|

Quellen und Indikatoren

| | |
|---|-----|
| Quellen | 92 |
| Indikatoren | 96 |
| Überwachung der ICPD-Ziele – ausgewählte Indikatoren | 96 |
| Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren | 100 |
| Ausgewählte Indikatoren für weniger bevölkerungsreiche Länder/Territorien | 104 |
| Anmerkungen zu den Indikatoren | 106 |
| Technische Hinweise | 107 |
| Impressum | 111 |

Hintergrundbild:
Eine junge kubanische Frau hält ein Baby in ihren Armen.

© J. Royan/Still Pictures



Überblick

Kultur ist und war schon immer von zentraler Bedeutung für Entwicklung. Als fundamentale Dimension des Lebens muss Kultur in die Entwicklungspolitik und in Entwicklungsprogramme integriert werden. Wie dieser Prozess in der Praxis funktioniert, zeigt der diesjährige *Weltbevölkerungsbericht*.

Der Ausgangspunkt des Berichts ist die universelle Gültigkeit des internationalen Menschenrechtssystems. Entsprechend liegt sein Hauptaugenmerk darauf, zu untersuchen, ob – beziehungsweise zu belegen, dass – kultursensible Ansätze für die Verwirklichung der Menschenrechte im Allgemeinen und die Rechte von Frauen im Besonderen von entscheidender Bedeutung sind.

Neben einem Überblick über den konzeptionellen Rahmen und die Praxis der Entwicklung wirft der Bericht auch einen Blick auf die Art und Weise, wie Menschen Entwicklung in ihrem Alltag erleben. Kultursensible Ansätze verlangen nach kultureller Kompetenz – sprich nach dem Wissen, wie Kulturen funktionieren und wie man mit ihnen arbeitet. Weiter diskutiert der Bericht einige der praktischen Herausforderungen und Dilemmata kultursensibler Strategien. Schließlich demonstriert er anhand von Fallstudien, wie Entwicklungsorganisationen gemeinsam mit Partnern daran arbeiten, solche Hindernisse zu überwinden.

Kultur – sprich überlieferte gemeinsame Bedeutungsmuster und ein gemeinsames Verständnis der Welt – beeinflusst, wie Menschen leben und ihr Leben gestalten. Kultur ist die Linse, durch die hindurch Menschen ihre Gesellschaft interpretieren. Kulturen beeinflussen zwar, wie Menschen denken und wie sie sich verhalten, bringen aber keineswegs einheitliche Denk- oder Verhaltensweisen hervor.

Kulturen müssen in ihrem allgemeinen Kontext gesehen werden. Sie beeinflussen äußere Bedingungen und werden umgekehrt von ihnen beeinflusst, sie passen sich den sich verändernden Gegebenheiten an. Kulturen sind nicht statisch. Menschen gestalten sie durch ihre Interaktionen beständig neu, während zugleich gewisse Aspekte von Kulturen auf sehr lange Zeit hinaus Entscheidungen und Lebensstile ihrer Mitglieder beeinflussen.

Kulturelle Gebräuche, Normen, Verhaltensweisen und Einstellungen sind ebenso vielfältig wie dynamisch. Verallgemeinerungen sind riskant. Das gilt insbesondere für den Versuch, eine Kultur anhand der Normen und Werte einer anderen zu beurteilen. Solche Verallgemeinerungen können zu der Annahme verleiten, alle Angehörigen einer bestimmten Kultur dächten dasselbe. Diese Sichtweise ist nicht nur

◀ *Nepalesische Familie.*

© Peter Bruyneel

falsch, sondern ignoriert auch die einer Kultur inhärenten – und Veränderungen anstoßenden – Widerstände und damit einen treibenden Faktor des kulturellen Wandels. Der Trend hin zu einer stärkeren Gleichbehandlung der Geschlechter bietet ein gutes Beispiel dafür, wie dieser Prozess abläuft.

Aufforderungen zu mehr kultureller Sensibilität und kulturellem Engagement werden mitunter irrtümlich als Tolerierung schädlicher traditioneller Praktiken verstanden oder fälschlicherweise als ein Vorwand interpretiert, sich nicht an die allgemeinen Menschenrechte halten zu müssen. Ein solcher Relativismus taugt jedoch nicht als Handlungsgrundlage und verursacht lediglich Stillstand und Frustration. Werte und Praktiken, die die Menschenrechte verletzen, finden sich in allen Kulturen. Kultursensible Ansätze fragen danach, was Menschen für sinnvoll erachten und arbeiten mit diesem Wissen. Ein offener Umgang mit kulturellen Realitäten kann zu sehr wirksamen Methoden führen, die schließlich helfen, schädliche kulturelle Praktiken zu überwinden und gute zu stärken.

Kultursensible Ansätze

- gehen über das „was“ hinaus und fragen danach, „warum“ die Dinge so sind, wie sie sind,
- streben ein tief reichendes lokales Wissen und Beziehungen an, die sich als Grundlage für einen Dialog und wechselseitige Veränderungen eignen,
- vermeiden Verallgemeinerungen und erkennen unterschiedliche Werte an – auch innerhalb ein- und derselben Kultur,
- stärken bei denen, die vor Ort arbeiten, den Respekt vor den Menschen und
- gewährleisten, dass ein tiefes Verständnis der – auch kulturellen – Realität der Menschen zur Grundlage von Politikgestaltung gemacht wird, nicht abstraktes Denken oder großartige Theorien.

Kultursensible Ansätze sind beides: notwendig und praktisch. Sie erkennen an, dass die kulturelle Entwicklung ein eben solches Grundrecht ist wie ökonomische oder soziale Entwicklung. Kreative Lösungen finden sich innerhalb von Kulturen in Fülle, und kultursensible Methoden suchen nach solchen Lösungen und arbeiten damit. Kultursensible Ansätze sind entscheidend für das Verständnis lokaler Kontexte – einschließlich gesetzlicher, politischer, ökonomischer und sozialer Machtbeziehungen – und ihrer Auswirkungen auf Entwicklung.

Menschenrechte

Über die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 hinaus haben die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen eine Vielzahl von Rechtsinstrumenten beschlossen, in denen die Grundsätze von Universalität, Unteilbarkeit, Interdependenz, Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung weiter ausgeführt werden. Mit Inkrafttreten dieser Instrumente verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, sich an ihre Bestimmungen zu halten. Die grundlegenden Bestimmungen aber sind für alle Nationen bindend. Zu diesen Instrumenten gesellen sich Konsensdokumente wie das Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 (*International Conference on Population and Development*, ICPD) und die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz von 1995.

Über die Frage der Allgemeingültigkeit der Menschenrechte ist viel und heftig diskutiert worden, wobei in diesen Debatten die zentralen Wechselwirkungen zwischen Menschenrechten und Kultur bisher allzu oft übersehen wurden. Das Menschenrechtssystem beinhaltet Bestimmungen zum Schutz der kollektiven Rechte von Gruppen ebenso wie zum Schutz der Rechte von Einzelpersonen. Zu letzteren gehört auch das Recht auf Gesundheit, einschließlich reproduktiver Gesundheit. Die Sprache der Rechte ist die Sprache des Widerstands gegen Not und Unterdrückung, und diese Sprache ist allen Kulturen gemeinsam. Inzwischen berufen sich immer mehr Menschen auf die Menschenrechte, um eigene Forderungen zu formulieren.

Universelle Rechte werden von Menschen und Gruppen in ihren jeweiligen kulturellen Kontexten verwirklicht und müssen auf diese Weise verstanden werden. Diese Verwirklichung ist es, die kultursensible Ansätze zu erreichen suchen.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass

- Menschen in verschiedenen Kulturen Rechte auf unterschiedliche Weise interpretieren,
- auch innerhalb einer Kultur unterschiedliche Perspektiven zu und Erfahrungen mit Menschenrechten existieren,
- Menschen auf eine ihrem jeweiligen kulturellen Kontext angemessene Weise für ihre Rechte eintreten,
- Menschenrechte durch „kulturelle Legitimität“ eingeführt und gefördert werden können und dass
- der Aufbau kultureller Legitimität Wissen über und Engagement in Kulturen erfordert.

Kultursensible Vorgehensweisen können wirksame Instrumente sein, um die wechselseitigen Beziehungen zwischen Menschenrechten und Kulturen zu verstehen. Menschen werden jene Menschenrechte respektieren, die sie als kulturell legitimiert wahrnehmen. Allerdings müssen bei der Gewährleistung einer solchen kulturellen Legitimität wichtige Einschränkungen beachtet werden. So sollte eine kultursensible Methodik

- vermeiden, anderen Menschen bestimmte Auslegungen von Rechten aufzuzwingen, die die kulturelle Eigenverantwortung untergraben,
- vor Auseinandersetzungen über kulturelle Bedeutungen nicht zurückschrecken, sondern sie vielmehr anerkennen,
- zur Politikgestaltung beitragen, indem sie lokale Normen und Praktiken ernst nimmt und berücksichtigt,
- Kulturen auf nationaler und internationaler Ebene sowie die zwischen ihnen bestehenden Verbindungen verstehen.

Kultursensible Ansätze erfordern es, alle Gesellschaften einzubeziehen und in die Gemeinschaften hineinzuwirken, was auch für marginalisierte Gruppen innerhalb dieser Gemeinschaften gilt. Dieser Prozess verläuft weder rasch noch vorhersagbar. Eine menschliche Entwicklung, die mit einer umfassenden Verwirklichung der Menschenrechte einhergeht, setzt unweigerlich eine ernsthafte und respektvolle Beschäftigung mit Kulturen voraus.

Gleichbehandlung der Geschlechter und Stärkung von Frauen

Seit 1975 haben sich Regierungen, die Zivilgesellschaft und Organisationen der Vereinten Nationen auf einer Vielzahl internationaler Treffen und Konferenzen dazu verpflichtet, mit und für Frauen zu arbeiten. Dabei haben sie konkrete Ziele und Vorgaben formuliert; so zuletzt im Jahr 2000 die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Trotz dieser Anstrengungen aber ist die Ungleichheit der Geschlechter in vielen Kulturen noch weit verbreitet und tief verwurzelt: Drei Fünftel der ärmsten Milliarde der Weltbevölkerung sind Frauen und Mädchen, zwei Drittel der 960 Millionen Erwachsenen weltweit, die nicht lesen und schreiben können, sind Frauen, und 70 Prozent der 130 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, sind Mädchen. Manche gesellschaftlichen und kulturellen Normen und Traditionen schreiben die geschlechtsspezifische Gewalt fort, und

es kommt nicht selten vor, dass sowohl Männer wie auch Frauen diese Gewalt ignorieren oder gar akzeptieren. Das geht oft so weit, dass Frauen manchmal genau die Strukturen verteidigen, die sie unterdrücken.

Macht wirkt innerhalb von Kulturen auf vielfältige Weise: offen durch sichtbare Formen des Zwangs, verborgen in gesetzlichen Normen, Politiken und Regierungsstrukturen und verwurzelt in den Selbstbildern, die die Menschen von sich haben. Machtbeziehungen festigen und formen somit Gender-Dynamiken und definieren die Grundprinzipien und Wege, nach denen Kulturen interagieren und sich manifestieren.

Praktiken wie Kinderheirat (eine der Hauptursachen für Scheidenfisteln und Müttersterblichkeit) und die mit massiven Gesundheitsrisiken einhergehende weibliche Genitalverstümmelung (*female genital mutilation/cutting*, FGM/C) sind in vielen Ländern immer noch weit verbreitet – trotz der Gesetze, die sie unter Strafe stellen. Häufig halten Frauen diese Praktiken immer noch lebendig, weil sie glauben, sie dienen dem Schutz ihrer Kinder und ihrer selbst.

Fortschritte bei der Gleichbehandlung der Geschlechter gehen stets mit kulturellen Auseinandersetzungen einher. In Lateinamerika zum Beispiel haben Frauen zwar das Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt in die Öffentlichkeit getragen und dafür gesorgt, dass Gesetze zu ihrer Beendigung verabschiedet worden sind, doch die Durchsetzung der neuen Bestimmungen bleibt nach wie vor ein Problem.

Der Ansatz von UNFPA, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, für Programme zur Stärkung von Frauen und zur Gleichbehandlung der Geschlechter integriert Menschenrechte, Gender-Mainstreaming und kulturelle Sensibilität. Er setzt auf kulturelle Veränderungen, die von innen heraus motiviert sind. UNFPA arbeitet nicht nur mit Regierungen zusammen, sondern auch mit unterschiedlichsten lokalen Organisationen und Individuen, die zuvor als Protagonisten des Wandels identifiziert worden sind.

UNFPA nutzt das Instrument der „kulturellen Linse“, um die Ungleichheit der Geschlechter in Frage zu stellen und Partnerschaften aufzubauen. Gleichzeitig trägt diese Methode dazu bei, kulturelle Kompetenz zu entwickeln. Denn die ist sowohl für Verhandlungen und Überzeugungsarbeit als auch für den Aufbau kultureller Akzeptanz und Eigenverantwortung erforderlich.

Kultursensible Ansätze müssen sich je nach Kontext auf unterschiedliche Bedürfnisse, Erfahrungen und Kulturen einstellen, sie müssen verstehen, wie die Menschen ihren eigenen Kontext bearbeiten, sie müssen lokale Widerstände anerkennen und sie müssen reflexiv, kritisch und umfassend sein.

Reproduktive Gesundheit und Rechte

Menschen und Gemeinschaften weisen reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten unterschiedliche Bedeutungen zu. Diese können selbst unter Angehörigen einer Gemeinschaft voneinander abweichen. Kulturelle Sensibilität heißt, diese divergierenden Bedeutungen zu erkennen und zu verstehen und sich auf Unerwartetes einzustellen: Es kann etwa vorkommen, dass sich manche Männer entgegen ihrem scheinbaren Eigeninteresse für die Gleichbehandlung der Geschlechter einsetzen, oder dass manche Frauen Praktiken unterstützen, die ihnen selbst offenkundig schaden. Kultursensible Ansätze wollen zunächst verstehen, welche Einstellung eine Gemeinschaft hinsichtlich der Rolle von Männern und Frauen bei der Fortpflanzung vertritt. Wichtige Informationen in diesem Zusammenhang sind zum Beispiel, was es in einer Gemeinschaft bedeutet, wenn eine Frau oder ein Paar keine Kinder hat, wie sich Verhütung auf die generelle Empfängnisfähigkeit einer Frau auswirkt oder was „Männlichkeit“ für Männer ausmacht. Ein solches Verständnis ist von entscheidender Bedeutung für eine effektive Zusammenarbeit.

Kulturelle Sensibilität kann helfen, Widerstände dagegen abzubauen, dass Menschen freiwillig den Zeitpunkt, den zeitlichen Abstand und die Zahl ihrer Kinder planen. Dies bereitet den Weg zur Stärkung von Frauen und insbesondere zur Selbstbestimmung über ihren Körper. Kultursensible Ansätze sind unerlässliche Instrumente für Entwicklungsorganisationen, die sich für die Verbesserung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit einsetzen.

Ebenso entscheidend sind kultursensible Ansätze für die Mobilisierung von Gemeinschaften und den Aufbau von Partnerschaften im Kampf gegen schädliche traditionelle Praktiken, insbesondere die weibliche Genitalverstümmelung. Die meisten Gemeinschaften, nationalen Regierungen und die internationale Gemeinschaft insgesamt wenden sich entschlossen gegen die weibliche Genitalverstümmelung und verurteilen sie als eine Verletzung der Menschenrechte und eine Gefahr für die

körperliche und geistige Gesundheit von Frauen. Zugleich aber ist sie eine in manchen Gemeinschaften weit verbreitete und tief verwurzelte Tradition, die mitunter auch von einer falschen Auslegung religiöser Lehren gestützt wird. Häufig gilt die weibliche Genitalverstümmelung als Voraussetzung für den Eintritt in das Erwachsenenalter und die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft. Unbeschnittene Frauen werden als hässlich und unrein betrachtet. Ein erfolgreicher Kampf gegen die Praktik setzt voraus, dass die unterschiedlichen kulturellen Bedeutungen berücksichtigt und sinnvolle Alternativen aufgezeigt werden – und zwar in enger Kooperation und Absprache mit den jeweiligen Gemeinschaften.

[Wir] überprüfen unsere Erfahrungen, damit wir in der Lage sind, auf die kulturellen Herausforderungen zu reagieren: Es geht darum, Ländern, Gemeinschaften und Individuen zu helfen, universelle Prinzipien zu interpretieren, sie in kultursensible Begrifflichkeiten zu übersetzen und auf ihrer Grundlage Programme zu entwickeln, die die Menschen wahrhaft als ihre eigenen empfinden. Wir können damit Erfolg haben, wenn wir niemals die Überzeugung aufgeben, dass das Leben eines jeden einzelnen Menschen unendlich wertvoll ist und dass das Recht auf Entwicklung das Recht von Männern und Frauen ist, ihr Menschsein in Gänze zum Ausdruck zu bringen.

—Thoraya Ahmed Obaid, Exekutivdirektorin von UNFPA

Bei der Unterstützung lokaler Anstrengungen ist es wichtig, mit Meinungsbildnern und traditionellen Führern zusammenzuarbeiten, die großen Einfluss haben. Wenn diese Hüter traditioneller Normen und Praktiken für die Rechte von Frauen eintreten, werden weitreichende Veränderungen möglich. In Kambodscha zum Beispiel spielen buddhistische Nonnen und Mönche eine wichtige Rolle im Kampf gegen HIV/Aids. Erfolgreiche Allianzen bauen auf breite Partnerschaften in den Bereichen der Menschenrechte und der Gleichbehandlung der Geschlechter und setzen Standards in konkreten Bereichen – wie in der HIV-Prävention sowie der Behandlung und Pflege von Aids-Patienten. Kulturelle Sensibilität berücksichtigt zudem die vielen anderen lokalen Bestrebungen für einen Wandel, wie die von Frauen-, Jugend- und Arbeitergruppen sowie die Art und Weise, wie sie zusammenarbeiten und sich gegenseitig verstärken.

Religion ist für viele Menschen der Mittelpunkt ihres Lebens. Sie ist eine wichtige kulturelle Dimension, die

Entscheidungen und Verhalten bis in die intimsten Bereiche hinein beeinflusst. Religiöse Gebote können dazu missbraucht werden, kulturelle Praktiken wie „Ehrenmorde“ oder „Verbrechen aus Leidenschaft“ zu rechtfertigen, die ganz offenkundige Verstöße gegen die Menschenrechte sind. Kulturelle Sensibilität erwirkt Unterstützung für die vielen Frauen (und auch Männer) innerhalb einer Gesellschaft, die solche Menschenrechtsverletzungen in Frage stellen.

Kultursensible Ansätze sind entscheidend für die Erreichung der MDGs. Dazu gehört auch das Ziel, die Müttersterblichkeitsrate weltweit um 75 Prozent zu reduzieren (MDG 5). Doch die Zahl der Frauen, die an Schwangerschafts- oder Geburtskomplikationen sterben, stagniert seit den 1980er Jahren mehr oder weniger konstant bei 536.000 pro Jahr. Die Zahl der Frauen, die Verletzungen oder sonstige Folgeschäden davontragen, liegt sogar noch um ein Vielfaches höher: bei zehn bis fünfzehn Millionen Frauen jährlich. Die Senkung der Müttersterblichkeit und die Vermeidung von Verletzungen wie Scheidenfisteln hängen entscheidend von einer besseren gesundheitlichen Versorgung während Schwangerschaft und Geburt ab. Dazu zählen die Verfügbarkeit einer Notfall-Geburtshilfe und der Zugang zu Familienplanungsdiensten. Kulturelle Sensibilität ist entscheidend für den Erfolg dieser lebenswichtigen Initiativen.

Männer an der Gestaltung, Umsetzung und Bereitstellung von Programmen zu beteiligen, ist Mittel und gleichzeitig Ziel kultursensibler Ansätze. Außerdem ist dies eine Grundvoraussetzung für jeden Entwicklungsprozess, der Verhaltensweisen und Einstellungen zu ändern sucht. Geschlechtsspezifische Ungleichheiten und die ablehnende Haltung von Männern gelten allgemein als Herausforderungen hinsichtlich der Förderung reproduktiver Gesundheit und Rechte. Daher ist mehr Aufmerksamkeit für die Erfahrungen von Männern mit Gender-Themen und damit zusammenhängenden Ungleichheiten ein wichtiger Bestandteil kultursensibler Ansätze.

Soziale Konstruktionen von Männlichkeit und Sexualität können Männer veranlassen, sich eher in risikoreiche Situationen zu begeben und halten sie zugleich davon ab, um Hilfe nachzusuchen. Männer sind bei ihren ersten sexuellen Erfahrungen im Durchschnitt jünger als Frauen und haben zudem mehr Sexualpartner. Dies könnte auf Erwartungen zurückgeführt werden, die eine Gesellschaft an „echte“ Männer richtet. Kulturelle Konstrukte können Druck auf Männer ausüben, sich durch die Demonstration

„männlicher“ Autorität zu beweisen. Dies kann auch dazu führen, dass sie Frauen gegen ihren Willen zum Sex zwingen. Dieses Verhalten schadet nicht nur der Gesundheit von Frauen, sondern hat auch Auswirkungen auf ihre soziale Persönlichkeit: Vergewaltigte Frauen werden mitunter gezwungen, ihre Vergewaltiger zu heiraten oder sie werden selbst des Ehebruchs angeklagt.

Um Hilfe oder auch nur um Informationen zu bitten, ist für viele Männer ein Zeichen von Schwäche. Entsprechend nehmen sie sehr viel seltener als Frauen freiwillige HIV-Beratungs- und Testangebote wahr. Männliche Ignoranz und Ängste ziehen Risiken für Männer und Frauen nach sich, wobei viele Männer ihr Verhalten selbst nicht als riskant bewerten. Soziale und wirtschaftliche Faktoren spielen eine wichtige Rolle: In Gemeinschaften etwa, in denen Armut, Drogen und Waffen weit verbreitet sind, wird HIV/Aids lediglich als eine unter vielen anderen Gefahren wahrgenommen.

Kultursensible Ansätze gehen über Erklärungen männlichen Verhaltens hinaus: Sie untersuchen die Beziehung zwischen sozialen und politischen Kontexten sowie den daraus resultierenden kulturellen Normen. Und sie fragen nach den Voraussetzungen, unter denen Männer und Frauen sich diesen Normen widersetzen. Gemeinsam mit lokalen Initiativen auf diesem Wissen aufzubauen, ermöglicht gezielte Entwicklungsfortschritte.

Armut, Ungleichheit und Bevölkerung

Das Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz ist die Grundlage für die Erreichung von bevölkerungspolitischen Zielen, die wiederum für Entwicklung von entscheidender Bedeutung sind. Zu den Vorgaben der Kairoer Konferenz, die auch in die MDGs Eingang gefunden haben, gehören der universelle Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung, Bildung für alle sowie die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter. Marginalisierte Gemeinschaften sind nicht nur überdurchschnittlich häufig arm, sie profitieren auch am wenigsten von Entwicklungsmaßnahmen. Die Angehörigen dieser Gemeinschaften haben schlechtere Bildungschancen, eine schlechtere Gesundheitsversorgung und eine geringere Lebenserwartung als der Rest der Bevölkerung. Ärmere Frauen sind von gesundheitsschädigenden Traditionen besonders stark betroffen und während Schwangerschaft und Geburt überdurchschnittlich hohen Risiken für Leib und Leben ausgesetzt.



▲ *Universeller Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung hilft allen.*

© UNICEF/HQ06-1355/Claudio Versiani

Eine ungleiche „Entwicklung“ verstärkt Armut. Menschen mit einem niedrigen Bildungs- und Gesundheitsniveau fällt es schwerer, ein zusätzliches Einkommen in ein besseres Leben zu investieren, was sie daran hindert, ihre persönlichen Ziele zu erreichen. Auch Geschlechterbeziehungen und körperliche Fähigkeiten spielen eine Rolle, wenn es um den Zugang zu Ressourcen und die Möglichkeit geht, Menschenrechte wahrzunehmen. Die Optionen zu analysieren, die Menschen in ihren jeweiligen Lebensbedingungen offen stehen, ist mithin eine Voraussetzung für bessere Politikgestaltung.

Wie sich eine Bevölkerung entwickelt, hängt von Entscheidungen ab, die Menschen in bestimmten kulturellen Kontexten treffen – etwa Entscheidungen über Familienplanung, Bildung, Gesundheitsversorgung und Migration. Mit fortschreitender Entwicklung wurde auch der Wert von Kindern neu definiert: Kleinere Familien und höhere

Investitionen pro Kind sind zur Norm geworden, und die Kulturen haben sich entsprechend angepasst. Dies wird von besseren reproduktiven Gesundheitsdiensten und anderen Angeboten unterstützt. Weil sich die Bedingungen für arme Menschen jedoch weniger verändert haben als die der wohlhabenderen, legen sie immer noch Wert auf große Familien. Sie können bislang noch nicht von den Vorteilen profitieren, die kleinere Familien, eine bessere Gesundheitsversorgung und eine bessere Bildung mit sich bringen.

Einige arme Frauen wollen zwar weniger Kinder haben, doch kulturelle Zwänge hindern sie daran. Wird das berücksichtigt, können Familienplanungsprogramme selbst in Ländern mit einer geringen wirtschaftlichen Entwicklung Erfolg haben, wie in Bangladesch.

Der Schlüssel zu reproduktiver Gesundheit liegt in einer sicheren Mutterschaft. Diese zu erreichen, verlangt

(1) einen besseren Zugang zu Familienplanung, um die Zahl ungewollter Schwangerschaften zu verringern und den zeitlichen Abstand zwischen gewollten Schwangerschaften planen zu können, (2) medizinische Betreuung während der Geburt, (3) rechtzeitige Notfallhilfe für alle Frauen bereitzustellen, bei denen während der Geburt Komplikationen auftreten und (4) die fachkundige Betreuung von Mutter und Kind nach der Geburt.

Generell gilt, dass die Anwesenheit eines fachkundigen Geburtshelfers den Verlauf einer Geburt positiv beeinflussen, da er im Notfall sachkundig eingreifen kann. In ärmeren Bevölkerungsschichten und Ländern, in denen der Anteil der medizinisch betreuten Geburten niedrig ist, sind die Müttersterblichkeitsraten höher als in wohlhabenderen Bevölkerungsteilen und Ländern. Viele der Frauen, die sich gegen einen fachkundigen und für einen traditionellen Geburtshelfer entscheiden, tun das, weil letztere sie auch vor und nach der Geburt unterstützen und mit ihnen und ihrer Kultur vertrauter sind. Eine der Herausforderungen für die reproduktive Gesundheitsversorgung besteht demnach darin, fachkundige Geburtshelfer auszubilden, die kulturell mit den von ihnen betreuten Frauen verbunden sind. Darüber hinaus muss eine effektive Notfall-Geburtshilfe gegeben sein sowie die Möglichkeit zur Überweisung von Frauen an die nächstgelegene Gesundheitsstation.

Migration kann sowohl für die Herkunfts- und Zielländer als auch für die Migranten selbst Vor- und Nachteile mit sich bringen. Pro Jahr schicken internationale Migranten, deren Zahl 2005 weltweit auf 191 Millionen geschätzt wurde, mindestens 251 Milliarden US-Dollar nach Hause, was sich spürbar auf die begünstigten Privathaushalte und die nationalen Volkswirtschaften auswirkt. Internationale Migranten können jedoch nicht nur wirtschaftliche, sondern auch kulturelle Veränderungen in ihren Herkunftsländern bewirken. Sie fördern den Austausch kultureller Wertvorstellungen zwischen den Ländern, in denen sie sich bewegen. Dazu zählen auch Einstellungen zu den Menschenrechten und zur Gleichbehandlung der Geschlechter.

In vielen Zielländern kommt es wegen verbreiteter Vorurteile, Diskriminierung und Feindseligkeit gegenüber Migranten zu Problemen. Die Herkunftsländer wiederum müssen die Abwanderung von ausgebildeten, qualifizierten Arbeitern sowie Familien- und Gemeinschaftsangehörigen verkraften. Zur dunklen Seite der

Migration zählt zudem der Menschenhandel. Er schadet den Herkunfts- und Zielländern ebenso wie den Betroffenen selbst. In dem Maße, in dem Zielländer eine restriktive Zuwanderungspolitik verfolgen, nimmt der Menschenhandel zu. Damit steigt auch die Gefahr für Migranten, Opfer von Ausbeutung, körperlichem Missbrauch und Gewalt zu werden. Derartige Bedingungen bieten einander widersprechenden kulturellen Diskursen einen fruchtbaren Nährboden. Migranten, die sich – weit entfernt von ihren Heimatländern – in der Gastkultur ausgegrenzt fühlen, entdecken bisweilen alte Traditionen wieder. Einige von ihnen bringen schädliche Praktiken wie die Genitalverstümmelung mit sich.

Die Zuwanderung in die Städte geht mit einer Reihe von Chancen und Risiken einher, wobei arme Menschen überproportional stark von den Risiken betroffen sind – und zwar sowohl die städtischen Armen wie die Armen unter den Zuwanderern. Zwar sind Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit in städtischen Gebieten tendenziell leichter erreichbar als im ländlichen Raum, doch viele Zuwanderer können sie sich nicht leisten. Auch der Mangel an sozialen Kontakten erschwert den Zugang dazu. Daher ziehen es viele zugewanderte Frauen vor, zur Geburt ihrer Kinder in ihre Heimatdörfer zurückzukehren – trotz der schlechteren medizinischen Versorgung dort.

Wirtschaftlicher und sozialer Wandel bewirkt kulturelle Veränderungen. Dieser Prozess läuft nicht immer reibungslos ab. Der kulturelle Wandel kann die auf ihn zurückwirkenden sozialen, politischen und ökonomischen Kontexte verändern. Doch Traditionen und Bedeutungssysteme können massive äußere Veränderungen mitunter auch ungebrochen überstehen.

Krieg, Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen

Dass Frauen in Kriegen häufig zur Zielscheibe von Gewalt werden, liegt an der ihnen zugeschriebenen Rolle als Hüterinnen von Kultur. Vergewaltigungen in Kriegen sind Gewaltakte, die sich nicht nur gegen die Frauen selbst richten, sondern auch gegen die Kultur und Identität ihrer Nation oder Gemeinschaft. Vergewaltigte Frauen werden von ihren Gemeinschaften mitunter als beschmutzt oder wertlos betrachtet, und sie sind deshalb häufig weiterer Gewalt ausgesetzt. Nur wenige Gemeinschaften gehen geschlechtsspezifische Gewalt offen an, und auch die betroffenen Frauen selbst reden häufig nicht darüber.

Die Militarisierung einer Kultur wirkt sich negativ auf die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter aus, auch weil Gewalt häufiger vorkommt und eher akzeptiert wird. Da Frauen in Abwesenheit der Männer oft die Rolle des Haushaltsvorstandes übernehmen, bürden Konflikte ihnen zusätzliche Verantwortung und Belastung auf. Männer wiederum fühlen sich möglicherweise machtlos und unfähig, ihre Pflicht zum Schutz der Familie zu erfüllen, was sie aggressiv und gewaltbereit machen kann.

Die Menschenrechte von Frauen sind ein Anliegen der internationalen Sicherheit und werden als solche in Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates gewürdigt. Darüber hinaus erkennt die Resolution auch die Notwendigkeit für kulturelles Engagement an, um die volle Mitwirkung von Frauen an Friedensprozessen zu gewährleisten. Ungeachtet der Kritik daran, was die Sicherheitsratsresolution 1325 alles nicht enthält, weist sie doch auf wichtige politische Lücken hin und fordert Veränderungen ein.

Ganz besonders ist kulturelle Sensibilität von denjenigen gefordert, die in der Entwicklungs- und Katastrophenhilfe mit Frauen arbeiten, die infolge bewaffneter Konflikte traumatisiert sind. Kultursensible Ansätze zielen auf die potenzielle und tatsächliche Verschlechterung der Geschlechterbeziehungen ab und versuchen, so viele der von Frauen erreichten Fortschritte wie nur möglich hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter und ihrer reproduktiven Gesundheit und Rechte zu bewahren. Kultursensible Ansätze sind insbesondere im Kontext von bewaffneten Konflikten notwendig, da diese die kulturellen Erwartungen an Männlichkeit in Frage stellen – so etwa die Verantwortung der Männer für den Schutz ihrer Familie.

Die Frustration und Ohnmacht, die Männer in Kriegszeiten oft empfinden, richtet sich zwar häufig gegen Frauen. Doch das gängige Bild, das Frauen grundsätzlich als Opfer und Männer als Täter sieht, ignoriert die vielfältige Verantwortung, die Frauen in Konfliktzeiten übernehmen, sei es als Haushaltsvorstand und Hauptverdienerin oder bei der Pflege von Kranken und Verletzten. Politische Maßnahmen und Ansätze müssen diesen komplexen Sachverhalt berücksichtigen. Wird es versäumt, die Widerstandsfähigkeit und den Einfallsreichtum von Menschen sowie durch den Konflikt angestoßene Veränderungen zu erkennen, kann das dazu führen, dass Frauen und Minderheiten – einschließlich Menschen mit Behinderung – bei

der Formulierung von Entwicklungsstrategien nach Ende des Konflikts nicht berücksichtigt werden.

Kultursensible Ansätze werden auch gebraucht, um traumatisierten Menschen zu helfen, um die sexuellen und reproduktiven Gesundheitsbedürfnisse von Flüchtlingen zu erfüllen, um Partnerschaften mit lokalen Organisationen aufzubauen sowie um Menschen inmitten von Kriegs- und Nachkriegswirren zu helfen, ihre kulturelle Identität zu bewahren oder wieder zu finden.

Integrative strategische Partnerschaften sind ein Eckpfeiler kultursensibler Ansätze. Sie basieren auf der Erkenntnis, dass kreative Eingriffe im Bereich der Menschenrechte eine Beteiligung lokaler Gemeinschaften verlangen und auf der Wertschätzung von kulturellen Symbolen und Formen beruhen sowie einflussreiche Dialogpartner erfordern.

Schlussfolgerungen

- ***Internationale Entwicklungsorganisationen ignorieren – oder marginalisieren – Kultur auf eigene Gefahr hin. Die Förderung der Menschenrechte erfordert die grundlegende Erkenntnis, dass Kultur eine zentrale Rolle spielt und dass sie komplex und wandelbar ist. Die Identifikation von und Zusammenarbeit mit lokalen Protagonisten des Wandels ist unerlässlich.***
- ***Ansätze, die auf kulturellem Wissen basieren, legitimieren Politikgestaltung und ermöglichen die für die Menschenrechte erforderliche „kulturelle Politik“.***
- ***Kulturelle Kompetenz bestimmt, wie Bedeutungssysteme, wirtschaftliche und politische Opposition oder unterstützende Politiken sich entwickeln – und wie sie entwickelt werden können.***
- ***Zum Erwerb von kultureller Kompetenz nutzt UNFPA bei der Programmentwicklung das Instrument der „kulturellen Linse“.***
- ***Kultursensible Ansätze untersuchen, inwiefern Faktoren wie wirtschaftlicher Status, Politik, Recht, Klasse, Alter, Geschlecht, Religion und Ethnizität sich überschneiden und zu unterschiedlichen Konzepten und Manifestationen von Macht führen.***
- ***Kultursensible Ansätze erfordern andere Denkansätze und Strategien sowie die Bereitschaft auf Seiten der Entwicklungshelfer, sich selbst zu hinterfragen.***



1

Einführung

Die Umsetzung der im Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung enthaltenen Empfehlungen ist das souveräne Recht jedes Landes im Rahmen der innerstaatlichen Rechtsvorschriften und Entwicklungsschwerpunkte, bei uneingeschränkter Achtung der unterschiedlichen sittlichen Werte und kulturellen Lebensbereiche seines Volkes sowie im Einklang mit den allgemein anerkannten völkerrechtlichen Menschenrechten.

—Kairoer-Aktionsprogramm, Grundsätze¹

Warum das Thema Kultur?

Frühere *Weltbevölkerungsberichte* haben sich Themen wie der Gleichstellung der Geschlechter, der Stärkung von Frauen, der reproduktiven Gesundheit, Migration, Urbanisierung und der Armut gewidmet und Handlungsempfehlungen vorgestellt.² Der diesjährige Bericht schließt diese Themen mit ein und macht auf Möglichkeiten aufmerksam, wie Entwicklung zugunsten von kulturellen Gruppen und Minderheiten stattfinden kann, insbesondere hinsichtlich der Stärkung von Frauen und der Gleichbehandlung der Geschlechter – ein ebenso entscheidender wie bisher vernachlässigter Themenkomplex.

Kulturen helfen bei der Einordnung der Frage, wie Menschen miteinander leben. Sie beeinflussen ihre Auffassung von und ihren Umgang mit Entwicklung. Die Erfahrung von UNFPA zeigt, wie unerlässlich kultursensible Programme sind, um die Ziele des Kairoer Aktionsprogramms und die MDGs zu erreichen, sprich eine Entwicklung zu fördern, die im Einklang mit den Menschenrechten steht. Kultursensible Ansätze sind hilfreiche Instrumente, um die Identifikation mit den Menschenrechten in Gemeinschaften zu stärken.

Ausgangspunkt des Berichts ist die universelle Gültigkeit und Anwendung des internationalen Menschenrechtssystems. Kulturelle Werte sollten mit den Menschenrechten im Einklang stehen; in der Tat könnte man Menschenrechte als universelle kulturelle Werte beschreiben – Werte, die in allen Kulturen gelten. Individuelle Menschenrechte stehen nicht im Konflikt zu den Interessen der Gesellschaft, sondern stärken diese und damit die Menschenrechte der Gruppe als Ganzes. Manche von Brauchtum sanktionierte Praktiken stehen im Konflikt zu Menschenrechten; die Auflösung dieser Spannungen stärkt die Kulturen und bereichert das Leben der Menschen.

◀ Eine junge hochschwangere Frau und ihr Partner warten vor der Entbindungsstation in einem Außenbezirk von Portoviejo, Ecuador.

© Carina Wint

Das impliziert, dass die Menschenrechte nicht durch eine bestimmte kulturelle Linse interpretiert werden – sie müssen von allen Kulturen interpretiert und beurteilt werden.

Kulturen verändern sich, passen sich den sich verändernden Gegebenheiten an. Externe Faktoren können zwar Anstoß für Veränderungen sein, aber Wandel kommt immer von innen heraus, angetrieben von einer Dynamik, die spezifisch für eine Kultur ist. Externe Akteure wie UNFPA können bei der kulturellen Anpassung in Übereinstimmung mit den Menschenrechten unterstützend wirken. Insbesondere in Zeiten sich rapide verändernder externer Bedingungen wie sie beispielsweise der Klimawandel oder die wirtschaftliche Globalisierung bewirken, kann Hilfe von außen wertvoll sein.

Der Wandel sollte die Integrität der betroffenen Kultur nicht untergraben, und es gibt Zeiten, in denen Kulturen sich vor den Einwirkungen äußerer Umstände schützen

Menschen sind soziale Wesen. Dennoch heben Entwicklungsansätze oft stark darauf ab, wie Menschen als Individuen funktionieren, statt sie in ihrem sozialen Kontext zu sehen. Die menschliche Entwicklung hängt vom individuellen Zugang zu Ressourcen und Entfaltungsmöglichkeiten ab, aber eben auch von der Qualität der – kulturell verankerten – sozialen Beziehungen.³

müssen. Auch in solchen Fällen kann die Zusammenarbeit mit externen Akteuren helfen.

Die Gleichbehandlung der Geschlechter ist ein Menschenrecht.⁴ In allen Kulturen gibt es Faktoren, die für und solche, die gegen die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter wirken. Die wichtigste Schlussfolgerung dieses Berichts ist, dass kultursensible Ansätze für die Umsetzung von Menschenrechten und für Entwicklung entscheidend sind.

Der Hintergrund

Der *Weltbevölkerungsbericht 2008* teilt die Grundsätze der UNESCO- und UNDP-Berichte zur kulturellen Vielfalt (siehe Kasten 1). Es ist wichtig, die vielfältigen Rollen, die die Kultur in sozialen Beziehungen spielt, und die Art und Weise, wie sie individuelle und soziale Entscheidungen beeinflusst, zu analysieren und zu verstehen. Dieser Bericht jedoch konzentriert sich auf die alltäglichen Umstände, in

1 UNESCO UND UNDP ÜBER KULTUR

1995 mahnte die Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (*United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization*, UNESCO) in ihrem Bericht *Unsere kreative Vielfalt*,⁵ dass der lineare ökonomische Entwicklungsansatz kreative kulturelle Lösungen blockiert und zu kulturellen Spannungen und Frustrationen geführt hatte. Die menschliche Entwicklung erfordert die Verbesserung von Fähigkeiten und die Bereicherung des Lebens der Menschen durch kulturelle Ausdrucksformen und Betätigung: „Kultur ist ein konstitutives Element menschlicher Entwicklung.“ Der Bericht forderte eine neue, globale Ethik, ein Bekenntnis zum kulturellen Pluralismus und zur Förderung der künstlerischen Kreativität, kulturelle Verantwortlichkeit in Medienpräsentationen, Beachtung der Rechte von Frauen einschließlich ihrer

reproduktiven Freiheit und politischen Partizipation, die Berücksichtigung der Rechte von Kindern und jungen Menschen, die Bewahrung des kulturellen Erbes und kulturell verankerte Lösungen zum Schutz der Umwelt. Weiter strebte der Bericht die Ausweitung der Kulturpolitik über die Künste und Kulturindustrien hinaus an, um sicherzustellen, dass Einzelne und Gemeinschaften die Freiheit haben, ihre Fähigkeiten zu erweitern und ihre Kultur ausdrücken und praktizieren zu können.

Auch das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*United Nations Development Programme*, UNDP) betonte in seinem Bericht über die menschliche Entwicklung 2004 *Kulturelle Freiheit in unserer Welt der Vielfalt*⁶ die kulturelle Vielfalt und unterstrich die Notwendigkeit, kulturelle Fragen in Theorie und Praxis der Entwicklung zu integrieren. Die

menschliche Entwicklung, so der Bericht, setze Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie voraus, aber auch eine multikulturelle Politik, die den Menschen erlaubt, das zu sein, was sie sind oder sein möchten. Der Bericht wies die Vorstellung zurück, kulturelle Vielfalt würde unweigerlich zu Konflikten führen oder kulturelle Rechte seien per se wichtiger als politische und ökonomische Rechte. Er lieferte Empfehlungen dafür, wie Staaten mehr kulturelle Vielfalt zulassen können, beispielsweise indem sie von neuen Modellen der multikulturellen Demokratie lernen – diese haben sich bei der Überwindung tief verwurzelter Ungerechtigkeiten als nützlich erwiesen – und indem sie Machtteilung fördern, um Spannungen zu lösen.

Quelle: „*Integrating Culture, Gender and Human Rights in Programming: A Training Manual*“, UNFPA, New York, 2008.

denen kulturelle Aspekte nicht nur soziale Beziehungen beeinflussen, sondern sich auch in vielen Bereichen auf die menschliche Entwicklung auswirken, wie die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, die Gesundheit von Müttern, Fertilität, das Altern von Bevölkerungen und Armut.

In Indonesien etwa hat UNFPA mit dem Ministerium zur Stärkung von Frauen sowie ausgewählten zivilgesellschaftlichen Partnern zusammengearbeitet, um die Gewalt gegen Frauen zu reduzieren. Im Jahr 1988, in der Zeit der Proteste gegen Suharto, nahm die Gewalt gegen Frauen stark zu. Sexuelle Übergriffe, einschließlich Vergewaltigungen, insbesondere gegen Frauen aus Minderheiten, kamen häufiger an die Öffentlichkeit, waren aber keineswegs neu und setzten sich auch nach dem Abflauen der Unruhen fort. Diese Gewalt wurzelte in kulturellen Normen und Gebräuchen, die Frauen einen geringen Wert zuwiesen. Viele Frauen hatten sich sogar an ihre untergeordnete Stellung gewöhnt: „Das Konzept der geschlechtsspezifischen Gewalt, insbesondere der häuslichen Gewalt, stößt in der indonesischen Gesellschaft häufig auf Unverständnis. Diese Gewalt wird nicht ohne Weiteres als solche identifiziert, selbst von den betroffenen Frauen nicht. Frauen, die sich selbst nicht als Opfer von Gewalt sehen, schweigen häufig wegen der mit diesem Tabu verbundenen Schande.“⁷

Kulturelles Einfühlungsvermögen war hier entscheidend. UNFPA baute Partnerschaften mit progressiven religiösen Institutionen und anderen Gruppen auf, die sich bereits für einen Wandel einsetzten und erreichte die Menschen in der ihnen geläufigen Sprache und durch vertraute, anerkannte kulturelle Medien.

Puan Amal Hayati, eine Gruppe feministischer Muslimas und Intellektueller, die in Reaktion auf diese Krise gegründet wurde, setzt auf islamische Lehren und Werte, um Frauen zu stärken, Gewalt gegen sie zu verhindern und Gewaltopfern zu helfen. Dabei arbeitet die Gruppe mit islamischen Internaten zusammen, den *Pesantrens*, was ihnen ein großes Publikum sichert. Die Leiter (und Leiterinnen) der *Pesantrens* sind in ihren Gemeinschaften sehr angesehen. Sie können daher eine Vorbildfunktion übernehmen und gerechtere Beziehungen zwischen Männern und Frauen vorleben.⁸

*Kultur ist ein Nährboden für eine unendliche Vielzahl von Möglichkeiten und Alternativen. Wir können, aus ein und derselben kulturellen Matrix, Argumente und Strategien sowohl für die Herabwürdigung wie auch die Erhöhung unserer Spezies ableiten, für ihre Versklavung wie auch für ihre Befreiung, für die Unterdrückung ihres produktiven Potenzials wie für seine Freisetzung.*¹⁰

2 UNFPA: 24 TIPPS FÜR DIE KULTURSENSIBLE PROGRAMMGESTALTUNG

- Investieren Sie Zeit in das Kennenlernen der Kultur, in der Sie arbeiten.
- Hören Sie darauf, was die Gemeinschaft zu sagen hat.
- Zeigen Sie Respekt.
- Haben Sie Geduld.
- Gewinnen Sie die Unterstützung lokaler Machtstrukturen.
- Seien Sie integrativ.
- Verlassen Sie sich auf die Objektivität der Wissenschaft.
- Vermeiden Sie Werturteile.
- Nutzen Sie Sprache einfühlsam.
- Arbeiten Sie mit und durch lokale Verbündete.
- Übernehmen Sie die Rolle eines Mediators.
- Stehen Sie zu Ihren Versprechen.
- Lernen Sie Ihre Gegner kennen.
- Suchen Sie nach Gemeinsamkeiten.
- Verstärken Sie das Positive.
- Nutzen Sie Lobbyarbeit, um Veränderungen zu bewirken.
- Schaffen Sie Möglichkeiten für Frauen.
- Bauen Sie die Fähigkeiten der Gemeinschaft auf.
- Nutzen Sie die Populärkultur, um die Menschen zu erreichen.
- Lassen Sie die Leute tun, was sie am besten tun können.
- Pflegen Sie Partnerschaften.
- Feiern Sie Erfolge.
- Geben Sie niemals auf.

Quelle: „Guide to Working from Within: 24 Tips for Culturally Sensitive Programming“ UNFPA, New York, 2004, <http://www.unfpa.org/culture/24tips/cover.htm>

Dieser Ansatz rührt an die Wurzel der kulturellen Wahrnehmung, die männliche Macht über Frauen legitimiert

und manche Frauen dazu bringt, Machtbeziehungen zu akzeptieren, die sie verletzen. Charakteristisch für diesen Ansatz ist kulturelle Kompetenz, sprich die Vertrautheit mit der jeweiligen Kultur: ihrer Natur, wie sie funktioniert und wie sie sich in Zeiten von Konflikt und Entspannung auf Beziehungen auswirkt. Kulturelle Kompetenz setzt ein Bewusstsein für mehrere Dimensionen der Kultur voraus. Dazu zählen die Kommunikation und die Mechanismen, mittels derer Konflikte benannt,

eingegrenzt und gelöst werden sowie die Identitäten und Rollenmuster innerhalb der Kultur.⁹

Wie das Beispiel aus Indonesien belegt, entsteht kulturelles Wissen durch beharrliches und entschlossenes Engagement und durch die Entwicklung von Partnerschaften und Maßnahmen, die Verhaltensänderungen von innen heraus befördern. Der Versuch, Veränderungen von außen zu diktieren, wirkt häufig kontraproduktiv. In jeder Kultur finden sich zumeist Menschen, die sich gegen schädliche Praktiken einsetzen und lokal verwurzelte Lösungswege entwickeln, oder Menschen, die empfänglich für Dialog und für neue Ideen sein könnten. Diejenigen zu unterstützen, die dieselben Entwicklungsprioritäten und -ziele teilen, insbesondere eine Verpflichtung auf die Menschenrechte, ist oft der wirksamste Weg, sinnvolle und dauerhafte Veränderungen in den gesellschaftlichen Beziehungen zu erreichen.

Der Bericht unterstreicht die entscheidende Rolle kultursensibler Ansätze für „Fortschritte im Hinblick auf die Erreichung internationaler Entwicklungsziele und der Förderung der Menschenrechte“.¹¹ Weiter empfiehlt er eine sorgfältige Analyse des kulturellen Umfeldes, liefert Beispiele für kultursensible Ansätze, diskutiert einige der praktischen Herausforderungen und Dilemmata kultursensibler Strategien und demonstriert anhand von Fallstudien, wie Entwicklungsorganisationen gemeinsam mit Partnern daran arbeiten, diese zu überwinden.

Was ist Kultur?

Kultur setzt sich zusammen aus überlieferten Bedeutungsmustern, die Menschen innerhalb eines bestimmten

In der 2001 in Paris verabschiedeten und von 190 Mitgliedsstaaten anerkannten Allgemeinen Erklärung zur kulturellen Vielfalt der UNESCO wird Kultur definiert als die „Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen und die über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst“.²⁰



▲ Eine Frau und ihre Kinder in einem Dorf in der Nähe von Quito, Ecuador.
© Ed Darack/Getty Images

Kontextes miteinander teilen.¹² Durch Sozialisierung entwickeln Menschen ein gemeinsames Verständnis darüber, was wichtig ist und was nicht. Dieses gemeinsame Verständnis, das sich in Symbolen, Werten, Normen, Glaubenssätzen, Beziehungen und unterschiedlichen Formen des kreativen Ausdrucks widerspiegeln kann,¹³ beeinflusst, wie Menschen „mit ihrer alltäglichen Lebenswelt umgehen, im Großen wie im Kleinen“.¹⁴ Sie „gestalten die Art und Weise, wie die Dinge getan werden und das Verständnis davon, warum sie so getan werden sollten“¹⁵. Sie bilden die Linse, durch welche die Menschen ihre Gesellschaft interpretieren.¹⁶

Allerdings bedeutet dies nicht, dass Menschen, die dieselbe Kultur teilen, mit ihrer Alltagswelt auf identische Weise umgehen, denn wiewohl Kulturen „beeinflussen, wie Menschen sich organisieren und wie sie sich in vielerlei Angelegenheiten verhalten“,¹⁷ bewirken sie keineswegs ein einheitliches Denken oder Verhalten. „Auch Individuen, die innerhalb ein und desselben Kultursystems leben, können auf der Grundlage unterschiedlicher Werte widerstreitende Überzeugungen haben.“¹⁸ Gleichzeitig jedoch stellen diese unterschiedlichen Werte und Interaktionen Teile eines Systems dar, und die Kultur konstituiert „die Sprache,

die ein Verständnis [der Lebensweisen in diesem System] ermöglicht“.¹⁹

Bei der Interpretation von Kultur sollte auf zwei zentrale Aspekte geachtet werden:

- *Erstens: Kulturen müssen in ihrem Kontext gesehen werden.* Kulturen sind verknüpft mit der Verfügbarkeit von Ressourcen, den Formen und dem Niveau von Technologie und Wissen, den Produktionsmethoden sowie den Machtstrukturen und -beziehungen, die zu ihrer Organisation und Kontrolle entwickelt werden, überlieferten Philosophien einschließlich Religion, der Wahrnehmung der Menschen von ihrem Platz und ihrer Stellung (und dem Platz und der Stellung anderer) in der Gesellschaft und in der Welt sowie den Mechanismen und Formen der Sozialisierung. Kulturen sind Teil eines umfassenderen Bildes. Sie stehen in Wechselwirkung mit ihren Kontexten und sie verändern sich zusammen mit dem Gesamtkontext. Diese „dynamische und interaktive“²¹ Dimension ist wichtig für das Verständnis der Rolle, die Kulturen für die Entwicklung spielen.
- *Zweitens, Kulturen sind nicht statisch,* und Menschen sind durch ihre Interaktionen beständig dabei, sie neu zu gestalten. Zugleich ist es wichtig, die Geschwindigkeit, mit der sich Kulturen verändern, nicht zu überschätzen. Bestimmte Aspekte von Kulturen wirken sich auf sehr lange Zeit auf Entscheidungen und auf Lebensstile ihrer Mitglieder aus:²² Menschen neigen dazu, an gemeinsamen Lebensstilen festzuhalten, insbesondere wenn sie glauben, dass ihre kulturelle Identität oder Referenzrahmen bedroht werden. Erlernte Normen, Verhaltensweisen, Glaubenssätze und Werte – besonders solche, die in der Kindheit angenommen wurden – können sehr langfristig wirken, auch wenn ihre Bedeutung im Einzelfall variiert. Allgemeinere Faktoren können die Ausbildung kultureller Kompetenz verhindern und das Entstehen gemeinsamer Übereinkünfte, Erwartungen und Normen begrenzen: etwa wenn Menschen nur beschränkt Möglichkeit zur Sozialisation jenseits ihres unmittelbaren Kontextes haben, wenn es ihnen an Zugang zu Information mangelt oder an den Fähigkeiten,

Die Herausforderung für UNFPA lautet, Ländern so zu helfen, wie wir das seit jeher tun: ohne eine eigene Agenda zu verfolgen, mit Sensibilität gegenüber einzigartigen kulturellen Werten, mit der unerschöpflichen Bereitschaft, mit allem zu arbeiten, was positiv ist, und mit dem festen Willen, Ländern und Menschen zu helfen, universelle Prinzipien in konkretes Handeln umzusetzen.

—Thoraya Ahmed Obaid, Exekutivdirektorin von UNFPA

Es ist eine Sache, unseren Glauben hochzuhalten und ihn zu praktizieren, eine ganz andere aber, ihm wirklich auf den Grund zu gehen und zu überlegen, wie wir ihn in praktischen Nutzen für Menschen umsetzen können, die um Hilfe bitten.²³

daraus Nutzen zu ziehen, oder wenn ihnen die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Rechte verweigert werden, die es ihnen erlauben würden, die Bandbreite ihrer Optionen auszuweiten.

Was Kultur nicht ist ...

Die unterschiedlichen Definitionen und Anwendungen des Kulturbegriffes stellen erhebliche Probleme für die Analyse, Kommunikation und Aktion in diesem Bereich dar. So wird Kultur häufig über Gebräuche, Normen, Kleidungsstile, Ernährungsweisen und künstlerischen Ausdruck definiert. So wichtig diese Manifestationen von Kultur aber auch sein mögen, sie bergen das Risiko, den Kern der Sache zu verfehlen.

Ebenfalls riskant sind Unterscheidungen die auf Werturteilen basieren, wie beispielsweise „traditionell“ und „modern“, die „Erste Welt“ und die „Dritte Welt“, „wir“ und „die“.²⁴ Vereinfachende Generalisierungen dieser Art verschleiern die Vielschichtigkeit von Entwicklung und ignorieren die Fakten – etwa den Umstand, dass in den meisten Gesellschaften Tradition und Modernität nebeneinander existieren, und zwar häufig ohne klar definierte Unterscheidungen; dass es verschiedene Konzepte davon gibt, was Entwicklung ist, und dass unterschiedliche Werte in unterschiedlichen Gesellschaften einander offensichtlich ergänzen können.

Derartige Etikettierungen bergen die Gefahr, dass der Beobachter die Lebensstile in anderen Gesellschaften anhand seiner eigenen Wertesysteme und Normen interpretiert. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass einzelne Kulturen völlig übersehen werden,

insbesondere solche, die als minderwertig oder rückständig gelten. Und schließlich werden solche Etiketten oft nach sehr allgemeinen Kriterien und ohne große Rücksicht auf kulturelle Vielfalt vergeben. Die Annahme etwa, in sämtlichen nichtwestlichen Gesellschaften würden Frauen von Männern unterdrückt,²⁵ ist mehr als nur ein grotesker theoretischer Fehler: Auf praktischer Ebene ignoriert diese Auffassung auch, dass Männer und Frauen als Hüter kultureller Werte Macht und Einfluss ausüben können.

Oberflächliche Kategorisierungen können zu der irrigen und gefährlichen Annahme verleiten, die Angehörigen einer Gesellschaft würden sämtliche kulturellen Werte ihrer Gesellschaft ausnahmslos akzeptieren. Angehörige derselben Kultur können nicht nur über Werte, Gebräuche, Normen, Ziele und Handlungsweisen uneins sein – sie sind es häufig auch. Solche Meinungsverschiedenheiten können unterschiedliche Formen des innerkulturellen Widerstands provozieren, die Veränderungen von innen heraus begünstigen. So sind in manchen Glaubensgemeinschaften Bewegungen gegen Geschlechterungleichheit innerhalb der Gruppierungen selbst entstanden, und zwar getragen von Frauen wie von Männern.²⁶ Wenn Männer offen gegen Geschlechterdiskriminierung eintreten, ist das ein wirksamer Mechanismus für kulturellen Wandel.

Eine Diskussion, die mit Annahmen über „Werte“ beginnt, kann leicht in einem moralischen Relativismus enden, der Appelle zu kultureller Sensibilität und zu kulturellem Engagement als Eingeständnis interpretiert, alle Werte und alle kulturellen Praktiken seien gleichermaßen wichtig und richtig. Aus diesem Grund kann der moralische Relativismus keine Handlungsgrundlage darstellen. Wäre er das, würde das im Hinblick auf die Entwicklung zu Stillstand und Frustration führen. Kulturelles Bewusstsein und kulturelle Sensibilität haben nichts mit moralischem Relativismus zu tun. Danach zu fragen, was Menschen glauben

und denken, und danach, was sie für sinnvoll halten, und dann mit diesem Wissen zu arbeiten, erfordert nicht, alle Werte und Praktiken als gleichermaßen gültig anzuerkennen. Werte und Praktiken, die die Menschenrechte verletzen, finden sich in allen Kulturen. Die praktische Vorgehensweise lautet nicht, kulturelles Engagement zu vermeiden, sondern es als Chance zu verstehen: Kultursensible Ansätze können zu äußerst effektiven Methoden führen, die schließlich helfen, schädliche kulturelle Praktiken zu überwinden und nützliche Praktiken zu stärken.

Warum sind kultursensible Ansätze so wichtig?

Kultursensible Ansätze sind nicht nur für Organisationen und Menschen, denen die menschliche Entwicklung am Herzen liegt eine Verpflichtung. Sie sind aus folgenden Gründen eine „logische und praktische Notwendigkeit“:²⁷

Ein Außenstehender mag noch so bemüht sein, zu helfen: Seine Anstrengungen werden vergebens sein, wenn sie nicht der Kultur der Person entsprechen, der er helfen will, beziehungsweise den politischen und ökonomischen Institutionen. Es ist allzu leicht und allzu menschlich zu vergessen, dass es auch die guten Absichten eines lokalen Wohlfahrtsmechanismus gibt, der bereits lange vor der Erfindung der (...) Entwicklungshilfe existierte sowie ein menschliches Wertesystem, das nicht auf Außenstehende angewiesen ist, um den Leuten zu sagen, dass sie sich um die schwächsten Mitglieder ihrer Gesellschaft kümmern sollen.²⁹

Erstens: Alle Menschen haben einen durch das Menschenrecht geschützten Anspruch darauf, dass ihr kulturelles Wissen und ihre kulturellen Interessen in den sie betreffenden Entwicklungspolitiken und -programmen berücksichtigt werden. Dieser Anspruch stimmt mit der Erklärung zum Recht auf Entwicklung der Vereinten Nationen überein (Resolution 41/128 vom 4. Dezember 1986).²⁸ In der Präambel stellt die UN-Generalversammlung ihre Besorgnis fest über (...) das Bestehen schwerwiegender Hindernisse für die Entwicklung sowie für die volle Entfaltung von Menschen und Völkern, unter anderem aufgrund der Vorenthaltung von bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten, sowie in der Auffassung, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten unteilbar und interdependent sind, dass der Realisierung, der Förderung und dem Schutz der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte im Hinblick auf die Förderung der Entwicklung gleiche Aufmerksamkeit und dringliche Beachtung geschenkt werden sollte und dass somit die

Förderung und Achtung bzw. die Wahrnehmung bestimmter Menschenrechte und Grundfreiheiten nicht als Rechtfertigung für die Vorenthaltung anderer Menschenrechte und Grundfreiheiten dienen kann. (...)

ARTIKEL 1 DER ERKLÄRUNG BESAGT:

Das Recht auf Entwicklung ist ein unveräußerliches Menschenrecht, kraft dessen alle Menschen und Völker Anspruch darauf haben, an einer wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entwicklung, in der alle Menschenrechte voll verwirklicht werden können, teilzuhaben, dazu beizutragen und daraus Nutzen zu ziehen.

IN ARTIKEL 2 HEISST ES:

Der Mensch ist zentrales Subjekt der Entwicklung und sollte aktiver Träger und Nutznießer des Rechts auf Entwicklung sein. Alle Menschen tragen einzeln und gemeinschaftlich Verantwortung für die Entwicklung, wobei die

Notwendigkeit der uneingeschränkten Achtung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie ihre Pflichten gegenüber der Gemeinschaft zu berücksichtigen sind, die allein die freie und volle Entfaltung des Menschen gewährleisten kann, und sie sollten daher eine der Entwicklung gemäße politische, soziale und wirtschaftliche Ordnung fördern und schützen.

Zweitens: Kultursensible Ansätze erschließen die kreativen Lösungen, die sich innerhalb von Kulturen in Fülle finden. Umgekehrt führen die pauschale Ablehnung und die mangelnde Beachtung von kulturellen Eigenheiten dazu, dass „indigene Gebräuche und traditionelle Praktiken“ übersehen werden, „die einen positiven Beitrag zur Entwicklungsplanung leisten können“.³⁰

Drittens: Kultursensible Ansätze sind entscheidend für das Verständnis lokaler Kontexte. Das ist wichtig, weil Entwicklungsprogramme nur dann Erfolg haben können,

3 DIE KULTURELLE LINSE

Die kulturelle Linse ist ein Instrument, das UNFPA einsetzt, um Praktiken besser hinterfragen und verändern zu können, die die Ungleichheit der Geschlechter stützen sowie um Allianzen zu schmieden, die die Wirksamkeit von Programmen und die Eigenverantwortung stärken. Zudem fördert sie den Aufbau von Fähigkeiten – der kulturellen Kompetenz –, die notwendig sind, um mit Individuen, Gruppen und Gemeinschaften zu verhandeln, um Akteure und Partner zu überzeugen und um kulturelle Akzeptanz und die Identifikation mit der Gleichstellung und der Gleichbehandlung der Geschlechter sowie den Menschenrechten zu kultivieren.

Die kulturelle Linse hilft,

- die Bedürfnisse und Hoffnungen unterschiedlicher Gruppen zu verstehen, einschließlich der am stärksten marginalisierten Mitglieder einer Gemeinschaft;
- Forschung auf eine Art zu betreiben, die die politischen, sozialen, rechtlichen und ökonomischen Realitäten des Kontextes sowie die Möglichkei-

ten für Veränderungen besser zu erfassen in der Lage ist;

- die Einstellungen und Praktiken innerhalb von Gemeinden zu studieren und jene zu identifizieren, die den Menschenrechten, der Stärkung von Frauen und der Gleichbehandlung der Geschlechter am zuträglichsten sind;
- die politischen Verfahren zu verstehen, die zwischen potenziellen Partnern wie Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen Gruppen wirken und zum Aufbau wirksamer Allianzen erforderlich sind;
- kulturelle Kompetenz zu entwickeln, die notwendig ist, um erfolgreich zu verhandeln, zu überzeugen und zu lernen;
- Brücken zu schlagen zwischen lokalen kulturellen Werten und allgemein anerkannten Menschenrechten;



- die Kommunikations-, Mediations-, Verhandlungs- und Moderationsfähigkeiten zu entwickeln, die erforderlich sind, um Vertrauen aufzubauen, Konflikte zu lösen und die Eigenverantwortung für die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter zu stärken.

Quelle: „Integrating Culture, Gender and Human Rights in Programming: A Training Manual“, UNFPA, New York, 2008.



▲ Eine Frau im ländlichen Nepal trägt schwere Last.

© Peter Bruyneel

wenn sie für die kulturelle Umwelt relevant sind, in der sie umgesetzt werden.³¹

Viertens: Kulturelles Wissen ist unerlässlich, um Machtbeziehungen in Kulturgruppen und ihre Implikationen für die Entwicklungspolitik zu verstehen. Kulturelles Bewusstsein dieser Art verzichtet auf Verallgemeinerungen. Es erkennt an, dass Frauen und Männer, Mädchen und Jungen keine homogenen Gruppen sind.

Fünftens: Nur mit kultursensiblen Ansätzen ist es möglich, gegen rigide und schädliche Ethnozentrismen innerhalb der Entwicklungspolitik vorzugehen. Menschen etikettieren unweigerlich andere Menschen, und zwar weitgehend auf der Basis ihres eigenen kulturellen Systems. Wenn Entwicklungsorganisationen und -akteure nicht sich selbst gegenüber explizit klarmachen, wie sie Kultur verstehen, dann werden sie in dem, was sie tun, implizit Annahmen über Kultur machen, die möglicherweise wenig hilfreich sind.

Uns selbst durch die Augen der anderen zu sehen, kann sehr erhellend sein. Andere als Menschen zu sehen, die ein und dieselbe Natur mit uns teilen, ist das Mindeste,

was wir tun können. Aber erst die weitaus schwierigere Übung, uns selbst unter anderen zu sehen, als eines von vielen lokalen Beispielen für die Formen, die das menschliche Leben angenommen hat, als ein Fall unter Fällern, als eine Welt unter Welten, erschließt uns die geistige Größe, ohne die Objektivität nur Selbstbeweihräucherung und Toleranz nur eine Heuchelei bleibt.³²

Überblick über die Kapitel

Dieser Bericht legt dar, warum und wie kultursensible Ansätze für Entwicklungsprozesse und -ergebnisse relevant sind. Die einzelnen Kapitel spiegeln die Schwerpunkte der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz und der MDGs wider: Menschenrechte und Geschlechterbeziehung, Gleichbehandlung der Geschlechter, reproduktive Gesundheit und Rechte, Bevölkerungsdynamik und Konflikte.

KAPITEL 2: Unterstützung für die Menschenrechte aufbauen

Dieses Kapitel liefert einen Überblick über die Debatten zur universellen Gültigkeit des Menschenrechtssystems und die Auseinandersetzungen über den inhärenten

Widerspruch von Menschenrechten und kultureller Freiheit. Es verweist auf die „Schwierigkeit, klare Unterscheidungen zwischen Kultur und Menschenrechten zu ziehen oder Relativismus und Universalismus als einander diametral entgegengesetzte und unvereinbare Konzepte zu betrachten.“³³ Das Kapitel betont, dass kulturelles Bewusstsein und kulturelle Sensibilität **nicht** mit moralischem Relativismus gleichzusetzen sind. Tatsächlich besteht ein wichtiger Vorteil kultursensibler Ansätze darin, kulturelle Praktiken und Menschenrechte wirksam miteinander in Einklang zu bringen. Kultursensible Ansätze sind entscheidend dafür, kulturelle Unterstützung für Menschenrechte zu erwirken: „Kultur ist der Kontext, innerhalb dessen Menschenrechte konkretisiert und realisiert werden müssen.“³⁴ Darauf aufbauend umreißt das Kapitel, wie kultursensible Ansätze zum Aufbau kultureller Legitimität für Menschenrechte beitragen können.

KAPITEL 3: Die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen fördern

Kultursensible Ansätze sind wichtig für die Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen. Anhand von Fallbeispielen werden in diesem Kapitel Ansätze und Programmstrategien vorgestellt, die in unterschiedlichen Kontexten gut funktioniert haben. Dabei wird die Bedeutung eines gender-sensiblen Ansatzes hervorgehoben, bei dem die Erfahrungen von Männern, Frauen, Jungen und Mädchen in unterschiedlichen sozialen Kontexten untersucht werden. Das Kapitel zeigt, wie Variablen wie Klasse, Rasse, Ethnizität, Glaube und Alter geschlechterübergreifend wirken und wie Menschen ihre Rechte und ihre Kultur erfahren. Kultursensible Ansätze, so betont dieses Kapitel, befassen sich nicht nur mit der Frage, **welche** Ansichten von Bedeutung sind. Um Vielfalt wirklich zu verstehen, muss auch klar sein, **warum** diese Ansichten relevant sind. Kultursensible Vorgehensweisen schließen die Frage danach ein, welche Personen und Gruppen diese Ansichten teilen, welche Prozesse hier wirken und welche Folgen diese haben. Eine solche Wissenstiefe ist wichtig für die Entstehung von Partnerschaften und, um auf bestehenden lokalen Maßnahmen aufbauen zu können.

KAPITEL 4: Reproduktive Gesundheit und Rechte

In diesem Kapitel werden die in Kapitel 3 angerissenen Themen vertieft. Es wird gezeigt, dass differenzierte,

politische und kultursensible Vorgehensweisen für die Förderung der reproduktiven Gesundheit und Rechte unerlässlich sind. Fallbeispiele machen deutlich, wie wichtig das Verständnis der Kontexte ist: Kulturelles Einfühlungsvermögen ist entscheidend, um zu verstehen, wie ein Kontext die reproduktiven Entscheidungen von Individuen beeinflusst. Das wiederum strukturiert die Art der Maßnahmen, die notwendig sind, um vorgegebene Denkweisen und Verhaltensmuster zu berücksichtigen. Genau darin liegt ein großer Vorzug kultursensibler Ansätze. Wie das vorherige Kapitel zeigt auch dieses, wie wichtig ein geschlechtsspezifischer Ansatz, der Intersektionalitäten (die Verwobenheit und das Zusammenwirken unterschiedlicher Dimensionen wie Klasse, Rasse, Ethnizität, Glaube und Alter in einer integrativen Perspektive) berücksichtigt, für die Sicherstellung der reproduktiven Rechte und Gesundheit ist.

KAPITEL 5: Armut, Ungleichheit und Bevölkerung

Dieses Kapitel befasst sich mit kulturellen Fragen im Kontext von Armut und Ungleichheit. Rund 750 Millionen Angehörige von kulturellen Minderheiten werden in offiziellen Entwicklungsstrategien nicht berücksichtigt. Die Folgen für die Gesundheit und das Wohlergehen dieser Menschen sowie die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter werden in diesem Kapitel diskutiert und um Beispiele für erfolgreiche Ansätze ergänzt.

KAPITEL 6: Gender und reproduktive Gesundheit in Konflikten

Dieses Kapitel illustriert anhand von Fallbeispielen, wie und warum kultursensible Ansätze entscheidend dafür sind, die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen in Kriegs- und Krisenregionen zu fördern. Auch hier werden Themen aufgegriffen, die in den vorangegangenen Kapiteln angesprochen wurden, darunter die Bedeutung eines gender-sensiblen Ansatzes und die Notwendigkeit, sich Intersektionalitäten bewusst zu sein. Das Kapitel erläutert analytische Ansätze und umreißt Strategien für die Umsetzung kultursensibler Ansätze in der Praxis.

KAPITEL 7: Einige Schlussfolgerungen

Dieses Kapitel fasst die wichtigsten Punkte des Berichts zusammen und stellt Handlungsempfehlungen vor.



2

Unterstützung für die Menschenrechte aufbauen

„Die Legitimierung der Menschenrechte aus lokalen Kulturen und religiösen Traditionen heraus ist ein Anliegen von größter Bedeutung für das Fortbestehen und die weitere Entwicklung des Menschenrechtsparadigmas selbst.“¹

Die Charta der Vereinten Nationen von 1945 nennt die Förderung der Menschenrechte als eines der Kernziele der Organisation. So heißt es in Artikel 1:

Die Vereinten Nationen setzen sich [zum] Ziel (...), eine internationale Zusammenarbeit herbei[zu]führen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle – ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion – zu fördern und zu festigen.²

In den ersten Jahren nach Gründung der Vereinten Nationen bildete sich ein umfassender Konsens darüber heraus, dass eine Antwort auf „Akte der Barbarei, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen“ nötig ist.³ Diese Antwort kam in Form einer weiteren Erklärung, in der die allen Menschen gemeinsamen Grundrechte festgeschrieben wurden. Diese Rechte sollten nicht nur in der Theorie Bestand haben: Ziel war es, der Brutalität und dem Leid, das die Welt in den 1930er und 1940er Jahren erlebt hatte, ein Ende zu setzen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948, heißt es in der Präambel, ist das „von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal“.⁴ Die Erklärung besitzt sowohl moralische wie auch juristische Geltung. Die Mitgliedsländer der Vereinten Nationen haben darüber hinaus eine Vielzahl von Verträgen zu konkreten Aspekten der Menschenrechte verabschiedet. Auch diese erhalten nach ihrer Ratifizierung laut internationalem Recht verbindliche Rechtskraft. Zudem gibt es bestimmte Normen, die für alle Staaten gelten, ob sie nun die Menschenrechtskonventionen unterschrieben haben oder nicht, darunter etwa das Verbot von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, von Völkermord sowie von Kriegsverbrechen. Eine Reihe von Menschenrechtsinstrumenten haben internationale Rechtsstandards gesetzt. Zu diesen zählen die

- Völkermordkonvention (1948),
- die Konvention gegen Sklaverei (1956),
- der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966),
- die Kinderrechtskonvention (1989),

◀ Eine ältere Frau spricht mit einer Gesundheitsdienstleisterin über ihre Behandlung. Menschenrechte, einschließlich des Rechts auf Gesundheit, sind universell und unteilbar: Sie gelten für jedes Alter, jedes Geschlecht und jede Kultur.

© Peter Bruyneel

- die Konvention zur Beseitigung aller Formen der Rassendiskriminierung (1965) sowie die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW, 1979),
- die Genfer Abkommen (1949) und die Genfer Flüchtlingskonvention (1951). Diese umreißen die in Konfliktsituationen anzuwendenden humanitären Prinzipien.

Allerdings ist die Ratifizierung eines Menschenrechtsdokuments durch einen souveränen Staat nicht notwendigerweise ein Beleg für dessen volle Umsetzung. Ebenso wenig kann daraus geschlossen werden, alle Bürger dieses Staates seien davon überzeugt, dass die vereinbarten Grundsätze innerhalb ihres jeweiligen kulturellen Kontextes angewendet werden können. Dessen ungeachtet erklärt ein Staat, der ein Menschenrechtsdokument ratifiziert, seine Bereitschaft, sich diesem zu unterwerfen. Voraussetzung für das Inkrafttreten eines solchen Dokuments ist, dass es vorher von einer vereinbarten Mindestzahl an Mitgliedsstaaten ratifiziert worden ist.

Die Debatte über die Menschenrechte

Eine der fortdauernden Kontroversen im Zusammenhang mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschäftigt sich damit, inwieweit die darin festgelegten Rechte tatsächlich universell gültig sind. Laut einer Argumentationsschiene kann das Menschenrechtssystem keine allgemeine Gültigkeit beanspruchen, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens, die ursprüngliche Menschenrechtserklärung wurde von einer kleinen Gruppe vorwiegend europäischer Länder ratifiziert, die 1948 in den Vereinten Nationen vertreten waren. Zudem unterhielten einige der Länder, die damals die Universalität der Erklärung proklamierten, zu dieser Zeit noch Kolonien. Zweitens entwarfen diese Länder die Menschenrechtserklärung auf der Grundlage ihrer eigenen kulturellen Annahmen, konstitutionellen Erfahrungen und politischen Kämpfe – beispielsweise um die Trennung von Staat und Religion. Dieser Sichtweise zufolge spiegelt das Menschenrechtssystem damit vor allem „westliche“ Kulturen und Werte wider und geht kaum auf die Werte und Erfahrungen anderer Kulturen ein. So basiert die besondere Betonung der individuellen Eigentumsrechte auf einem Eigentumskonzept, welches vor der Kolonialzeit alles andere als universell war. Dieser Sichtweise folgend spielt das Menschenrechtssystem „die

Bedeutung der Gemeinschaft herunter (...) [und] sucht ein Modell individueller Rechte durchzusetzen, das im Konflikt zu nichtwestlichen Lebensstilen steht.“⁵ In vielen Entwicklungsländern gab es – anders als in Europa und den Vereinigten Staaten – keine politische Auseinandersetzung über „Kirche und Staat“. Insofern stößt die Forderung, die Religion allein in den Bereich des Privaten zu verorten, mancherorts auf beträchtlichen Widerstand.⁶

Derartige Einwände wurden und werden sowohl in Industrie- wie auch in Entwicklungsländern vorgebracht, so zum Beispiel von der Amerikanischen Anthropologengemeinschaft, die die Universalität der Menschenrechtserklärung bereits 1947 – also noch vor ihrer Verabschiedung – in Frage stellte:

Wie kann die vorgeschlagene Deklaration auf alle Menschen anwendbar und nicht zugleich ein Ausdruck von Rechten sein, die allein auf Grundlage der in den Ländern des westlichen Europas und Amerikas vorherrschenden Werte formuliert worden sind? (...) Normen und Werte beziehen sich auf die Kultur, aus der sie abgeleitet werden. Also muss jeder Versuch, aus den Glaubenssätzen und moralischen Regeln einer Kultur heraus erwachsene Postulate zu formulieren, in eben diesem Maße die Anwendbarkeit jeder Erklärung der Menschenrechte auf die Menschheit als Ganzes vereiteln.⁷

In Anbetracht solcher Einwände fordern manche Gegner der universalistischen Position einen multikulturellen Ansatz zur Anpassung und weiteren Ausformulierung des Menschenrechtssystems – möglichst unter Einbeziehung der für die Rechtssprechung über Menschenrechte erforderlichen Verfahren. Während die Menschenrechtserklärung in Europa mittels formeller juristischer Verfahren umgesetzt wird, verweisen etliche Länder des Südens auf die Effizienz und Effektivität ihrer tradierten (und zum Teil religiösen) Normen und Prozesse. (Manche Rechtswissenschaftler erkennen die Praktikabilität dieses Ansatzes an. Denn für viele Männer und Frauen sei der Zugang zum offiziellen Rechtssystem oftmals mit unerschwinglich hohen Kosten verbunden. Traditionelle Verfahrensweisen, die sich an den Menschenrechten orientieren, böten einen direkteren Zugang.) Andere Kritiker lehnen einzelne Menschenrechtsbestimmungen aus kulturellen Gründen ab. Mit die schärfsten Auseinandersetzungen bezüglich der Universalität des Menschenrechtssystems haben die Konventionen hervorgerufen, die

nach Meinung von Gegnern dieser Konventionen kulturelle und religiöse Normen in den Bereichen Familie und Geschlechterbeziehungen untergraben. Weitere Vorbehalte basieren auf politischen, juristischen oder verfassungsrechtlichen Gründen.

Die Weiterentwicklung der Menschenrechte

Es ist viel darüber geschrieben worden, wie sich das Menschenrechtssystem und die Rolle der Kulturen in diesem Zusammenhang in den zurückliegenden 60 Jahren gewandelt haben. Fast alle Länder, die ehemals Kolonialgebiete waren als die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verabschiedet wurde, sind heute souveräne Staaten und selbst Mitglieder der Vereinten Nationen. Inzwischen widmen sich die Menschenrechte nicht mehr nur dem Schutz des Individuums innerhalb eines Staates, sondern auch dem Schutz der kollektiven Rechte von Gruppen wie indigenen Völkern, Minderheiten und neu entstehenden Nationen. Zudem umfassen sie Bestimmungen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Andere Rechte, wie das Recht auf reproduktive Gesundheit und der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, sind weiter ausformuliert worden. Im Jahre 1993 – genau 45 Jahre nach der Annahme der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – bekräftigten die 171 Nationen auf der Weltkonferenz über Menschenrechte in Wien, dass Frauenrechte Menschenrechte sind. Auf der Kairoer

Wo beginnen die Menschenrechte? An den kleinen Plätzen, nahe dem eigenen Heim. So nah und so klein, dass diese Plätze auf keiner Landkarte der Welt gefunden werden können. Und doch sind diese Plätze die Welt des Einzelnen: Die Nachbarschaft, in der man lebt, die Schule oder die Universität, die man besucht, die Fabrik, der Bauernhof oder das Büro, in dem man arbeitet. Das sind die Plätze, wo jeder Mann, jede Frau und jedes Kind gleiche Rechte, gleiche Chancen und gleiche Würde ohne Diskriminierung sucht. Solange diese Rechte dort keine Geltung haben, sind sie auch woanders nicht von Bedeutung.

—Eleanor Roosevelt

Weltbevölkerungskonferenz 1994 erkannten 179 Nationen die reproduktive Gesundheit als Bestandteil des umfassenden Rechts auf Gesundheit an. Kurz davor, Ende 1993, hatten die Vereinten Nationen die Erklärung zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen verabschiedet. Auf deren Grundlage wurde ein Abschnitt über geschlechtsspezifische Gewalt in den Konsens von Kairo und in die Erklärung der Weltfrauenkonferenz von Beijing 1995 aufgenommen. Das alles beweist die Fähigkeit des internationalen Menschenrechtssystems, fortlaufende kulturelle Veränderungen anzuerkennen und darauf zu reagieren:

Kultur als einheitlich und unveränderlich zu verstehen, ignoriert die Auswirkungen der Globalisierung und auch die bereits erfolgten, vielfältigen Übertragungen kultureller Normen und Praktiken. Eine Sichtweise, die Kulturen als veränderlich und miteinander verknüpft und Rechte als historisch entstandene und durch nationale und lokale Akteure transnational neu definierte Konzepte begreift, beschreibt die zeitgenössische Situation besser. Sie verweist zudem auf die Unmöglichkeit, klare Unterscheidungen zwischen Kultur und Menschenrechten zu ziehen oder Relativismus und Universalismus als einander diametral entgegengesetzte und unvereinbare Konzepte zu betrachten.⁸

In dem Maße, wie sich das System der Menschenrechte weiterentwickelt hat, haben sich in der Sprache und der Politik der Grundrechte Räume für kulturelle Veränderungen geöffnet. Die Menschen benutzen die Sprache der Menschenrechte, um eigene Forderungen zu formulieren. Das liegt daran, dass die Sprache der Menschenrechte die Sprache des Widerstands gegen Not und Unterdrückung ist, die alle Kulturen teilen: „Von dieser Perspektive aus betrachtet, sind die Menschenrechte beides, universell und speziell: Universell, weil die Erfahrung des Widerstands gegen Unterdrückung den unterjochten Gruppen überall auf der Welt gemeinsam ist. Speziell, weil dieser Widerstand je nach den Besonderheiten des sozialen Kontextes andere Formen annimmt.“⁹ Deshalb ist es so wichtig, Rechte innerhalb ihres Kontextes zu verstehen und es unterstreicht die Notwendigkeit kultursensibler Ansätze zur Förderung der Menschenrechte.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass

- Menschen in verschiedenen Kulturen Rechte auf unterschiedliche Weise interpretieren,
- auch Menschen innerhalb einer Kultur unterschiedliche Perspektiven zu und Erfahrungen mit Rechten haben,

- Menschen innerhalb von Kulturen und über verschiedene Kulturen hinweg auf eine Weise für ihre Rechte eintreten, die ihrem jeweiligen Kontext angemessen ist,
- Menschenrechte durch kulturelle Legitimität eingeführt und gefördert werden können,
- der Aufbau kultureller Legitimität Wissen über und Engagement in Kulturen erfordert.

Kultur ist das absolute Gegenteil von Stillstand. Die – explizite oder implizite – Annahme, Kultur stagniere, birgt das Risiko fataler Fehleinschätzungen. Von der, sagen wir, hinduistischen, oder, was das betrifft, indischen Kultur als etwas zu sprechen, das auch nur kurzfristig still stehe und klar definiert sei, ignoriert nicht nur die ganz erheblichen Abweichungen innerhalb all dieser Kategorien, sondern auch ihre Entwicklung und Veränderung über längere Zeiträume hinweg.¹²

Kulturelle Legitimität für die Menschenrechte schaffen

Kultursensible Ansätze sind handlungsorientiert. Sie können wirksame Instrumente sein, um die wechselseitigen Beziehungen zwischen Menschenrechten und Kulturen zu verstehen und dabei helfen, gegen Unterdrückung innerhalb von Kulturen vorzugehen. Kultursensible Ansätze erkennen an, dass „Menschen eher normative Vorgaben befolgen, je stärker sie diese durch ihre eigenen kulturellen Traditionen sanktioniert sehen“ und dass „die Befolgung

Wie können wir nach Fortschritt und Wohlstand streben, während die Frauen, die die Hälfte der Gesellschaft ausmachen, seit langem unter der Vernachlässigung ihrer Interessen und der ihnen von unserer Religion gewährten Rechte leiden? Rechte, die sie auf dieselbe Stufe stellen wie die Männer. Diese Rechte verkünden die ehrenwerte Aufgabe der Frauen und gewähren ihnen den Schutz des Gesetzes vor der Ungerechtigkeit und der Gewalt, die sie ungeachtet der Tatsache erdulden müssen, dass für sie die gleichen Errungenschaften gelten wie für Männer, sowohl in der Bildung wie in der Arbeitswelt.¹⁰

Geht zu den Menschen. Lebt mit ihnen. Lernt von ihnen. Liebt sie. Beginnt mit dem, was sie wissen. Baut mit dem, was sie lieben. Von einem guten Führer werden, wenn sein Werk getan und sein Ziel erreicht ist, alle sagen: Wir haben es selbst getan!¹¹

von Menschenrechtsstandards von kultureller Legitimität [abhängt].¹⁴ Allerdings müssen bei der Förderung einer solchen kulturellen Legitimität wichtige Einschränkungen beachtet werden:

- *Jeder Ansatz zum Umgang mit Kultur muss sich selbst an den Menschenrechtsprinzipien der Nichtdiskriminierung, Gleichberechtigung und Verantwortung orientieren.* Wenn sie ernst genommen werden, können diese Prinzipien die Aussicht darauf verbessern, dass die Leute mit Respekt und Würde behandelt werden. Die Menschenrechtsgrundsätze verweisen einen rigiden Ethnozentrismus in die Schranken, der alle „anderen“ Kulturen als unterlegen betrachtet und davon ausgeht, dass sie wenig oder nichts zu Entwicklungsprozessen und zum Konzept von Entwicklung beizutragen haben. Anderen Menschen bestimmte Auslegungen von Rechten aufzuzwingen, birgt die Gefahr, die kulturelle Eigenverantwortung zu untergraben. Dies kann Unmut und Widerstand provozieren: „Selbst wenn Außenstehende mit den beherrschten und unterdrückten Klassen sympathisieren und diese zu unterstützen wünschen, wird ihr Irrglaube, die gültige Sichtweise der Kultur dieser Gesellschaft zu kennen, sie daran hindern, das zu erreichen (...).“¹⁵ Das bedeutet nicht, dass kulturelle Normen und Praktiken ohne Ausnahme akzeptiert und toleriert werden sollten. Was kultursensible Ansätze allerdings ermöglichen ist, „kulturübergreifende moralische Bewertungen und Handlungen“ zu ermutigen und zugleich auf „die besten Methoden zu verweisen, wie bewertet und gehandelt werden kann.“¹⁸

- *Wer die für die menschliche Entwicklung notwendigen Rechte und Freiheiten in der Praxis stärken möchte, darf vor Auseinandersetzungen über kulturelle Bedeutungen nicht zurückschrecken, sondern muss sie vielmehr anerkennen. Es gilt, herauszufinden, wo Konflikte lokalisiert und welches die Perspektiven und Rollen der unterschiedlichen Akteure sind.* Darauf aufbauend müssen kultursensible Ansätze Möglichkeiten zum Austausch innerhalb dieser Kontexte identifizieren. UNFPA hat gelernt, wie wichtig die Suche



▲ Eine starke Zivilgesellschaft ist wichtig, um die Menschenrechte zu fördern: Junge Frauen bei der Ausbildung zur Pflegehelferin, die von einer NGO unterstützt wird.
© UNFPA

nach und die Arbeit mit lokalen, sich für Veränderung einsetzenden Akteuren sowie die Unterstützung lokal verankerter Initiativen zur Förderung der Menschenrechte ist. Der Bevölkerungsfonds hat Partnerschaften aufgebaut mit „Parlamentariern, den Medien und zivilgesellschaftlichen Organisationen (darunter auch solche, die sich mit Menschenrechten und Frauenthemen befassen), einflussreichen konfessionellen und konfessionübergreifenden religiösen

In interkulturellen Beziehungen können Moralität und Wissen nicht das ausschließliche Produkt einiger Kulturen sein und anderer nicht.¹³

Organisationen und Vertretern lokaler Machtstrukturen wie zum Beispiel Stammesführern“. Zugleich erkennt der Fonds die Notwendigkeit eines behutsamen Vorgehens an. UNFPA achtet stark darauf, dass diese Partnerschaften weder kulturellen Wandel behindern noch kollektive Aktionen von weniger organisierten und weniger mächtigen Akteuren unterbinden. In Benin zum Beispiel hat UNFPA islamische Einrichtungen gefördert, die sich für die Verbesserung der Frauenrechte einsetzen. In den Palästinensischen Autonomiegebieten hat der Fonds mit dem Ministerium für Familienberatung und Schlichtung in Scharia-Gerichten zusammengearbeitet und Themen

wie geschlechtsspezifische Diskriminierung, Gewalt und reproduktive Gesundheit und Rechte angesprochen. In Tadschikistan arbeitet UNFPA mit der Islamischen Universität von Tadschikistan, dem staatlichen Religionskomitee und der Nichtregierungsorganisation (NGO) *Safe Motherhood* zu Themen wie reproduktive Gesundheit und Rechte und Gleichbehandlung der Geschlechter zusammen. Auf Jamaika kooperiert UNFPA mit der *United Theological School of the West Indies* in zahlreichen Bereichen, einschließlich geschlechtsspezifische Gewalt sowie HIV-Prävention und Behandlung. UNFPA entwickelt Partnerschaften mit Institutionen, die über erheblichen Einfluss innerhalb ihrer Gemeinschaften verfügen und in der Lage sind, die Menschen zu erreichen und Veränderungen zu bewirken.¹⁹

Überall auf der Welt gehen die Leute davon aus, dass sie in ihrer Wahrnehmung der Realität und ihren Problemlösungsansätzen objektiv, zutreffend und wert- oder kulturfrei sind. Tatsächlich aber hängt die Art und Weise, wie wir die Fakten interpretieren, sehr stark von unserem individuellen kulturellen Kontext ab.¹⁶

Wie wir in unserer Arbeit rund um die Welt festgestellt haben, kann der Aufbau von Allianzen mit und die Beteiligung von Mitgliedern religiöser Traditionen, den Ausschlag darüber geben, ob ein Programm Erfolg hat oder nicht (...).¹⁷

- *Kultursensible Ansätze sollten zu politischen Maßnahmen beitragen, indem sie lokale Normen und Praktiken ernst nehmen und berücksichtigen.* Dies bedeutet, mit Normen und Praktiken, die Kernziele wie die Menschenrechte fördern, zu arbeiten und auf ihnen aufzubauen. Normen und Praktiken aber, die die Menschenrechte nicht respektieren, müssen überprüft und zur Diskussion gestellt werden. „Die Menschenrechte laufen Gefahr, Bedeutung und Legitimität zu verlieren, wenn sie sich nicht mit dem befassen, was auf der lokalen Ebene passiert.“²⁰

Manche Analytiker schlagen Frauenrechtsaktivisten vor, sich von Ansätzen abzuwenden, „die fordern, alle gegen Menschenrechtsprinzipien verstoßende kulturelle Praktiken einfach zu beenden“. Derartige Ansätze, sagen sie, seien außerstande, den realen Kontext der zugrunde liegenden kulturellen Einstellungen zu erfassen. Sie unterstellen zudem, dass Frauen in diesen Kulturen keine Möglichkeiten, Wege oder Ressourcen hätten, ihre Rechte zu verwirklichen. Die einzig gangbare Lösung sei die, die in formellen nationalen und internationalen Menschenrechtsgesetzen verankert sei. Eine solche Argumentation vernachlässigt jedoch die Tatsache, dass staatliche und lokale Institutionen den kulturellen Wandel beeinflussen. Für Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, sind lokale Institutionen häufig am einfachsten zugänglich und am ehesten bezahlbar. Zudem erkennen traditionelle Systeme oft Ansprüche an, die in offiziellen Gesetzestexten unerwähnt bleiben. Auch wenn es zutrifft, dass kulturelle Institutionen zum Teil ganz erhebliche Hürden darstellen, – insbesondere wenn Geschlechterrollen fest innerhalb von Familien verwurzelt sind und die Beteiligung von Frauen am Entscheidungsprozess eng begrenzt ist –, so gibt es dennoch auch in dieser Hinsicht Variationen innerhalb der Kulturen.

- *Kultursensible Ansätze dürfen nicht ausschließlich auf lokale Bedeutungssysteme eingehen. Sie müssen auch Kulturen auf nationaler und internationaler Ebene sowie ihre Zusammenhänge verstehen.* Der Austausch zwischen

4 INDIEN: DIE RÜCKKEHR ZU EINEM ZAHLENMÄSSIG AUSGEWOGENEN VERHÄLTNIS ZWISCHEN MÄDCHEN UND JUNGEN

In Indien bestehen erhebliche familiäre und soziale Zwänge, Söhne zu zeugen. Damit einher geht die schwerwiegende Diskriminierung von Mädchen. In manchen Regionen des Subkontinents werden weibliche Neugeborene noch heute getötet. Inzwischen allerdings dürften sich vor allem die neuen Verfahren zur pränatalen Geschlechtsbestimmung und die resultierende Abtreibung weiblicher Föten auf das zahlenmäßig ungleiche Verhältnis der Geschlechter im Land auswirken – der letzten Volkszählung im Jahr 2001 zufolge wurden 108 Jungen pro 100 Mädchen geboren.

Nach intensiver Lobbyarbeit von Gesundheits- und Menschenrechtsaktivisten verabschiedete der zentralindische Bundesstaat Maharashtra 1986 ein Gesetz, mit dem der Einsatz pränataler Diagnoseverfahren zur Geschlechtsbestimmung verboten wurde. Acht Jahre später, 1994, führten Kampagnen auf nationaler Ebene dazu, dass ein Gesetz zur Regulation und Bekämpfung des Missbrauchs pränataler Diagnostiktechniken erlassen wurde. Das änderte jedoch wenig an der Praxis der Geschlechtsselektion. Im Jahr 2000 schließlich wandten sich Gesundheitsaktivisten an den Obersten Gerichtshof des Landes, um die Durchsetzung des Gesetzes zu erzwingen. In der Zwischenzeit arbeiteten mehrere UN-Organisationen, darunter UNFPA, UNICEF und die WHO, mit internationalen NGOs und dem indischen Ministerium für Gesundheit und Familienwohlstand daran, die Medien für das Thema zu gewinnen und Netzwerke aufzubauen. Auch lokale Gruppen – einschließlich religiöser Organisationen –, die für ein Ende der Geschlechtsselektion kämpften, erhielten Unterstützung. Dieser umfassende Ansatz hat zu einer veränderten Wahrnehmung und Einstellung gegenüber diesem Thema in der Öffentlichkeit geführt. Auch wenn die Geschlechtsselektion noch nicht völlig überwunden ist, so sind doch klare Fortschritte erzielt worden. Um schädliche Praktiken dauerhaft zu verändern, reichen Gesetze allein nicht aus. Vielmehr ist hier die Zusammenarbeit und integrierte Aktion einer Vielzahl unterschiedlicher Akteure auf nationaler und lokaler Ebene gefragt.

Quelle: http://www.unfpa.org/culture/case_studies/india_study.htm

nationalen, lokalen und internationalen Akteuren und Organisationen hilft, Chancen und Hindernisse für Aktionen zu erkennen und angemessene Methoden und Strategien für die eigene Arbeit zu identifizieren. Wie UNFPA, UNICEF und WHO festgestellt haben, war diese

mehrgleisige Strategie im Kampf gegen die Geschlechtsselektion in Indien (siehe Kasten 4) für die Zusammenarbeit mit internationalen, nationalen und lokalen Menschenrechtsaktivisten wichtig.

- *Kultursensible Ansätze müssen geschlechtsspezifisch sein.* Die Gender-Analyse ist wichtig für das Verständnis, wie unterschiedliche Gruppen von Männern und Frauen beziehungsweise Jungen und Mädchen ihre Rechte erleben.

Ein geschlechtsspezifischer Rechtsansatz verändert die Art und Weise, wie Rechte verstanden werden, fundamental. Denn er verlangt, Rechte nicht nur als gesetzliche Ansprüche zu verstehen, sondern auch als ein politisches Instrument für Strategien des sozialen Wandels. Die Kombination von Gender und Rechten bietet einen Rahmen dafür, Werte, Verhaltensweisen, Annahmen, Maßnahmen und Programmentscheidungen daraufhin zu untersuchen, ob sie eine – und wenn ja welche – Rolle bei der Ausgrenzung oder Diskriminierung bestimmter Menschen beziehungsweise der Bevorzugung Anderer spielen. Im Wesentlichen erinnert uns eine geschlechtsspezifische Analyse der Rechte daran, dass sie nicht auf neutrale Individuen angewendet werden, sondern dass ihre Anwendung beziehungsweise Inanspruchnahme unterschiedlich sein kann – je nach Macht und Stellung eines Individuums in der Gesellschaft und der ihm zugewiesenen Rollen.²¹

Unter diesen Bedingungen sind kultursensible Methoden wichtig, um tief in lokalen und nationalen Kontexten Unterstützung für die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter aufzubauen. Kultursensible Ansätze konzentrieren sich auf die innersten und grundlegenden Bereiche in denen die Menschenrechte wurzeln. Denn sie basieren auf der Annahme, dass Menschenrechte – sollen sie von Dauer sein – verinnerlicht werden müssen.

Was ist unter dem Begriff der kulturellen Linse zu verstehen? Ihr unmittelbares Anliegen ist es, innerhalb von Gemeinschaften Eigenverantwortung für die Menschenrechtsagenda aufzubauen. Ihr eigentliches Ziel ist, die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter verwirklichen zu helfen. Die Strategie, dies zu erreichen, besteht darin, aus Gemeinwesen und Kulturen heraus zu arbeiten und eine breite Basis zur Unterstützung für die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter aufzubauen. Im Verständnis von UNFPA greifen menschenrechtsbasierte Ansätze, Gender-

Im Gegensatz zu dem, was manche behaupten oder fürchten, werden lokale Kulturen keineswegs durch solche kulturellen Eingriffe erodiert oder deformiert. Vielmehr stellt es ihre diskriminierenden und repressiven Aspekte in Frage. Das kann natürlich auf den Widerstand derjenigen stoßen, die ein persönliches Interesse an der Wahrung des Status quo haben. Kultursensibel und mit Blick auf die Menschenrechte zu arbeiten, verneint, [delegitimiert,] destabilisiert, zerbricht und zerstört – auf lange Sicht – repressive Hierarchien. Gleichzeitig werden so die positiven Elemente der lokalen Kultur aktiviert, die die Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter fördern. Letztlich gewinnt auch die Kultur selbst durch diesen Prozess neuerlich an Bedeutung (...).²³

Mainstreaming und kultursensible Ansätze ineinander, um die Aussichten auf Erfolg so zu maximieren.²²

Dieser Prozess sollte über die Zeit hinweg ein Gefühl der Mitverantwortung für die Menschenrechte erzeugen. Darüber hinaus müssen kultursensible Ansätze marginalisierte Gruppen einschließen. Auf diese Weise erhalten diese Gruppen eine Stimme in ihrer eigenen Kultur und werden in die Lage versetzt, für die Menschenrechte zu kämpfen. In vielen Gemeinschaften sind Frauen und Kinder die am stärksten marginalisierten und unterdrückten Gruppen, wobei Angehörige gewisser Untergruppen – bestimmter Klassen, ethnischer Gruppen, Religionen, Kulturen – in einigen Fällen unter weitaus schlimmeren Formen der Diskriminierung und Unterdrückung leiden müssen.

Kultursensible Ansätze versprechen keine unmittelbaren und vorhersagbaren Resultate. Die Frage nach der menschlichen Entwicklung ist komplex, und kulturelle Themen gehören mit zu den heikelsten, die es gibt. Doch Veränderungen, die von grundsätzlicher Bedeutung für die menschliche Entwicklung sind und ihrerseits die volle Verwirklichung der Menschenrechte verlangen, setzen unweigerlich eine ernsthafte und respektvolle Beschäftigung mit Kulturen voraus.



3

Die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen fördern¹

Kulturen sind weder statisch noch monolithisch (...). Sie passen sich an neue Möglichkeiten, Herausforderungen und sich verändernde Realitäten an. Was im Einzelfall als „Kultur“ betrachtet wird, kann in Wahrheit die Sichtweise einer kleinen Gruppe sein – etwa die von Eliten, die auf Macht- und Statuserhalt bedacht sind. Die jeder Kultur innewohnenden Spannungen und voneinander abweichenden Ziele eröffnen UNFPA Möglichkeiten zur Förderung der Menschenrechte und der Gleichbehandlung der Geschlechter. Das gilt insbesondere dann, wenn UNFPA vor Ort mit Protagonisten des sozialen Wandels Partnerschaften schließen kann und es gelingt, dominante Sichtweisen aus dem jeweiligen kulturellen Referenzrahmen heraus zu hinterfragen.²

Auf der 1. Weltfrauenkonferenz in Mexiko City 1975 verpflichteten sich die versammelten Regierungen, Vertreter der Zivilgesellschaft und Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, mit und für Frauen zu arbeiten. Dieses Engagement wurde während der gesamten UN-Dekade der Frau von 1976 bis 1985 fortgeführt. 1979 nahm die UN-Generalversammlung das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau an. Mit CEDAW wurde eine Agenda für nationale Aktionen mit dem Ziel vorgelegt, die Diskriminierung der Frau zu beenden und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern. Die Übereinkunft definierte Diskriminierung als „jede mit dem Geschlecht begründete Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zur Folge oder zum Ziel hat, dass die auf der Gleichberechtigung von Mann und Frau gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Frau – ungeachtet ihres Familienstands – im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt.“

Die Gleichbehandlung von Frauen und Männern war auch eines der zentralen Themen der folgenden Weltfrauenkonferenzen. In der Erklärung von Beijing und der Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 wurden die Gleichbehand-

◀ Mit dem Wandel der Kulturen wandeln sich auch Geschlechterrollen, Verantwortlichkeiten und Beziehungen: In einer gemischten Klasse von Frauen und Männern in der Elfenbeinküste lernt dieser junge Mann das Nähen.

© Jane Hahn/Panos

lung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen ausdrücklich miteinander verknüpft. Die Teilnehmer waren der Überzeugung,

dass die Machtgleichstellung der Frau und ihre gleichberechtigte und volle Teilhabe an allen Bereichen der Gesellschaft, so auch ihre Teilhabe an den Entscheidungsprozessen und ihr Zugang zu Macht, für die Herbeiführung von Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden von grundlegender Wichtigkeit sind.

Die Aktionsplattform von Beijing bekräftigt, dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Frauen und Männern anerkannt und gleichermaßen geschätzt werden. Frauen und Männer sollten den gleichen Status und die gleiche Anerkennung genießen und gleichermaßen berücksichtigt werden. Sie sollten gleiche Bedingungen „zur uneingeschränkten Verwirklichung ihrer Möglichkeiten und Ziele“ vorfinden sowie gleiche „Chancen darauf, an den Ressourcen und der Entwicklung der Gesellschaft teilzuhaben, einen Beitrag dazu zu leisten und davon zu profitieren“. Schließlich geht es um gleiche „Freiheiten und gleiche Lebensqualität“ und gleiche „Ergebnisse in allen Bereichen des Lebens“.³

Die Gleichbehandlung der Geschlechter ist zuerst und vor allem ein Menschenrecht. Frauen haben das Recht auf ein Leben in Würde und in Freiheit von Furcht und Not.

Die Stärkung von Frauen ist darüber hinaus ein unentbehrliches Instrument zur Förderung von Entwicklung sowie zur Armutsbekämpfung.⁴

Anlässlich der Beijing+5-Folgekonferenz in New York 2000 überprüften die Regierungen unter Beteiligung der Vereinten Nationen, NGOs und regionalen Organisationen die seit 1995 erzielten Fortschritte im Hinblick auf die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter. In den Länderberichten wurden signifikante Verbesserungen der Stellung der Frau seit 1976 beschrieben, so zum Beispiel der gestiegene Anteil der Frauen an der erwerbstätigen Bevölkerung und ihre stärkere Beteiligung an der Zivilgesellschaft. Darüber hinaus würdigten die Regierungen den Beitrag von NGOs und Frauenorganisationen zur Durchsetzung der Interessen von Frauen und der Förderung der Gleichbehandlung der

5 FAKTEN ÜBER DIE GLEICHBEHANDLUNG DER GESCHLECHTER

- Drei Fünftel der ärmsten Milliarde der Weltbevölkerung sind Frauen und Mädchen.
- Von den 960 Millionen Erwachsenen auf der Welt, die nicht lesen und schreiben können, sind zwei Drittel Frauen.
- 70 Prozent der 130 Millionen Kinder, die keine Schule besuchen, sind Mädchen.
- Abgesehen von ein paar rühmlichen Ausnahmen wie Ruanda und den nordischen Ländern sind Frauen in nationalen Parlamenten mit einem Anteil von gerade einmal 16 Prozent der Sitze stark unterrepräsentiert.
- Überall auf der Welt verdienen Frauen im Normalfall weniger als Männer. Sie sind nicht nur überdurchschnittlich stark im Niedriglohnsektor vertreten, sondern bekommen oft auch weniger Geld für die gleiche Arbeit.
- Obwohl Frauen rund 70 Prozent ihrer unbezahlten Arbeitszeit für die Pflege von Familienangehörigen aufwenden, wird dieser Beitrag zur globalen Wirtschaft nirgendwo ausgewiesen.
- Bis zu 50 Prozent aller erwachsenen Frauen haben schon einmal Gewalttätigkeit von Seiten eines Partners erfahren.
- Praktisch alle in den letzten Jahren geführten bewaffneten Konflikte waren von systematischer sexueller Gewalt gegen Frauen geprägt. Gewalt, die sowohl als Instrument des Schreckens wie auch zur „ethnischen Säuberung“ eingesetzt wird.
- In Afrika südlich der Sahara sind über 57 Prozent der HIV-Infizierten Frauen. Junge Frauen im Alter von 15 bis 24 sind dort einem drei Mal höheren Infektionsrisiko ausgesetzt als Männer derselben Altersgruppe.
- Jahr für Jahr kosten vermeidbare Komplikationen bei Schwangerschaft und Geburt über eine halbe Million Frauen das Leben. Weitere 18 Millionen Frauen tragen bleibende gesundheitliche Schäden davon.

Quelle: „Taking Gender Equality Seriously: Making Progress, Meeting New Challenges“, UNDP, New York, 2006, <http://www.undp.org/pl/publikacje/TakingGenderEqualitySeriously.pdf>

Geschlechter. Auf der anderen Seite fanden sich in Berichten aus allen Regionen Hinweise darauf, dass Gewalt und Armut die Gleichbehandlung der Geschlechter behindern. Derweil brachte die Globalisierung neue Probleme mit sich, so die „Zunahme des Mädchen- und Frauenhandels, neue Formen bewaffneter Konflikte, die wachsende Kluft zwischen Nationen und zwischen Geschlechtern sowie die Entkoppelung der Wirtschafts- von der Sozialpolitik“. Frauen waren von ihrer Anzahl wie von ihrer Macht her in politischen Strukturen auf nationaler und internationaler

Ebene immer noch unterrepräsentiert. Deshalb war es auch wichtig, „eine sorgfältigere Überwachung der Fortschritte im Hinblick auf die gleichberechtigte Partizipation von Frauen in diesen Positionen wirtschaftlicher Macht zu gewährleisten“.⁵

Auf der Beijing+5-Folgekonferenz wurden die Pläne für zukünftige Maßnahmen umrissen. Dazu zählten:

- Gender-Mainstreaming (die Ausrichtung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen auf die Verwirklichung der Gleichbehandlung von Mann und Frau) in allen Bereichen und auf allen Ebenen gewährleisten sowie Komplementarität zwischen Mainstreaming und speziell auf Frauen abzielenden Aktivitäten sicherstellen.
- Besonderes Augenmerk auf die folgenden Bereiche legen:
 - Bildung, Sozialleistungen und Gesundheit, einschließlich sexueller und reproduktiver Gesundheit;
 - HIV/Aids;
 - Gewalt gegen Frauen;
 - die anhaltende und zunehmende Armut von Frauen;
 - die prekäre Situation von Migrantinnen, einschließlich Ausbeutung und Menschenhandel;
 - das Management von Naturkatastrophen und der Umweltschutz.
- Starke, effektive und zugängliche nationale Mechanismen für die Förderung von Frauen aufbauen.
- Strategien ausarbeiten, die Frauen und Männer in die Lage versetzen, berufliche und familiäre Pflichten miteinander zu verbinden und ausgewogen untereinander aufzuteilen.
- Frauen an der Entscheidungsfindung beteiligen – insbesondere bei friedenssichernden Maßnahmen.

Darüber hinaus wurden konkrete Ziele formuliert und andere bestätigt, so zum Beispiel:

- Geschlechterunterschiede bei der Primar- und Sekundarschulbildung bis zum Jahr 2005 verringern und die kostenlose, obligatorische und allgemeine Grundschulbildung für Mädchen und Jungen bis zum Jahr 2015 sicherstellen.

- Die Alphabetisierungsquote unter Erwachsenen und insbesondere unter Frauen bis 2015 um 50 Prozent erhöhen.
- Durch die Überarbeitung von Gesetzen ein nicht diskriminierendes und auf Gleichstellung ausgerichtetes rechtliches Umfeld schaffen und aufrechterhalten. Das Ziel: diskriminierende Bestimmungen so bald wie möglich und vorzugsweise bis 2005 abschaffen.
- Spätestens bis zum Jahr 2015 den universellen Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Basisgesundheitsversorgung in allen Lebensphasen sicherstellen. Das schließt den Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ausdrücklich mit ein.⁶

Auf der Beijing+10-Folgekonferenz im Jahr 2005 schließlich wurden bedeutende Fortschritte bei der Stärkung des Problembewusstseins für die Gleichbehandlung der Geschlechter bei den Regierungen und in der Öffentlichkeit festgestellt. Es war bekannt, wie sich Globalisierung,

Marktliberalisierung, Privatisierung, Migrationsströme und der Einsatz neuer Technologien auf Frauen auswirken. Fortschritte wurden auch bei der Bekämpfung der Kinder- und Müttersterblichkeit verzeichnet sowie bei der Bildung von Frauen und Mädchen. Auch Problem-bereiche wie die Auswirkungen von HIV/Aids, Menschenhandel und geschlechtsspezifischer Gewalt rückten verstärkt ins Bewusstsein. Auf politischer Ebene mehrten sich die Anzeichen für eine wachsende Anerkennung des Gender-

Mainstreaming sowie einer effektiven Verknüpfung und entsprechenden Wechselwirkung von Politiken, Gesetzen und Programmen. Zugleich wurde klar, dass mehr multidimensionale Strategien erforderlich waren, um die Kluft zwischen Politik und Praxis zu überbrücken. Allerdings blieben Geschlechterstereotypen – ungeachtet aller politischen und institutionellen Veränderungen – weiterhin weit verbreitet und begünstigen diskriminierende Praktiken.⁷

Die Aktionsplattform von Beijing sowie deren Ergänzungen im Rahmen des Überprüfungsprozesses von Beijing+5 und Beijing+10 bilden die Grundlage für die Millennium-Entwicklungsziele aus dem Jahr 2000. In ihnen wird ebenfalls klargestellt, dass die Förderung „der

Welche Kultur, die diesen Namen verdient, würde Frauen das Recht auf sichere Mutterschaft verweigern? Welches Wertesystem würde junge Menschen unwissend in die Welt hinaus schicken, wenn schon ein wenig Wissen ihnen möglicherweise das Leben retten könnte?

—Dr. Nafis Sadik, ehemalige UNFPA-Exekutivdirektorin

Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen wirksame Mittel zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit und zur Herbeiführung einer wirklich nachhaltigen Entwicklung“ sind.⁸ Dieses Anliegen wurde in MDG 3 (Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter und Stärkung von Frauen) nochmals ausdrücklich bestätigt. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass alle anderen Ziele der Gender-Perspektive bedürfen. Und es wurde dazu aufgerufen, diese generell in die Umsetzung der MDGs zu integrieren. Die Beijinger Aktionsplattform stellt darüber hinaus einen Rahmen für die Umsetzung des Kairoer Aktionsprogramms von 1994 dar. Dieser schließt Programme zur Gleichstellung der Geschlechter, in den Bereichen reproduktive Gesundheitsversorgung, Bildung und Alphabetisierung, Bereitstellung von Verhütungsmitteln, Müttersterblichkeit sowie HIV/Aids ein.

Gleichbehandlung der Geschlechter, Stärkung von Frauen und Kultur

„Hinter den Unterschieden zwischen Männern und Frauen bezüglich ihrer Teilhabe an den einzelnen Entwicklungsbereichen verbergen sich kulturelle Gegebenheiten“, heißt es in einem UNFPA-Bericht über kultursensible Programmentwicklung in Asien.⁹ Diese Feststellung wird von den Berichten aus dem Beijing-Nachfolgeprozess 2000 und 2005 über kulturelle Stereotypen von Frauen unterstützt. Stereotypen, von denen sich viele ungeachtet aller institutionellen und politischen Veränderungen hartnäckig halten.

Tief verwurzelte kulturelle Überzeugungen zementieren vielerorts die Ungleichheit der Geschlechter. So stellten in Lateinamerika Frauenbewegungen gegen häusliche Gewalt fest, dass kulturelle Traditionen, die patriarchalische Gewalt unterstützen, mit zu den größten Hürden für einen Wandel zählen. Ein Beispiel dafür ist der napoleonische *Code Civil*, dem die Mehrzahl der französischen, spanischen und portugiesischen Kolonien folgte, und der dem Vater beziehungsweise Ehemann die absolute Macht über die Familie übertrug. Demnach konnte er mit seinen Angehörigen verfahren, wie es ihm beliebte.¹⁰ Diese Tradition wurde nach der Unabhängigkeit in ihren Grundzügen unangefochten bis in die jüngste Vergangenheit fortgeführt (siehe Seite 36–37).

Geschlechtsspezifische Gewalt „wird in Form von sozialen und kulturellen Normen und Traditionen fortgesetzt, die männlich dominierte Machtstrukturen

6 MÖGLICHKEITEN, MACHT AUSZUÜBEN

- **Offen und mit Zwang:**
Individuen mit mehr Macht können andere zwingen, Dinge gegen ihren Willen zu tun.
- **Versteckt und mit Zwang:**
Individuen mit mehr Macht können hinter den Kulissen Einfluss nehmen. Beispielsweise mittels gesetzlicher Institutionen, die soziale Normen durchsetzen, welche Frauen diskriminieren und sie zur Fügsamkeit zwingen.
- **Offen und ohne Zwang:**
Menschen können Macht auf konflikt- und zwangsfreie Weise einsetzen; eine Einigung herbeiführen, um das erwünschte Resultat zu erreichen.
- **Versteckt und ohne Zwang:**
Wo es einen stillschweigenden Konsens gibt, werden Machtbeziehungen häufig unabsichtlich und zum Teil sogar unbewusst aufrechterhalten. Zum Beispiel gibt es Menschen, die für sie nachteilige hierarchische Maßnahmen nicht nur akzeptieren, sondern sie aktiv verteidigen und aufrechterhalten.

Quelle: Moncrieffe, J. 2005: „Beyond Categories: Power, Recognition and the Conditions for Equity.“ Hintergrundpapier für den *World Development Report „Equity And Development.“* Weltbank, New York, 2006.

verstärken.“¹¹ Von frühester Kindheit an wird Frauen beigebracht, dass sie „weniger wert sind als Männer und selbst für die ihnen zugefügte Gewalt verantwortlich sind. Als Ehefrau oder Partnerin müssen sie die Familie um jeden Preis zusammenhalten. Frauen wie Männer lernen, geschlechtsspezifische Gewalt bewusst zu ignorieren oder offen zu akzeptieren.“ Unter solchen Umständen verwandelt sich häusliche Gewalt in etwas „Natürliches“ und wird so unsichtbar.

Berichte aus Uganda zeigen, auf welche Weise Kulturen dazu beitragen, ungleiche Geschlechterbeziehungen aufrechtzuerhalten. Viele der befragten Männer beharrten nachdrücklich darauf, dass ihren Frauen kein Geld zusteht: „Hat der Mann den Mais verkauft, kauft er seiner Frau vielleicht ein Kleid. Wenn man den Frauen erlaubt, Eigentum zu besitzen, gewinnen sie die Oberhand.“ Manche der befragten Frauen führten selbst Beispiele für die Probleme an, zu denen es kommen kann, wenn man ihnen den Besitz an Eigentum „erlaubt“. Besonders häufig genannt wurde das Problem, „einen Ehemann und

Unsichtbare Macht – die wohl hinterhältigste der drei Dimensionen der Macht – formt die psychologischen und ideologischen Grenzen der Partizipation. Wichtige Probleme und Themen werden nicht nur aus dem formalen Entscheidungsprozess verbannt. Sie werden darüber hinaus auch aus den Köpfen und dem Bewusstsein der verschiedenen Akteure verdrängt – selbst aus den Köpfen und dem Bewusstsein derer, die direkt davon betroffen sind. Indem die unsichtbare Macht beeinflusst, wie Individuen über sich und ihren Platz in der Welt denken, formt sie die Überzeugungen der Menschen. So bestimmt sie ihr Gefühl für ihr Selbst, ihre Akzeptanz des Status quo und selbst ihrer eigenen Über- und Unterlegenheit.¹⁶

wirtschaftliche Unabhängigkeit unter einen Hut zu bringen; auf eines von beiden muss man verzichten“.¹²

Auch wenn bei jüngeren Frauen oft ein Meinungswandel zu beobachten ist, halten ältere Frauen vielfach an den alten Bräuchen fest und versuchen, diese durchzusetzen. So ist es Frauen in dem Fischerdorf *Kasensero* am Viktoriasee verboten, im See zu schwimmen. Das Schwimmen im See sei völlig ungefährlich, meinte eine jüngere Frau. Die älteren Frauen seien dennoch dagegen. Frauen, sagen

sie, „dürfen nicht im See baden, weil sie ständig befleckt sind.“ Weil die junge Frau dieses Gebot missachtet hatte, hat der See nun den Segen des für ihn zuständigen Gottes verloren.

Häusliche Gewalt ist weit verbreitet. „Ehemänner schlagen ihre Frauen schon wegen Kleinigkeiten – etwa wenn sie nicht hart genug im Garten arbeiten oder wenn sie seine Sachen nicht gewaschen haben (...)“. Aus *Kama-na Central* wird berichtet, dass frustrierte Männer „ihre

7 DIE GESCHICHTE VON MAYMANA UND MOZIFUL

Maymana und Moziful leben in einem Dorf in Bangladesch. Wie Maymana berichtet, ging es ihr, ihrem Mann Hafeez und ihren drei Kindern bis Anfang der 1990er Jahre nur von Zeit zu Zeit wirklich schlecht. Sie verfügten über ein bescheidenes Einkommen und hatten ein wenig Besitz, darunter drei Rikschas und einen knappen halben Hektar Reisland. Doch dann wurde Hafeez krank. Er ging zum Dorfapotheker, der zwar Medikamente verkaufte, aber nicht in der Lage war, eine richtige Diagnose abzugeben. Die Mitarbeiter im staatlichen Gesundheitszentrum verlangten von Hafeez zwar Schmiergeld, behandelten ihn aber nicht. Schließlich sagte ihm ein Arzt aus seinem Dorf, dass er spezielle Medikamente benötigte. Um die Behandlung zu finanzieren, musste er die Rikschas verkaufen. Die Familie schnallte den Gürtel enger, und selbst kleine Annehmlichkeiten gab es nun nicht mehr.

Trotz der Behandlung ging es Hafeez immer schlechter. Schließlich starb

er und ließ Maymana mit dem damals zwölfjährigen Moziful allein zurück (die beiden Töchter waren zu der Zeit bereits verheiratet). Wie es den örtlichen Gepflogenheiten entsprach, fiel das Reisfeld an Maymanas Schwiegervater, was bedeutete, dass sie Geld leihen oder um Essen betteln musste. Moziful fand zwar hier und da Arbeit, doch er hat eine Behinderung, die ihn im Dorf zum Außenseiter machte.

Trotz aller Warnungen und offener Drohungen beschloss Maymana, sich Rechtsbeistand zu holen und brachte den Fall gegen ihren Schwiegervater vor das Dorfgericht. Obwohl sie laut Gesetz Anrecht auf das Land hatte, wurde ihre Klage, wie nicht anders zu erwarten, abgewiesen: Das Dorfgericht folgte dem traditionellen – und Frauen benachteiligenden – Gewohnheitsrecht und sprach ihrem Schwiegervater das Besitzrecht an dem Land zu. Seitdem sind Maymana und Moziful (die beide weder lesen noch schreiben können und krank sind)

für ihr Überleben auf soziale Netzwerke angewiesen.

In ihrem Dorf wird Maymana als „ehrbare Arme“ gesehen, als eine Frau in Not, die zwar der Wohltätigkeit bedarf, aber kein Anrecht auf volle Mitgliedschaft in der Gemeinschaft der Frauen im Dorf hat. Dank wohlätiger Gaben, Darlehen und Mozifuls magerer Einkünfte sind die beiden zwar noch nicht ins Elend abgestürzt, führen aber dennoch ein Leben in chronischer Armut. Aufgrund gesellschaftlich zugewiesener Identitäten – wie sie sich etwa in Einstellungen gegenüber Behinderten, alten Menschen, Frauen, Krankheit und Unglück widerspiegeln –, haben Maymana und Moziful zwar Anspruch auf ein gewisses Maß an Hilfe, zugleich versperren diese ihnen aber potenzielle Wege aus der Armut.

Quelle: Übernommen aus D. Hulme: „*Thinking Small and the Understanding of Poverty: Maymana and Moziful's Story*“, IDPM Working Paper 22, 2003.

Frauen fast zu Tode prügeln“ und dass manche Frauen diese Behandlung akzeptieren: *Wir Frauen sind es, die die Männer dazu bringen, uns zu schlagen. Sobald der Mann zum See geht, nimmt sich die Frau einen anderen Mann, weil sie Geld will. Frauen, vor allem die jüngeren, weigern sich, bei einem Partner zu bleiben. Wenn ein Tanz stattfindet, dann rotten sich die ganzen Männer zusammen, mit denen sie geschlafen hat, und verprügeln sie.*¹³

Die vielen Gesichter der Macht: Beispiele aus Afrika

Macht wirkt innerhalb von Kulturen auf vielfältige Weise: Offen durch sichtbare Formen des Zwangs oder verborgen in gesetzlichen Normen, Politiken und Regierungsstrukturen.¹⁴ Schließlich wirkt sie verwurzelt in den Selbstbildern, die die Menschen von sich haben. Menschen können

*Die (...) Gleichbehandlung der Geschlechter in den Ländern des Westens zu erreichen, erforderte und erfordert auch heute noch kulturelle Veränderungen in vielen Bereichen – in der Arbeitswelt, in Gewerkschaften, Kirchen, Berufsverbänden, Familien, politischen Parteien, Schulen usw. Dies geschieht überall mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und mit anderen Methoden. Man könnte die Gleichbehandlung der Geschlechter (...) als ein Konzept beschreiben, das den westlichen Kulturen ebenso fremd war und ist wie vielen nichtwestlichen Kulturen. So wurde sie (und wird in wichtigen Bereichen weiterhin) zum Beispiel von den großen christlichen Kirchen abgelehnt. Sie ist das Produkt von intensiven politischen Auseinandersetzungen und kulturellen Anstrengungen, nicht von Immanenz (...). Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich in dieser Frage eine weite Kluft zwischen dem „Westen“ und dem „Nicht-Westen“ aufgetan.*¹⁷

gleichermaßen positive wie negative Wahrnehmungen von sich selbst verinnerlichen und projizieren. Verinnerlichen Frauen negative Selbstwahrnehmungen, kann das dazu führen, dass sie schädliche Machtbeziehungen unabsichtlich und in manchen Fällen auch unbewusst aufrechterhalten. Sie werden dann nachteilige hierarchische Maßnahmen nicht nur akzeptieren, sondern sie möglicherweise sogar aktiv verteidigen und aufrechterhalten. Es ist die Kultur, in der solche Wahrnehmungen, Überzeugungen und Bedeutungssysteme kultiviert, verinnerlicht und fortgeführt werden. Und es ist die Kultur, in der, durch Konkurrenz und Konsensbildung, Machtbeziehungen verändert werden, um die erwünschten Resultate zu erzielen.



▲ Guatemaltekisches Mädchen. Sitten und Gebräuche können in Zeiten des Wandels Sicherheit vermitteln.

© James Nelson/Getty Images

Die oben beschriebenen kulturellen Herausforderungen sind westlichen wie nicht-westlichen, Industrie- wie Entwicklungsländern gemeinsam. In der Ortschaft *Messobo* in Äthiopien etwa führt die traditionelle Praxis der Kinderheirat zu zahlreichen Problemen der reproduktiven Gesundheit, darunter Scheidenfisteln und eine hohe Müttersterblichkeitsrate. „Diese Praxis wird erst dann aufhören, wenn die äthiopische Gesellschaft anfängt, Frauen als gleichberechtigte Akteure in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes wertzuschätzen.“¹⁵

In vielen Gesellschaften porträtiert Populärkultur und Medien Frauen als Sexualobjekte und erwecken den Eindruck, als sei Gewalt gegen Frauen normal, wobei die vielerorts verbreiteten Zerrbilder der „exotischen Frau“ besonders schlimme Folgen für Frauen aus bestimmten Ländern haben. Nach wie vor leiden in westlichen wie in nicht-westlichen Gesellschaften viele Menschen unter geschlechtsspezifischen Benachteiligungen.

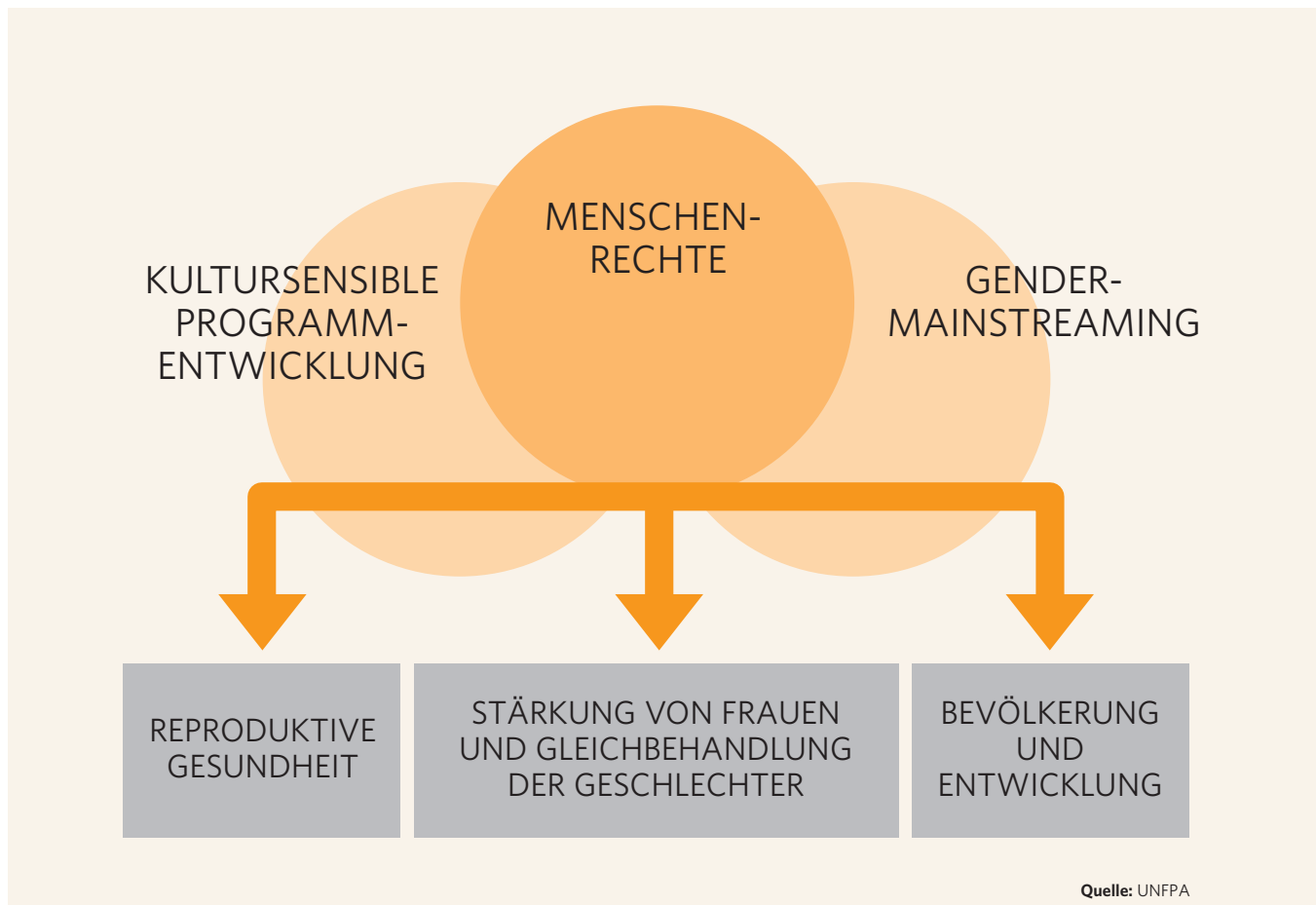
8 GLEICHBEHANDLUNG DER GESCHLECHTER UND DIE STÄRKUNG VON FRAUEN: DER WERT DER KULTURELLEN LINSE

UNFPA verfolgt in der Programmentwicklung eine kooperative Herangehensweise, die drei Elemente integriert: Menschenrechte, Gender-Mainstreaming und kulturelle Sensibilität. Dieser integrierte Ansatz basiert auf den folgenden Prämissen:

- Alle Menschen haben Anspruch auf gleiche Rechte und gleichen Schutz.
- Gender-Mainstreaming ist eine strategische Antwort auf die weit verbreitete Missachtung der Menschenrechte von Frauen.
- Kultursensible Ansätze beteiligen Gemeinschaften bei der Unterstützung der Menschenrechte in vielen kulturellen Kontexten.

Quelle: UNFPA, „Understanding Culture, Gender and Human Rights“. http://unfpa.org/rights/main_presentation_3.swf, New York

Abbildung 1: Kultur, Menschenrechte und Gender verstehen



Kulturelle Auseinandersetzungen um häusliche Gewalt in Lateinamerika

Den Fortschritten bei der Gleichbehandlung der Geschlechter gehen stets kulturelle Kämpfe gegen die sichtbaren und unsichtbaren Dimensionen der Macht sowie die Praktiken voraus, die geschlechtsbedingte Ungleichheiten fortschreiben und Frauen unterdrücken.

Bereits seit längerem gibt es in ganz Lateinamerika soziale Bewegungen zur Beseitigung häuslicher Gewalt. Frauenrechtlerinnen setzen sich beharrlich und entschlossen für Gesetze und wirksame öffentliche Politiken im Kampf gegen häusliche Gewalt ein. Zugleich zielen diese Bewegungen auf die Abschaffung kulturell verankerter patriarchalischer Werte, die geschlechtsspezifische Gewalt stützen: Auf diese Weise wird das öffentliche Bewusstsein für die Gewalt im Privaten geschärft und diese so ihres „natürlichen“ Status beraubt. 1994 verabschiedete die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die Interamerikanische Konvention über die Vorbeugung, Bestrafung und Abschaffung von Gewalt gegen Frauen. Noch im selben Jahr verabschiedeten Chile und Argentinien ähnliche Konventionen, gefolgt 1995 von Bolivien, Ecuador und Panama und 1996 von Kolumbien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Peru. Im Jahr 1997 ergänzte schließlich die Dominikanische Republik ihr Strafgesetzbuch um Gesetze gegen die häusliche Gewalt.¹⁸

Das Mainstreaming einer Gender-Perspektive bedeutet, die Auswirkungen aller geplanten Handlungen einschließlich Gesetze, Politiken und Programme in allen Bereichen und auf allen Ebenen auf Frauen und Männer abzuschätzen. Auf diese Weise werden die Interessen und Erfahrungen von Frauen wie von Männern zu einem integralen Bestandteil bei der Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Bewertung von Politiken und Programmen in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Sphären. Dann können Frauen und Männer gleichermaßen davon profitieren und die Ungleichheit wird nicht fortgeschrieben.²⁴

9 KÖNNEN ENTWICKLUNGSINITIATIVEN GENDER-NEUTRAL SEIN?

Die Entscheidungen, die bei der Planung von Entwicklungsinitiativen getroffen werden, sind mit dafür verantwortlich, wie sich diese Initiativen auf die jeweilige Kultur auswirken. Zum Beispiel könnte

- ein ländliches Wasserversorgungsprogramm Frauen wie Männer an der Identifikation von Problemen und am Management beteiligen – oder eben nicht. Dann würde es die Einstellung verstärken, dass die Entscheidungsfindung eine Sache von Männern ist und zu Entscheidungen führt, die einzig die Prioritäten und Wahrnehmungen von Männern widerspiegeln.
- eine Reform des öffentlichen Dienstes Forschungsergebnisse und öffentliche Anhörungen mit einbeziehen, die sich mit den geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Bestimmungen zu Eheschließung, Scheidung, Gütertrennung in der Ehe, Vererbung usw. auseinandersetzen – oder eben nicht. Dann würde sie Aspekte des Zivilrechts ignorieren, die in vielen Ländern die Diskriminierung der Frau institutionalisieren.
- ein Infrastrukturprojekt zur Modernisierung einer nationalen Telefongesellschaft dem Gender-Aspekt mehr Aufmerksamkeit widmen, zum Beispiel beim Umbau der Belegschaft oder den für das neue System erforderlichen Umschulungen – oder eben nicht. Dann würde eine Gelegenheit vertan, für mehr Gleichbehandlung unter den Arbeitnehmern eines großen Arbeitgebers zu sorgen.

Entscheidungen, die in der Planungsphase getroffen werden, sind im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Geschlechter nicht neutral, selbst, wenn es gar nicht um Gender-Themen geht.

Quelle: Schalkwyk, J.: „Questions About Culture, Gender, Equality and Development Cooperation“ S. 5, 6. Erstellt für und herausgegeben von der Canadian International Development Agency, (CIDA), Quebec, 2001.

In Brasilien begann der Wandel mit der Einrichtung von Polizeidienststellen speziell für misshandelte Frauen (*delegacias especiais de atendimento às mulheres*, kurz DEAMs). Die erste derartige Polizeidienststelle wurde 1985 in São Paulo eröffnet, heute gibt es über 300 im ganzen Land. Viele brasilianische Bundesstaaten errichteten Referenzzentren und sichere Unterkünfte für Frauen und knüpften Netzwerke von Hilfsdiensten für Gewaltopfer. Das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der häuslichen Gewalt in Brasilien jedoch ist noch gar nicht so alt: Das Gesetz gegen häusliche Gewalt, genannt

Lei Maria da Penha (zu Ehren der Frau gleichen Namens, die 20 Jahre zuvor von ihrem Expartner zum Krüppel geschossen worden war) trat erst am 7. August 2006 in Kraft. Mit ihm erhöhte der Gesetzgeber nicht nur den Strafraum für derartige Gewaltakte (auf ein bis drei Jahre Gefängnis), sondern das Gesetz sieht nun auch präventive Verhaftungen vor. Darüber hinaus enthält es eine Reihe von Schutzmaßnahmen für von häuslicher Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten waren Aufrufe zur Ächtung häuslicher Gewalt wichtige Instrumente lateinamerikanischer Frauenbewegungen.

Allerdings reichen Gesetze zur Kriminalisierung häuslicher Gewalt allein nicht aus. So haben in Brasilien mehrere Richter das *Maria da Penha*-Gesetz mit der Begründung als „verfassungswidrig“ zurückgewiesen, dass es Männer „diskriminiere“. Wieder andere fordern eine Rückkehr zu den alten Zeiten und zur Unterwerfung der Frauen. Frauenrechtlerinnen stellen fest, dass die Auseinandersetzung mit der Kultur im Kampf gegen die häusliche

10 SOZIALER STATUS UND DIE DISKRIMINIERUNG VON FRAUEN

In einem indischen Dorf haben fünf Männer Devi vergewaltigt, eine *Dalit* (so genannte „Unberührbare“). Die Polizei weigerte sich zunächst, ihre Anzeige aufzunehmen, bis schließlich öffentliche Proteste eine Ermittlung erzwangen und die Angelegenheit vor Gericht kam. Da erst mit großer zeitlicher Verzögerung Anzeige erstattet und ein medizinisches Gutachten vorgelegt wurde, zog das Gericht Devis Aussage generell in Zweifel. Darüber hinaus erschien es dem Gericht für wenig wahrscheinlich, dass ein Mann aus einer höheren Kaste eine Dalit-Frau vergewaltigt haben sollte.

Alle Dalits, Männer wie Frauen, werden diskriminiert. Dalit-Frauen scheuen ohnehin davor zurück, Gewalt gegen sie zur Anzeige zu bringen. Der Fall Devi dürfte sie darin noch bestärken. Er könnte sogar zu weiteren Übergriffen führen, da potenzielle Täter nun wissen, dass sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Die Dalit-Frauen wird dies noch weiter an den Rand der Gesellschaft drängen. Wegen ihres Geschlechts und ihrer Stellung außerhalb des Kastensystems sind sie einer großen Missbrauchs-Gefahr ausgesetzt und werden für weniger schützenswert befunden.

Quelle: Banda, F. und C. Chinkin: „Gender, Minorities and Indigenous Peoples“ S. 15, *Minority Rights Groups International*, London, 2004.

Wer sich im Konflikt zwischen den Mächtigen und den Machtlosen die Hände in Unschuld wäscht, ist damit nicht neutral, sondern schlägt sich auf die Seite der Mächtigen.

—Paulo Freire, brasilianischer Pädagoge

Gewalt unabdingbar ist und dass „kulturelle Faktoren genutzt werden können, um eine Veränderung zum Besseren zu erreichen“^{19, 20}

Kultur, Gender und Menschenrechte

In Zusammenarbeit mit Regierungen²¹ und NGOs wendet UNFPA die in den Konventionen der Vereinten Nationen zur Gleichbehandlung der Geschlechter und Stärkung von Frauen umrissenen Grundsätze an. Sie beziehen die Gleichbehandlung der Geschlechter als ein Menschenrecht mit ein und betrachten die Stärkung von Frauen als entscheidend für die Förderung der menschlichen Entwicklung. Der Programmansatz von UNFPA ist stark an das Kairoer Aktionsprogramm angelehnt, das „die Schaffung gemeinsamer Ausgangspositionen bei uneingeschränkter Achtung der unterschiedlichen religiösen und sittlichen Werte und kulturellen Rahmenbedingungen“ fordert.²²

Eine kultursensible Programmentwicklung ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, solche gemeinsamen Ausgangspositionen zu schaffen. Sie bietet eine praktische, aber auch eine strategische Antwort auf den Umstand, dass kulturspezifische Überzeugungen und Wahrnehmungen in vielen Gesellschaften an der Wurzel der geschlechtsspezifischen Diskriminierung liegen. Eine kultursensible Programmentwicklung berücksichtigt zudem, dass die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen nur dann möglich werden, wenn sie kulturell verankert sind.

Die 24 Tipps für eine kultursensible Programmgestaltung (siehe Kasten 2 in Kapitel 1) liefern nützliche Richtlinien für die Arbeit mit und in Kulturen, die eine kulturelle Transformation von innen heraus erleichtert. Solcher Wandel geht oftmals mit kultureller Politik einher, also mit

(...) dem Prozess, der abläuft, wenn es zwischen unterschiedlichen Gruppen von Akteuren, die unterschiedliche kulturelle Bedeutungen und Praktiken verkörpern und von diesen geprägt werden, zu Konflikten kommt (...). Wenn Bewegungen einander ausschließende Auffassungen

Konzeptionelles Wissen auf unterschiedliche Kontexte anzuwenden, ist eine sehr heikle Angelegenheit. Menschen – Entwicklungshelfer nicht ausgenommen – neigen im Allgemeinen dazu, Kontexte aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen sowie ihrer tradierten kulturellen Wertsysteme, Ziele und Erwartungen zu interpretieren.²⁹

von Frauen, Natur, ethnischer Zugehörigkeit, Wirtschaft, Demokratie oder Bürgerschaft vertreten, die die dominante kulturelle Bedeutung erschüttern, dann üben sie damit eine kulturelle Politik aus.²³

Kulturelle Politiken basieren auf der Annahme, dass Bedeutungssysteme nicht in Stein gemeißelt sind, sondern vielmehr diskutiert, debattiert, kritisiert und auch verändert werden können. Dabei kommt es entscheidend auf die Art und Weise an, wie solche Debatten und Diskussionen geführt werden. Veränderungen zu erreichen, erfordert

- die Bereitschaft, die kulturellen Bedeutungssysteme anderer Menschen kennenzulernen und zu verstehen;
- die kritische Reflektion der Rahmenbedingungen der eigenen Organisation;
- die Entwicklung wirksamer Methodologien zum Verständnis und zur Berücksichtigung der speziellen Bedürfnisse, Erfahrungen, Wahrnehmungen und Verhaltensweisen von Frauen und Männern und von Mädchen und Jungen;

Regierungen und Entwicklungsinstitutionen ist der Begriff des common sense häufig unbekannt (...). Indem die Politiker dies ignorieren, stützen sie Gesellschaften ein strukturiertes und formelhaftes Gerüst von Interventionen über, die dem Ziel, das Wohlergehen der Menschen zu verbessern, wenig dienlich sind. Common sense – verstanden als Bestandteil einer Kultur – ist ein Weg zur Vermittlung eines Grundlagenwissens, das das Selbstverständnis der Menschen formt und menschlichen Interaktionen Stabilität verleiht.³⁰

- die Zusammenarbeit mit Männern und Frauen, die eigene Strategien zur Förderung der Menschenrechte, der Gleichbehandlung der Geschlechter und der Stärkung von Frauen entwickelt haben;
- Bedeutungssysteme mittels einer Vielzahl von Strategien zu hinterfragen, von der lokalen bis hin zur internationalen Ebene;
- den rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontext auf der Ebene der Gemeinschaften sowie auf nationaler und internationaler Ebene zu erfassen.

Sieben Lektionen aus der Praxis

1. Kultursensible Ansätze sind von großer Bedeutung, um Machtbeziehungen aufzulösen, die geschlechtsspezifische Diskriminierung verstärken.

Macht ist mehrdimensional. Wenn sie nationale Bemühungen um die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter unterstützen, gehen kultursensible Ansätze über die sichtbaren Machtdynamiken hinaus. Es geht darum, zu verstehen und darauf zu reagieren, wie Macht sich in drei miteinander verknüpften Lebensbereichen von Frauen niederschlägt: dem öffentlichen, dem privaten und dem intimen Bereich.

- Der **öffentliche Bereich** der Macht bezieht sich auf die sichtbare Seite der Macht; darauf, wie sie Frauen und Männer in Bezug auf Arbeitsleben, Beruf, öffentliches Leben und ihre gesetzlich verankerten Rechte betrifft.
- Der **private Bereich** der Macht bezieht sich auf Beziehungen und die Rolle eines Menschen in Familie, Freundeskreis, sexuellen Partnerschaften und in der Ehe.
- Der **intime Bereich** der Macht hat mit dem Empfinden des eigenen Selbst, mit Selbstvertrauen, mit Psychologie und mit der Beziehung zu Körper und Gesundheit eines Menschen zu tun.

Jede Frau wird andere Erfahrungen im Umgang mit Macht und Machtlosigkeit machen, abhängig unter anderem von ihrem Alter, ihrer ethnischen und ihrer Klassenzugehörigkeit. Und je nach Lebensbereich können diese Erfahrungen sogar widersprüchlich sein. So kann eine Politikerin, die in der Öffentlichkeit selbstbewusst und stark erscheint, in ihrem Familienleben eine untergeordnete Rolle akzeptieren oder in ihren privaten Beziehungen sogar Missbrauch ausgesetzt sein.²⁵

2. Kultursensible Ansätze müssen sich je nach Kontext auf unterschiedliche Bedürfnisse, Erfahrungen und Kulturen einstellen.

Bestimmte Gruppen können unter besonders ausgeprägten Formen der Diskriminierung leiden. Welche Erfahrungen der Ungleichheit sie machen und wie komplex diese Erfahrungen sind, hängt davon ab, wie sich „unterschiedliche Diskriminierungen überschneiden und überlappen“. In zahlreichen Konflikten wurde sexuelle Gewalt gegen Frauen von Minderheiten zu einem Bestandteil der ethnischen Säuberung,²⁶ so etwa im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Auch während des Völkermords in Ruanda 1994 wurden Tutsi-Frauen gejagt, sexuell missbraucht und dann getötet. Und im indischen Bundesstaat Gujarat wurden muslimische Frauen sexuell missbraucht und anschließend als Zeichen der Unterwerfung und Erniedrigung öffentlich zur Schau gestellt.²⁷ Frauen aus Minderheiten, indigene Frauen und Frauen, die anderen gesellschaftlichen Gruppen, Ethnien, Kulturen oder Religionen angehören, können multiple Formen der Diskriminierung erleiden, die jede für eine andere Ausprägung der geschlechtsspezifischen Diskriminierung steht. Kultursensible Ansätze müssen solche Intersektionalitäten berücksichtigen.

Das Konzept der Intersektionalität wird anhand der Metapher einer Straßenkreuzung erklärt: „Ethnie, Gender, Klasse und andere Kriterien der Diskriminierung oder Unterordnung sind die Straßen, die das soziale, ökonomische oder politische Terrain strukturieren. Über diese Durchgangsstraßen werden die Dynamiken der Entmachtung transportiert.“ Diese Straßen werden als separat und unverbunden betrachtet, tatsächlich aber treffen, schneiden und überlappen sie sich und formen komplexe Kreuzungen. Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Ethnizität oder anderer Faktoren [wie Kultur und Religion/Glauben – Faktoren, die oft übersehen werden] marginalisiert sind, finden sich an diesen Kreuzungen wieder. Intersektionen sind gefährliche Orte für Frauen, die dem pausenlos hindurchströmenden Verkehr ausweichen müssen, um nicht verletzt zu werden, beziehungsweise um ein normales Leben zu führen. Wo Systeme der Ethnien-, Geschlechts- und Klassendominanz aufeinandertreffen (...), werden Interventionsstrategien, die allein auf Erfahrungen von Frauen basieren, die über einen anderen Hintergrund verfügen, für die vor Ort betroffenen Frauen nur begrenzt hilfreich sein.“²⁸

11 KULTURELLE NORMEN IN BEZUG AUF DIE ARBEIT FÜR GLEICHBERECHTIGUNG UND ENTWICKLUNG RICHTIG VERSTEHEN

Ich werde oft – zumeist von ausländischen Entwicklungshelfern – gefragt, ob wir durch Interventionen zugunsten von Frauen nicht die für die Kultur charakteristischen Geschlechterrollen und -beziehungen durcheinander bringen. Mit anderen Worten: Haben wir Angst, der Kultur, in der wir arbeiten, unsere eigene Kultur aufzuzwingen, indem wir Projekte initiieren, die sich auf die Beziehungen zwischen den Geschlechtern auswirken? Machen wir die Frauen nicht verwundbarer, als sie es bereits waren, wenn wir sie auffordern, aus den ihnen von ihrer Kultur zugeschriebenen Rollen und Beziehungen herauszutreten?

Die hinter diesen Fragen stehenden Annahmen bedürfen einer genauen Überprüfung. Angenommen wird hier erstens, dass die Kulturen der Gemeinschaften, in denen wir als Entwicklungshelfer arbeiten, ein nahtloses Ganzes wären, ohne Risse und Verwerfungen. Die zweite Annahme besagt, dass diese Kulturen durch ungleiche Geschlechterbeziehungen charakterisiert würden und dass es innerhalb dieser Kulturen keinen Widerstand gegen diese Ungleichheiten gäbe. Tatsächlich steht dahinter also die Annahme, in solchen Kulturen Frau zu sein, hieße, passiv und unterwürfig zu sein. Die passive und unterwürfige Frau, die zugleich Opfer ist, gerät so zum Stereotyp für diese Kulturen.

Die Befürchtung, wir könnten anderen unsere kulturellen Werte aufzwingen, wenn wir in der Entwicklungszusammenarbeit auf der Förderung der Geschlechtergerechtigkeit bestehen, ist real. Allerdings wird sie das nicht aufgrund unserer Sorge, wir könnten Kulturimperialismus betreiben, sondern weil wir zulassen, dass unsere eigenen kulturell basierten Annahmen darauf abfärben, wie wir alternative Konzepte der Gleichbehandlung der Geschlechter bewerten. Wir gehen davon aus, dass Frauen in Entwicklungsländern passiv und fügsam sind und dass unsere Auffassungen von Geschlechterrollen, -normen und -praktiken auch für alle anderen wahr sind. Darüber hinaus übersehen wir die alltäglichen Formen des Widerstandes von untergeordneten Gruppen, weil dieser Widerstand nicht unseren Erfahrungen entspricht.

Quelle: Mukhopadhyay, M.: „Gender Relations, Development Practice and Culture.“ *Gender and Development* 3 (1):13–18. Oxford, Routledge, 1995.

3. Ohne Wissen und Nachdenken darüber, wie die Menschen ihren eigenen Kontext bearbeiten, können auch gut gemeinte Maßnahmen mehr Schaden anrichten als Nutzen stiften.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass soziale Konstruktionen von „Gender“, „Freiheit“ und „Gleichheit“ in unterschiedlichen Kulturen unterschiedliche Bedeutungen haben. Diese Bedeutungen sind mit entscheidend dafür, wie Menschen zueinander in Beziehung treten, was sie als wichtig erachten und auf welche Weise sie einer Sache Bedeutung zuweisen. In manchen Kulturen wird der Umstand, dass Frauen an bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und Männer an anderen Bereichen teilhaben, nicht als Ungleichheit gesehen,

sondern als Ausdruck ihrer jeweiligen Verantwortlichkeiten und Rollen. Die verbreitete Neigung, derzeit (und vor allem in westlichen Kulturen) dominante Bedeutungen sozialer Konstruktionen zu globalisieren, birgt ein hohes Risiko, die Feinheiten unterschiedlicher Kontexte zu übersehen.

Standardisierte Interventionen können Konflikte provozieren, beispielsweise wenn sie Männer ausnahmslos als Aggressoren und Tyrannen darstellen und Frauen als passiv, unwissend und außerstande, Machtbeziehungen zu verändern, die ihnen schaden. Derart krude Verallgemeinerungen können Familien und Gemeinschaften zerrütten und heftige Gegenreaktionen provozieren. Das spielt denjenigen in die Hände, die die Stärkung von Frauen

12 UNSERE BESTEN BESCHÜTZER SIND WIR SELBST ...

Diese Auszüge aus einem Interview mit Marie Josee Lokongo Bosiko, Vizepräsidentin der National Union of Congolese Workers, zeigen, wie Menschen sich strategisch sowohl ihrer kulturellen und religiösen Normen wie auch ihrer formalen Rechte bedienen können, um schwierige Situationen zu meistern.

Mit welchen Problemen hat eine kongolesische Frau, die Gewerkschafterin werden will, vor allem zu kämpfen?

Die erste Schwierigkeit besteht darin, von den Männern akzeptiert zu werden. Für die Männer ist der richtige Platz einer Frau zu Hause und nicht in einer Gewerkschaft. Ich stieß schon in sehr jungen Jahren zur Gewerkschaftsbewegung. Wir hatten Angst vor den Männern damals. Aber wir müssen mit ihnen zusammenarbeiten, wenn wir durchsetzen wollen, dass wir Frauen den uns zustehenden Platz in den Gewerkschaften bekommen. Die Leute müssen verstehen, dass eine Gewerkschaft mit vielen weiblichen Mitgliedern eine starke Gewerkschaft ist, weil es ein gewaltiger Vorteil ist, wenn Frauen an Gewerkschaftsaktivitäten teilnehmen und andere Frauen für die Mitarbeit gewinnen. Diskriminierung beim Zugang zu gewerkschaftlichen Bildungs- und Trainingsangeboten ist eine weitere

Hürde für Arbeiterinnen. Die meisten Fortbildungsplätze werden ohne Rücksicht auf die eigentlich vorgeschriebene 30-prozentige Frauenquote an Männer vergeben. Außerdem müssen verheiratete Frauen, wie in Artikel 448 des kongolesischen Familiengesetzes festgelegt, vorab die Erlaubnis ihres Mannes einholen, wenn sie an Kursen außerhalb des Landes teilnehmen wollen. Tatsächlich schreibt das Familiengesetz vor, dass Frauen in praktisch allen wichtigen Dingen ihren Mann um Erlaubnis bitten müssen. Wir müssen den Frauen beibringen, wie sie diese Hürden überwinden können. Es ist wichtig, gut organisiert zu sein. Wenn du nämlich nach einem Gewerkschaftstreffen nach Hause kommst und dein Mann sieht, dass sich niemand um die Kinder gekümmert hat, wird er nicht wollen, dass du zum nächsten Treffen gehst. Also bitten wir die Frauen, ihre Rollen als Ehefrau, Mutter und Arbeiterin unter einen Hut zu bringen. Als Gewerkschafterin, die sich von ganz unten bis zur Vizepräsidentin hochgearbeitet hat, weiß ich, wovon ich rede, weiß ich, dass es möglich ist, diese Rollen miteinander zu vereinbaren. Natürlich kämpfen wir auch für eine Reform aller gesetzlichen Vorschriften, die den Rechten der Frauen entgegenstehen.

Unterstützen Ihr Mann und Ihre Familie Ihre Arbeit in der Gewerkschaft?

Ja. So lange klar ist, dass die Frau treu ist und ihren Job gut macht, gibt es keinen Grund sie davon abzuhalten, sich zu engagieren, weil alle – ihr Mann, ihre Familie und ihre Gemeinschaft – in den Genuss der Früchte ihrer Arbeit als Gewerkschafterin kommen. (...)

Wie sieht es mit sexueller Belästigung aus?

Das ist ein großes Problem. Wir fordern die Frauen auf, jeden Vorfall in dieser Richtung zu melden. Genau das war auch das Thema unserer diesjährigen Kampagne zum Internationalen Frauentag: „Nein zu sexueller Gewalt gegen Frauen!“ Werden die Männer angezeigt, sobald sie auch nur anfangen, eine Frau zu belästigen, werden sie zweimal darüber nachdenken. Sie werden verstehen, dass es nicht richtig ist. Die Täter müssen bestraft werden, und wenn das endlich passiert, wird das Problem vielleicht abnehmen. Aber sexuelle Belästigung kann auch von Frauen ausgehen. Wir beraten Frauen, wie sie reagieren können, wenn sie sexuelle Belästigung erfahren.

Quelle: Interview von Samuel Grumiau, für das *Resisting Women Network*, Brüssel, 2007, <http://www.resistingwomen.net/spip.php?article157>

und die Gleichbehandlung der Geschlechter ablehnen. In und mit Kulturen zu arbeiten, verlangt, die kulturellen Interpretationen innerhalb unterschiedlicher Kontexte anzuerkennen und auf ihnen aufbauend zu arbeiten.

4. Kultursensible Ansätze müssen lokale Widerstände anerkennen und aus ihnen lernen.

Akteure, die Machtpositionen innehaben und ihre eigenen Interessen durchsetzen, können die Gleichbehandlung der Geschlechter ablehnen und darauf abzielende Politiken und Programme als „kulturelle Einmischung“ abtun. Sie werden sie als Versuch diffamieren, „westliche“ Werte zu diktieren und als einen Angriff auf das Recht aller Menschen auf eine eigene Kultur werten. Solchen Argumenten liegen zwei Annahmen zugrunde: Erstens, Kulturen sind festgeschrieben und unveränderlich. Zweitens, es gibt keinen inneren Widerstand gegen ungleiche Geschlechterbeziehungen – beides Annahmen, die die Geschichte, die Ansichten und das Wirken von Frauen verzerren.

Nehmen wir die Mütter, die seit über 30 Jahren auf der Plaza de Mayo in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires demonstrieren. Die Gruppe wurde 1977 von Müttern und anderen weiblichen Verwandten der *desaparecidos* gegründet – derjenigen also, die in der Zeit der Militärdiktatur in Argentinien von 1976 bis 1983 ohne Haftbefehl festgenommen wurden und spurlos verschwanden. Die Frauen organisierten sich, um Gerechtigkeit für ihre Kinder zu fordern, und marschierten ausgestattet mit weißen Tüchern, Symbol für die Windeln ihrer Kinder und ihrer Stellung als Mütter, um den Plaza de Mayo im Zentrum von Buenos Aires, wo die argentinische Regierung ihren Sitz hat. „Dass ganz normale, bisher ‚apolitische‘ Frauen öffentlich die Stimme gegen Folter und Mord erhoben, hatte wegen der verbreiteten kulturellen Vorstellung, dass selbstlose Mütter niemals an politischen Bewegungen teilnehmen, einen umso durchschlagenderen Effekt.“³¹

Bevor ihre Kinder verschleppt worden waren, hatten diese Frauen ein traditionelles Leben als Hausfrauen und Mütter geführt und sich von der Sicherheit ihres Zuhauses aus um das Wohlergehen ihrer Familien gekümmert. Als sie an die Öffentlichkeit gingen, um ihren Protest kundzutun und Gerechtigkeit einzufordern, überschritten diese Mütter eine unsichtbare Schwelle, politisierten das Private und revolutionierten die Vorstellung der Mutterschaft.³² „Mutter zu sein, bedeutete [für sie] auch, für die Rechte ihrer vom Staat der Stimme beraubten Kinder zu kämpfen

und ihr Werk und die Erinnerung an sie in ihrer Abwesenheit zu bewahren.“³³ Das hieß aber auch, sich selbst in Gefahr zu bringen und die Bedeutung ihres Protests mit den Behörden zu diskutieren.

Viele der Frauen sagten, dass die Mitarbeit in der Bewegung sie stärker gemacht hat. *„Eines der Dinge, die ich heute einfach nicht mehr tun werde, ist den Mund zu halten“*, meinte zum Beispiel María del Rosario de Cerruti. *„Den Frauen meiner Generation in Lateinamerika hatte man beigebracht, dass der Mann immer das Sagen und die Frau selbst im Angesicht von Ungerechtigkeit zu schweigen hat. (...) Heute weiß ich, dass wir in der Öffentlichkeit das Wort gegen Ungerechtigkeit erheben müssen. Wenn nicht, machen wir uns zu Komplizen. Ich prangere die Ungerechtigkeit öffentlich an, ohne Angst. Das ist das, was ich gelernt habe.“*

5. Kultursensible Ansätze sind notwendig, um potenzielle Allianzen zu identifizieren.

„Gleiche Rechte und die inhärente Würde, die allen Menschen eigen sind, werden von den religiösen Traditionen bekräftigt und sind in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Aktionsplattform von Beijing und den MDGs festgeschrieben. In den MDGs haben die Regierungen ihre Zusage erneuert, die Frauenrechte zu unterstützen. Zudem haben sie die Stärkung von Frauen als integralen Bestandteil von Armutsbekämpfung und nachhaltiger Entwicklung hervorgehoben.“³⁴ Doch einige Aspekte des religiösen Diskurses und einige traditionelle Praktiken können Frauen und Männern schaden und die Ungleichheit der Geschlechter fortschreiben sowie Menschenrechtsverletzungen nach sich ziehen. Daher ist es wichtig, Allianzen mit Menschen zu schmieden, die Verhaltensweisen beeinflussen können, und mit ihnen zusammenzuarbeiten, um die Wirklichkeit zu verändern. Allianzen, mithilfe derer es gelingt, die Bereiche Glauben, Menschenrechte und die Gleichheit der Geschlechter zu umspannen, sind entscheidend für globale, regionale und lokale Transformationen. Um diese schwierigen und mehrdimensionalen Allianzen zu verwirklichen, müssen die verschiedenen Perspektiven, Mandate, Kommunikationsstrategien, ja selbst die verschiedenen Gangarten aller Akteure berücksichtigt werden. Es bedarf also einer kultursensiblen Herangehensweise. So haben sich zum Beispiel in der *Women, Faith and Development Alliance* (WFDA) zahlreiche glaubensbasierte und interreligiöse Gruppen, Frauen- und Jugendorganisationen,

Entwicklungsgruppen, Frauenrechtlerinnen, Unternehmen und internationale Entwicklungsorganisationen zu einer konzentrierten Kampagne zur Förderung der Gleichbehandlung der Geschlechter zusammengeschlossen. Was die Gruppen zusammenbringt, ist die gemeinsame Vision von menschlicher Würde. Doch was ihnen letztlich die Zusammenarbeit ermöglicht, ist die pragmatische Einstellung gegenüber dem Kontext, aus dem jeder Einzelne kommt und dem er verpflichtet ist. Bei der Unterstützung der WFDA bedient sich UNFPA des kultursensiblen Ansatzes, um den konstruktiven Dialog sowie die Zusammenarbeit von Menschen mit einer Vielzahl unterschiedlicher Ziele und organisatorischer Hintergründe zu fördern.

6. Kulturen sind nicht widerspruchsfrei: Innerhalb einer Kultur können unterschiedliche Werte und Normen die Gleichbehandlung der Geschlechter fördern oder sie behindern.

Einige dieser internen Auseinandersetzungen werden von Männern getragen, beispielsweise durch Projekte wie *Men for Gender Equality Now* (MEGEN). Das Projekt, das dem *African Women's Development and Communication Network* (FEMNET) angehört, wurde bei einer Veranstaltung für Männer zu geschlechtsspezifischer Gewalt in Kenia ins Leben gerufen. Seit seiner Entstehung 2001 ist das Netzwerk stark gewachsen und arbeitet nun mit Männern aus mehreren Ländern zusammen. Die zentralen Ziele von MEGEN sind:

- Das Verständnis für Gender-Konzepte und -praktiken verbessern und die Gleichbehandlung der Geschlechter fördern.
- Ein allgemeines Verständnis, Informationen und Erfahrungen zum Thema HIV/Aids und Menschenrechte vermitteln.
- Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt durch Notfall-Überweisungen an geeignete Einrichtungen sowie medizinische und psychologische Nachsorge unterstützen.
- Sich mit anderen Organisationen und Akteuren in den Bereichen geschlechtsspezifischer Gewalt und HIV/Aids vernetzen und kooperieren.
- Forschungsarbeit zum Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt betreiben.
- Die Fähigkeit der Mitglieder des Netzwerks stärken, die Prinzipien und Ansätze der Gleichbehandlung der Geschlechter besser zu verstehen und diese in ihren Beziehungen und Gemeinschaften zu fördern und anzuwenden.

13 MÄNNER UND FRAUEN KÄMPFEN GEMEINSAM FÜR GLEICHHEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG

Es wäre von Vorteil, wenn in der Öffentlichkeit Klarheit darüber herrschte, dass viele Männer gegen Aggression und Gewalt sind. Meiner Meinung nach dürfen wir die wichtigsten sozialen Bewegungen in der Welt wie den Kampf für die Menschenrechte, den Kampf gegen Gewalt und Folter (...) nicht einer gesellschaftlichen Gruppe allein überlassen (...). Der Kampf der Frauen sollte nicht allein Frauen überlassen werden. Männer müssen Solidarität zeigen, weil sie der lebende Beweis dafür sind, dass es Männer gibt, die diese Form der Aggression ablehnen. Und sie werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um dafür zu sorgen, dass die Zahl derjenigen, die Gewalttätigkeiten begehen – und diese Zahl ist leider über alle Klassen und Regionen der Welt hinweg sehr hoch – durch den demokratischen Widerstand von Männern wie von Frauen weiter verringert wird.

Quelle: Boaventura de Souza Santa 2002, zitiert in Medrado, B. und Lyra J.: „Men, Masculinities and Gender Violence“ auf dem Expertentreffen über die Rolle von Jungen und Männern bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung, Papai Institute, Brasília, 21.–24. Oktober 2003.

- Die für die Durchführung dieser Aktivitäten erforderlichen finanziellen Ressourcen aufbringen, unter anderem durch Lobbyarbeit bei Regierungen und Gebern.³⁵ Heute besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Männer an der Gleichstellung der Geschlechter beteiligt werden müssen.
- Kultursensible Ansätze gehen davon aus, dass Männer eine heterogene Gruppe sind und die Gleichbehandlung der Geschlechter für sie unterschiedliche Bedeutungen hat. Gleichzeitig wirbt dieser Ansatz dafür, Männer in Diskussionen über und an Maßnahmen zur Gleichbehandlung der Geschlechter zu beteiligen und zeigt eine geeignete Methodik auf. Denn Männer zu beteiligen, ist für die Umgestaltung der Geschlechterbeziehungen von ebenso grundlegender Bedeutung, wie für konkretere Ziele: etwa die Reduzierung der Müttersterblichkeit oder die Beendigung der geschlechtsspezifischen Gewalt.
- Diese – auch für die MDGs zentralen – Ziele zu erreichen, hängt in hohem Maße davon ab, jene Beziehungen innerhalb von Familien, Gemeinschaften und Ländern in Angriff zu nehmen, die zur Missachtung der Rechte von Frauen und Mädchen führen. Dazu aber muss mit Männern und Jungen gearbeitet werden, da sie an diesen

Wir werden über Kultur und Entwicklung reden, doch wir müssen uns darüber klar sein, dass es auch unter uns (...) eine Kultur gibt, wie wir unsere Entwicklungszusammenarbeit gestalten. Die Frage, wer Entscheidungen trifft, bestimmt oft auch, welche Entscheidungen getroffen werden. Aber auch die Frage, WIE der Entscheidungsprozess in einer Organisation strukturiert ist, bestimmt darüber mit. Wenn die Entscheidungsträger zum Beispiel ausschließlich Männer sind, gibt es dann eine Garantie dafür, dass die Stimmen der Frauen gehört oder ihre Interessen als relevant erachtet werden?³⁶

Beziehungen beteiligt sind oder sein werden. Dauerhafte Veränderungen können erreicht werden, wenn Männer mit anderen Männern und Jungen zusammenarbeiten, um die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen zu fördern.

Seit 1995 hat sich in der Entwicklungspolitik ein Paradigmenwechsel vollzogen, weg von „Frauen und Entwicklung“ hin zu „Gender und Entwicklung“ (*Gender and Development*, GAD). Diese Verlagerung spiegelt die Einsicht wieder, dass die Gleichbehandlung der Geschlechter und die Stärkung von Frauen nur erreicht werden können, wenn die Männer aktiv an der Überwindung patriarchalischer Strukturen beteiligt werden. Zudem müssen sie ihre eigenen Machtbeziehungen zu Frauen auf der persönlichen Ebene verändern.³⁷ Der GAD-Ansatz hat gezeigt, dass auch Männer unterschiedliche Ansätze und Erfahrungen im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Geschlechter haben. Es gibt Männer, die eine Umgestaltung der Gender-Beziehungen anstreben – und zwar nicht nur im Interesse der Frauen, sondern auch in ihrem eigenen. Darüber hinaus hat der GAD-Ansatz auch geholfen, Licht auf die Frage der Machtbeziehungen zwischen Männern zu werfen: Männer leiden zwar nicht unter der Unterdrückung, die manche Frauen ertragen müssen, doch für Männer, die nicht den klassischen Stereotypen entsprechen, kann die männliche Ordnung durchaus negative Folgen mit sich bringen.

Im Oktober 2007 konstatierten Wissenschaftler, Politiker und Praktiker anlässlich der Konferenz *Politicising*

Masculinities: Beyond the Personal im senegalesischen Dakar, dass ungeachtet des GAD-Ansatzes Männer und Frauen immer noch auf herkömmliche Weise kategorisiert werden: „Der ‚Männer sind das Problem, Frauen die Opfer‘-Diskurs ist auch heute noch prägend (...). Beide [Sichtweisen] basieren auf Essentialisierungen, die selten hinterfragt werden. Zudem muss die gegenwärtige Diskussion über Männer und Männlichkeit über die Frage hinausgehen, wie sich Männer in persönlichen Bereichen verhalten. Außerdem sollte sie allgemeinere Fragen der Machtbeziehungen und Schlüsselthemen der Gleichstellung ins Auge fassen wie gleichen Lohn und gleiche Sozialleistungen, gleiche politische Repräsentation und institutionelle Reformen. Ein einzelner Mann mag zur Veränderung bereit sein, aber häufig steuern das institutionelle Umfeld oder die Peergruppen-Kultur in die entgegengesetzte Richtung.“³⁸

Einige Stimmen von Praktikern zu ihren Erfahrungen im Umgang mit solchen Institutionen:

Über die Schaffung eines selbstkritischen Bewusstseins unter Männern in Armenvierteln (Südafrika):

Mbuyiselo Botha: „Wir haben uns einen neuen und kreativen Weg einfallen lassen, Männer zu erreichen (...). Wir gehen in die *shebeens* [illegale Kneipen].“

14 MÄNNER ERMUNTERN, REPRODUKTIVE GESUNDHEIT UND GLEICHBERECHTIGUNG ZU VERWIRKLICHEN

Veränderungen des Kenntnisstandes, der Einstellung und des Verhaltens von Männern wie Frauen sind notwendige Vorbedingungen, um eine harmonische Partnerschaft zu erreichen. Männer spielen eine Schlüsselrolle bei der Herbeiführung der Gleichbehandlung der Geschlechter, da sie in den meisten Gesellschaften die vorrangige Machtstellung in fast allen Lebensbereichen innehaben. Das reicht von persönlichen Entscheidungen hinsichtlich der Familiengröße bis hin zu den auf allen Ebenen der staatlichen Verwaltung getroffenen Entscheidungen über Grundsatzfragen und Programme. Es ist notwendig, die Kommunikation zwischen Männern und Frauen über Fragen der Sexualität und der reproduktiven Gesundheit und das Verständnis ihrer gemeinsamen Pflichten zu verbessern, damit Männer und Frauen gleichwertige Partner im öffentlichen und privaten Leben sind.

Quelle: Kairoer-Aktionsprogramm, Absatz 4.24.



▲ Traditionen können auch in einem modernen Umfeld fortauern – doch manchmal sind dazu auch Aufforderungen nötig.

© Sven Torfinn

Diese Kneipen sind wichtig, weil dort die Männlichkeitsbilder besonders tief verankert sind. Zuerst fragen wir den Besitzer des *shebeen* um Erlaubnis, dann fragen wir die Männer, ob wir mit ihnen darüber reden dürfen, was es heißt, ein Mann zu sein. Die Antworten fallen unterschiedlich aus.

Einmal meinte ein junger Mann: ‚Frauen sind doch alle Hexen.‘ Ich fragte: ‚Meinst du damit auch deine Mutter? Ist sie auch eine von diesen Hexen?‘ Er nickte. Aber die ganze Aktion wurde gefilmt und im Fernsehen ausgestrahlt, und als er nach Hause kam, jagte seine Mutter ihn fort!“

Politisches Bewusstsein für Gender und Männlichkeitsbilder fördern (Nicaragua):

Patrick Walsh: „Wir haben eine Interventionsstrategie entwickelt, die die Männer in den Kontext ihrer Gemeinschaften stellt. Männer leben in Gemeinschaften, sie leben mit Frauen, sie leben in Familien – nicht als isolierte Individuen. Bestandteil der Strategie ist ein Trainingskurs für 20 bis 25 Männer aus der Gemeinschaft, die zehn Mal pro Jahr bei einem eintägigen Workshop die Gelegenheit erhalten, ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven zu reflektieren und zu analysieren. Zuerst geht es darum, was es heißt, Mann und Frau zu sein und um die männlichen und weiblichen Eigenschaften in der nicaraguanischen Gesellschaft. Dann geht es um das Thema Arbeit, welche Arbeit wir tun, welche Arbeit die Frauen tun. Es geht um den Wert, der dieser Arbeit zugeschrieben wird, und schließlich geht es um Sexualität (...). Dabei kommt es darauf an, bei den Männern Prozesse der persönlichen Entwicklung zu fördern (...). Wir wollen sie dazu befähigen, sich Eigenschaften zu vergegenwärtigen, die als weiblich gelten. Sie sollen erkennen, dass dies Charakteristiken, Werte und Anlagen sind, die allen Menschen gemein sind und die wir als Männer auch als Teil unserer Männlichkeit übernehmen können.“³⁹

7. Für die Gleichbehandlung der Geschlechter, die Stärkung von Frauen und Menschenrechte zu arbeiten, verlangt einen reflektierenden, kritischen und umfassenden Ansatz.

UNFPA ist entschlossen, einige der am weitesten verbreiteten Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung in öffentlichen, privaten und intimen Bereichen an ihren Wurzeln zu packen: Ungerechtigkeiten im Bereich der reproduktiven Gesundheit, geschlechtsspezifische Gewalt, ökonomische Diskriminierung und schädliche traditionelle Praktiken. Ein zentraler Punkt der UNFPA-Programmstrategie ist es, nicht nur mit Regierungen zusammenzuarbeiten, sondern auch mit lokalen Organisationen und Einzelpersonen, die sich für Veränderungen engagieren. In Mauretanien zum Beispiel haben Hebammen ihr Schweigen über Vergewaltigungen nach langer Zeit gebrochen. Häufig kam es dazu, dass die Opfer verhaftet wurden, während die Täter auf freiem Fuß blieben.

Mit Unterstützung von UNFPA wurden Statistiken zu sexueller Gewalt erstellt und ein Zentrum für Überlebende sexueller Gewalt eingerichtet. Außerdem half UNFPA, das Thema aus dem privaten in den öffentlichen Raum zu tragen: Imame, Richter, Polizisten und Regierungsbeamte einigten sich darauf, dass Frauen vor sexueller Gewalt geschützt werden müssen. Die Vergewaltigungsfälle gingen deutlich zurück, und die öffentliche Einstellung gegenüber derartigen Delikten änderte sich spürbar. Darüber hinaus sind nun genauere Daten über Vergewaltigungen verfügbar.⁴⁰

In Äthiopien unterstützt UNFPA das *Berhane Hewan*-Projekt, das Mädchen Bildungsmöglichkeiten anbietet, um so ihrer frühen Verheiratung entgegenzuwirken. Obwohl das äthiopische Recht Eheschließungen von Minderjährigen unter 18 Jahren verbietet, ist die kulturelle Tradition der Kinderheirat noch weit verbreitet. Wenn Mädchen früh verheiratet werden, führt dies nicht selten zu Problemen der reproduktiven Gesundheit wie Scheidenfisteln und einer erhöhten Müttersterblichkeit. Bildungschancen sind wichtig, weil sie Mädchen eine andere Wahrnehmung ihrer selbst und ihrer Fähigkeiten erlauben. Zudem

verändern sie die Wahrnehmung in der Gemeinschaft, weil die Familien an der Planung und Realisierung der Bildungsprojekte beteiligt werden.⁴¹

Kulturell ausgerichtete Politik ist kontrovers, ein Konsens kann oft nur schwer erreicht werden. Zur Stärkung von Frauen hat UNFPA deshalb die unterschiedlichsten Akteure in verschiedenen Ländern wie Nicaragua, dem Tschad, Vietnam und Laos, unterstützt. Dabei reicht das Spektrum von religiösen Gruppen (wie der *Group of Islamic Associations for Questions of Population and Development* in Niger) über traditionelle Organisationen (etwa die *Association of African Traditional Leaders*) bis hin zu Netzwerken von Indigenen (zum Beispiel der *Enlace Continental de Mujeres Indigenas de las Américas, Region Sur* in Peru, koordiniert von Chirapaq). UNFPA nutzt die kulturelle Linse um die Akzeptanz und das Engagement vor Ort sicherzustellen, wenn es um Themen wie Gleichbehandlung der Geschlechter und reproduktive Gesundheit geht. Interventionen dieser Art erzeugen dauerhafte Veränderungen. Allerdings erfordern sie auch einen neuen kulturellen Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit.



4

Reproduktive Gesundheit und Rechte

Die reproduktiven Rechte leiten sich von der Anerkennung des Grundrechts aller Individuen und Paare ab, reproduktive Entscheidungen frei von Diskriminierung, Zwang oder Gewalt zu treffen. Dazu gehören das Recht auf eine bestmögliche Gesundheitsversorgung und das Recht, die Zahl, den Zeitpunkt und den zeitlichen Abstand von Kindern frei zu bestimmen. Darüber hinaus umfassen sie das Recht auf sichere Schwangerschaft und Geburt und das Recht aller Menschen, sich vor HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen.¹

Ein wichtiges Anliegen kultursensibler Ansätze ist es, die vielfältigen Bedeutungen zu erfassen, die Menschen Themen wie Recht, Reproduktion und Gesundheit zuweisen. Auch gilt es, zu analysieren, auf welche Weise soziale Gruppen Ansprüche an den Körper als Medium der Fortpflanzung, Sexualität und Mutterschaft formulieren – alles Themen, die Gegenstand breit gefächerter Diskussionen und Diskurse sind. Es wäre falsch, anzunehmen, alle Menschen innerhalb einer Kultur handelten aus denselben Beweggründen oder augenscheinlich ähnliche kulturelle Normen und Praktiken hätten dieselbe Bedeutung.

Kultursensible Ansätze müssen offen für das Unerwartete sein. Sowohl Männer wie auch Frauen sind an der Gestaltung der Geschlechterordnung und der den männlichen und den weiblichen Körper betreffenden sozialen Erwartung beteiligt, und zwar auf vielfältige und unvorhersehbare Weise. So gibt es durchaus auch

Männer, die sich für Veränderungen zugunsten von Frauen einsetzen: Die kenianische Gruppe *Men for Gender Equality Now* etwa „ist ein Netzwerk von Männern, die gegen geschlechtsspezifische Gewalt und die Ausbreitung von HIV/Aids kämpfen. Sie

Um zu verstehen, was in anderen Kulturen geschieht, muss man die Bedeutung und den Einfluss des eigenen kulturellen Hintergrunds erkennen sowie die Tatsache, dass andere Menschen möglicherweise dieselben Umstände völlig anders interpretieren. Die Sprachen unterschiedlicher Kulturen zu verstehen, ist nicht gleichbedeutend damit, die den Dingen zugewiesenen Bedeutungen zu akzeptieren, kann aber eine nützliche Grundlage für Dialog und Handeln darstellen.²

◀ Jeder hat das Recht auf Informationen und Dienstleistungen zum Schutz seiner Gesundheit: Was diese jungen Menschen in Belize über HIV/Aids lernen, könnte ihr Leben retten.

© Carina Wint

unterstützen die Prävention, stellen Dienstleistungen für Gewaltopfer bereit und helfen, ein Bewusstsein zu schaffen, das Männern einen Platz als Protagonisten der Veränderung zuweist.“³

Umgekehrt teilen viele Frauen „männliche“ Ansichten zu Praktiken, die ihnen selbst schaden: „Im Gaza-Streifen ist Gewalt gegen Frauen praktisch gleichbedeutend mit häuslicher Gewalt“, sagt die Wissenschaftsberaterin Aitemad Muhanna. „Frauen werden von ihren Männern, ihren Vätern und sogar von ihren Brüdern geschlagen. Der Großteil dieser Gewalt bleibt im Verborgenen. Sie wird nicht registriert, und sie wird nicht diskutiert.“ Die meisten Frauen sehen sich noch nicht einmal als Gewaltopfer, selbst wenn ihr eigener Mann sie misshandelt. Sie halten das für „ein dem Ehemann zustehendes Recht“ – eine Einstellung, die die Männer teilen.⁴

Für den Aufbau von Kooperationen, die Veränderungen innerhalb eines kulturellen Kontextes bewirken wollen, ist ein Verständnis für die Vielfalt der kulturellen Bedeutungen unerlässlich. So werden in allen

15 DAS SOZIALE STIGMA DER UNFRUCHTBARKEIT

Die Medizin definiert primäre Unfruchtbarkeit als die Unfähigkeit, nach einem Jahr regelmäßigen Geschlechtsverkehrs Nachwuchs zu zeugen. Nach der Geburt eines Kindes können Infektionen des Geburtskanals zur so genannten sekundären Unfruchtbarkeit führen. Obwohl Unfruchtbarkeit Männer wie Frauen betreffen kann, sind es vor allem Frauen, die von den mit sekundärer Unfruchtbarkeit einhergehenden Ängsten und sozialen Folgen betroffen sind. Das Thema Unfruchtbarkeit ist im Kontext der reproduktiven Rechte bislang zu wenig beachtet worden. Obwohl Unfruchtbarkeit viele Frauen in vielen armen Regionen der Welt betrifft, insbesondere in Afrika südlich der Sahara,* wird sie nicht als Gegenstand der öffentlichen Gesundheitspolitik gesehen. Planer von Entwicklungsprogrammen, die sich mit Maßnahmen zur Reduzierung hoher Fruchtbarkeitsraten befassen, ignorieren das Problem gemeinhin,** obwohl Unfruchtbarkeit mit hohen sozialen Kosten insbesondere für Frauen, aber auch für Paare, die keine Kinder bekommen können, einhergeht.

*Quelle: Feldman-Savelsburg, P.: „Is Infertility an Unrecognised Public Health Problem: The View from the Cameroon Grassfields,“ in „Infertility Around the Globe: New Thinking on Childlessness, Gender, and Reproductive Technologies“, M. Inhorn und F. Van Balen (Hg.): University of California Press, Berkeley, 2002.

**Quelle: Inhorn, M. und Van Balen, F.: „Infertility Around the Globe: New Thinking on Childlessness, Gender, and Reproductive Technologies“, University of California Press, Berkeley, 2002.

16 WEIBLICHE GENITALVERSTÜMMELUNG IM KULTURELLEN KONTEXT

Die Bezeichnung für die weibliche Beschneidung ist in vielen der afrikanischen Gesellschaften, in denen sie praktiziert wird, gleichbedeutend mit dem Begriff für Sauberkeit beziehungsweise Reinigung: *tahara* in Ägypten, *tahur* im Sudan oder *sili-ji* unter den Bambara in Mali. In solchen Gesellschaften gelten nicht beschnittene Frauen als unrein, und den wenigen Frauen, die dort nicht beschnitten sind, ist die Berührung von Nahrung und Trinkwasser nicht erlaubt. Nicht beschnittene weibliche Genitalien gelten in Gesellschaften, die Genitalverstümmelung praktizieren, zudem als überdimensioniert und hässlich. Es herrscht der Glaube vor, dass die Genitalien einer nicht beschnittenen Frau so lang werden, dass sie zwischen ihren Beinen hängen und höchst unansehnlich werden.

Quelle: Njoh, A.: „Tradition, Culture and Development in Africa“, S. 97, Ashgate Publishing Company, Hampshire, Burlington, 2006.

Gesellschaften Kinder geschätzt – und Kinderlosigkeit mehr oder weniger stark stigmatisiert. Diese Stigmatisierung betrifft Frauen in ihrer Identität als Mütter viel stärker als Männer in der ihren als Väter. Das gilt insbesondere dort, wo Geburt und Mutterschaft Frauen ihre primäre Identität verleihen und ihnen Zugang zu ökonomischen Ressourcen ermöglichen. Auch die kulturell bedingte Auffassung davon, was Männer und Frauen zur Fortpflanzung beitragen, kann die Stigmatisierung von Frauen fördern: In Teilen Ägyptens und Indiens herrscht der Glaube vor, der Mann würde zum Zeugungsakt einen voll ausgeformten Fötus beisteuern. Die Beschaffenheit des Schoßes und des Menstruationsblutes der Frau bestimmten darüber, wie sich der Fötus entwickelt.⁵ In manchen asiatischen und afrikanischen Kulturen wird Unfruchtbarkeit als die Unfähigkeit von Frauen definiert, Söhne zu gebären. In anderen Gesellschaften gelten unfruchtbare Frauen als verflucht. Praktisch überall aber werden „unfruchtbare“ Frauen negativ beurteilt. Solche Auffassungen untermauern das Patriarchat und schreiben ein Frauenbild fort, das vor allem auf der Fruchtbarkeit beruht. Auch Frauen selbst beurteilen ihren eigenen und den Wert anderer Frauen oftmals nach ihrer Fähigkeit, Kinder zur Welt zu bringen.

Verhütungsmittel werden in Entwicklungsländern zwar zum Schutz der reproduktiven Gesundheit propagiert,

doch werden Frauen, die Unfruchtbarkeit fürchten, diese kaum anwenden. Qualitative und demografische Studien zum Verhütungsverhalten in Indien belegen, dass Frauen Verhütungsmethoden (vor allem irreversible Methoden wie Sterilisationen) am ehesten akzeptieren, wenn sie die gewünschte Zahl an Kindern bereits geboren haben, nicht aber um den zeitlichen Abstand zwischen ihren Schwangerschaften zu vergrößern.⁶ Manche Frauen glauben auch, dass Verhütungsmittel ihr reproduktives Potenzial bewahren, das durch das Gebären von Kindern „aufgebraucht“ wird.⁷ Kulturelles Wissen dieser Art ist wichtig, will man beurteilen, welches Vorgehen in solchen Kontexten angemessen ist.

Weibliche Genitalverstümmelung: Der Wert kulturellen Wissens

Kulturelles Wissen ist von unschätzbarem Wert für praktische Entscheidungen von Männern und Frauen wie bei der Frage der Verhütung. Darüber hinaus kann es in schwierigen Situationen helfen: Bei der Bekämpfung

Kulturelle Einblicke machen deutlich, wie der Kontext die reproduktiven Entscheidungen von Individuen beeinflusst. Das wiederum strukturiert die Art der Maßnahmen, die notwendig sind, um vorgegebene Denkweisen und Verhaltensmuster zu berücksichtigen. Darin liegt ein großer Vorzug kultursensibler Ansätze.

schädlicher Praktiken wie der Genitalverstümmelung etwa arbeitet UNFPA gestützt auf kulturelles Wissen mit Partnerorganisationen zusammen.

Das Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz zählt die Verstümmelung weiblicher Genitalien zu den „schädlichen Praktiken, mit denen die Sexualität von Frauen gesteuert werden soll“, verurteilt sie als „eine Verletzung von Grundrechten (...) und eines der schwerwiegendsten lebenslangen Risiken für die reproduktive Gesundheit von Frauen“ (Absatz 7.36). Es

17 MÄDCHEN IN KENIA HELFEN, KINDERHEIRAT UND GENITALVERSTÜMMELUNG ZU ENTKOMMEN

Bei bestimmten ethnischen Gruppen in Kenia, darunter den Somali, den Kisii und den Massai, werden junge Mädchen zur Vorbereitung auf die Eheschließung routinemäßig an ihren Genitalien beschnitten (*Kenia, Demographic and Health Survey 2003*). Die Beschneidung wird üblicherweise vor Erreichen des 14. Lebensjahres durchgeführt und soll den Mädchen ermöglichen, „rein“ ins Erwachsenenalter einzutreten. In ihrer radikalsten Form werden dabei alle äußeren Genitalien entfernt – ohne Anästhesie. Zu den Gesundheitsrisiken gehören Wundinfektionen und Blutungen, später im Leben können unter anderem Geburtskomplikationen und ein erhöhtes Risiko sexuell übertragbarer Infektionskrankheiten, einschließlich HIV hinzukommen. Die psychischen Wunden, die den Opfern bei der Verstümmelung ihrer Genitalien zugefügt werden, lassen sich nicht ermesen.

In Kooperation mit UNFPA hat sich die Initiative *Tasaru Ntomonok* (Initia-

tive für sichere Mutterschaft, TNI) mit Erfolg dafür eingesetzt, den kulturellen Wert der Beschneidung zu verdrängen und gleichzeitig die Bedeutung des Initiationsritus anzuerkennen. Eine der Stärken des Ansatzes von TNI besteht darin, dass er in einer der Kultur angemessenen Weise Alternativen zur Genitalverstümmelung anbietet, um den Übergang von der Kindheit in die Welt der Erwachsenen zu initiieren. So übernehmen ältere Frauen nach wie vor die Rolle der Patin für Mädchen, die auf der Schwelle zum Erwachsenenalter stehen. Auch die Mädchen folgen weiterhin der Tradition, sich in eine Zeit der Abgeschiedenheit zu begeben, in der sie über Sexualität und Reproduktion – und inzwischen auch die Bedeutung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit – aufgeklärt werden. Doch an die Stelle der traditionellen Genitalverstümmelung sind nun alternative Zeremonien getreten. Die Frauen, die früher Beschneidungen durchführten, haben heute andere

Einkommensquellen. Auch im Kampf gegen die Genitalverstümmelung ist es von entscheidender Bedeutung die Männer mit einzubeziehen. Die Väter müssen überzeugt werden, dass ihre Töchter auch unbeschnitten heiratsfähig und somit eine potenzielle Einkommensquelle sind. Und den jungen Männern muss klar gemacht werden, dass unbeschnittene Frauen vollwertige Ehefrauen sind.

Wenn eine lokale Gemeinschaft aus irgendeinem Grund Alternativen zur Beschneidung ablehnt, bietet TNI den Mädchen, die darum bitten, ein sicheres Asyl. Profitiert hat das Projekt von dem kenianischen Kinderschutzgesetz von 2001, das Genitalverstümmelung und Kinderheirat verbietet und Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahr sowie Geldstrafen von bis zu 375 US-Dollar vorsieht.

Quelle: „Kenya: Creating a Safe Haven, and a Better Future, for Maasai Girls Escaping Violence.“ Kapitel 6 in „Programming to Address Violence Against Women: Ten Case Studies“ New York. UNFPA, 2007.

fordert „Regierungen und örtliche Gemeinschaften [auf], dringend Schritte [zu] unternehmen, um der Praxis (...) ein Ende zu setzen“ (Absatz 7.40).

Historische und kulturelle Studien belegen die kulturelle Bedeutung der weiblichen Genitalverstümmelung. Einige afrikanische Gesellschaften betrachten die Beschneidung der Genitalien als Voraussetzung für die Aufnahme der Mädchen in die Gemeinschaft der Erwachsenen, als Initiation der Frau. In manchen Gesellschaften gelten nicht beschnittene Frauen als anormal. Die Klitoris und

die Schamlippen werden als Rudimente des männlichen Geschlechtsorgans gesehen, und eine Frau ist nur dann wirklich eine Frau, wenn diese Organe entfernt sind.⁸ Darüber hinaus wird die Praktik als wichtig für die Hygiene, Sauberkeit und Schönheit erachtet. In anderen Kulturen existiert der Glaube, dass ohne Beschneidung Babys während des Geburtsvorgangs oder der Penis des Mannes beim Geschlechtsverkehr verletzt werden könnten. Mancherorts ist man überzeugt, die weibliche Beschneidung würde die Fruchtbarkeit fördern.

18 DIE KULTUR INNERHALB VON GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN HINTERFRAGEN

Einen nach dem anderen begrub Annie Kaseketi Mwaba ihren Mann und vier ihrer Kinder. Dann, im Jahre 2003, wurde sie selbst krank. Monate vergingen, bis sie ihren Arzt schließlich bat, sie auf HIV zu testen. Zunächst weigerte er sich. Schließlich betrachteten die meisten Sambier Aids als eine Folge unmoralischen Verhaltens. Und Annie ist sogar eine Pastorin. Endlich aber gab der Arzt nach – der Beginn von Annies langer Reise zurück ins Leben. „Ich dachte, HIV wäre etwas, das nur Leute kriegen, die nicht zur Kirche gehen“, sagt sie. „Ich glaube, ich hatte mich tief in die Verleugnung geflüchtet. Ich wollte mich mit diesem ganzen HIV-Zeugs nicht auseinandersetzen. Bis ich eines Abends – ich las gerade in der Bibel –, auf einmal, als hätte jemand das Licht angemacht, erkannte: Und selbst wenn sie erfahren, dass du HIV-positiv bist. Dein Leben liegt nicht in der Hand des Virus, es liegt in Gottes Hand.“

Im Jahr darauf musste Annies letzter noch lebender Sohn – er war damals neun – wegen Tuberkulose behandelt werden. Bei der Gelegenheit ließ sie ihn auf HIV testen, auch er war positiv. Wie sich zeigte, war sein Immunsystem sogar stärker angegriffen, als ihres es jemals gewesen war. Inzwischen geht es Mutter und Sohn deutlich besser und Annie ist zu einer der treibenden Kräfte des Kampfs gegen Aids in Sambia geworden. In einem Land, in dem es lange Zeit tabu war, die Krankheit auch nur zu

erwähnen, hat Annie den Mund aufgemacht, hat ihre schmerzvolle Geschichte zum Dreh- und Angelpunkt einer Kampagne gemacht, um die Herzen und Köpfe ihrer Landsleute zu verwandeln. Sie hat religiöse Führer kritisiert, die predigen, dass Aids die Strafe für sündiges Verhalten sei, dass es in Ordnung sei, die Opfer sterben zu lassen. „Es ist erstaunlich, wie Gott es versteht, mein Chaos zu nehmen und daraus eine Botschaft zu machen“, verkündet die 43-Jährige.

Sie berichtet von einem Workshop für religiöse Führer, auf dem sie von ihrer Freundin „Grace“ erzählte, einer Pastorin, die positiv getestet worden sei, nachdem sie ihren Mann und ihre Kinder an den Virus verloren hatte. Die Reaktionen der anderen Workshopteilnehmer fielen hart und unbarmherzig aus. „Sie hat ihre Kinder ermordet! Sie war eine Prostituierte! Soll sie doch sterben!“, giftete einer der Anwesenden. Wäre er an der Regierung, fuhr der Mann fort, würde er alle antiretroviralen Medikamente vergiften lassen, damit die Aidskranken daran sterben. „Dann eröffnete ich ihnen, dass dies meine Geschichte ist“, sagt Annie leise. „Ich ging auf den Mann zu und sagte: ‚Muss ich sterben?‘ Und er sagte: ‚Nein, das müssen Sie nicht.‘“

Annie ist auch auf die einfachen Gläubigen zugegangen. Nicht lange, nachdem sie erfahren hatte, dass sie HIV-positiv ist, gestand ihr eine Frau aus ihrer Kirche,

dass auch sie infiziert sei. „Ich dachte an meinen Mann – vielleicht war er ja positiv gewesen, und wenn ja, dann ist er nur gestorben, weil wir alle geschwiegen haben. Und ich fragte mich, wie viele Pastoren haben wir schon begraben? Und da wurde mir klar: HIV hat die Kirche, die Kirchenbänke, längst erreicht. Wir haben keine Wahl, wir müssen das Schweigen brechen. Also beschloss ich, am nächsten Sonntag von der Kanzel aus meinen Status zu enthüllen.“ Das tat sie, und es war, als hätte sie ein Schleusentor geöffnet. Annie wurde geradezu überrannt von Gemeindemitgliedern, die ihr anvertrauten, dass auch sie mit HIV leben. „Ich glaube, mit meinem Coming-out habe ich anderen die Erlaubnis erteilt, sich mitzuteilen“, sagt sie. Inzwischen setzt sich Annie hauptberuflich dafür ein, christliche und islamische Glaubensgemeinschaften für den Kampf gegen Aids zu mobilisieren und sich für die HIV-Prävention bei Kindern zu engagieren. Sie unterstützt lokale Initiativen dabei, die Krankheit zu bekämpfen und besonders gefährdete Haushalte und Kinder – viele davon Waisen – aufzuspüren und ihnen zu helfen. Für ihre Glaubensgemeinschaft, sagt Annie, geht es bei HIV/Aids inzwischen „nicht mehr um die anderen, sondern um uns“.

Quelle: „*Changing Hearts and Minds From the Pulpit in Zambia: Annie Kaseketi Mwaba*“, The Centre for Development and Population Activities (CEDPA), Washington, D.C., 2007, <http://www.cedpa.org/content/news/detail/1713>

Wenn Kultur ein Faktor bei der Übertragung und den Auswirkungen von [HIV/Aids] ist, dann folgt daraus, dass bei der Prävention und Behandlung von HIV/Aids ein kultureller Ansatz erforderlich ist.¹³

Diese unterschiedlichen Bedeutungen zu verstehen, ist wichtig – jedoch nicht, um die weibliche Genitalverstümmelung zu rechtfertigen, sondern um ihre Wurzeln im kulturellen Kontext zu erkennen sowie als Grundlage für Dialog und entsprechendes Handeln. Dieses kulturelle Wissen ist, wie UNFPA festgestellt hat, von entscheidender Bedeutung, um kulturell akzeptable Alternativen zu identifizieren.

In Guinea-Bissau beispielsweise ist die Genitalverstümmelung Erhebungen aus dem Jahr 2006 zufolge nach wie vor weit verbreitet. 44,5 Prozent der Mädchen und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren sind davon betroffen. Nach einer Reihe gescheiterter Initiativen zur Abschaffung dieser Praktik gingen UNICEF und UNFPA eine Partnerschaft mit *Tostan* ein, einer NGO, die im Senegal, Guinea, Gambia, Burkina Faso und Mauretanien gute Erfolge im Kampf gegen die Verstümmelung weiblicher Genitalien erzielt hat. *Tostan* verfolgt dabei den Ansatz, die lokale Gemeinschaft in Diskussionen über die Menschenrechte einzubinden. Die Menschen werden ermutigt, über ihre Beweggründe und Bedenken zu sprechen und Lösungsansätze zu prüfen. Häufig münden diese Diskussionen in der kollektiven Entscheidung, die Tradition der Genitalverstümmelung abzuschaffen. Die Akzeptanz dieser Entscheidung innerhalb der Gemeinschaft verhindert, dass einzelne Familien oder Mädchen unter sozialen Druck geraten.⁹

Kulturen ausloten

„Wenn Kultur, in Teilen, aus Verständigung und Auseinandersetzung besteht – auch über Themen wie reproduktive Gesundheit und Rechte –, dann sind einige Stimmen (...) privilegierter als andere.“¹⁰ Die meisten Menschen akzeptieren kulturelle Normen und übernehmen erwartete Verhaltensweisen, ohne groß darüber nachzudenken.

Tiefgreifende Veränderungen sind möglich, wenn die Hüter traditioneller Normen und Praktiken selbst dafür eintreten. In Kambodscha spielen buddhistische Nonnen und Mönche eine wichtige Rolle im Kampf gegen HIV,¹¹ und in Simbabwe stehen lokale Stammesführer mit an vorderster Front – Stammesführer, von denen viele noch vor nicht allzu langer Zeit Praktiken wie Polygamie und

Kinderheirat gefördert und einen Bann über Verhütungsmittel verhängt hatten. „Wollen wir von unseren Leuten weiter ernst genommen werden“, räumte einer von ihnen ein, „müssen wir heute das Anti-Aids-Evangelium predigen.“ Die neue Doktrin der Stammesführer hat großes Gewicht in den Gemeinden und Gemeinschaften und stößt Veränderungen in den Einstellungen und Gewohnheiten an.¹²

Es ist wichtig, Allianzen mit prominenten und einflussreichen lokalen und regionalen Führern zu schmieden, die sich für die Menschenrechte, die Gleichbehandlung der Geschlechter und Themen wie die HIV-Prävention einsetzen. Doch Führer können solche Allianzen auch dazu benutzen, ihre Macht und Autorität zu zementieren. Sie können die Arbeit im Hinblick auf ein Ziel unterstützen, gleichzeitig aber Veränderungen in anderen Bereichen blockieren. Deshalb sollten Allianzen möglichst umfassende Ziele anstreben, beispielsweise die Förderung der Menschenrechte und die Gleichbehandlung der Geschlechter. Solche übergreifenden Prinzipien sind von entscheidender Bedeutung bei der Festlegung von Standards für kulturelles Engagement.

Kultursensible Arbeitsweisen sollten ausreichend Raum für den Dialog mit den Mitgliedern der Gemeinschaften lassen, damit lokale Initiativen nicht übersehen werden, die ebenfalls Veränderungen anstreben. In China unterstützt UNFPA Transportarbeiter, die ihrerseits Wanderarbeiter über HIV/Aids aufklären. In Belize arbeitet UNFPA mit lokalen Bürgergruppen wie der Jugendorganisation *4H*, der *Cornerstone Foundation*, dem *Cadet Corps*, dem *United Belize Advocacy Movement* und dem *YWCA Belize* zusammen, um die Menschen, insbesondere Schulkinder, über Möglichkeiten zur Prävention von HIV aufzuklären. Darüber hinaus unterstützt UNFPA ein Programm für Friseure in Belize, die sich mit ihren Kunden über HIV unterhalten.¹⁴

Eine wirksame HIV-Prävention erfordert umfassende kultursensible Ansätze. *Healthlink Worldwide*, eine im Gesundheits- und Entwicklungsbereich aktive NGO, die mit gefährdeten Gemeinschaften in Entwicklungsländern zusammenarbeitet, führt vier Gründe auf, warum kultursensible Herangehensweisen Bestandteil einer globalen HIV/Aids-Strategie sein müssen:

- Kultursensible Ansätze zu HIV/Aids stärken das Vertrauen und das Engagement auf der Ebene von Gemeinschaften und erhöhen somit die Wahrscheinlichkeit, dass Präventionsmaßnahmen greifen.



▲ Eine Mutter und ihr Baby in einem Krankenhaus in El Alto, Bolivien. Viele Frauen bevorzugen eine Hausgeburt – aber sie müssen fachkundig betreut und notfalls in ein Krankenhaus eingewiesen werden.

© Tim Weller

19 SCHEIDENFISTELN: SOZIALES UND PERSÖNLICHES LEID

Die Mehrheit der befragten Verwandten bestätigte, dass Frauen mit Scheidenfisteln unter gesellschaftlicher Isolation leiden, zumeist aus Scham, aber auch aus Angst vor Schikanen und Spott, oder schlicht deshalb, weil sie aus Schwäche oder einer Schädigung der Nervenbahnen nicht mehr laufen können. Nur wenige Verwandte sprachen explizit von den psychischen Konsequenzen. So berichtete ein Elternpaar, ihre Tochter leide unter Kummer und Einsamkeit, ein anderes Elternpaar erzählte, ihre Tochter sei permanent unglücklich, weil sie nicht richtig laufen könne und sich aus lauter Scham nicht traue, Verwandte oder Freunde zu besuchen.

Quelle: „Living With Obstetric Fistula: The Devastating Impacts of the Condition and Ways of Coping“, Women's Dignity Project und EngenderHealth, New York, 2006. http://www.engenderhealth.org/files/pubs/maternal-health/Obstetric_Fistula_Brief_3_Impacts_and_Coping.pdf

- Kultursensible Ansätze zu HIV/Aids werden immer wichtiger, weil sie mit Werten, Glaubenssätzen, Traditionen und sozialen Strukturen interagieren.
- Wo in der Kommunikation zu HIV/Aids kultursensibel gearbeitet wird, sind stärkere Veränderungen des Problembewusstseins und in der Einstellung der Menschen zu erkennen. Dies verringert das Risiko der Stigmatisierung und fördert die soziale Integration von HIV-infizierten Menschen.
- Die kulturelle Ebene kann ein großer Gewinn für die globale HIV/Aids-Strategie sein. Sie darf daher nicht als Hindernis für die Prävention oder für biomedizinische Ansätze gesehen werden, sondern sie bietet eine Chance, mit und in Gemeinschaften zu arbeiten.

Die Religion hat in vielen Kulturen eine überaus große Bedeutung. Religiöse Glaubenssätze werden von vielen Menschen bereitwillig akzeptiert oder zumindest beachtet. Religion spielt eine zentrale Rolle im Leben vieler Menschen und beeinflusst ihre Entscheidungen und ihr Verhalten bis in die intimsten Bereiche.

Die religiöse Bedeutung von Reproduktion und reproduktiver Gesundheit unterscheidet sich teilweise selbst innerhalb einer Religion – je nachdem, wer sie interpretiert. So wird in manchen Kulturen die in der Bibel enthaltene Aufforderung „Seid fruchtbar und mehret euch“ dahingehend ausgelegt, dass Frauen so viele Kinder in die Welt

setzen sollten, wie es ihr Körper zulässt. Andere Kulturen leiten daraus jedoch kein Verbot ab, selbst über die Zahl und den zeitlichen Abstand von Kindern zu bestimmen. Die Arbeit in Kulturen ist schwierig, so lange man keinen Einblick in die in ihnen geführten religiösen Diskurse hat.

Weil Menschen religiöse Gebote oftmals als verpflichtend empfinden, können Appelle an die Religion dazu missbraucht werden, schädliche Praktiken und sogar Verbrechen zu rechtfertigen. So geht man in manchen Gesellschaften davon aus, dass Verbrechen im Namen der „Ehre“ und Verbrechen aus „Leidenschaft“ durch religiöse Grundsätze sanktioniert sind.

In der vom UN-Generalsekretär herausgegebenen *In-depth Study on all Forms of Violence Against Women*¹⁶ beispielsweise wird darauf verwiesen, dass es innerhalb der Familie oder der Gemeinde zu Verbrechen gegen Frauen kommen kann, die im Namen der Ehre verübt werden. Über manche kurdische Gemeinschaften etwa heißt es in der Studie: „Verbrechen im Namen der Ehre kommen in vielerlei Formen vor, darunter ‚Ehrenmorde‘, Zwangsverheiratung, Zwangsverheiratung mit einem angeblichen Vergewaltiger, Gefangenhaltung der Frauen ohne jegliche gesetzliche Grundlage und weit reichende Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Frauen.“¹⁷

In Gesellschaften, in denen solche Praktiken verbreitet sind, mögen die Ansichten der Menschen darüber, was der Begriff Ehre impliziert, zwar auseinander gehen. Doch für einige hängt die Ehre eines Mannes von seiner Fähigkeit ab, Frauen zu kontrollieren – und zwar insbesondere im Hinblick auf ihre Sexualität. Wegen ihrer Bereitschaft, Gewalt zur Durchsetzung dieser Sichtweise auszuüben, sind dies zumeist auch die mächtigsten Vertreter dieser Auffassung. Eine Frau kann ihre Ehre auf vielfältige Weise verlieren, beispielsweise wenn sie eine außereheliche Beziehung eingeht oder wenn sie eine Trennung oder Scheidung anstrebt. Sie kann ihre Ehre verlieren, wenn sie – als unverheiratetes Mädchen – ohne Erlaubnis ihrer Eltern eine Beziehung eingeht oder wenn sie das Opfer einer Vergewaltigung oder Entführung wird. Alle diese Situationen können dazu führen, dass die betroffene Frau von männlichen Verwandten – häufig mit Unterstützung der weiblichen Verwandten – gewaltsam bestraft wird.

In Übereinstimmung mit den relevanten CEDAW-Artikeln und dem Konsens von Kairo betrachten die Vereinten Nationen „Ehrenmorde“ als eine klare Verletzung

20 SICHERE MUTTERSCHAFT UND DER SOZIALE STATUS VON FRAUEN

- In Gesellschaften, in denen Männern traditionell die Kontrolle über die Haushaltsfinanzen obliegt, stellen Gesundheitsausgaben für Frauen häufig keine Priorität dar.
- Frauen sind oft nicht in der Position, darüber zu entscheiden, ob und wann sie schwanger werden möchten, oder über die Zahl ihrer Kinder und den zeitlichen Abstand zwischen den Geburten zu bestimmen.
- In Ländern mit vergleichbarem wirtschaftlichen Entwicklungsstand verhält sich die Müttersterblichkeit umgekehrt proportional zur Stellung der Frauen.
- Je ärmer der Haushalt, umso höher ist das Müttersterblichkeitsrisiko.
- Frühe Eheschließungen, Genitalverstümmelung, zu viele Geburten und Gewalt gegen Frauen sind Zeichen dafür, dass das Recht von Frauen verletzt wird, selbst über ihren Körper zu bestimmen.

Quelle: „Facts About Safe Motherhood“, <http://www.unfpa.org/mothers/facts.htm>

der Menschenrechte, für die es keinerlei kulturelle Rechtfertigung geben kann. Zur Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen im Namen der Ehre hat die UN-Generalversammlung am 4. Dezember 2000 die Resolution 55/66 verabschiedet. In dieser Resolution bekundet die Generalversammlung ihre Besorgnis darüber, dass in allen Regionen der Welt Gewalt gegen Frauen, einschließlich Verbrechen gegen Frauen im Namen der Ehre, immer noch üblich ist und viele verschiedene Formen annimmt. Zudem zeigt sich die Generalversammlung besorgt darüber, „dass einige Täter davon ausgehen, dass sie ein Recht auf die Ausübung derartiger Verbrechen haben“.

Eine solche Rechtfertigung bezieht sich implizit auf kulturelle oder religiöse Werte. Resolution 55/66 erkennt die Bedeutung der Kultur und kultureller Akteure explizit an und ruft die Staaten dazu auf, „ihre Anstrengungen zur Verhütung und Bekämpfung von Verbrechen gegen Frauen im Namen der Ehre, die in vielen verschiedenen

Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) leben weltweit rund zwei Millionen Frauen und Mädchen mit einer Scheidenfistel. Jährlich kommen zwischen 50.000 und 100.000 neue Fälle hinzu.¹⁹

Formen auftreten, durch Gesetzgebung, Bildungs-, soziale und andere Maßnahmen zu verstärken, so auch durch die Verbreitung von Informationen und unter anderem *Meinungsbildner, Pädagogen, religiöse Führer, Häuptlinge, traditionelle Führer und die Medien* in Sensibilisierungskampagnen einzubeziehen“. Kursiv hervorgehoben sind die Akteure, auf die sich UNFPA als „kulturelle Protagonisten des Wandels“ bezieht.

In der am 31. Januar 2001 angenommene Resolution 55/68 stellt die UN-Generalversammlung Verbrechen im Namen der Ehre in einen umfassenderen Kontext:

(...) bekräftigen wir den Aufruf, die Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu beseitigen, insbesondere alle Formen der gewerbmäßigen sexuellen Ausbeutung und der wirtschaftlichen Ausbeutung, einschließlich Frauen- und Kinderhandel, die Tötung weiblicher Neugeborener, Verbrechen, die im Namen der Ehre begangen werden, Verbrechen aus Leidenschaft sowie rassistisch motivierte Verbrechen, die Entführung und den Verkauf von Kindern, Gewalt und Morde im Zusammenhang mit der Mitgift, Säureattacken und schädliche traditionelle Praktiken und Bräuche wie beispielsweise die Genitalverstümmelung, Kinderheirat und Zwangsheirat (...).

Viele Programme und Maßnahmen von UNFPA auf Länderebene sind auf die Mobilisierung und Unterstützung lokaler Initiativen angelegt, die die verbreitete Ansicht zu widerlegen suchen, religiöse – oder allgemeiner gefasst – kulturelle Werte würden derartige Menschenrechtsverletzungen legitimieren.

Darüber hinaus sind kultursensible Ansätze wichtig, um andere wichtige Entwicklungsziele wie das MDG 5 zu erreichen, also die Müttersterblichkeit bis 2015 um 75 Prozent zu senken. Ungeachtet der bestehenden Anstrengungen, die Gesundheit von Müttern in den Entwicklungsländern zu verbessern, sterben nach wie vor 536.000 Frauen pro Jahr an den Folgen von Schwangerschaft oder Geburt. 99 Prozent

dieser Todesfälle entfallen auf die Entwicklungsländer – die Mehrzahl davon auf Afrika südlich der Sahara und Südasien. Kosteneffiziente Gesundheitsmaßnahmen könnten zahlreichen Müttern das Leben retten, doch für eine Vielzahl armer Frauen sind selbst solche Dienste nicht erreichbar oder erschwinglich. Entsprechend groß sind die Zweifel, ob das MDG 5 erfüllt werden kann: Weltweit ist die Müttersterblichkeit in der Zeit von 1990 bis 2005 um weniger als ein Prozent jährlich gesunken, verglichen mit den 5,5 Prozent, die erforderlich wären, um das Ziel zu erreichen. Seit 1990 haben nur eine gute Handvoll Länder eine signifikante Reduzierung der Müttersterblichkeit erreicht: Ägypten, China, Jamaika, Kuba, Sri Lanka, Thailand und Tunesien. Viele Frauen in den ärmsten Ländern leiden unter bleibenden Gesundheitsschäden infolge von Schwangerschaft oder Geburt, darunter Scheidenfisteln, Anämie, Unfruchtbarkeit, Beckenverletzungen, chronische Infektionen und Depressionen.¹⁸

Nach wie vor können Millionen von Frauen weder über den zeitlichen Abstand zwischen ihren Schwangerschaften oder über die Zahl ihrer Kinder selbst bestimmen, noch haben sie Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln. Verantwortlich dafür sind die unzureichenden Gesundheitssysteme, aber auch soziale und kulturelle Faktoren spielen eine Rolle. In vielen Kulturen bestimmen

patriarchalische Strukturen die Vorstellungen der Menschen von Maskulinität und Feminität sowie die Bedeutung von Sexualität und Fortpflanzung und den damit verbundenen Rechten. Darum wird den Bedürfnissen und Rechten von Frauen nur wenig Beachtung zuteil. Deshalb ist es von entscheidender Bedeutung, den Wert der Gesundheit von Frauen innerhalb ihres sozialen und kulturellen Kontextes festzulegen und kulturell

Ehre heißt, so zu leben, wie die Religion es dir vorschreibt. Die Grenzen der Ehre dürfen nicht überschritten werden. Damit meine ich, die Ehre soll die Menschen von den Orten fernhalten, die Gott ihnen verboten hat, sie soll sie von dem Versuch abhalten, die Grenzen zu überschreiten. Die Ehre eines Mannes betrifft nicht nur seine Frau, sondern schließt auch seine Mutter, seine Schwester und seine Nachbarn ein. Ein Mann sollte darauf achten, die Ehre anderer Menschen ebenso sehr zu schützen, wie er seine eigene Ehre schützt.

—Adana, ein 30 Jahre alter Imam.¹⁵

angepasste Programme zu entwickeln.

UNFPA unterstützt seit langem Einrichtungen der Müttergesundheit und die Versorgung mit wichtigen



▲ Scheidenfisteln sind durch eine relativ einfache Operation heilbar: Rupbahar ist eine dieser „Glücklichen“, hier mit ihrer Mutter in einem Zentrum für Scheidenfisteln in Bangladesch.

© UNFPA

medizinischen Hilfsgütern wie Verhütungsmitteln und Geräten für die Notfall-Geburtshilfe. Der Bevölkerungsfonds betreibt nationale und internationale Lobbyarbeit und arbeitet mit Kommunen und Gemeinschaften zusammen, um die Gesundheit von Müttern zu verbessern. In Nigeria zum Beispiel übernehmen verstärkt lokale Führer die Aufgabe, den Männern in ihren Dörfern den Nutzen von Familienplanung und reproduktiver Gesundheitsversorgung zu erklären. Diese Führer werden vom nigerianischen Gesundheitsministerium mit Unterstützung von UNFPA auf ihre Aufgabe vorbereitet: „Vor dem Training war es schwierig, die Männer davon zu überzeugen, wie wichtig Verhütungsmittel sind“, erklärt etwa Abdulai Abukayode, der *baale* (traditionelle Führer) von Ajengule im Bundesstaat Ogun. „Als sie mehr wussten, änderte sich das (...). Die Leute wollen heute weniger Kinder, damit sie sich besser um sie kümmern können.“ Seit Beginn des Programms hat die Verwendung von Verhütungsmitteln in Ogun stark zugenommen.²⁰

In ähnlicher Weise arbeitet UNFPA zusammen mit Partnern an der Vermeidung und Behandlung von

Scheidenfisteln und der Wiedereingliederung betroffener Mädchen und Frauen in die Gesellschaft. Scheidenfisteln treten besonders häufig in armen, abgelegenen Regionen und bei sehr jungen Frauen auf, deren Körper noch nicht voll ausgereift und deren Becken zu schmal für eine Geburt ist. Bei langwierigen Geburten kann es zu Schädigungen des Gewebes im Beckenbereich kommen. In der Folge entstehen dann Löcher im Gewebe zwischen Vagina und Rektum oder Vagina und Blase. Das Baby überlebt eine solche Geburt in den meisten Fällen nicht, und die Frau leidet hinterher unter chronischer Inkontinenz. Scheidenfisteln führen deshalb auch zu einem Leben in Scham und Schande: Betroffene Frauen werden von ihren Ehemännern, Familien und Dorfgemeinschaften häufig verstoßen und gezwungen, in Isolation zu leben. Doch Scheidenfisteln sind vermeidbar und kommen in wohlhabenden Regionen, wo Frauen Zugang zu hochwertigen Gesundheitsdiensten haben, kaum vor.

Dass Scheidenfisteln in der Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit ignoriert und die Opfer vernachlässigt wurden, lag auch am mangelnden Kontakt zu den

betroffenen Frauen und ihrem Umfeld. Eine wirksame Antwort auf das Problem erfordert ein kultursensibles Vorgehen – und zwar nicht nur, um Mädchen und Frauen über Möglichkeiten der Prävention und Behandlung aufzuklären. Es geht zudem darum, die Stigmatisierung nachhaltiger zu bekämpfen und das Thema stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. UNFPA unterstützt Maßnahmen zur Prävention von Scheidenfisteln sowie zur Behandlung und Rehabilitation betroffener Mädchen und Frauen. Im Sudan etwa fördert UNFPA das *Saudi-Hospital* in El Fasher, wo Frauen mit Fistelerkrankungen von Spezialisten operiert werden.²¹ In Eritrea arbeitet UNFPA mit Chirurgen der Stanford-Universität zusammen, um vor Ort Kapazitäten zur Fistelbehandlung aufzubauen.²² Und in der Demokratischen Republik Kongo hat UNFPA zusammen mit dem Gesundheitsministerium eine nationale Kampagne gegen Scheidenfisteln organisiert, bei der auch betroffene Frauen behandelt wurden.²³

Kultur, Männlichkeit und sexuelle und reproduktive Gesundheit

Die Verbesserung der reproduktiven Gesundheit und die Durchsetzung entsprechender Rechte erfordert kultursensible Vorgehensweisen, weil diese Themen direkt an den Kern der jeweiligen Kultur rühren. Gleichfalls ist es notwendig, Geschlechter-Beziehungen und Männer mit einzubeziehen. Nach der Ersten UN-Weltfrauenkonferenz in Mexiko City 1975 und der UN-Dekade der Frau von 1976 bis 1985 forderte das Aktionsprogramm der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz 1994 die Männer auf, ihren Beitrag im Kampf für die Gleichbehandlung der Geschlechter im Rahmen der reproduktiven Gesundheit und Entwicklung zu leisten. Die Aktionsplattform der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing bekräftigte das Prinzip der gemeinsamen Verantwortung und argumentierte, die Lage der Frauen könne nur in Partnerschaft mit den Männern verbessert werden.²⁴ Die Aktionsplattform rief die Männer auf, Frauen zu unterstützen, indem sie sich zu gleichen Teilen an der Kinderbetreuung und der Arbeit im Haushalt beteiligen. Auch sollten sie ihren Teil der Verantwortung für die Verhütung von HIV und anderen sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten übernehmen.

Die 26. Sondersitzung der UN-Generalversammlung im Jahr 2001 bekannte sich zu der Notwendigkeit, geschlechtsspezifischen Einstellungen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung in Bezug auf HIV/Aids durch die

aktive Beteiligung von Jungen und Männern entgegenzutreten. Die von der Sonderversammlung beschlossene „Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids“ betonte die Rolle und die Verantwortung von Männern bei der Bekämpfung der Ausbreitung und der Folgen von HIV/Aids. Dabei ging es insbesondere um die Notwendigkeit, Männer an der Überwindung von Geschlechterungleichheiten zu beteiligen, die die Ausbreitung der Epidemie beschleunigen.²⁵ Ein Jahrzehnt nach Kairo riefen die Teilnehmer der 48. Sitzung der UN-Kommission zum Status von Frauen die Regierungen, die Organisationen des UN-Systems und andere Akteure *unter anderem* dazu auf,

- die aktive Beteiligung von Jungen und Männern bei der Beseitigung von Geschlechterstereotypen zu stärken,
- die Partizipation von Männern bei der Prävention und Behandlung von HIV/Aids zu stärken,
- Programme umzusetzen, die es Männern ermöglichen, ein sicheres und verantwortungsvolles Sexualleben zu führen,
- Jungen und Männer im Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt zu unterstützen und
- Programme in Schulen umzusetzen, die die Gleichbehandlung der Geschlechter voranbringen.

Die männliche Macht – das Patriarchat – besteht in vielen Kulturen fort. Manche Experten²⁶ bestätigen, dass die „(...) fortwährende Herausforderung im Bereich der reproduktiven Gesundheit darin besteht, die möglichen Einflüsse von Männern zu charakterisieren und die Auswirkungen dieser Einflüsse auf die Gesundheit von Frauen und Kindern abzuschätzen“. Allerdings sind auch Männer Teil der Kultur, was bedeutet, dass sowohl ihren Erfahrungen mit Gender-Fragen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung wie auch ihrer Verantwortung dafür mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte.

Forschungsergebnisse legen nahe, dass kulturelle Zwänge im Bereich Gender die Anfälligkeit von Männern für Sexually transmitted diseases erhöhen. Soziale Konstruktionen von Männlichkeit und Sexualität können die Risikobereitschaft von Männern erhöhen und sie zugleich davon abhalten, um Hilfe nachzusuchen. Laut nationaler Umfragen, die im Laufe der letzten zehn Jahre in 39 Ländern unter Männern im Alter zwischen 15 und 54 Jahren durchgeführt wurden, haben Männer im Vergleich zu Frauen im Durchschnitt früher ihre ersten sexuelle Kontakte. Darüber hinaus haben

21 MÄNNER AN DER FÖRDERUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG BETEILIGEN

Das vom *Instituto Promundo* in Rio de Janeiro und drei anderen NGOs in Brasilien und Mexiko entwickelte *Program H* hat sich zum Ziel gesetzt, geschlechtergerechte Normen und Verhaltensweisen unter jungen Männern in einkommensschwachen Regionen zu fördern. Zu diesem Zweck sollen sie traditionelle Vorstellungen von „Männlichkeit“ reflektieren und in Frage stellen. Zwei Faktoren waren für die Arbeit mit den jungen Männern besonders relevant: erstens, geschlechtergerechte männliche Rollenvorbilder und Bezugsgruppen, und zweitens die Reflektion über die Konsequenzen von Gewaltanwendung.

Die Mitarbeiter des Programms erstellten ein Aktionshandbuch zu den Themen Gender, sexuelle Gesundheit, Gewalt und Beziehungen. Das Buch thematisiert auch Sexismus und Homophobie. Parallel dazu wurden im Rahmen einer Sozialmarketingkampagne, die mit Radiospots, Plakaten, Postkarten und Tanzveranstaltungen arbeitete, geschlechtergerechte Verhaltensweisen als „cool“ und „hip“ dargestellt. Schon sechs Monate nach Anlaufen des Programms zeigten sich in Brasilien erste signifikante Veränderungen im Verhalten der jungen Männer. Diejenigen mit geschlechtergerechterem Verhalten zeigten vier- bis achtmal seltener Symptome sexuell übertragbarer Infektionskrankheiten.

Program H („H“ steht für *homens*, das portugiesische Wort für „Männer“) setzt auf wissenschaftliche Methoden, um die Variationen der Gender-Einstellungen und Verhaltensweisen innerhalb seiner Zielgruppe zu verstehen. Es kommuniziert durch Medien, die der Jugendkultur entlehnt und ihr daher vertraut sind.

Quelle: Pulerwitz, J., G. Barker und M. Segundo: „Promoting Healthy Relationships and HIV/STI Prevention for Young Men: Positive Findings from an Intervention Study in Brazil“, Population Council/Horizons Communications Unit, Washington D.C. 2004.

sie mehr Sexualpartner sowohl inner- wie außerhalb der Ehe.²⁷ In praktisch allen untersuchten Ländern gab die Mehrzahl der 20- bis 24-jährigen Männer an, vor dem 20. Geburtstag das erste Mal Sex gehabt zu haben. Obwohl sich diese Zahlen je nach Region zum Teil signifikant unterscheiden, liegt in manchen Ländern der Anteil derer, die ihr „erstes Mal“ vor dem 15. Geburtstag erlebten, bei bis zu 35 Prozent der Befragten. Allerdings wurden bei diesen Studien nicht alle Gruppen in allen Regionen gleichmäßig erfasst. So fehlen Daten zu den Industrieländern oder zu wichtigen Gruppen wie etwa unverheirateten Männern, Strafgefangenen, Soldaten sowie Migranten und Flüchtlingen. In vielen Kulturen gilt es als der männlichen Natur

eigen, wechselnde Sexualpartner zu haben, sprich dass Männer unweigerlich eine Vielzahl von Partnerinnen zur Befriedigung ihrer sexuellen Bedürfnisse suchen.²⁸ Wie internationale Studien zum Sexualverhalten nahelegen, wechseln Männer – gleichgültig, ob verheiratet oder ledig und unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung – ihre Partner im Durchschnitt häufiger als Frauen.²⁹

In letzter Zeit konzentriert sich das Interesse der Forschung immer mehr darauf, diese Verhaltensweisen vor dem Hintergrund des Gender-Konzeptes zu analysieren. Manche Studien verweisen darauf, dass traditionelle Konzepte von Männlichkeit in hohem Maße verbunden sind mit einer Vielzahl riskanter Verhaltensweisen und dass „(...) kulturelle und gesellschaftliche Erwartungen und Normen eine Umwelt erzeugen, in der es für ‚echte Männer‘ akzeptabel oder sogar erstrebenswert ist, Risiken einzugehen“.³⁰ So ist es, wie ein Forschungsprojekt in neun lateinamerikanischen Ländern ergab, für junge Männer im Alter von 10 bis 24 Jahren weitaus wichtiger, ihre Männlichkeit zu beweisen, als ihre Gesundheit zu schützen.³¹

Kulturelle Erwartungen in Bezug auf Männlichkeit, die das Bedürfnis von Männern verstärken, ihre sexuelle Potenz zu beweisen, begünstigen häufigen Partnerwechsel und den Wunsch, Macht über Frauen auszuüben. Die – subjektiv wahrgenommene – Notwendigkeit, sich beweisen zu müssen, kann dazu führen, dass Männer Frauen gegen ihren Willen zum Sex zwingen.³² Oder, wie ein junger Mann meinte: „Erst wenn die Frau beim Sex schreit, hast du bewiesen, dass du ein echter Mann bist.“ Derartige Männlichkeitsvorstellungen führen im Verein mit sexueller Unterdrückung zu steigenden Vergewaltigungsraten und anderen Formen der Gewalt gegen Frauen – mit allen negativen Folgen nicht nur für die Gesundheit von Frauen, sondern auch für ihre soziale Akzeptanz. In manchen Gesellschaften wird vergewaltigten Frauen mitunter sogar geraten, ihren Vergewaltiger zu heiraten, um den Skandal um den Verlust ihrer Jungfräulichkeit zu vermeiden. Verheirateten Frauen, die eine Vergewaltigung anzeigen, kann es zudem passieren, dass sie selbst wegen Ehebruchs inhaftiert werden.

Viele Kulturen assoziieren Männlichkeit mit einem Gefühl der Unverwundbarkeit. Männer sind in ihrer Sozialisation entsprechend geprägt, sich selbstsicher zu geben, keine Gefühle zu zeigen und in Zeiten der Not keine Hilfe zu erbitten.³³ In Südafrika nehmen Männer laut einer nationalen Studie sehr viel seltener

Beratungsangebote und die Möglichkeit zum freiwilligen HIV-Test (*voluntary counselling and testing*, VCT) wahr als Frauen. Männer stellen, so der Bericht, nur 21 Prozent aller VCT-Klienten³⁴ und nur 30 Prozent der in Behandlung befindlichen Patienten.³⁵ Im Vergleich zu Frauen akzeptieren männliche HIV-Patienten erst viel später im Krankheitsverlauf eine antiretrovirale Therapie (ART). Doch dann ist ihr Immunsystem schon stärker angegriffen, und die Krankheit verursacht höhere Kosten für das öffentliche Gesundheitssystem.³⁶ Verantwortlich für diese Unterschiede sind offenbar nicht etwa höhere Infektionsraten bei Frauen, sondern vielmehr die unter Männern verbreitete Ansicht, es sei ein Zeichen von Schwäche, Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen.³⁷

Dominierende Männlichkeitsvorstellungen können bei Männern auch Ängste in Bezug auf ihre Sexualität schüren. Wenn Männer in Umfragen über Ängste reden, beziehen diese sich eher auf ihre sexuelle Leistungsfähigkeit als auf sexuell übertragbare Infektionskrankheiten wie HIV/Aids. Das dürfte insbesondere für junge Männer gelten, die von ihren Familien, Lehrern und anderen kaum dazu ermutigt werden, offen über ihren Körper und Fragen wie die Pubertät zu reden.³⁸ Jungen wissen häufig mehr über den weiblichen Körper als über ihren eigenen. Solche Unwissenheit in der Jugend kann dazu führen, dass sie ihr Leben lang Probleme haben, offen über Sex zu reden und Fragen zu stellen.

Kulturelle Zwänge und Erwartungen, Unwissenheit und Ängste begünstigen riskantes Verhalten und setzen nicht nur Jungen und Männer, sondern auch ihre Partner sexuellen und reproduktiven Gesundheitsrisiken aus. Allerdings empfinden viele Männer ihre Verhaltensweisen nicht als riskant, zum Teil, weil sie Sex als biologische Notwendigkeit und ihre Sexualität als einen natürlichen (und jedes Risikogefühl ausschaltenden) Trieb verstehen.

Dabei ist es wichtig, die subjektive Wahrnehmung von Risiken in ihrem sozialen und ökonomischen Kontext zu sehen. Obwohl beispielsweise São Paulo die höchste HIV-Infektionsrate in ganz Brasilien aufweist, haben junge Männer aus einkommensschwachen Vierteln wahrscheinlich weniger Angst vor Aids als vor Unfällen, Gewalt oder Drogen.

Kultursensible Ansätze müssen auf den Kontext eingehen, in dem Jungen und Männer agieren. Konventionelle Ansätze gehen davon aus, junge Männer würden die Vorstellung, sie hätten sexuelle Ansprüche auf Frauen,

aus den ungleichen Geschlechterbeziehungen ableiten, die Männer über Frauen stellen, mit anderen Worten, männliche Macht würde Gewalt gegen Frauen zum Normalfall machen. Kultursensible Ansätze gehen über diesen Erklärungsversuch hinaus. Sie befassen sich mit der Beziehung zwischen sozialen und politischen Kontexten sowie den daraus resultierenden kulturellen Normen und fragen nach den Voraussetzungen, unter denen Männer und Frauen sich diesen Normen widersetzen. So ist es zum Beispiel möglich, einen Zusammenhang zwischen der sexuellen Gewalt junger Männer im Südafrika unter der Apartheid und der politischen Unterdrückung durch das damalige Regime herzustellen. Ebenso sollten bei der Arbeit mit einkommensschwachen jungen Männern in Rio de Janeiro zum Thema Geschlechternormen die Gewalt und traumatischen Erlebnisse berücksichtigt werden, die viele von ihnen in ihrer Kindheit und Jugend erleben und hinter denen Rassismus, wirtschaftliche Diskriminierung und staatliche Gewalt stehen. Brasilien weist eine der höchsten Mordraten weltweit auf: Hier übertrifft die Mordrate von Männern die von Frauen jedoch um mehr als das Zwölfwache. Zudem leiden Männer afrikanischer Herkunft unter einer 73 Prozent höheren Mordrate als Männer europäischer Herkunft. Kultursensible Herangehensweisen widerstehen der Neigung, das Kulturelle vom Politischen zu trennen und fragen stattdessen, wie beide Sphären interagieren. So wird eine weitaus effektivere Antwort auf die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern in unterschiedlichen Kontexten möglich.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass Verallgemeinerungen generell die zugrunde liegende Vielfalt außer Acht lassen, sei es bei Jungen und Mädchen, Männern und Frauen sowie Gruppen und Gemeinschaften. Kultursensible Ansätze sind sehr an dieser Vielfalt interessiert und an den vielfältigen Lösungen, die Individuen und Gemeinschaften entwickeln. Kultursensible Ansätze befassen sich mit Themen wie Unfruchtbarkeit, Fertilität und Gesundheit von Müttern, erkennen die sozialen und kulturellen Gründe an, aufgrund derer Menschen Entscheidungen treffen. Sie bieten Werkzeuge, um zu analysieren, welche Maßnahmen vor Ort bereits ergriffen worden sind, welche Partnerschaften möglich sind, welche Arten von Maßnahmen angemessen sind, wie mit maximaler Wirkung kommuniziert werden kann und wie man dieses Wissen in die Programmentwicklung einbringt, statt einfach mit vorab definierten Lösungen zu arbeiten.



पानी वितरण नये समय
पिपल २ वजे देवा १० वजे तक
दिली १० वजे देवा १० वजे तक
नैम १० वजे देवा १० वजे तक
२०११ नवंबर १० वजे

| वार्ड नं. | पानी वितरण नये समय |
|-----------|-----------------------|
| १ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| २ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ३ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ४ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ५ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ६ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ७ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ८ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ९ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १० | १० वजे देवा १० वजे तक |
| ११ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १२ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १३ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १४ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १५ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १६ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १७ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १८ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| १९ | १० वजे देवा १० वजे तक |
| २० | १० वजे देवा १० वजे तक |

पानी वितरण नये समय
पिपल २ वजे देवा १० वजे तक
दिली १० वजे देवा १० वजे तक
नैम १० वजे देवा १० वजे तक
२०११ नवंबर १० वजे

5

Armut, Ungleichheit und Bevölkerung

Nachhaltige Entwicklung reduziert Armut und Ungleichheit und fördert die Beteiligung aller Gruppen an sozio-ökonomischen Prozessen. Werden die Früchte des Wirtschaftswachstums ungleich verteilt, dann nehmen sowohl Ausmaß als auch Intensität von Armut zu. Armut und Ungleichheit schränken den Zugang zu Ressourcen ein und verringern Zukunftschancen. In diesem Zusammenhang sind kulturelle Komponenten wie Familienbeziehungen, menschliche Verhaltensmuster, Bewältigungsstrategien sowie verordnete und nicht gebilligte Verhaltensweisen wichtige Faktoren. Ein schlechter Gesundheitszustand und ein niedriges Bildungsniveau erschweren es den Betroffenen zudem, zusätzliches Einkommen in ein besseres Leben zu investieren, und hindern sie somit daran, sich persönliche Ziele zu setzen oder diese zu erreichen.¹

Etwa 750 Millionen Menschen werden aufgrund ihrer kulturellen Identität sozioökonomisch diskriminiert oder benachteiligt.² Von der Politik werden sie zum Teil bewusst ausgeschlossen, zum Teil einem Leben in Armut überlassen, indem ihr Zugang zu Dienstleistungen und Geldmitteln eingeschränkt wird. Diskriminierte und benachteiligte Minderheiten sind mit höherer Wahrscheinlichkeit arm. Arme Menschen sind nicht so gesund wie wohlhabendere, sie nutzen seltener Gesundheitsdienstleistungen, leben häufig ungesünder und sind auch in anderen Bereichen benachteiligt, die den Gesundheitszustand entscheidend beeinflussen.³ Ihre Lebenserwartung ist niedrig, und die Müttersterblichkeit sowie das Erkrankungsrisiko von Müttern ist hoch. Insbesondere armen Frauen sind durch traditionelle und kulturelle Faktoren Grenzen gesetzt, die ihrem Wohlergehen schaden.

In neueren Analysen wird hervorgehoben, dass von Ungleichheit geprägte Beziehungen Strukturen und Prozesse aufrechterhalten, die dafür sorgen, dass die Benachteiligten arm bleiben. Wirtschaftliche und politische Analysen müssen daher innerhalb der kulturellen Kontexte durchgeführt werden, so dass nicht nur die getroffenen Entscheidungen an sich untersucht werden, sondern auch die örtlichen Bedingungen und die äußere Dynamik, innerhalb derer sie gefällt werden. Dies ist dringend notwendig, um darauf aufbauende politische Empfehlungen zu entwickeln und diese weiter zu verbessern.

Ein Familienunternehmen in Kathmandu, Nepal. In vielen Kulturen ist es eine typische Arbeit armer Menschen, die Wäsche anderer Leute zu waschen.

© Peter Bruyneel

Bevölkerungsfragen, Armut und Ungleichheit im kulturellen Kontext

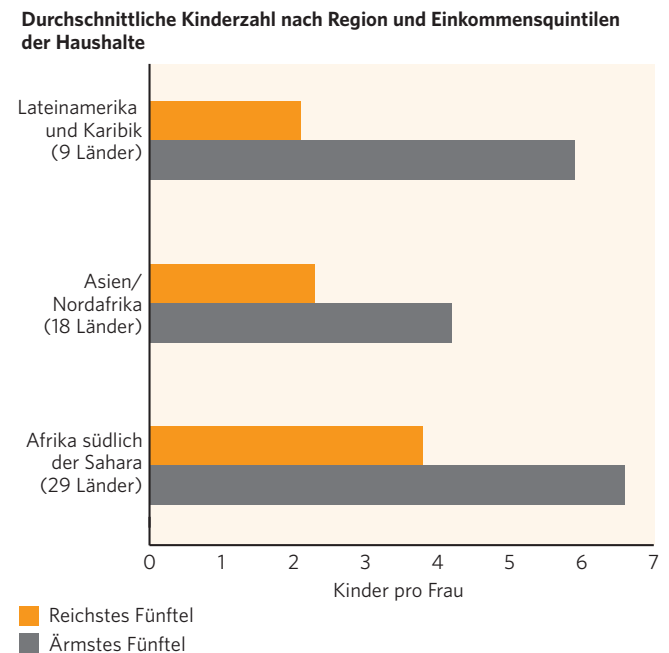
Zu den wichtigsten Entscheidungen von Paaren gehören die, ob sie Kinder haben wollen, wie viele sie haben wollen und wann. In der Vergangenheit wurden diese Entscheidungen von rigiden gesellschaftlichen und kulturellen Zwängen bestimmt. Die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren war hoch, und für das Überleben der Gesellschaft waren deshalb hohe Geburtenraten erforderlich. Diese Notwendigkeit manifestierte sich in strikten Verhaltensnormen, die zahlreiche, kurz aufeinander folgende Geburten favorisierten. Dies gilt auch heute noch überall dort, wo die Gesundheitsversorgung schlecht ist, wo die Kosten der Kindererziehung relativ gering sind, wo Kinderarbeit ein wichtiger Einkommenszweig der Familie ist und wo es außer der Subsistenzwirtschaft keine Möglichkeiten der Existenzsicherung gibt. Unter diesen Bedingungen ist für Familien klar, dass Kinder durch Arbeit zum Wohlergehen der Familie beitragen und ihre Eltern im Alter unterstützen können. Ist die Sterblichkeit bei Kindern unter fünf Jahren hoch, dann steigt mit höherer Fertilität die Wahrscheinlichkeit, dass die gewünschte Anzahl von Kindern überlebt.

Durch Entwicklung wird der Wert von Kindern neu definiert: Mehr Kinder überleben und ihre Arbeit ist für die Familie keine wichtige Einkommensquelle mehr. Im Gegenteil, die Eltern wollen in die Gesundheit und Bildung ihrer Kinder investieren. Kulturelle Normen passen sich an, unterstützt durch verstärkte Informationen über reproduktive Gesundheit und Dienstleistungen.

Weltweit bekommen Frauen durchschnittlich 2,6 Kinder – in den Industrieländern liegt die Kinderzahl bei 1,6 und in Entwicklungsländern bei 2,8 pro Frau. Auch die Einkommenssituation innerhalb einzelner Länder spiegelt die Unterschiede in der Fruchtbarkeitsrate wider. In jedem der 48 Länder, in denen entsprechende Daten erhoben wurden, bekamen Frauen aus den unteren Einkommensschichten mehr Kinder als solche mit den höchsten Einkommen (Abb. 2). In den Ländern Afrikas südlich der Sahara, Lateinamerikas und der Karibik haben ärmere Frauen mindestens zwei Kinder mehr als Frauen aus dem reichsten Fünftel der Gesellschaft. Darüber hinaus verhüten Frauen mit geringem Einkommen seltener – auch dann, wenn sie angeben, grundsätzlich oder in nächster Zeit keine Kinder mehr zu wollen (Abb. 3).

In allen sich entwickelnden Regionen der Welt ist der Anteil der Frauen im gebärfähigen Alter, die überhaupt (oder in nächster Zeit) keine Kinder mehr wollen, in den wohlhabenderen Schichten höher als bei den armen Menschen. In Afrika ist der Unterschied besonders deutlich. Unter wohlhabenderen Frauen ist der Anteil derjenigen, die verhüten höher als unter ärmeren Frauen. Mit anderen Worten: Bei ärmeren Frauen ist die Nachfrage nach Verhütungsmitteln geringer – sie wollen eher mehr Kinder. Und diejenigen, die verhüten wollen, haben seltener Zugang zu Verhütungsmitteln. Wenn kleinere Familien zur Norm werden, dann ist der Unterschied in den Fertilitätsraten bei Arm und Reich vor allen Dingen auf den ungleichen Zugang zu Verhütungsmitteln zurückzuführen. In armen Ländern ist die Nachfrage nach Verhütungsmitteln unter Wohlhabenden größer und sie sind zugleich eher in der Lage, diese zu befriedigen. Arme Menschen wünschen sich größere Familien, teils aufgrund kultureller Normen, teils weil sich ihre Lebensumstände weniger stark verändert haben. Sie haben keinen Anteil an den Vorteilen, die sinkende Sterblichkeitsraten und Investitionen in Bildung mit sich bringen.⁴

Abbildung 2: Fertilität und Wohlstand



Quelle: Gwatkin, D.; Rutstein, S.; Johnson, K.; Suliman, E.; Wagstaff, A. and Amouzou, A.: „Socio-economic differences in health, nutrition and population within developing countries: An Overview: Country Reports on HNP and Poverty“, Weltbank, Washington D.C. 2007.

Es gibt viele Gründe, warum Frauen zwar sagen, dass sie keine Kinder mehr wollen und dennoch keine Verhütungsmittel anwenden. Manchen fehlen die Kenntnisse über Familienplanung oder sie haben keinen Zugang dazu. Doch mehr Informationen und besserer Zugang zu Dienstleistungen der Familienplanung allein können das Problem nicht immer lösen. Oftmals hatten Programme zur Förderung von Familienplanung gerade dann mehr Erfolg, wenn kulturelle Zwänge mit berücksichtigt wurden: Ein Beispiel ist der rapide Anstieg der Anwendung von Verhütungsmitteln in der Islamischen Republik Iran und der darauf folgende Rückgang der Fruchtbarkeitsraten. Seit 1989 wird das nationale Familienplanungsprogramm von hochrangigen religiösen Führungspersonlichkeiten unterstützt, die in ihren wöchentlichen Predigten kleinere Familien befürworten und darin eine gesellschaftliche Verantwortung sehen.⁵

Zwar ist der ungedeckte Bedarf an Familienplanung bei ärmeren Frauen tendenziell größer, doch gibt es Beispiele, wo die Anwendung von Verhütungsmitteln auch ohne gleichzeitige wirtschaftliche Entwicklung zugenommen hat. In Bangladesch zum Beispiel führte das Engagement der Regierung und die intensive Arbeit von NGOs

dazu, dass einkommensschwache, ungebildete Frauen verstärkt Verhütungsmittel anwendeten.⁶

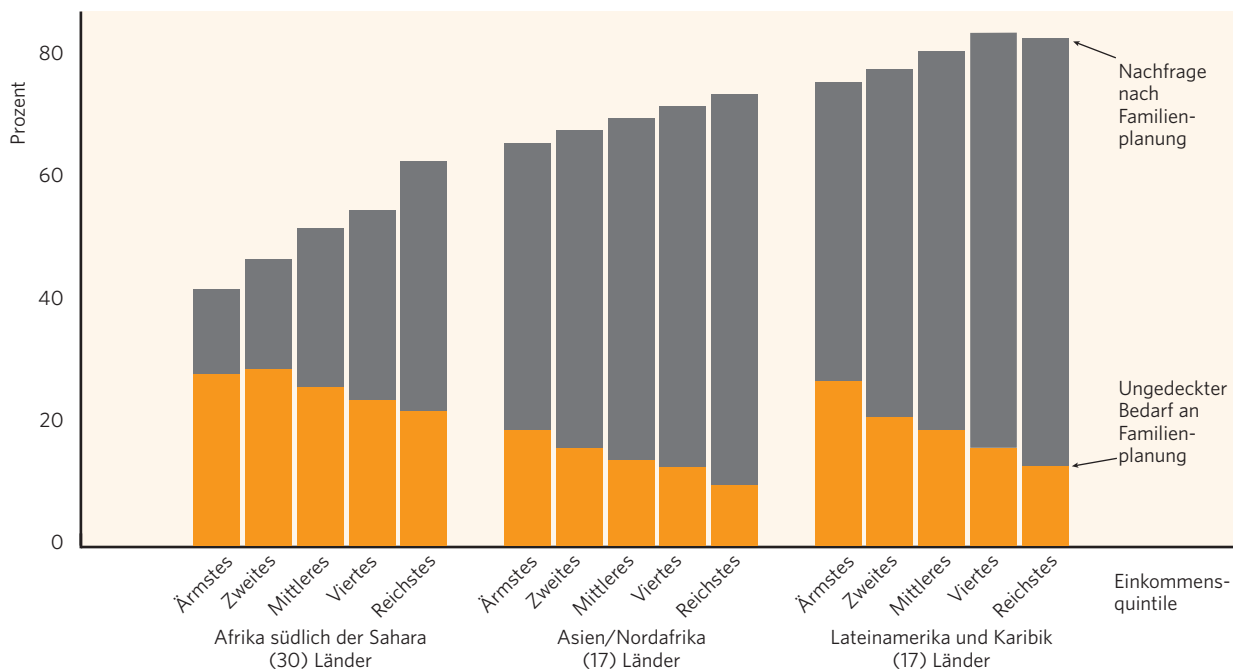
Frauen, die bereits etwas über Verhütung wissen, aber wenig Geld haben – zum Beispiel in einigen armen städtischen Gebieten –, treffen bisweilen Entscheidungen, die nach ihrem eigenen Verständnis angemessen, tatsächlich jedoch irrational und gesundheitsschädigend sein können. Sterilisationen sind besonders bei armen Frauen sehr häufig. So hat beispielsweise die ethnografische Feldforschung gezeigt, dass sich viele einkommensschwache Frauen in den Städten Brasiliens sterilisieren lassen. Abgesehen von der Pille ist dies oft die einzige Verhütungsmethode, die armen Frauen zur Verfügung steht. Wohlhabendere Frauen dagegen haben durch Privatkliniken Zugang zu einer ganzen Reihe von Verhütungsmethoden.⁷

Armut und Gesundheitsversorgung

Die Müttersterblichkeit spiegelt die enormen Diskrepanzen zwischen Wohlhabenden und Besitzlosen sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch auf internationaler Ebene wider:

- Arme Frauen sterben häufiger infolge einer Schwangerschaft oder Geburt.

Abbildung 3: Ungedeckter Bedarf an und Nachfrage nach Familienplanung, nach Region und Einkommensquintilen der Haushalte



Quelle: Westoff, C.F.: „New Estimates of Unmet Need and the Demand for Family Planning“, DHS Comparative Reports Nr. 14, Macro International Inc., Maryland, Calverton, 2006.

Anmerkung: Ungewichtete Mittelwerte auf Basis der jüngsten verfügbaren Umfragen für jedes Land.

- Arme Menschen und Familien haben weniger Geld und leben meist weit entfernt von der nächsten Gesundheitseinrichtung.
- Die Bekämpfung von Müttersterblichkeit kann Armut verringern.
- Investitionen in die Gesundheit von Müttern verbessern die Gesundheitsversorgung insgesamt. Indikatoren zur Müttergesundheit spiegeln die Leistungsfähigkeit von Gesundheitssystemen hinsichtlich Zugang, Geschlechtergerechtigkeit und institutioneller Effizienz wider.⁸
- den verbesserten Zugang zu Familienplanung, um die Zahl ungewollter Schwangerschaften zu verringern und den Abstand zwischen gewollten Schwangerschaften zu vergrößern,
- Maßnahmen, um dem Problem der Teenagerschwangerschaften zu begegnen sowie
- die Bereitstellung von Gesundheitsversorgung während der Schwangerschaft zur Verminderung von Gesundheitsrisiken für Mütter und Kinder.

Reproduktive Gesundheitsprobleme bleiben weltweit die häufigste Ursache von Krankheit und Tod bei Frauen im gebärfähigen Alter. Initiativen zur reproduktiven Gesundheit haben zum Ziel, die Mutterschaft sicherer zu machen, indem sie 1) den Zugang zur Familienplanung verbessern, 2) für alle Geburten fachkundige Betreuung und 3) für alle Frauen, bei denen während der Geburt Komplikationen auftreten, rechtzeitig Geburtshilfe bereitstellen.

Kultur und reproduktive Gesundheit

Im Oktober 2007 verabschiedete die 62. Generalversammlung der Vereinten Nationen eine neue Zielvorgabe für den universellen Zugang zu reproduktiver Gesundheitsversorgung. Die Indikatoren, anhand derer der Fortschritt gemessen wird, beinhalten

Tabelle 1: Müttersterblichkeitsraten (MMR), Todesfälle von Müttern und Lebenszeitrisko, nach MDG-Regionen der Vereinten Nationen, 2005

| Region | Müttersterblichkeitsrate (Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten)* | Zahl der Todesfälle von Müttern* | Müttersterblichkeitsrisiko über gesamte Lebenszeit*: 1 zu | Unsicherheit bzgl. MMR-Schätzungen | |
|---|---|----------------------------------|---|------------------------------------|-------------------|
| | | | | Unterer Schätzwert | Oberer Schätzwert |
| WELT INSGESAMT | 400 | 536.000 | 92 | 220 | 650 |
| Industrieländer** | 9 | 960 | 7.300 | 8 | 17 |
| Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS)*** | 51 | 1.800 | 1.200 | 28 | 140 |
| Entwicklungsländer | 450 | 533.000 | 75 | 240 | 730 |
| Afrika | 820 | 276.000 | 26 | 410 | 1.400 |
| Nordafrika**** | 160 | 5.700 | 210 | 85 | 290 |
| Afrika südlich der Sahara | 900 | 270.000 | 22 | 450 | 1.500 |
| Asien | 330 | 241.000 | 120 | 190 | 520 |
| Ostasien | 50 | 9.200 | 1.200 | 31 | 80 |
| Südostasien | 490 | 188.000 | 61 | 290 | 750 |
| Südostasien | 300 | 35.000 | 130 | 160 | 550 |
| Westasien | 160 | 8.300 | 170 | 62 | 340 |
| Lateinamerika und Karibik | 130 | 15.000 | 290 | 81 | 230 |
| Ozeanien | 430 | 890 | 62 | 120 | 1.200 |

Quelle: WHO, UNICEF, UNFPA und Weltbank: „Maternal Mortality in 2005“, Genf, 2007.

* Die Müttersterblichkeitsraten und das Lebenszeitrisko wurden nach folgendem Schema gerundet: < 100, nicht gerundet; 100–999, gerundet auf die nächsten 10; und >1.000, gerundet auf die nächsten 100. Die Zahlen der Todesfälle von Müttern wurden wie folgt gerundet: < 1.000, gerundet auf die nächsten 10, 1.000–9.999, gerundet auf die nächsten 100; und >10.000, gerundet auf die nächsten 1.000.

**Einschließlich Albanien, Australien, Österreich, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kanada, Kroatien, Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Ungarn, Island, Irland, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Neuseeland, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien und Montenegro (Serbien und Montenegro seit 2006 getrennt), Slowakei, Slowenien, Spanien, Schweden, Schweiz, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Vereinigtes Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika.

*** Die GUS-Staaten sind Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, die Republik Moldawien, die Russische Föderation und die Ukraine.

**** Nicht eingeschlossen ist der Sudan, der zu den afrikanischen Ländern südlich der Sahara gerechnet wird.

Sichere Mutterschaft

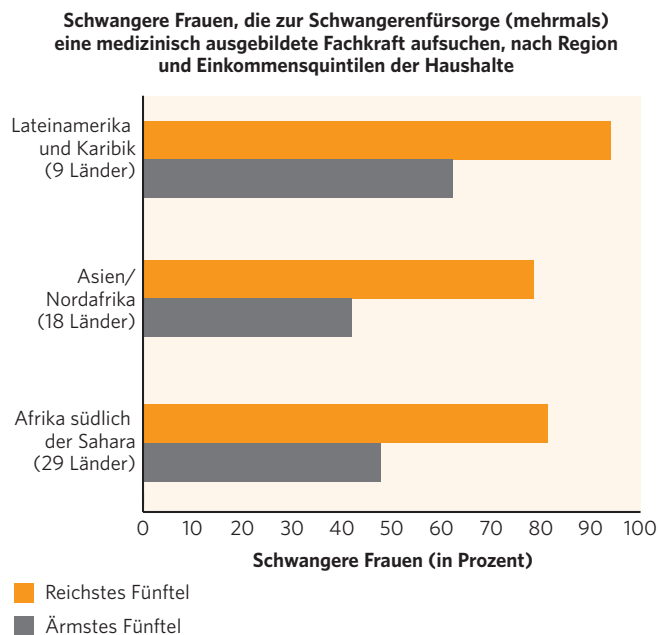
Zusammen mit einer Reihe von Gesundheitsmaßnahmen vor, während und nach der Schwangerschaft, ist die fachkundige Betreuung bei allen Geburten einer der Schlüssel für die Gesundheit von Müttern. Fachkundige Geburtshelfer sind als anerkannte medizinische Fachkräfte definiert – also Hebammen, Ärzte oder Krankenschwestern –, die in der Lage sind, normale (unkomplizierte) Schwangerschaften, Geburten und das Wochenbett zu betreuen. Zudem müssen sie Komplikationen bei Frauen und Neugeborenen feststellen und behandeln sowie Überweisungen an adäquate Notfall- und Geburtshilfeeinrichtungen veranlassen können.⁹ Diese Definition schließt traditionelle Geburtshelfer aus, geschulte wie ungeschulte. Schwangerenfürsorge und eine Entbindung durch fachkundige Geburtshelfer sind für die Wohlhabenderen eher zugänglich. In Afrika stehen nur 46,5 Prozent der Frauen ausgebildete Geburtshelfer zur Verfügung. In Asien sind es 65,4 Prozent und in Lateinamerika und der Karibik 88,5 Prozent.¹⁰ Die Daten weisen darauf hin, dass der Anteil der Frauen, die vor und während der Geburt fachkundige Betreuung erhalten, in den Gruppen mit hohem Einkommen durchgängig höher ist (Abb. 4 und 5). In den Ländern Afrikas südlich der Sahara sowie in Süd- und Südostasien ist der Anteil der Frauen, denen während der

Geburt eine ausgebildete Hebamme zur Verfügung steht, unter den reicheren Frauen mehr als doppelt so hoch als unter den ärmeren.

Die meisten Frauen, die traditionelle Geburtshelfer in Anspruch nehmen, haben keinen Zugang zu fachkundigem Personal. Doch entscheiden sich viele für traditionelle Geburtshelfer, weil diese ihnen nicht nur während der Wehen und der Geburt zur Seite stehen. Sie bieten eine ganze Reihe weiterer Dienstleistungen an, angefangen bei der körperlichen Pflege bis hin zur Beratung über Verhütung, Schwangerschaftsabbruch sowie reproduktive Erkrankungen und entsprechende Heilmethoden vor und nach der Geburt. Sie sind ihren Patientinnen sozial und emotional verbunden und werden nicht nur wegen ihrer Geburtshilfekenntnisse in Anspruch genommen, sondern auch weil sie als besonders fürsorglich und freundlich wahrgenommen werden. Diese Überlegungen sollten in die Ausbildung von Geburtshelfern mit einfließen.

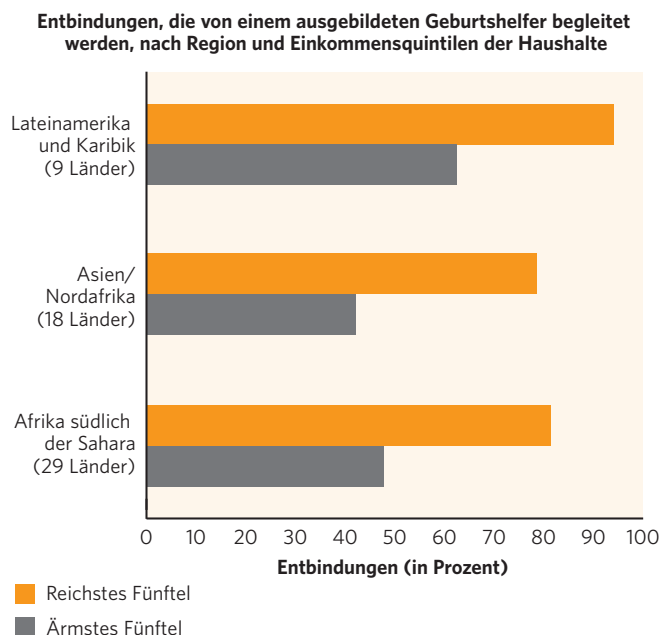
Um das Vertrauen von Frauen in ländlichen Haushalten zu gewinnen, hat die Regierung Äthiopiens 2003 begonnen, 2.800 Frauen zu ländlichen Gesundheitsberaterinnen auszubilden. Diese Maßnahme „soll dazu dienen, den Gesundheitszustand von Familien mit deren voller Beteiligung zu verbessern, wobei lokale Ressourcen sowie die Fähigkeiten und das Wissen der Gemeinschaft zum

Abbildung 4: Verfügbarkeit von Schwangerenfürsorge



Quelle: Gwatkin, D. u. a.: „Socio-economic differences in health, nutrition and population within developing countries“, Weltbank, Washington D.C. 2007.

Abbildung 5: Betreute Geburten



Quelle: „Proportion of Birth Attended by a Skilled Attendant – 2007 Updates“, Informationspapier, WHO, Genf, 2007.

22 ORTSANSÄSSIGE HEBAMMEN KÖNNEN WIRKSAMER HELFEN

Untersuchungen von *Action Research and Training for Health* (ARTH) im ländlichen Rajasthan, Indien, zeigten einen direkten Zusammenhang zwischen dem Wohnort der Hebammen und der Effektivität ihrer Arbeit.

Über die Hälfte der Hebammen (62 Prozent) lebten aufgrund der schlechten Lebensbedingungen, der Sorge um ihre persönliche Sicherheit und anderer Faktoren nicht in den Dörfern, in denen sie arbeiteten. Ihre Dienste wurden nur wenig in Anspruch genommen. Eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Hebammen und ihre Stärkung innerhalb des Systems sind daher unerlässlich, um die Gesundheitsversorgung von Müttern und Kindern zu verbessern. Wenn die Bedingungen für Gesundheitsdienstleister wie Hebammen verbessert werden, sorgt dies für Vertrauen und Austausch. Als Resultat erhöht sich die Qualität der Versorgung. Darüber hinaus wird auf diese Weise das langfristige Engagement der Hebammen und damit die Nachhaltigkeit des Programms sichergestellt.

Quelle: „Nurse Midwives for Maternal Health“, *Action Research and Training for Health* (ARTH), 2003, <http://www.arth.in/publications.html>

Tragen kommen.“ Ein verbesserter Zugang zu wirksamer Notfall-Geburtshilfe kann den Rückgang der Müttersterblichkeit zusätzlich beschleunigen.

Lobbyarbeit und feinfühligere Verhandlungen sind gefragt, um die Bedenken derer zu zerstreuen, die sich gegen die Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit aussprechen. Die Ansichten und Argumente der Gegner zu kennen und zu verstehen, ist von zentraler Bedeutung, um so sensible Fragen zu diskutieren wie etwa den Bedarf von Jugendlichen an Informationen über Verhütung und Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit, aber auch das Thema Abtreibung oder Familienplanung generell. Der erfolgreichste Weg zum Konsens führt oft über die Entwicklung unterschiedlicher Argumentationsstrategien für die jeweiligen Interessengruppen. So ließ sich zum Beispiel in Guatemala durch Lobbyarbeit, Beratung und die Einbeziehung so vieler Akteure wie möglich sicherstellen, dass das Gesetz zur sozialen Entwicklung im Jahr 2001 in Kraft gesetzt wurde (siehe Kasten 23).

Im Iran mobilisiert die Initiative *Women's Project* Unterstützung für Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit und für die Förderung von Frauenrechten, indem

sie entsprechende Forschungsergebnisse liefert, Kampagnen zur Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit organisiert und die Menschen an der Basis mit einbezieht. Sie baut Fachkompetenz in Institutionen und Organisationen auf, die im sozialen Bereich arbeiten, und unterstützt Aktivitäten zur Stärkung von Frauen – unter anderem Projekte zu Einkommen schaffenden Maßnahmen. Bestärkt durch ein offeneres Umfeld diskutieren religiöse Führungspersonlichkeiten, Gemeindevorsteher und Parlamentarier heute Gesetze und andere Maßnahmen zum Schutz von Frauen.

HIV und Aids

Die Aids-Pandemie illustriert, in welchem Maße sich wirtschaftliche Ungleichheit auf die Ausbreitung von Infektionskrankheiten auswirkt. HIV/Aids tritt in allen sozialen

23 GUATEMALA: EINEN GEMEINSAMEN NENNER FINDEN UND DARAUF AUFBAUEN

Erst eine breite politische Unterstützung zur Reduzierung einer der höchsten Müttersterblichkeitsraten in Lateinamerika (270 Todesfälle pro 100.000 Lebendgeburten) hat letztlich das Gesetz zur sozialen Entwicklung von 2001 in Guatemala möglich gemacht. Es fördert spezifische politische Maßnahmen in den Bereichen Bevölkerung, reproduktive Gesundheit, Familienplanung und Sexualerziehung.

Lange vor der Verabschiedung des Gesetzes entwickelte die Regierung zusammen mit einer Reihe von Interessenvertretern eine durchdachte Strategie, um die Öffentlichkeit auf das Gesetz vorzubereiten. Diese Strategie bezog traditionelle Unterstützer, potenzielle Verbündete innerhalb der katholischen und evangelischen Kirche sowie Geschäftsleute mit ein. Über die Notwendigkeit, die Mütter- und Säuglingssterblichkeit zu reduzieren, bestand gemeinhin Einigkeit. Und dieser Konsens bildete den Ausgangspunkt für die Verhandlungen zum neuen Gesetz.

Strategische Partnerschaften warben für Unterstützung und halfen, den Einfluss oppositioneller Gruppen zu vermindern. In Zeitungen und Zeitschriften wurden Artikel über Bevölkerung und reproduktive Gesundheit veröffentlicht, in Radio und Fernsehen wurden Diskussionen zu diesen Themen ausgestrahlt. UNFPA förderte diesen Prozess, indem der Fonds Regierungsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützte, die am Text des neuen Gesetzes mitarbeiteten und die Verantwortung dafür trugen.

Quelle: „Culture Matters Working with Communities and Faith-based Organizations: Case Studies from Country Programmes“, UNFPA, New York, 2004.



▲ *Wäschewaschen in Madagaskar. Ohne Zugang zu fließendem Wasser müssen arme Menschen für all ihre Bedürfnisse – wie Trinken, Waschen und zur Abwasserentsorgung – häufig dieselbe Wasserquelle benutzen.*

© Paula Bronstein

Schichten auf, aber Menschen, die in Armut leben, sind anfälliger für Infektionen einschließlich HIV und werden seltener behandelt. Einkommensverluste und die Kosten für die medizinische Behandlung können eine Familie in eine neue Armutsspirale treiben. Die Versorgung von HIV-Infizierten und die Pflege von Aids-Kranken erhöhen die – unbezahlte – Arbeitslast von Frauen und schränken ihre Möglichkeiten ein, anderweitig Geld zu verdienen. Manche Frauen sehen sich gezwungen, gesundheitsgefährdenden Tätigkeiten nachzugehen, wie etwa der Prostitution. Die Betreuung einer wachsenden Zahl von Waisen belastet darüber hinaus ältere Menschen und Geschwisterkinder. Insbesondere Mädchen, die nach dem Tod der Eltern ihre Geschwister versorgen müssen, können nicht weiter zur Schule gehen. So wird die Armut über Generationen hinweg weitergegeben und potenzielles Wirtschaftswachstum behindert.

HIV/Aids ist nicht heilbar, und eine Heilung ist derzeit auch nicht in Sicht. So kommt es bei den Anstrengungen, die Epidemie zum Stillstand zu bringen, weiterhin entscheidend auf die Prävention an. In einer Reihe von Ländern greifen die Präventionsbemühungen:

Der Abwärtstrend bei der Zahl der HIV-Neuinfektionen in Ländern wie der Elfenbeinküste, Kenia, Simbabwe, Kambodscha, Myanmar und Thailand wird von Experten auf eine verbesserte Prävention zurückgeführt.¹² Traditionelle Führer, Stammesälteste von indigenen Völkern sowie religiöse Organisationen können im Kampf gegen die Ausbreitung von HIV eine wichtige Hilfe sein – auch dort, wo es gilt, der Stigmatisierung entgegenzuwirken und den Betroffenen und Infizierten zu helfen, wirtschaftliche und soziale Notlagen zu bewältigen.

Migration, Zuwanderer und kulturelle Vielfalt

Migration, Kultur und Wahlfreiheit

2005 gab es 191 Millionen internationale Migranten, von denen fast die Hälfte weiblich waren.¹³ Migration kann sowohl für die Herkunfts- und Zielländer als auch für die Migranten selbst Vor- und Nachteile mit sich bringen. Migranten füllen tendenziell die wirtschaftlichen Nischen aus, die von den lokalen Arbeitskräften gemieden werden. Migranten ohne besondere berufliche Qualifikationen oder handwerkliche Fähigkeiten finden sich unter

24 HIV/AIDS GEMEINSCHAFTLICH BEKÄMPFEN

Das regionale HIV/Aids-Programm in den arabischen Staaten (HARPAS), das von UNDP gefördert wird, hat sich seit seiner Gründung im Jahr 2002 darum bemüht, „das Schweigen zu brechen“, das HIV/Aids umgibt. HARPAS setzt sich dafür ein, dass Bedingungen geschaffen werden, die einen gesellschaftlichen Wandel möglich machen, um die HIV-Infektionsraten in der Region niedrig zu halten und die weitere Ausbreitung der Krankheit zu verhindern. In einer Situation, in der jegliche öffentliche Diskussion über das Thema Sexualität mit einem strengen kulturellen Tabu belegt ist, gestaltet sich diese Aufgabe besonders schwierig. HARPAS hat die wirtschaftlichen, sozio-ökonomischen und politischen Akteure des Wandels ermittelt und im ersten HIV/Aids-Netzwerk der arabischen Region zusammengeführt. Dazu zählen unter anderem religiöse Führer, Geschäftsleute, Frauenorganisationen, Parlamentarier und Medienvertreter. HARPAS ist der Ansicht, dass der Kampf gegen HIV/Aids nur dann erfolgreich sein kann, wenn alle Mitglieder der Gemeinschaft mit einbezogen werden, sie ihre Kräfte einen, einander ergänzen und unterstützen. In der arabischen Gemeinschaft sind religiöse Führer ein wichtiger Faktor, deren Einfluss nicht vernachlässigt werden darf. „Sie verfügen über eine Legitimation, dauerhafte Präsenz und mehr noch: Sie formen die sozialen Werte und Normen der Menschen und sind daher in der Lage, die öffentliche Meinung und die Politik in Bezug auf HIV/Aids zu beeinflussen.“

Quelle: UNDP, HARPAS. Noch nicht erschienen. „AIDS in the Arab Cultures“, <http://www.harpas.org/products.asp>

Umständen an schlecht bezahlten und häufig gefährlichen Arbeitsplätzen wieder. Andererseits haben viele Migranten und ihre Familien Möglichkeiten gefunden, Geld zu verdienen, zu investieren, sich zu bilden und Berufserfahrung zu sammeln.

Rücküberweisungen an Familienangehörige daheim haben zum Wirtschaftswachstum beigetragen und dazu, die Armut in den Herkunftsländern zu verringern. Für das Jahr 2006 schätzte die Weltbank die weltweiten Rücküberweisungen auf rund 251 Milliarden US-Dollar.¹⁴ Die tatsächlichen Zahlen, einschließlich der informellen Geldtransfers, liegen wahrscheinlich sehr viel höher. Einer Untersuchung zufolge führt eine Erhöhung des Anteils der Rücküberweisungen am Bruttonationaleinkommen (BNE) eines Landes um einen Prozent zu einer Reduzierung der Armut um 0,4 Prozent.¹⁵

Rücküberweisungen sind viel mehr als nur ein wirtschaftliches Phänomen. Sie zeigen, wie Kulturen – mit ähnlichen Auffassungen von familiären und gemeinschaftlichen Verantwortlichkeiten und Pflichten – wirtschaftliche Sicherheit für Familien schaffen können.

Im Lauf der Zeit begünstigt Migration kulturelle Veränderungen: Manche Migranten erweitern ihre Identitäten, messen Glaubenssätzen und Normen ihrer früheren Gemeinschaften eine geringere Bedeutung bei und beginnen unter Umständen, einige von ihnen anzuzweifeln. Migranten bringen bei ihrer Rückkehr auch kulturellen Wandel mit, da sie sich durch den Kontakt mit dem Ausland mit neuen Denkweisen und Erkenntnissen über die Wirklichkeit auseinandergesetzt haben. Dabei können schon einzelne Personen sehr einflussreich sein: Von Rockstars und Fußballspielern, politischen Dissidenten und erfolgreichen Unternehmern gehen überzeugende kulturelle Botschaften aus. Migration regt auch in den Zielländern kulturelle Veränderungen an, indem Menschen neue Ideen und Ansätze aus anderen Ländern übernehmen. Auf diese Weise finden sich in Kulturen unterschiedliche Ansätze zu bestimmten Fragestellungen, darunter auch zu Menschenrechten und der Gleichbehandlung der Geschlechter. Vom Charakter dieser größeren Zusammenhänge und von den individuellen Migrationserfahrungen in den Ziel- und Herkunftsländern hängt viel ab.

Manche Migranten bereichern ihre Weltsicht, indem sie sich verschiedenen Kulturen öffnen. Andere reagieren eher auf die Diskriminierung und Feindseligkeit, der sie begegnen. Die Wahrnehmung wirtschaftlicher Gegebenheiten, wie zum Beispiel der Armut oder des Reichtums von Migranten, der Konkurrenz um Arbeitsplätze mit der Bevölkerung vor Ort oder der wirtschaftlichen Abhängigkeit können soziale Barrieren und Missverständnisse verstärken. In manchen Gastländern macht die Bevölkerung die Migranten für eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Missständen verantwortlich, sei es die Armut in Südafrika oder die sozialen Notlagen in Italien.

Die Einwanderungspolitik des Ziellandes kann die Integration von Migranten, Strategien zum Umgang mit der kulturellen Vielfalt sowie interkulturelles Lernen fördern. Die Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, indem sie Vorurteilen und Gerüchten entgegentritt. Sie kann Migranten Kenntnisse über bestimmte Dienstleistungen und Zugang zu ihnen vermitteln und sie aktiv an ihrem Integrationsprozess beteiligen. Die Herkunftsländer haben



▲ Die achtjährige Hajira an der Tür einer Werkstatt zum Recycling von Batterien in Bangladesch. Sie arbeitet dort mit ihrer Mutter und kümmert sich außerdem um die jüngeren Geschwister.

© Shehzad Noorani/Getty Images

damit zu kämpfen, dass sie nicht nur Know-how, sondern auch wichtige Familien- und Gemeindemitglieder verlieren, auch wenn sie damit unter Umständen kulturelle Gesprächspartner im Ausland gewinnen. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik muss die Familien von Migranten ebenso unterstützen wie die Interessen von Arbeitern, insbesondere von Frauen, die ins Ausland gehen.

Binnenmigration

Stadt-Land-Wanderung und die natürliche Bevölkerungszunahme sind die Ursachen für das rasche Anwachsen

der städtischen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten. Sowohl Zuwanderer als auch andere städtische Arme sind stark benachteiligt. Dass die Bedürfnisse von Zuwanderern im Bereich der reproduktiven Gesundheitsversorgung größer sind als bei anderen armen Stadtbewohnern liegt möglicherweise eher an der generellen Unsicherheit, in der sie leben, etwa hinsichtlich ihres Lebensunterhalts und ihrer sozialen Netzwerke, als an der Verfügbarkeit medizinischer oder gesundheitlicher Versorgung an sich.¹⁶ Obwohl Dienstleistungen der reproduktiven Gesundheit in städtischen Gebieten tendenziell leichter erreichbar sind als im ländlichen Raum, können viele Zuwanderer sie sich nicht leisten. Auch der Mangel an sozialen Kontakten der Frauen aus dieser Gruppe behindert ihren Zugang zu und ihre Nutzung von Notfall-Geburtshilfe und gynäkologischer Versorgung in Krankenhäusern. Arme Frauen etwa, die sich aus dem ländlichen Rajasthan in die umliegenden Städte aufgemacht haben, kehren zur Geburt ihrer Kinder in ihre Dörfer zurück,¹⁷ obwohl die medizinische Versorgung dort schlechter ist.

Kontext und Komplexität

Lebensweisen und Erwartungen verändern sich schnell. Während die geografische und soziale Mobilität wächst, verändern sich auch die Beziehungen und die Menge an gemeinsamen Erfahrungen innerhalb von Familien und Gemeinschaften. Ein Wandel der sozialen und wirtschaftlichen Chancen verändert auch die Erwartungen und Wünsche der Menschen für ihre Familien. Der soziale Wandel schafft die Bedingungen, unter denen schließlich kultureller Wandel stattfindet.

Da Kulturen sich auf den Kontext auswirken, in dem Politik stattfindet, wandeln sich auch die verschiedenen Elemente, die Kultur ausmachen. Kulturelle Bedeutungen, Normen und Praktiken sind daher nicht unabänderlich. Sie wandeln sich mit den neuen Informationen und Fähigkeiten von Einzelnen und Gruppen und mit deren Erfahrungen in anderen Kontexten. Insgesamt bleibt kulturelle Sensibilität ein sehr wichtiger Ansatzpunkt für Politiken, die sich mit den Herausforderungen der Migration und der Urbanisierung befassen – wo immer sich diese mit Geschlechterbeziehungen und Menschenrechten überschneiden.





6

Gender und reproduktive Gesundheit in Konflikten

Seit dem Ende des Kalten Krieges haben die meisten Konflikte innerhalb von Staaten stattgefunden und nur wenige zwischen Staaten. Im Zeitraum von 1998 bis 2007 hat es 34 große bewaffnete Konflikte gegeben – bis auf drei handelte es sich immer um innerstaatliche Konflikte. Die Zahl der bewaffneten Auseinandersetzungen insgesamt lag etwa viermal so hoch.¹ Allen Konflikten fallen deutlich mehr Zivilisten als Soldaten zum Opfer,² viele von ihnen sind Frauen und Mädchen.

Bewaffnete Konflikte sind eine Bedrohung für die Gesundheit von Frauen und deren Rechte – auch deren reproduktive Rechte. Sie können kulturell verwurzelte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern noch verschärfen. Darüber hinaus nehmen Frauen in Kriegszeiten unterschiedliche Rollen ein: Manche sind direkt an Kriegshandlungen beteiligt, und viele füllen die von den Männern hinterlassenen Lücken im wirtschaftlichen und politischen Leben aus. Mithilfe kultursensibler Ansätze können Entwicklungshelfer schädliche Auswirkungen von Konflikten mildern und die Beeinträchtigung von Geschlechterbeziehungen minimieren. In Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften und wichtigen Interessenvertretern können sie alles Notwendige unternehmen, um bereits erzielte Fortschritte hinsichtlich der Gleichbehandlung der Geschlechter, der Frauenrechte und der reproduktiven Gesundheit zu erhalten. Kultursensible Ansätze können auch dazu beitragen, dass Frauen nach dem Ende des Konflikts eine wichtige Rolle im Verhandlungsprozess zukommt und sie an den Bemühungen zur Wiedereingliederung und zum Wiederaufbau beteiligt werden.

Kulturen, Geschlechterbeziehungen und bewaffnete Konflikte

Die Arbeit zu Kultur und Gender in Konfliktsituationen stellt häufig konventionelle Vorstellungen von Männer- und Frauenrollen in Frage. Viele Kulturen betrachten Frauen als „Mütter“ und „Verfechterinnen kultureller Werte“, traditionsgemäß passiv und des männlichen Schutzes bedürftig. Männer und Jungen, die als von Natur aus aggressiv gelten, werden gewöhnlich in den Krieg geschickt,

In der Entwicklungszusammenarbeit wächst die Erkenntnis, dass überlieferte kulturelle Normen bezüglich der Identität von Frauen und ihrer Rolle in der Gesellschaft ein wesentliches Hindernis für die volle Verwirklichung von Frauenrechten darstellen. Die gesellschaftlichen Restriktionen, die aus ihnen erwachsen, werden in bewaffneten Konflikten häufig verschärft.³

◀ In Kriegszeiten sind Frauen häufiger verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt, auch der Gewalt durch ihre Partner.

© UNFPA

wenngleich in manchen Gesellschaften auch Frauen sowohl als Soldatinnen als auch in ziviler Funktion an Kriegshandlungen beteiligt sind. Normalerweise werden Männer zur primären Zielscheibe im Krieg, sie stellen in der Regel die überwiegende Zahl der Opfer. Doch auch sexuelle Gewalt ist eine Kriegstaktik. Frauen gelten als Beschützerinnen von Kindern – der Zukunft – und Trägerinnen des kulturellen Erbes – der Vergangenheit – einer Nation oder Gemeinschaft. Dadurch werden auch sie zu Angriffszielen. „Vergewaltigungen von Frauen in Konflikten sind nicht nur ein Zeichen der Gewalt gegen Frauen, sondern auch ein aggressiver Akt gegen eine Nation oder Gemeinschaft.“⁴

Vergewaltigte und misshandelte Frauen erfahren in ihren Gemeinschaften teilweise Mitgefühl, teilweise werden sie auch als beschmutzt und wertlos betrachtet. Manche Männer reagieren wiederum mit Gewalt aus Scham darüber, dass sie es nicht vermocht haben, „ihre Frauen zu schützen“. Weil geschlechtsspezifische Gewalt in vielen Kulturen als Privatangelegenheit betrachtet wird und teilweise sogar als normal gilt, tritt ihr niemand entgegen.

Infolgedessen sprechen die betroffenen Frauen selten über das erfahrene Leid, selbst wenn die Vergewaltigungen oder Misshandlungen unter den Augen der Öffentlichkeit stattgefunden haben. So weigerten sich zum Beispiel Frauen nach dem Krieg im Kosovo, in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina aus Angst vor Stigmatisierung, die Vergewaltigungen und den sexuellen Missbrauch anzuzeigen.⁵

Auch Männer sind Vergewaltigungsopfer. Die Vergewaltigung von Männern kann noch beschämender sein als die von Frauen. Daher ist „die Unterminierung des Männlichkeitsempfindens von Männern ein wichtiges Mittel für Männer, um Macht über andere Männer auszuüben“.⁶ Männer werden selten zugeben, dass sie vergewaltigt worden sind.

Die Militarisierung kann in Kulturen bereits vorhandene (falsche) Vorstellungen über existierende Geschlechterrollen zuspitzen. Militarisierung verlangt die Zurschaustellung aggressiver Männlichkeit, die manchmal Frauenfeindlichkeit einschließt:

Beim Militär spiegelt sich die Konstruktion von Männlichkeit oft in der Sprache, denn die häufigsten Beleidigungen sind solche, die darauf anspielen, dass ein Soldat homosexuell oder feminin sei. Die Frauenfeindlichkeit beim Militär ist sowohl mit Homophobie als auch mit Rassismus verquickt. Sowohl Frauen als auch Angehörige ethnischer Minderheiten in der Armee werden häufig Opfer sexueller Belästigungen und rassistischer Hetze.⁷

Sexuelle Gewalt war ein Nebenprodukt des Zusammenbruchs der sozialen Ordnung in Kenia, den der Konflikt nach den Wahlen mit sich brachte. Sie war jedoch auch ein Mittel, um Einzelpersonen und Familien zu terrorisieren und sie in die Flucht zu treiben. Einzelne Berichte aus vielen Regionen – insbesondere aus Mombasa, Nairobi und den nördlichen Teilen der Provinz Rift Valley – sprachen von der Bedrohung durch sexuelle Gewalt als Taktik, um Menschen Angst einzujagen: Frauen sollten ihr Hab und Gut hergeben, sonst würden sie und ihre Kinder vergewaltigt. In den Unterküpfen, in denen sie Zuflucht suchten, wurden Frauen weiter bedroht: Frauen in Timboroa zum Beispiel wurde gesagt, sie sollten aus ihren Häusern ausziehen, wenn sie nicht riskieren wollten, vergewaltigt zu werden.¹⁰

Bewaffnete Konflikte schaden Geschlechterbeziehungen auch in anderer Weise: Durch Zwangsumsiedlung werden Familien auseinandergerissen. Die Belastung für Frauen wächst, weil sie die Rolle des Haushaltsvorstands übernehmen müssen, wobei ihnen jedoch weniger Mittel zur Verfügung stehen. Wenn Frauen zum Familienvorstand werden, verändern sich die Geschlechterrollen. Dies könnte kulturellen Wandel initiieren. Doch viele Männer lassen solche Veränderungen nicht zu und reagieren stattdessen mit Gewalt gegen Frauen.⁸ In einer

derart aussichtslosen Situation sehen sich manche Frauen und Mädchen gezwungen, ihre Familien durch Prostitution zu ernähren. Dabei dienen sie sich auch Männern der Besatzungsmacht an. Ihre Familien verübeln ihnen dies und die Männer reagieren mit Gewalt. Dies führt häufig dazu, dass die Familie zerbricht. Mit dem sich ändernden Sexualverhalten in Konfliktgebieten geht die Ausbreitung von HIV/Aids einher. Die Krankheit wird tabuisiert und bringt für die betroffenen Frauen weitere Stigmatisierung mit sich.

Geschlechterbeziehungen in bewaffneten Konflikten: Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats

Die Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSC), die im Oktober 2000 verabschiedet wurde,⁹ war das Ergebnis intensiver Lobbyarbeit durch eine Reihe von Frauen- und Friedensorganisationen. Trotz entsprechender Beschlüsse durch die 4. Weltfrauenkonferenz gab es Widerstand gegen die Aussage, dass Frauenrechte ein internationales Sicherheitsanliegen seien. Die UNSC-Resolution 1325 aus dem Jahr 2000¹⁰ schreibt – zusammen mit der Erklärung von Windhuk – fest, dass Gender-Fragen für den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit relevant sind. Die Resolution klagt Menschenrechtsverletzungen eindeutig ein. Sie bezieht entschieden Position dazu, dass die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen und der Friedensentwicklung von großer Bedeutung ist – ungeachtet bestehender kultureller Gepflogenheiten. Die UNSC-Resolution erkennt außerdem an, dass ihre Bestimmungen nur durch kulturelle Veränderungen verwirklicht werden können. Notwendig dafür sind „Maßnahmen, die Friedensinitiativen von Frauen und lokale Prozesse der Konfliktlösung unterstützen und die Frauen in alle Umsetzungsmechanismen der Friedensvereinbarungen mit einbeziehen“.

Hinsichtlich des Erfolgs der UNSC-Resolution existieren jedoch zahlreiche Bedenken. Erstens, auch wenn die Resolution ein Meilenstein ist, so stellt sich doch die Frage,

25 VERGEWALTIGUNG ALS KRIEGSWAFFE

„Frauen, die im Krieg vergewaltigt wurden, reden darüber nur mit ihren engsten Freundinnen. Man hört kaum von Frauen, die an die Öffentlichkeit gehen, um über all das zu sprechen, was ihnen zugestoßen ist. Eher leiden sie in aller Stille, bis sie darüber hinwegkommen. Sie versuchen, damit zu leben oder sie leben mit dem Gedanken, dass sie nicht die Einzigen waren, denen das passiert ist. Wenn Hunderte von anderen Mädchen damit leben können, dann kannst du auch damit leben, und mit der Zeit wird es verblassen. (...) Doch die meisten Vergewaltigungen fanden ganz offen statt. Ein bestimmter Widerstandskämpfer findet deine Tochter vielleicht nett, und er tut es vor den Augen der anderen – der Mutter, des Vaters, der Schwestern und Brüder. So kam es, dass viele Mädchen miterlebten, wie ihre Freundinnen vergewaltigt wurden.“

Quelle: Bennett, O., Bexley, J. und Warnock, K.: „*Arms to Fight, Arms to Protect: Women Speak Out About Conflict*“, S. 39, Panos Publications, London, 1996.

26 ÜBERLEBENDE TRAGEN ZUSÄTZLICHE LAST

DARFUR, Sudan – Seit Beginn des Konflikts in der Region Darfur im Westsudan 2003 wurden mehr als 200.000 Menschen getötet und mehr als zwei Millionen vertrieben. Insgesamt bedürfen etwa vier Millionen Menschen humanitärer Hilfe. Gewalt gegen Zivilisten, häufig gegen Frauen, ist ein Merkmal des Konflikts. Tausende von Frauen wurden vergewaltigt. Dörfer wurden niedergebrannt und zerstört, ihre Bewohner zur Flucht gezwungen, oft mit nicht mehr als den Kleidern, die sie am Leib trugen. Da ihre Dörfer zerstört sind, leben viele Familien seit Jahren auf der Flucht, in informellen Siedlungen oder in Flüchtlingslagern in ganz Darfur. Viele Frauen haben die Versorgung anderer Überlebender übernommen. Ihre Belastung nimmt dadurch noch zu, dass sie den Ehemann und ihre Lebensgrundlage verloren haben und nun selbst das Nötigste für das Überleben ihrer Familien besorgen müssen.

Quelle: „*Dispatches from Darfur: Caring for the Ones who Care for Others*“, UNFPA, New York, 2007, <http://www.unfpa.org/news/news.cfm?ID=1026>

inwieweit ihr Fokus nicht nur auf Frauen und Mädchen gerichtet ist, sondern auf die Probleme beider Geschlechter. Inwieweit kann die Resolution dann als Richtlinie für einen gender-basierten Ansatz dienen?¹² Zweitens machen Fortschrittskontrollen deutlich, dass es für die Umsetzung der Resolution notwendig ist, sich innerhalb von Entwicklungsorganisationen mit kulturellen Hindernissen auseinanderzusetzen und bei den Mitarbeitern entsprechende Kompetenzen aufzubauen.¹³ Erforderlich ist außerdem Einigkeit darüber, dass „das Thema Frauen, Frieden und Sicherheit mit dem fundamentalen Zweck von Sicherheitsinstitutionen im Einklang steht“.¹⁴ Drittens könnten Frieden schaffende Maßnahmen ohne kultursensible, gender-basierte Ansätze möglicherweise versagen, wenn es darum geht, eben die kulturellen Veränderungen zu erkennen und zu fördern, die in gleichberechtigte Geschlechterbeziehungen münden könnten. Solche Maßnahmen könnten dann unbeabsichtigt genau die Strukturen und Beziehungen stützen, die die Resolution verändern will. Wissenschaftler stellen fest:

1. Eine ungleiche Machtverteilung zwischen den Geschlechtern hat sich in staatlichen und privaten Institutionen festgeschrieben. Das gilt auch für staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen, die

Auszug aus „*Displaced and Desperate: Assessment of Reproductive Health for Colombia's Internally Displaced Persons*“, Marie Stopes International, Februar 2003:

Zwei Millionen Kolumbianer sind vor bewaffneten Auseinandersetzungen und Verfolgung geflohen: Viele von ihnen wurden im Lauf der vergangenen 15 Jahre mehrfach entwurzelt und vertrieben. Mit der weiteren Eskalation des Krieges werden Menschen zum Teil in die Massenflucht getrieben, doch die meisten fliehen einzeln oder mit der Familie und wollen aus Angst vor Vergeltung ihren Status als Vertriebene nicht anerkennen lassen. Viele der Vertriebenen sind indigene Gruppen, die aus ländlichen Gebieten in die Stadt kommen und dort erneut gezwungen sind, auf der Suche nach Sicherheit und Überlebenschancen, von einem Slum in den nächsten zu flüchten. Binnenvertriebene (*internally displaced persons*, IDP) – insbesondere Frauen, Mädchen und Jugendliche generell – haben in Kolumbien große reproduktive Gesundheitsprobleme. Geschlechtsspezifische Gewalt, dazu zählen Vergewaltigungen, Mord, Sexsklaverei sowie Zwangsabtreibungen, wird flächendeckend von

bewaffneten Kräften verübt und kaum thematisiert. Auch über diese geschlechtsspezifische Gewalt hinaus befinden sich einige Familien in einer verzweifelten Situation: So hat das Team gehört, dass in einigen Fällen Mädchen und Jungen von ihren Eltern sexuell ausgebeutet oder zur Prostitution gezwungen werden, um das Überleben der Familie zu ermöglichen. Ein anderes Team erfuhr von vertriebenen Frauen, dass häusliche Gewalt ein großes Problem ist, das durch die schwierigen Lebensbedingungen der Binnenflüchtlinge weiter verschärft wird.

Wie hoch die Verbreitung sexuell übertragbarer Infektionskrankheiten unter Flüchtlingen ist, ist nicht bekannt, Berichte von Regierungsvertretern und UNFPA legen jedoch nahe, dass sie sehr hoch sein muss. In einigen indigenen Gemeinschaften haben Gesundheitsarbeiter, die vor Ort niemanden fanden, der eine adäquate Behandlung hätte durchführen können, schwangere Frauen ins Krankenhaus gebracht, um Neuinfektionen und Mutter-Kind-Übertragungen zu verhindern. Binnenflüchtlinge haben kaum Zugang zu medizinischer Betreuung. Von der raschen

Ausbreitung sexuell übertragbarer Krankheiten einschließlich HIV sind sie besonders bedroht.

„Die Lebensumstände, unter denen junge Binnenflüchtlinge heranwachsen [sind] grauenvoll, und es wird sehr wenig getan, um ihre spezifischen Bedürfnisse und Fähigkeiten zu ermitteln. Viele Jungen flüchten sich in Drogen und Alkohol und begehen Delikte wie Diebstahl, weil sie mit ihren Lebensumständen nicht zurechtkommen oder von Drogenhändlern verführt werden. Einige Mädchen suchen Zuflucht in der Mutterschaft, während andere eine Schwangerschaft verhindern oder aufschieben wollen, was auf einen – bislang ungedeckten – Bedarf an Familienplanung hinweist. Eine neuere Studie von Profamilia macht deutlich, dass 30 Prozent der Jugendlichen unter den Binnenflüchtlingen bereits Mütter sind oder mit ihrem ersten Kind schwanger waren. Dies sind fast doppelt so viele wie unter den Jugendlichen in der kolumbianischen Gesamtbevölkerung im Jahr 2000.“

Quelle:

http://www.womenscommission.org/pdf/co_rh.pdf

mit ihren Interventionen bewaffnete Konflikte beenden und Frieden entwickeln wollen.¹⁵

2. Humanitäre Maßnahmen sind zwar in der Beurteilung der Bedürfnisse und Interessen von Opfern unparteiisch, sie laufen jedoch Gefahr bei der Befriedigung dieser Bedürfnisse die Gender-Frage außer Acht zu lassen. Humanitäre Maßnahmen erweisen sich häufig als wenig gender-sensibel.¹⁶
3. Geschlechterbeziehungen können durch langfristige Maßnahmen zugunsten der sozialen und wirtschaftlichen Integration von Frauen erheblich verbessert werden. Doch in dem Maße, in dem die Entwicklungshilfe hierfür zurückgegangen ist, sind die Mittel zur Finanzierung von humanitärer Nothilfe gestiegen (...). Heute steht für langfristig angelegte Entwicklungs-

projekte sogar noch weniger Geld zur Verfügung. Und die wenigen Projekte, die es gibt, räumen der Gleichbehandlung der Geschlechter nur geringe Priorität ein.¹⁷

4. Humanitäre Organisationen und Regierungen scheuen sich häufig vor der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt.¹⁸
5. Im Zusammenhang mit Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Reintegrationsprogrammen müssen mehr kultur- und gender-sensible Ansätze entwickelt werden.
6. Frauen gelten häufig als nicht kompetent genug, um eine öffentliche Funktion zu übernehmen, und sie werden von Frieden schaffenden Prozessen ausgeschlossen. Diese Unterrepräsentation von Frauen reicht bis in die Institutionen hinein, die sich mit Friedenssicherung und -entwicklung befassen.

28 DIE RESOLUTION 1325 DES SICHERHEITSRATS DER VEREINTEN NATIONEN

Die Resolution 1325 bringt die Besorgnis zum Ausdruck, dass zivile Personen, insbesondere Frauen und Kinder, die weit aus größte Mehrheit der von bewaffneten Konflikten betroffenen Personen stellen, namentlich auch als Flüchtlinge und Binnenvertriebene, und dass sie in zunehmendem Maße von Soldaten und bewaffneten Kräften gezielt angegriffen werden, sowie die Erkenntnis, dass dies Folgen für einen dauerhaften Frieden und eine dauerhafte Aussöhnung nach sich zieht.

Sie bekräftigt die wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten und bei Frieden schaffenden Maßnahmen und betont, wie wichtig es ist, dass sie an allen Anstrengungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit gleichberechtigt und in vollem Umfang teilhaben und dass ihre Mitwirkung an den Entscheidungen im Hinblick auf die Vermeidung und Beilegung von Konflikten ausgebaut werden muss. Sie bekräftigt außerdem, dass die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechtsinstrumente, die die Rechte von Frauen und Mädchen während und nach Konflikten schützen, in vollem Umfang verwirklicht werden müssen.

Sie betont, dass alle Parteien sicherstellen müssen, dass Minenräumprogramme und Aufklärungsprogramme über die Minengefahr den besonderen Bedürfnissen von Frauen und Mädchen Rechnung tragen.

Sie erkennt die dringende Notwendigkeit, in alle Bereiche von Friedenssicherungseinsätzen eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und nimmt in diesem Zusammenhang Kenntnis von der Windhuk-Erklärung und dem Aktionsplan von Namibia zur Integration einer Geschlechterperspektive in mehrdimensionale Friedensmissionen (S/2000/693).

Sie erkennt die Bedeutung der in der Presseerklärung seines Präsidenten vom 8. März 2000 abgegebenen Empfeh-

lung, das gesamte Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf den Schutz, die besonderen Bedürfnisse und die Menschenrechte von Frauen und Kindern in Konfliktsituationen speziell auszubilden.

Sie erkennt an, dass ein Verständnis der Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Frauen und Mädchen, wirksame institutionelle Vorkehrungen zur Gewährleistung ihres Schutzes und ihre volle Mitwirkung am Friedensprozess in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können.

Daher fordert der Sicherheitsrat in der Resolution die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, dafür zu sorgen, dass Frauen in den nationalen, regionalen und internationalen Institutionen und Mechanismen zur Vermeidung, Bewältigung und Beilegung von Konflikten auf allen Entscheidungsebenen stärker vertreten sind, und legt dem Generalsekretär nahe, (...) eine stärkere Mitwirkung von Frauen in [operationalen und] Entscheidungsfunktionen bei Konfliktbeilegungs- und Friedensprozessen zu fordern; er bekundet seine Bereitschaft, in die Friedenssicherungseinsätze eine Geschlechterperspektive zu integrieren, und fordert den Generalsekretär nachdrücklich auf, sicherzustellen, dass bei Bedarf auch das Gender-Thema als Komponente in Friedensmissionen aufgenommen wird [und sicherzustellen, dass eine entsprechende Aus- und Fortbildung gewährleistet ist].“

Der Sicherheitsrat fordert alle beteiligten Akteure auf, bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensübereinkünften eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen, die unter anderem auf Folgendes abstellt: (a) die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen während der Rückführung und Neuansiedlung sowie bei der Rehabilitation, der Wiedereingliederung und dem Wiederaufbau nach Konflikten; (b) Maßnahmen zur Unterstützung lokaler Friedensinitiativen von Frauen

und lokaler Konfliktbeilegungsprozesse sowie zur Beteiligung von Frauen an allen Mechanismen zur Umsetzung der Friedensübereinkünfte; (c) Maßnahmen zur Gewährleistung des Schutzes und der Achtung der Menschenrechte von Frauen und Mädchen, insbesondere im Zusammenhang mit der Verfassung, dem Wahlsystem, der Polizei und der Recht sprechenden Gewalt; er fordert außerdem alle Parteien bewaffneter Konflikte auf, das auf die Rechte und den Schutz von Frauen und Mädchen, insbesondere als Zivilpersonen, anwendbare Völkerrecht in vollem Umfang zu achten, (...) [und] spezielle Maßnahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, insbesondere vor Vergewaltigung und anderen Formen des sexuellen Missbrauchs sowie allen anderen Formen der Gewalt in Situationen bewaffneter Konflikte. Er hebt hervor, dass alle Staaten dafür verantwortlich sind, der Straflosigkeit ein Ende zu setzen und die Verantwortlichen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen, namentlich auch im Zusammenhang mit sexueller und sonstiger Gewalt gegen Frauen und Mädchen, strafrechtlich zu verfolgen, und betont in diesem Zusammenhang, dass diese Verbrechen soweit möglich von Amnestieregelungen ausgenommen werden müssen; er fordert [zudem] alle Parteien bewaffneter Konflikte auf, den zivilen und humanitären Charakter von Flüchtlingslagern und -siedlungen zu achten und namentlich auch bei ihrer Errichtung die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen zu berücksichtigen, und verweist auf seine Resolution 1208 (1998) vom 19. November 1998 und legt allen an der Abrüstungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsplanung Beteiligten nahe, die unterschiedlichen Bedürfnisse ehemaliger Soldatinnen und Soldaten sowie die Bedürfnisse der von ihnen abhängigen Personen zu berücksichtigen.

29 WIEDERAUFBAU UND TRANSFORMATION

In Zentralamerika wurde ein besonders wirksames Programm entwickelt, um schätzungsweise 45.000 guatemaltekischen Flüchtlingen zu helfen. Sie waren in den 1980er Jahren vor einem Bürgerkrieg geflohen und hatten in Mexiko Zuflucht gesucht. Als Frauen ein Mitspracherecht bei den Verhandlungen über die Rückkehr in ihre Heimat einforderten, unterstützte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) Projekte, die darauf abzielten, die Frauenrechte zu fördern, den Analphabetismus unter den Frauen zu bekämpfen, die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen sowie die Führungsqualitäten von Frauen zu verbessern. Frauen wurden direkt in die Rückführungsverhandlungen mit einbezogen. Zu den Zugeständnissen, die sie erwirkt haben, gehörte erstmalig die Anerkennung des Prinzips gleicher Eigentumsrechte, sowohl an privatem als auch an kommunalem Besitz. Dieser Prozess hat ein Jahrzehnt in Anspruch genommen, doch das neue Eigentumsrecht ist heute in der guatemaltekischen

Rechtssprechung verankert und kommt der gesamten Bevölkerung zugute.

Quelle: <http://www.unhcr.org/publ/PUBL/3e2d4d5511.pdf>

Profemme Twese Hamwe ist ein Frauenkollektiv, das 1993 in Ruanda gegründet wurde. Durch seine Friedens- und Versöhnungsprogramme hat es einen maßgeblichen Beitrag zum Wiederaufbau der Gesellschaft in Ruanda nach dem Völkermord 1994 geleistet. Eines der wichtigsten Ziele der Organisation ist es, „die strukturelle Transformation der ruandischen Gesellschaft durch Schaffung der politischen, materiellen, wirtschaftlichen und moralischen Bedingungen für die Wiederherstellung der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit“ zu erleichtern, „um einen echten und dauerhaften Frieden aufzubauen“. Darüber hinaus hilft *Profemme Twese Hamwe* den Frauen beim Erwerb von Kompetenzen durch Kommunikation, Information und Bildung.

Quelle: <http://www.profemme.org.rw>

Seit der Invasion im Irak 2003 haben Frauen erheblich zum Wiederaufbau und der Konsolidierung der gesellschaftlichen Stabilität beigetragen. Eine Reihe von Frauenorganisationen hat sich mit großem Erfolg für die Befriedigung praktischer Bedürfnisse und die Bereitstellung von Bildung, Ausbildung und Erwerbsmöglichkeiten eingesetzt.

Quelle: Al-Ali, N.: „Iraqi Women: Four Years After the Invasion“, Silver City, New Mexico und Washington D.C.: Foreign Policy In Focus, 2007, <http://fpif.org/fpiftext/4055>

Obwohl Frauen oft als Opfer dargestellt werden, engagieren sich äthiopische Frauen seit langer Zeit im Widerstand gegen feindliche Truppen. Sie sorgen für den Erhalt der Gesellschaft in Zeiten bewaffneter Konflikte und tragen zu Frieden schaffenden Maßnahmen und zum Wiederaufbau nach dem Konflikt bei.

Quelle: Mulugeta Tefera, E.: „The Invincible Invisibles: Ethiopian Women in Conflict and Peacemaking“, University for Peace, Addis Ababa, 2005.

Kultursensible Ansätze, Geschlechterbeziehungen und bewaffnete Konflikte

Kultursensible Ansätze sind im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten von besonderer Bedeutung. Sie sind einerseits wichtig, um die Lücken in der Politikgestaltung auszufüllen, die von der UNSC-Resolution 1325 umrissen werden, andererseits aber auch, um die Bedenken hinsichtlich der Umsetzung der Resolution anzugehen.

Kultursensible Ansätze sind wichtig für das Verständnis der Erfahrungen von Männern und Frauen in bewaffneten Konflikten.

Viel deutet darauf hin, dass in Kriegszeiten die soziale Konstruktion von Männlichkeit Geschlechterbeziehungen beeinträchtigen kann. Einige Experten vermuten beispielsweise, dass die Gewalt gegen Frauen im Norden Ugandas teilweise aus dem Gefühl von Männlichkeitsverlust und Frustration erwuchs: Die Erfahrungen von Männern passen nicht mit

der kulturellen Erwartung an Männlichkeit zusammen, die von den Männern fordert, dass sie die materiellen Bedürfnisse ihrer Frauen und Kinder befriedigen und für ihren persönlichen Schutz sorgen. Durch den Krieg verschlechtern sich die ohnehin schon ärmlichen Lebensbedingungen. Da die Männer nicht in der Lage sind, ihre Rolle zu erfüllen, reagieren sie ihren Frust an den Frauen ab, denen gegenüber sie versagt haben. „Generell geht man davon aus, dass Frauen anders sind als Männer, dass sie schwach und hilflos sind und dass sie daher eine Belastung darstellen. Legitimiert wird diese Ansicht durch das Buch Genesis in der Bibel, in dem es heißt, dass zuerst der Mann erschaffen und dann die Frau aus seiner Rippe geformt wurde sowie durch die Redewendung, die Frauen seien das schwache Geschlecht (...).“¹⁹

Umfragen bei Frauen in kenianischen Flüchtlingslagern zeigten zudem, dass häusliche Gewalt während der bewaffneten Konflikte zunahm, weil Männer wegen fehlender Arbeitsplätze, beengter Wohnverhältnisse, der

30 MÄDCHEN IN BEWAFFNETEN KONFLIKTEN: MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN ERKENNEN UND BEKÄMPFEN

In bewaffneten Konflikten sind Mädchen Opfer weit verbreiteter und zuweilen systematischer Formen von Menschenrechtsverletzungen, die geistiges, emotionales und körperliches Leid sowie materielle Schäden anrichten. Zu diesen Menschenrechtsverletzungen gehören die illegale Inhaftierung mit oder ohne Familienmitglieder, Verschleppung und erzwungene Trennung von Familie und Zuhause, Entführung, Folter und andere unmenschliche Behandlung, Amputation und Verstümmelung, Zwangsrekrutierung für Armeen und bewaffnete Gruppen, Versklavung, sexuelle Ausbeutung, verstärkte Gefährdung durch HIV/Aids sowie eine große Bandbreite körperlicher und sexueller Gewaltanwendungen, einschließlich Vergewaltigung, erzwungener Schwangerschaft, Zwangsprostitution, Zwangsheirat und Zwangsmutterschaft.

Die Dokumentation, das Monitoring und die Berichterstattung über das extreme Leid, dem Mädchen in bewaffneten Konflikten ausgesetzt sind, ebenso wie über die verschiedenen Rollen, die Mädchen während eines Konflikts und danach einnehmen, müssen dringend verbessert werden. Diese Informationen werden benötigt, um Politiken und Programme zur Verhinderung und/oder Thematisierung dieser schweren Menschenrechtsverletzungen zu stärken und zu entwickeln.

Quelle: D. Mazurana, D. und K. Carlson: Verfasst für das Treffen der Abteilung Frauenförderung der Vereinten Nationen und dem UNICEF Expertinnen- und Expertenmeeting für die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung und Gewalt gegen Mädchen, Florenz, Italien, 25.-28. September 2006.

Unfähigkeit, ihre Familien zu versorgen sowie fehlendem sexuellen Verlangens ihrer Partnerinnen und anderer Probleme frustriert waren. Sie bestrafte Frauen und Kinder für ihre eigene Unzufriedenheit.²⁰

Zusätzlich zu Strategien, die kulturellen Auffassungen, Normen und Praktiken entgegentreten, welche die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und geschlechtsspezifische Gewalt begünstigen, sind daher zwei Dinge wichtig: Zum einen ist es notwendig, den Menschen Möglichkeiten zu schaffen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Zum anderen sind psychosoziale Ansätze wichtig, die sich damit auseinandersetzen, wie Männer und Frauen sich selbst und ihre Rolle wahrnehmen.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass Männer und Frauen auf unterschiedliche und nicht vorhersehbare Weise Macht ausüben und dass diese Unterschiede wichtig

sind, um zu verstehen, wie Kulturen sich verändern und wie kultursensible Politik aussehen muss, um die Menschenrechte zu fördern und Raum für Veränderungen zu schaffen. So beschreibt beispielsweise die übliche Wahrnehmung von Frauen als Opfern und Männern als Aggressoren nicht immer das, was im Krieg wirklich passiert.²² Heute ist es nichts Ungewöhnliches mehr, dass Frauen – wie etwa in Liberia – an Kampfhandlungen teilnehmen und dass nicht alle Aggressoren Männer sind. Doch nur weil Frauen sich an Kämpfen beteiligen, sichern sie sich dadurch für die Zeit nach dem Konflikt nicht automatisch auch Chancengleichheit und den Zugang zu Machtpositionen. Es ist wichtig, diese Unterschiede zu erkennen, um Männer- und Frauenrollen in und nach bewaffneten Konflikten zu hinterfragen. Dies wiederum hat wichtige politische Implikationen.

Weil angenommen wird, dass von Konflikten betroffene Menschen wehrlos sind, wird ihr Hilfsbedarf häufig am grünen Tisch berechnet. Dies führt jedoch dazu, dass die Helfer „blind sind für die Widerstandsfähigkeit und den Einfallsreichtum“ der betroffenen Menschen. Dadurch schränken sie zugleich deren „Möglichkeiten für die Schaffung neuer Lebensgrundlagen und für den Wiederaufbau“ ein.²³ Das Wissen darüber, wie Menschen ihr Leben selber verstehen, wie sie versuchen, bewaffnete Konflikte unter Kontrolle zu bringen, über die Art und Weise, in der sie Dienstleistungen erbringen und darüber, was sich infolge des Konflikts verändert hat, ist unverzichtbar, um lokale Initiativen und Prozesse zu identifizieren und zu unterstützen.

Analyse, Reaktion, Wirkung

Die Erfahrungen, die Menschen in bewaffneten Konflikten machen, hängen von verschiedenen Faktoren

Frauen in Mombasa sagen: „Wenn das sexuelle Verlangen abnimmt, dann nimmt die körperliche Gewalt zu.“

Andere Frauen waren sich einig, dass in den Flüchtlingslagern der Vater „so viel wert ist wie ein Kind“ und dass „der Ehemann, wenn er nicht arbeitet, ein weiteres Kind ist“, um das die Frauen sich kümmern müssen. In mindestens drei Lagern hatte es bereits Vorfälle häuslicher Gewalt gegeben, bei denen die Polizei eingreifen musste.²¹

Maßnahmen der reproduktiven Gesundheit müssen äußerst sorgfältig und kultursensibel gestaltet werden, da sie eng mit der Intimsphäre verknüpft sind. Besonders feinfühlig müssen die Programme auf religiöse und ethische Werte und auf den kulturellen Hintergrund von Flüchtlingsgruppen eingehen. Eine umfangreiche reproduktive Gesundheitsversorgung erfordert außerdem häufig die umsichtige Zusammenarbeit aller beteiligten Einrichtungen.²⁷

wie Ethnizität, Hautfarbe, Geschlecht, soziale Schicht, Alter, Glaube und Kultur ab. Kultursensible Ansätze sind wichtig, um zu verstehen wie sich diese Intersektionalitäten auswirken und welche Folgen bewaffnete Konflikte für verschiedene Bevölkerungsgruppen haben können. Kultursensible Ansätze sind zudem hilfreich, um mit angemessenen politischen Maßnahmen zu reagieren.

A. Spezifische Bedürfnisse identifizieren

In Kriegszeiten kann sich die kulturell bedingte Diskriminierung von Frauen, Mädchen, Minderheiten und Menschen mit Behinderungen verstärken, und selbst die schlimmsten Übergriffe bleiben bisweilen ungeahndet. In der Demokratischen Republik Kongo zwangen Männer dem Volk der Batwa angehörende Frauen zum Sex: Sie glaubten, dass ein Mann durch Sex mit einer Batwa-Frau von einer HIV-Infektion geheilt werden könne, vor dem Tod durch Erschießen geschützt sei, und dass sein Rückgrat dann niemals brechen würde. Manche dieser Frauen wurden gefangen genommen und als Sexsklavinnen gehalten, einigen wurde schweres Leid zugefügt.²⁴ Im basilianischen Teil der Philippinen eskalierte die Gewalt gegen Frauen während bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen 2000 und 2003. Ihre Gemeinschaften betrachteten die vergewaltigten Frauen als unrein und zwangen sie, ihre Vergewaltiger zu heiraten.²⁵

Menschen mit Behinderung, insbesondere Frauen und Kinder, können in Kriegszeiten schlimme Menschen-

rechtsverletzungen erleiden. Mehr als 80 Prozent der schätzungsweise 600 Millionen Menschen mit Behinderung leben in Entwicklungsländern. Viele von ihnen wurden im Zuge von bewaffneten Konflikten vertrieben. Kulturelle Kenntnisse und Dialog helfen, die Erfahrungen, die sie gemacht haben, zu verstehen und entsprechende Hilfsmaßnahmen zu entwickeln.²⁶

B. Dringend notwendige Dienstleistungen bereitstellen

Um in Kriegszeiten angemessene Nothilfe für die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Flüchtlingen und anderen Bevölkerungsgruppen bereitzustellen, muss man die entsprechende Kultur kennen. Auf diese Weise können externe Hilfsorganisationen lokalen Gesundheitsanbietern helfen, festzustellen, was gebraucht wird, welche Maßnahmen am effektivsten sind und welche Partnerschaften vor Ort notwendig sind.

Die gesundheitlichen Bedürfnisse von Frauen, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit,



Junge guatemaltekeische Frau am Ende eines Bürgerkriegs. ▶

© Leonard McCombe/Getty Images

Die Freiheit, kulturelle Identität zum Ausdruck zu bringen, kann auf eindrucksvolle Weise dazu beitragen, die geistige und körperliche Gesundheit einer Gemeinschaft zu erhalten. Darüber hinaus ist Redefreiheit ein Recht, und indem sich die Formulierung unserer Hilfsangebote immer mehr von einem bedürfnisorientierten Konzept hin zu einem auf Rechten basierenden Ansatz entwickelt, sollte auch unser Denken und Planen vom Respekt für die stärkenden Formen des kulturellen Ausdrucks durchdrungen sein.³¹

Für alle Bevölkerungsgruppen – für Frauen, die in ihren vom Krieg zerrütteten Gemeinschaften verbleiben, für die, die nach ihrer Vertreibung dorthin zurückkehren, und für diejenigen, die gezwungen sind zu fliehen – sind die psychosozialen Programme am wirksamsten, die innerhalb von Kulturen oder kulturübergreifend arbeiten. Auf diese Weise werden Dienstleistungen zur Verfügung gestellt, die die Bindungen innerhalb der durch Krieg und Vertreibung zerstörten Gemeinschaft wiederherstellen und stärken.³⁴

sind in Kriegszeiten schwieriger zu befriedigen. Die Gesundheit der Frauen und ihr Überleben können gefährdet sein, wenn Dienstleistungen der Geburtshilfe, Verhütungsmittel oder der Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten nicht ausreichend vorhanden sind oder gänzlich fehlen. Stress, schlechte Ernährung und mangelnde Hygiene sind ernst zu nehmende Risiken für Schwangerschaft und Geburt. Darüber hinaus steigt in Kriegs- und Konfliktzeiten die Gefahr sexueller Gewalt und Ausbeutung.

Für die Gesundheit von Frauen sind schnell verfügbare und wirksame Hilfsgüter und Notfallmaßnahmen erforderlich, einschließlich einer elementaren Geburtshilfe. Organisationen, die in Konfliktgebieten arbeiten, sollten die spezifischen Bedürfnisse von Frauen hinsichtlich ihrer reproduktiven Gesundheit kennen und sie gezielt als Partnerinnen in ihre Arbeit einbeziehen. Um während der Geburt eine bestmögliche Betreuung zu gewährleisten, benötigen Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen eine entsprechende Ausbildung. Außerdem müssen Kondome und andere Verhütungsmittel sowie Möglichkeiten zum freiwilligen HIV-Test und Beratungsangebote zur Verfügung stehen. Besondere Aufmerksamkeit muss

der HIV-Prävention, Maßnahmen zur Verhinderung der Mutter-Kind-Übertragung von HIV sowie der nachgeburtlichen Versorgung gewidmet werden, um die Müttersterblichkeit zu senken. Neben der Bereitstellung von Hilfsgütern und der Unterstützung medizinischer Einrichtungen legen UNFPA-Programme besonderen Wert auf Aufklärung und die Vermittlung anderer lebenswichtiger Informationen. So erfahren Frauen und Männer, wie sie sich vor sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten wie HIV/Aids schützen können. Außerdem vermitteln sie speziell auf Jugendliche zugeschnittene Informationen und Hilfsmaßnahmen. UNFPA arbeitet zudem eng mit Regierungen, humanitären Organisationen und lokalen Verbänden zusammen, um Opfer sexueller Gewalt angemessen zu behandeln. Dazu zählt auch die psychologische Betreuung.²⁸

C. Wirksame Partnerschaften aufbauen

Kultursensible Ansätze sind eine entscheidende Grundlage für den Aufbau wirksamer Partnerschaften, ganz besonders in Kriegszeiten. Der *Catholic Relief Services* (CRS) zum Beispiel unterstützt den Dialog zwischen Religionen, um Frieden schaffende Maßnahmen zu fördern. In der

Kulturell kompetente psychosoziale Maßnahmen, die die sozialen Netzwerke und wirtschaftlichen Chancen von Frauen verbessern, tragen zu einem Gefühl von Ruhe und Stabilität bei. Dies muss vorhanden sein, bevor wir tatsächlich die schrecklichen Erfahrungen im Konflikt ansprechen und aufarbeiten und die Frauen und ihre Gemeinschaften auf ihrem Weg in eine friedliche Zukunft unterstützen können.³³

Mitte März hielten Hunderte von kongolesischen Frauen, Männern und Mädchen Transparente hoch mit der Aufschrift: „Sagen wir alle zusammen ‚Nein‘ zu dem Schweigen – für die Würde der Kongolesen“ und „Schluss mit der sexuellen Gewalt!“. Mit entschlossenen Mienen schwenkten die Frauen, Männer und Mädchen diese Slogans hoch über ihren Köpfen. In Kinkole, einem Vorort von Kinshasa, hatten sich mehr als tausend Angehörige von Regierungsbehörden und Zivilisten, Mitarbeiter der Vereinten Nationen, NGOs und zivilgesellschaftliche Gruppen versammelt. Ihr Ziel: eine landesweite Kampagne zu starten, um das Problembewusstsein der Öffentlichkeit zu schärfen und so die grassierende sexuelle Gewalt zu beseitigen. UNFPA zufolge werden jeden Monat durchschnittlich 1.100 Fälle von Vergewaltigung angezeigt. „Sexuelle Gewalt ist in der Demokratischen Republik Kongo eine Seuche“, sagt Dr. Margaret Agama, die Repräsentantin von UNFPA im Land. „Ursprünglich wurde Vergewaltigung von allen Krieg führenden Kräften, die an den jüngsten Konflikten des Landes beteiligt waren, als Waffe eingesetzt,

aber heute geht sexuelle Gewalt leider nicht mehr nur von bewaffneten Gruppen aus, sondern auch von normalen Leuten, die Macht und Autorität besitzen, von Nachbarn, Freunden und Familienmitgliedern.“

Im Januar wurden die Konflikte, die ein Jahrzehnt lang im Land gewütet hatten, durch die Unterzeichnung einer Friedensvereinbarung offiziell beendet. So kam die von UNFPA zusammen mit dem kongolesischen Ministerium für Frauen, Familie und Kinder organisierte Kampagne zu einem wichtigen Zeitpunkt: Die Arbeiten am Wiederaufbau hatten begonnen, und über eine Million Vertriebene mussten nun wiedereingegliedert werden. Die Kampagne hat das Problembewusstsein über sexuelle Gewalt in der nationalen und internationalen Gemeinschaft gestärkt und Behörden, Nachbarn, Überlebende, Freunde und Familienmitglieder zusammengeschweißt, um diese Form der Gewalt zu beseitigen. Die Forderung, die Straflosigkeit für sexuelle Gewalt aufzuheben, ist eine wichtige Botschaft der von UNFPA geführten Kampagne und wurde auch für die politischen Entschei-

dungsträger des Landes zu einem zentralen Thema. Im Februar erklärte die kongolesische Ministerin für Frauen, Familie und Kinder, Philomène Omatuku, der Öffentlichkeit: „Von jetzt an werde ich erklären, dass wir Frauen der Demokratischen Republik Kongo ‚Nein‘ sagen zur sexuellen Gewalt und dass wir ‚Nein‘ sagen zur Straflosigkeit. Die kongolesischen Frauen fordern Frieden.“

Die intensive, facettenreiche Kampagne wurde einen Monat lang in allen elf Provinzen der Demokratischen Republik Kongo durchgeführt. Es wurde eine weite Bandbreite von Kommunikationskanälen bedient – unter anderem Buchhandlungen, Theater, Telefon-Hotlines, Filme, Videoforen und Diskussionen –, um alle zu erreichen, einschließlich der Regierung und der Diplomaten. Die Kampagne stützte sich auch auf die moralische Autorität anerkannter Führungspersönlichkeiten in den Gemeinschaften, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

Quelle:

<http://www.unfpa.org/news/news.cfm?ID=1113>

philippinischen Region Mindanao hat sich die Organisation darum bemüht, den Dialog zwischen christlichen und islamischen Führern voranzubringen. In Pakistan bezog sich CRS auf die Lehren des Islams und des Christentums, um zu Vergebung, Frieden schaffenden Maßnahmen und Versöhnung aufzurufen. Zusätzlich unterstützte die Organisation einen religionsübergreifenden Millennium-Friedensmarsch in Pakistan und förderte Programme zur politischen Bildung, Konfliktlösung und Frieden schaffenden Maßnahmen in Kamerun.²⁹ In ähnlicher Weise arbeitet der *Islamic Relief Services* mit der *Catholic Agency for Overseas Development* zusammen, um traumatisierten Kindern in Gaza zu helfen.³⁰ In Nord-Uganda schlossen sich anglikanische, katholische, islamische und orthodoxe Führer zur *Acholi Religious Leaders' Peace Initiative* zusammen, um gemeinsam zur Versöhnung aufzurufen – in einer Sprache,

die die Menschen vor dem Hintergrund ihrer Kultur verstanden und respektierten. Diese Maßnahme brachte sogar weitere Vorteile mit sich: „Früher war es schwierig, einen anglikanischen Geistlichen wie mich mit einer Schwester aus der katholischen Kirche zusammenzubringen (...). Aber jetzt arbeiten die religiösen Führer vor Ort zusammen und allein das ist schon ein sehr großer Schritt.“³²

Partnerschaften vor Ort sind wichtig, um Opfern sexueller Gewalt die notwendige psychosoziale Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu gehört die Zusammenarbeit mit medizinischen Einrichtungen, der Polizei und dem Gesetzgeber, so dass Überlebende mit der ihnen zustehenden Sorgfalt behandelt werden. Darüber hinaus müssen Fürsprecher rechtlicher Reformen gestärkt werden, die sich für eine bessere Polizeiarbeit und die konsequente Bestrafung von Gewalttätern einsetzen. Außerdem muss die

Gleichstellung der Geschlechter thematisiert werden, um zum Beispiel dafür zu sorgen, dass Frauen bei der Planung humanitärer und Frieden schaffender Maßnahmen sowie bei der Friedenssicherung angemessene und einflussreiche Positionen bekleiden.

Angesichts der tief greifenden kulturellen Widerstände gegen Frauen in Führungspositionen kann dies eine enorme Herausforderung darstellen. Die Erfahrungen einer Reihe von Frauenorganisationen und weiblichen Führungspersonlichkeiten zeigen, dass Friedensvereinbarungen, Wiederaufbaumaßnahmen nach einem Konflikt sowie gute Regierungsführung und die Wiederherstellung von Sicherheit größere Wirkung entfalten, wenn Frauen daran beteiligt sind. Dennoch ist dies bislang nur selten der Fall.³⁵

Für den Erfolg von Programmen ist es wichtig, Frauen einzubeziehen, und zwar nicht nur in Führungspositionen, sondern auch bei der gegenseitigen Hilfe. Die findet häufig auf eine Art und Weise statt, die externen Akteuren verschlossen bleibt. In den Flüchtlingslagern

Wir haben gelernt, Arbeitsbeziehungen mit Gemeinschaften und lokalen Führern zu stärken, indem man sie in den Dialog mit einbezieht, ihnen zuhört, Kenntnisse und Einsichten mit ihnen bespricht und zusammen die Zukunft plant. Bei der Entwicklung von Maßnahmen ist UNFPA zum systematischen Mainstreaming kultureller Faktoren übergegangen, damit größere Fortschritte gemacht werden und den Menschenrechten zur Geltung verholfen wird.

—Thoraya Ahmed Obaid, UNFPA-Exekutivdirektorin

für Binnenflüchtlinge in Süd-Darfur zum Beispiel unterstützt UNFPA „sichere Zonen“, Zentren, in denen Frauen zusammenkommen und ihr Wissen über Gesundheit und ihre Gewalterfahrungen teilen.

32 DAS MEN'S LEADERSHIP PROGRAM

„Ich heiße Kayembe Tshibangu und bin Vorsitzender der Mushumune-Gemeinde in Bagira in der Stadt Bukavu. Ich bin Vater von fünf Kindern. Ich war ein ganz normaler Mann und habe ganz normal mit meiner Familie zusammengelebt. Ich habe mich genauso verhalten wie alle anderen Männer in der Gesellschaft. Meine Frau war eine Sklavin für mich, sie hatte keine Rechte und musste mich absolut respektieren. Sie war immer zu Hause und konnte nicht ausgehen, um andere Frauen zu treffen. Sie gehörte mir, weil ich bei unserer Hochzeit einen Brautpreis bezahlt habe, der mir die Macht gab, sie zu behandeln, wie ich wollte. Beim Sex hing sie von meiner Gnade ab, jederzeit, an jedem Ort, überall. Weigerte sie sich, bestrafte ich sie. Zu Hause war ich ein totaler Tyrann. Wenn ich nach Hause kam, rannten die Kinder und alle anderen weg, weil der ‚Löwe‘ gekommen war. Es war eine vollständige und ab-

solute Diktatur. Das war so, weil ich es nicht anders kannte.

Nach dem 18. August 2005, dem Tag, an dem ich das *Men's Leadership Program* von *Women for Women International* kennenlernte, änderten sich die Dinge von Grund auf. Ich wurde bekehrt und begann ein neues Leben. Selbst meine Kinder und meine Familie fragten mich, was mit mir geschehen sei. Sie konnten es nicht glauben. Es war zu schön, um wahr zu sein! Sie dachten, es wäre ein Traum und würde nach einiger Zeit verschwinden wie eine Fata Morgana. Nein, ich will nie wieder so werden wie früher. Die Mitglieder meiner Familie und ich sind heute Freunde, Kameraden. Wir reden und lachen miteinander und in unserem Heim herrscht Frieden. Keine Tränen mehr, keine Trauer mehr. Meine Frau ist meine Freundin geworden. Heute höre ich ihr zu und nehme ihren Rat an. Wie ein echter Konvertit möchte ich, dass meine Freunde dasselbe lernen

wie ich. Deshalb gehe ich zusammen mit meiner Frau und meinen Kindern von Haus zu Haus, um mit anderen Familien zu sprechen. Wenn sie uns sehen, sind sie entsetzt und überrascht und wollen wissen, wie es zu diesem neuen Bild, zu dieser Veränderung, gekommen ist. Sie alle sind tief berührt, und der Veränderungsprozess geht immer weiter. Manche Leute akzeptieren die Botschaft des Wandels noch nicht gleich bei der ersten Begegnung. Im nächsten Schritt teilen wir uns auf: von Ehemann zu Ehemann, von Ehefrau zu Ehefrau, von Kindern zu Kindern. Wir reden einzeln miteinander. Auf Familienebene gibt es ständige Interaktionen. Bisher haben wir das Leben von 58 Familien verändert, und die Arbeit geht immer weiter.“

Quelle: „Ending Violence Against Women in Eastern Congo: Preparing Men to Advocate for Women's Rights“, S. 22. *Women for Women International*, Washington, D.C. 2007, http://www.womenforwomen.org/news-women-for-women/files/MensLeadershipFullReport_002.pdf

„Hierher kommen Frauen, um über ihre Probleme zu sprechen“, sagt Awatif. „Wenn du allein bist, dann ist es allein dein Problem. Wenn du dein Problem mit vielen Frauen teilst, dann wird es zum Problem aller.“³⁶

D. Kultur und das Selbst wiedererlangen

Entwicklungsorganisationen haben festgestellt, dass die Fähigkeit, kulturelle Identität zum Ausdruck zu bringen, Menschen dabei helfen kann, sich von ihrem Kriegstrauma zu erholen. „Vertriebene Menschen in die Lage zu versetzen, alles zu bewahren, was ihnen von ihrem individuellen Menschsein geblieben ist, kann ungeheuer wichtig sein für ihre Zukunft, ihre Gesundheit, ihren Zusammenhalt als Gemeinschaft und die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung ihrer Würde nach dem Trauma des Exils.“³⁷ Fachleute erklären, dass die Wirkung von Dienstleistungen verbessert werden kann, wenn man die Menschen nicht nur ermutigt, die eigene Kultur zu leben, sondern auch auf die kulturellen Erfahrungen zurückgreift, die sie kennen und verstehen. So hat zum Beispiel das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) Kunst, Theater, Musik und Tanz eingesetzt, damit vertriebene Kinder in ganz unterschiedlichen Ländern wie dem Kosovo, Kolumbien, Sri Lanka, Algerien, Kroatien und Ruanda sich von dem erlebten Leid erholen können.³⁸ Die wirksamste Unterstützung für sudanesischen Flüchtlingsfrauen besteht darin, ihre Gemeinschaften zu stärken und soziale und kulturelle Netzwerke aufzubauen. In Afghanistan raten Fachleute davon ab, westliche Diagnose- und Behandlungsmethoden anzuwenden, um traumatische Kriegserfahrungen von Frauen zu behandeln. Stattdessen gehen sie davon aus, dass kulturelle Kompetenz wichtig ist, um zu verstehen, was den Frauen widerfahren ist und was sie brauchen, um sich davon zu erholen.³⁹ In der indonesischen Provinz Aceh muss eine angemessene Hilfe für vertriebene Frauen ihren islamischen Glauben integrieren und kulturelle Formen des Trauerns respektieren. Frauen aus Aceh glauben, dass langes Trauern die Seelen ihrer Liebsten daran hindert, zu Gott zu gelangen. Sie wollen daher praktische Hilfe wie zum Beispiel Bildung und Ausbildung, um sich eine Zukunft aufzubauen, und keine langwierigen Diskussionen über Trauma und Trauer. Solche Besonderheiten lassen sich nur mittels kultursensibler Ansätze erkennen und bewältigen.

Kulturelle Hindernisse innerhalb von Entwicklungsorganisationen überwinden

Kulturelles Problembewusstsein ist innerhalb von Entwicklungsorganisationen ebenso wichtig wie in deren nationalem und lokalem Arbeitsumfeld. Die kulturellen Vorstellungen von Mitarbeitern können ihre Arbeit beeinflussen. Kultursensible Ansätze verlangen Sensibilität für die Art und Weise, wie sich Maßnahmen zur Konfliktprävention, humanitären Hilfe und zur Friedenssicherung auf Geschlechterbeziehungen und Kultur auswirken.

UNFPA bemüht sich ebenfalls um den Aufbau einer entsprechenden Organisationskultur, um in Konfliktsituationen auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren und die Gleichbehandlung der Geschlechter zu fördern. Dabei hat UNFPA festgestellt, dass Maßnahmen dann die beste Wirkung entfalten, wenn sie aus dem Dialog heraus entstehen. Dafür muss man lokale Initiativen und strategische Partnerschaften mit jenen Menschen entwickeln, die sich für Veränderungen einsetzen.

In ihren eigenen Gesellschaften wissen Entwicklungshelfer normalerweise sehr genau, was zum jeweiligen Zeitpunkt machbar ist: Sie kennen die Prozesse, die für den Wandel notwendig sind, und die Werkzeuge und Methoden, die am ehesten funktionieren. Doch strategische Partnerschaften erfordern Engagement und Zeit. Sie entwickeln sich am besten dort, wo alle Beteiligten erkennen, dass Menschen unterschiedlich denken und gegenseitige Anerkennung und Respekt verdienen.

Entwicklungsorganisationen erkennen immer häufiger die wirksamsten Symbole und Kommunikationsformen zur Übermittlung von Botschaften in verschiedenen Kulturen und nutzen sie in ihrer Arbeit. Organisationen transportieren heute nicht mehr so sehr von ihnen selbst konzipierte Botschaften über Verhaltensänderungen, sondern tun sich mit den betroffenen Gemeinschaften zusammen. Sie benutzen vielgestaltige Formen kultureller Kommunikation wie zum Beispiel Lieder, Tanz und Theater, um Gespräche zu initiieren und Menschen in konstruktive Strategien einzubeziehen, die sich gegen die Verletzung von Menschenrechten wenden und die Gleichbehandlung der Geschlechter in einer Weise fördern, die dem jeweiligen Kontext angepasst ist.



7

Einige Schlussfolgerungen

Die universelle Geltung und Anwendung des internationalen Menschenrechtssystems bildet den Ausgangspunkt dieses Berichts. Um wirksame Programme zur Unterstützung von Menschen und Nationen bei der Verwirklichung der Menschenrechte ausarbeiten zu können, ist es wichtig zu verstehen, wie Werte, Gepflogenheiten und Überzeugungen das menschliche Verhalten beeinflussen. Nirgendwo ist dieses Verständnis wichtiger als im Bereich der Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen und deren Auswirkungen auf reproduktive Gesundheit und Rechte. Entwicklung ist fest in diesem Zusammenhang von Kultur, Geschlechterbeziehungen und Menschenrechten verankert. Dieses Verständnis bildet die Basis für kreative und nachhaltige Maßnahmen.

Kultur ist eine Quelle von Wissen, Identität und Macht. Doch Kulturen sind dynamisch: Sie passen sich an veränderte Bedingungen an und tragen selbst zu Veränderungen bei. Der Anstoß für kulturellen Wandel mag von äußeren Umständen ausgehen. Doch der Wandel selbst kommt von innen, und zwar durch Prozesse, die für die jeweilige Kultur spezifisch sind.

- ▶ ***Internationale Entwicklungsorganisationen ignorieren – oder marginalisieren – Kultur auf eigene Gefahr hin. Die Förderung der Menschenrechte erfordert die grundlegende Erkenntnis, dass Kultur eine zentrale Rolle spielt und dass sie komplex und wandelbar ist. Die Identifikation von und die Zusammenarbeit mit lokalen Protagonisten des Wandels ist unerlässlich.***

Besonders wertvoll ist diese Zusammenarbeit bei den sich rasant verändernden äußeren Bedingungen, die auch den Klimawandel und die wirtschaftliche Globalisierung mit einschließen.

Kultursensible Ansätze – ein Instrument, durch das kulturelle Hindernisse transformiert werden können – erlauben die Integration von wirtschaftlichen, politischen, sozialen und anderen Dimensionen. So entsteht ein umfassendes Bild davon, wie sich Menschen innerhalb ihres sozialen Kontextes bewegen und warum sie ihre Entscheidungen so und nicht anders treffen. Der Bericht demonstriert, dass kultursensible Ansätze für die Verwirklichung der Gleichbehandlung der Geschlechter und der Menschenrechte unverzichtbar sind.

- ▶ ***Ansätze, die auf kulturellem Wissen basieren, legitimieren Politikgestaltung und ermöglichen die für die Menschenrechte erforderliche „kulturelle Politik“.***

- ◀ *Eine Gruppe älterer Männer in Tadschikistan. In vielen Kulturen werden Entscheidungen, die die gesamte Gemeinschaft betreffen, traditionell von einer Gruppe Ältester getroffen.*

© Warrick Page/Panos

Dieser Bericht illustriert, wie tief verwurzelte kulturelle Überzeugungen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern aufrechterhalten und wie geschlechtsspezifische Gewalt aufgrund sozialer und kultureller Normen weiter fortbesteht. Solche Normen werden manchmal auch von Frauen selbst verstärkt und aufrechterhalten. Zugleich gehen Fortschritte bei der Gleichbehandlung der Geschlechter stets mit kulturellen Spannungen einher, die sichtbare und unsichtbare Machtstrukturen betreffen. Dazu braucht es eine „kulturelle Politik“ (Definition auf Seite 37), die Alternativen zu vorherrschenden kulturellen Auffassungen anbietet.

Ein Ansatz zur Interpretation einer Kultur besteht in der Analyse von Charakteristika wie zum Beispiel ihrer Geschichte, ihrer Machtverhältnisse und Machtdynamiken, ihrer Politik und Wirtschaft. Eine solche Interpretation kann darüber hinausgehen, *wie* die Dinge zu verstehen sind und erschließen, *warum* sie so sind, wie sie sind, wie sie sich verändern könnten und was die Veränderung beeinflusst. Die daraus resultierende „kulturelle Politik“ ist wichtig für eine wirksame Politikgestaltung: Sie liefert einen Kontext, ermöglicht strategische Partnerschaften, ermittelt Ansatzpunkte für Maßnahmen und sorgt dafür, dass Politiken mit lokalen Initiativen im Einklang stehen und diese unterstützen.

Analog zur Entwicklung des Menschenrechtssystems haben Sprache und Politik der Menschenrechte Möglichkeiten für kulturelle Veränderungen eröffnet. Die Menschen benutzen diese Sprache, um ihre eigenen Ansprüche zu formulieren. Denn die Sprache der Menschenrechte ist die Sprache des Widerstands gegen Entbehrung und Unterdrückung, und sie ist in allen Kulturen dieselbe. Die Bearbeitung kultureller Hindernisse mit Blick auf Menschenrechte ist ein Mittel, um Unterdrückung erfolgreich in Frage zu stellen, ihr die Legitimität abzuspochen und sie – langfristig – abzubauen.

Um herauszufinden, was Menschen glauben und denken und was in ihren Augen sinnvoll ist und um mit diesem Wissen zu arbeiten, ist es nicht erforderlich alle Werte und Praktiken gleichermaßen zu akzeptieren. Kulturelle Kompetenz ermöglicht einen wichtigen Einblick in schädliche kulturelle Überzeugungen und Praktiken. Gleichzeitig schärft sie den Blick für die positiven und stärkenden Aspekte, die eine rechte-basierte Herangehensweise untermauern können. Kulturelle Kompetenz ist damit eine notwendige Voraussetzung für die

Konsolidierung kultureller Legitimität zur Förderung der Menschenrechte.

► ***Kulturelle Kompetenz bestimmt, wie Bedeutungssysteme, wirtschaftliche und politische Opposition oder unterstützende Politiken sich entwickeln – und wie sie entwickelt werden können.***

Alle Bevölkerungsfragen auf allen gesellschaftlichen Ebenen hängen letztlich davon ab, welche Entscheidungen getroffen werden über die Zahl der Kinder und den Zeitpunkt ihrer Geburt, über die Gesundheitsversorgung und das gesundheitsbezogene Verhalten. Zudem spielt die Entscheidung eine Rolle, wie viel man in seine Kinder investiert (häufig abhängig vom Geschlecht des Kindes und dem voraussichtlichen Gewinn für die Familie) und welche Qualität die Betreuung von Mutter und Kind haben soll. All diese Entscheidungen werden innerhalb eines spezifischen kulturellen Kontextes getroffen.

Diese Entscheidungen wirken sich in allen Ländern auf die Verbreitung von Armut und auf politische Maßnahmen aus. Müttersterblichkeitsraten spiegeln die enormen Diskrepanzen zwischen Arm und Reich, sowohl innerhalb einer Gesellschaft als auch auf internationaler Ebene wider. Zugleich werden Indikatoren zur Müttergesundheit dazu genutzt, die Leistungsfähigkeit von Gesundheitssystemen hinsichtlich Zugang, Gleichbehandlung der Geschlechter und institutioneller Effizienz zu beurteilen. Dies sind wichtige Größen, die im Zuge der Formulierung und Umsetzung entsprechender politischer Maßnahmen zu ermitteln und zu bewerten sind. Widerstand gegen die Bereitstellung von Informationen und Dienstleistungen, beispielsweise im Bereich der reproduktiven Gesundheit von Jugendlichen, hat seine Wurzeln in kulturellen Faktoren – auch dann, wenn er in der politischen Arena zum Tragen kommt.

Rücküberweisungen von Migranten in ihre Heimatländer sind viel mehr als nur ein wirtschaftliches Phänomen. Sie zeigen, wie Kulturen familiäre und gemeinsame Verantwortlichkeiten und Pflichten entschlüsseln und übersetzen, um wirtschaftliche Sicherheit herzustellen. Eine ähnlich wichtige Rolle spielt Kultur bei der Entscheidung über die Zurückweisung oder die Aufnahme von Einwanderern und bei den politischen Leitlinien, denen die Zielländer in Reaktion auf die Einwanderung folgen. Kulturelle Kompetenz bringt ein Bewusstsein mit sich für



▲ *Polizeibeamte in Haiti. Es muss mehr getan werden, um Frauen in traditionell männerdominierte Berufe zu bringen, wie zum Beispiel zur Polizei.*

© Carina Wint

die zentrale Bedeutung von Kultur, für den Bereich kultureller Interaktionen und für das Wesen, die Bandbreite und Eigenschaften von Partnerschaften vor Ort, die erforderlich sind, um alle diese Themen in Angriff zu nehmen.

► ***Zum Erwerb von kultureller Kompetenz nutzt UNFPA bei der Programmentwicklung das Instrument der „kulturellen Linse“.***

Die kulturelle Linse hilft, verschiedene Faktoren zu identifizieren, um die Praktiken zu hinterfragen und zu verändern, die die Ungleichheit der Geschlechter untermauern. Mittels wirkungsvoller Programme hilft sie UNFPA bei der Arbeit mit den Partnern – die ihrerseits wiederum mit einzelnen Personen, Gruppen und Gemeinschaften verhandeln – sowie beim Aufbau von Allianzen für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Kulturell kompetente Sichtweisen würdigen die verschiedenen Dimensionen von Macht und wie Macht

innerhalb von Kulturen funktioniert. Die Menschen mögen kulturelle Normen schätzen und akzeptieren, ohne dass man sie davon überzeugt hat. Doch Kulturen werden auch manipuliert, um Machtstrukturen und Machtbeziehungen aufrechtzuerhalten. Sichtbare kulturelle Dominanz ist leichter zu erkennen als die versteckten und unsichtbaren Dimensionen der Macht: Versteckte Macht verhindert, dass manche Fragen überhaupt zur Diskussion gestellt werden. Unsichtbare oder internalisierte Macht ist wohl die hartnäckigste Form von Macht. Möglicherweise akzeptieren die Menschen kulturelle Normen, die ihnen schaden, weil sie ein negatives Selbstbild haben. Die verschiedenen Formen der Macht haben unterschiedliche Implikationen für die Politikgestaltung, und kultursensible Ansätze müssen auf sie abgestimmt werden.

Mit der Unterstützung staatlicher Bestrebungen zur Stärkung von Frauen und der Gleichbehandlung der Geschlechter gehen kultursensible Ansätze über die sichtbaren Machtdynamiken hinaus. Sie versuchen zu verstehen und darauf zu reagieren, wie sich Macht in den sich überschneidenden Lebensbereichen von Frauen und Männern (öffentlich, privat und intim) äußert. Kultursensible Ansätze können sichtbar machen, wie kulturelle Zwänge hinsichtlich der Geschlechterrollen riskantes Verhalten von Männern verstärken und damit ihr Risiko für sexuell bedingte Gesundheitsprobleme erhöhen können. Dieselben Zwänge mindern die Wahrscheinlichkeit, dass Männer um Hilfe bitten. Stattdessen suchen sie sich – in dem Bemühen, sich als „echte Männer“ zu beweisen – möglicherweise mehrere Sexualpartner. Der kulturbedingte Zwang zur Männlichkeit, gepaart mit sexueller Unterdrückung, erhöht die Häufigkeit von Vergewaltigungen und anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt.

Kultursensible Ansätze erkennen an, dass gesellschaftliche Interpretationen von „Gender“, „Freiheit“ und „Gleichheit“ in unterschiedlichen Kulturen unterschiedliche Bedeutungen haben; Verallgemeinerungen können mehr Schaden anrichten, als sie nützen. Reichlich Beispiele dafür gibt es im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten, in denen Männer als Aggressoren und Tyrannen beschrieben werden und Frauen als passiv, unwissend und außerstande, schädliche Machtbeziehungen zu verändern. Solche Annahmen können Entwicklungshelfer für die Widerstandskraft und Kreativität von Betroffenen in bewaffneten Konflikten blind machen. Derartige Verallgemeinerungen können zudem Rückschläge in der

Entwicklungszusammenarbeit bewirken und denen in die Hände spielen, die die Stärkung von Frauen und die Gleichbehandlung der Geschlechter ablehnen.

► ***Kultursensible Ansätze erfordern andere Denkansätze und Strategien sowie die Bereitschaft auf Seiten der Entwicklungshelfer, sich selbst zu hinterfragen.***

Kultursensible Vorgehensweisen erfordern, dass sich politische Maßnahmen mehr auf die jeweilige Wirklichkeit der Menschen stützen, zu der ganz grundlegend ihre Kultur gehört, statt auf abstrakte Überlegungen, großartige Theorien und verallgemeinerte Annahmen über menschliche Vorlieben und Zielsetzungen.

Kultursensible Ansätze lehnen rigiden Ethnozentrismus ab. Vielmehr erkennen sie an, dass beispielsweise Müttergesundheit und Alterung in unterschiedlichen kulturellen Zusammenhängen unterschiedliche Bedeutungen haben können. Diese Unterschiede und Bedeutungen gilt es zu verstehen – warum und wie Menschen (sowohl Frauen als auch Männer) so denken und handeln, wie sie es tun –, ohne davon auszugehen, dass die Menschen so denken und handeln sollten, wie „wir“ es tun.

Dem Ethnozentrismus in Entwicklungsorganisationen zu begegnen, kann eine besondere Herausforderung darstellen: Denn reflektiertes Arbeiten ist damit verbunden, dass sich jede Person ihren eigenen kulturellen Hintergrund bewusst macht. Das erfordert auch eine unvoreingenommene Analyse der Frage, wie und mit welcher Wirkung Organisationen und einzelne Personen Macht ausüben.

Kultursensible Ansätze vermeiden wohlfeile Verallgemeinerungen über Menschen und ihre Kulturen. Sie lassen keine vorgefertigten Annahmen über die Absichten, Vorlieben und Fähigkeiten von Menschen zu, sondern nehmen sich die Zeit, die Leistungen der Menschen vor

Ort kennenzulernen, sie aufzunehmen und darauf aufzubauen. Sie erkennen an, dass Menschen innerhalb desselben kulturellen Kontextes verschiedene Werte und Ziele haben können. Sie suchen nach dem lokalen Wissen – der Kompetenz – und nach Beziehungen, die eine Basis für den Dialog und für beiderseitige Veränderungen bilden können.

Solange sie lediglich kulturelle Mechanismen zu instrumentalisieren suchen, um „Anderer“ zu verändern, werden kulturelles Problembewusstsein und die Auseinandersetzung mit Kultur nur sehr eng begrenzte instrumentelle Zwecke erfüllen. Kultursensible Ansätze bieten eine Plattform für kritisches Nachdenken über Kulturen und darüber, wie Entwicklungsprozesse durch sie beeinflusst werden. Sie bestärken Organisationen und einzelne Personen, die mit Entwicklung befasst sind, darin, sich ihre üblichen Denk- und Arbeitsweisen bewusst zu machen und sie zu verändern.

Dieser Bericht zeigt, dass Entwicklungshelfer in ihrer praktischen Arbeit die Kultur auf eigene Gefahr ignorieren. Nicht, weil Kultur alles ist, sondern weil Armut, ein schlechter Gesundheitszustand, Mangel an Bildung und Konflikte dazu beitragen, Kultur zu zerstören und zu unterminieren. Daher sind kulturelle Kompetenz, „kulturelle Politik“ und die Bekämpfung der Ursachen von Elend sowie der Verweigerung der Menschenrechte eng miteinander verknüpft.

Kulturelle Kompetenz ist weniger eine genau umschriebene und überlegene Analysemethode als vielmehr ein integraler Bestandteil eines mehrdimensionalen Entwicklungsansatzes. Kultursensible Ansätze fördern den Respekt auf Seiten derjenigen, die mit Gemeinschaften zusammenarbeiten, um das Wohlergehen aller Mitglieder zu fördern, und zwar unterschiedslos. Sie bauen das Verhältnis von Anerkennung, Respekt und Vertrauen auf, das die Grundlage der menschlichen Entwicklung bildet.

Quellen und Indikatoren

Quellen 92

Indikatoren

Überwachung der ICPD-Ziele -
ausgewählte Indikatoren 96

Demografische, soziale und wirtschaftliche
Indikatoren 100

Ausgewählte Indikatoren für weniger
bevölkerungsreiche Länder/Territorien 104

Anmerkungen zu den Indikatoren 106

Technische Hinweise 107

Quellen

KAPITEL 1/EINFÜHRUNG

- UNFPA: „Grundsätze“ des auf der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo 1994 verabschiedeten ICPD-Aktionsprogramms, Kairo, 1994
- UNFPA: „State of World Population“, New York, o.D.
- Sen, A.: „How Does Culture Matter?“ in *Culture and Public Action*, hrsgg. von V. Rao und M. Walton, Stanford University Press, Stanford, 2004
- Siehe Kapitel 2 für eine ausführliche Diskussion.
- UNESCO: „Our Creative Diversity: Report of the World Commission on Culture“, Oxford & IBH Publishing Co. / UNESCO Publishing, Paris, 1997
- UNDP: „Cultural Liberty in Today's Diverse World“, New York, 2004
- UNFPA, zur Veröffentlichung anstehend. „Indonesia: Ending violence against women and keeping the faith“, in *Programming to Address Violence Against Women: Eight Case Studies*, New York, 2008
- Ebenda
- LeBaron, M.: „Culture and Conflict“, in *Beyond Intractability*, hrsgg. von G. Burgess und H. Burgess, *Conflict Research Consortium*, University of Colorado, Boulder, 2003
- UNFPA: Wole Soyinka, nigerianischer Nobelpreisträger, zitiert in „Quotes on Culture and Culturally Sensitive Approaches“, 2004, <http://www.unfpa.org/culture/quotes.htm>
- UNFPA: „Culture Matters: Working with Communities and Faith-based Organizations-Case Studies from Country Programmes“, New York, 2004
- Geertz, C.: „The Interpretation of Cultures: Selected Essays“, Basic Books, New York, 1973
- UNFPA: „Quotes on Culture and Culturally Sensitive Approaches“, 2004, <http://www.unfpa.org/culture/quotes.htm>
- Ross, M.H.: „Culture and Identity in Comparative Political Analysis“ in *Comparative Politics: rationality, culture and structure*, hrsgg. von M. Lichbach und A. Zuckerman, Cambridge University Press, Cambridge, 1997
- Schalkwyk, J.: „Culture, Gender Equality and Development Cooperation“. Unveröffentlichter Aufsatz vorbereitet für die *Canadian International Development Agency*, 2000
- Bourdieu, P.: „The Logic of Practice“, Stanford University Press, Stanford, 1980
- Ross, M.H. 1997, a.a.O.
- Chabal, P. und J. Daloz: „Culture Troubles: Politics and the Interpretation of Meaning“, Hurst and Company, London, 1988
- Ebenda
- UNESCO: „Universal Declaration on Cultural Diversity“, Paris, 2001
- Sen, A. 2004, a.a.O.
- Bourdieu, P. 1980, a.a.O.
- UNFPA, Pastor Pax Tan Chiow Lian, zitiert in „Quotes on Culture and Culturally Sensitive Approaches“, 2004, <http://www.unfpa.org/culture/quotes.htm>
- Said, E.: „Orientalism: Western Conceptions of the Orient“, Penguin Books, London, 2003
- Mohanty, C.: „Feminism Without Borders: Decolonizing Theory, Practising Solidarity“, Duke University Press, Durham, 2003
- Marshall, K.: „Religious Faith and Development: Rethinking Development Debates“. Aufsatz vorbereitet für die Konferenz *Religious NGOs and International Development* in Oslo, Norwegen, am 7. April 2005, <http://www.vanderbilt.edu/csrc/PDFs%20and%20Jpgs/marshall-debates.pdf>
- Knutsson, K.E.: „Without Culture, No Sustainable Development: Some reflections on the topic“. Unveröffentlichter Aufsatz präsentiert auf dem Seminar *Research Collaboration in the Fields of Culture and Sustainable Development*, gehalten in Stjarnsund, Schweden, im September 2000.
- Vereinte Nationen: „Declaration on the Right to Development“ (A/RES/41/128), New York, 1986
- Harragin, S.: „Relief and an Understanding of Local Knowledge: The Case of Southern Sudan“, in *Culture and Public Action*, hrsgg. von V. Rao und M. Walton, Stanford University Press, Stanford, 2004
- Njoh, A.: „Tradition, Culture and Development in Africa“, Ashgate Publishing Company, Burlington, 2006
- Chabal, P. und J. Daloz: „Culture Troubles: Politics and the Interpretation of Meaning“, Hurst and Company, London, 1988
- Geertz, C.: „Local Knowledge: further essays in interpretive anthropology“, Perseus Books, London, 1983
- Murray, S.: „Changing Culture, Changing Rights“, Oxford University Press, Oxford, 2001
- An-Na'im, A.: „Problems of Universal Cultural Legitimacy for Human Rights“, in *Human Rights in Africa: Cross-Cultural Perspectives*, hrsgg. von A. An-Na'im und F. M. Deng, Brookings Institution Press, Washington D.C. 1990
- Nyamu-Musembi, C.: „Toward an Actor-Oriented Perspective on Human Rights“, in *Meanings and Expressions of Citizenship: Perspectives from the North and South*, hrsgg. von N. Kabeer, Zed Books, London, 2005
- UNFPA: „Addressing Violence against Women: Piloting and Programming“, New York, 2003
- UNFPA: Lao Tsu, zitiert in „Integrating Human Rights, Culture and Gender In Programming Trainer's Guide“, *Culture Training Workshop*, Brasilia, Brasilien, Juni 2008.
- Sen, A.: „How Does Culture Matter?“ in *Culture and Public Action*, hrsgg. von V. Rao und M. Walton, Stanford University Press, Stanford, 2004
- An-Na'im, A.: „Toward a Cross-Cultural Approach to Defining International Standards of Human Rights“, in *Human Rights in Cross-Cultural Perspective*, hrsgg. von A. An-Na'im, University of Philadelphia Press, Philadelphia, 1992
- An-Na'im, A.: „Human Rights in the Muslim World: Socio-Political Conditions and Scriptural Imperatives“ in *Harvard Human Rights Journal*, Band 3, Frühjahr: 20, 1990
- Ebenda
- UNFPA: „Integrating Human Rights, Culture and Gender In Programming Trainer's Guide“, *Culture Training Workshop*, Brasilia, Brasilien, Juni 2008.
- Thoraya Ahmed Obaid, Exekutivdirektorin von UNFPA.
- An-Na'im, A. 1992, a.a.O.
- UNFPA: „Culture Matters: Working with Communities and Faith-based Organizations – Case Studies from Country Programmes“, New York, 2004
- Nyamu-Musembi, C.: „Are Local Norms and Practices Fences or Pathways? The Example of Women's Property Rights“, in *Cultural Transformation and Human Rights in Africa*, hrsgg. von A. An-Na'im, Zed Books, London, 2002
- Clark, C. und M. Reilly.: „Rights-Based Approaches and Beyond: Challenges of Linking Rights and Participation“, *Institute of Development Studies*, Sussex

KAPITEL 2

- An-Na'im, A.: „Toward an Islamic Reformation: Civil Liberties, Human Rights and International Law“, Syracuse University Press, Syracuse, 1990
- Vereinte Nationen: Charta der Vereinten Nationen, San Francisco, 1945
- Vereinte Nationen: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, San Francisco, 1948
- Ebenda
- Nyamu-Musembi, C.: „Toward an Actor-Oriented Perspective on Human Rights“, in *Meanings and Expressions of Citizenship: Perspectives from the North and South*, hrsgg. von N. Kabeer, Zed Books, London, 2005
- Chanock, M.: „Human Rights and Cultural Branding: Who Speaks and How“, in *Cultural Transformation and Human Rights in Africa*, hrsgg. von A. An-Na'im, Zed Books, London, 2002
- American Anthropological Association: „Statement on Human Rights“, *American Anthropologist*, 49: 539, 1947
- Murray, S.: „Changing Culture, Changing Rights“, Oxford University Press, Oxford, 2001

- 22 UNFPA: „*Integrating Human Rights, Culture and Gender In Programming Trainer's Guide*“, *Culture Training Workshop*, Brasilia, Brasilien, Juni 2008.
- 23 Vereinte Nationen: Bericht der Sonderberichterstatterin der Menschenrechtskommission über Gewalt gegen Frauen, deren Ursachen und deren Folgen (A/HRC/4/34), New York, 2007
- 12 IWF: *Poverty Reduction Strategy Paper – Uganda's Poverty Eradication Action Plan Summary and Main Objectives*, Kampala: Ministry of Finance, Planning and Economic Development, 2000
- 13 Yates, J. und J. Moncrieffe: „*Synthesis of Uganda's Participatory Poverty Assessment Cycle 1 Findings*“, Earthscan, London, 2002
- 14 Bachrach, P. und M. Baratz: „*Two Faces of Power*“, in *The American Political Science Review* 56(4): 947-952, 1962
- 15 Ebenda
- 16 Veneklasen, L. mit V. Miller: „*A New Weave of Power, People and Politics*“, Practical Action Publishing, Warwickshire, 2002
- 17 Chanock, M.: „*Human Rights and Cultural Branding: Who Speaks and How?*“, in *Cultural Transformation and Human Rights in Africa*, hrsgg. von A. An-Na'im, Zed Books, London, 2002
- 18 Chanock, M. 2002, a.a.O.
- 19 UNFPA 2005, a.a.O.
- 20 Sardenberg, C.: „*Negotiating Cultures: Promoting Gender Equality and Empowering Women*“, Hintergrundaufsatz für State of World Population Report 2008, New York, 2007
- 21 In Übereinstimmung mit der Resolution A/RES/62/208 der UN-Generalversammlung werden „die operativen Aktivitäten von UNFPA zum Nutzen der Programmländer, auf ihr Ersuchen und nach Maßgabe ihrer eigenen Entwicklungspolitiken und -prioritäten durchgeführt“.
- 22 UNFPA: ICPD Programme of Action, para 1.15. New York, 1994
- 23 Veneklasen, L. mit V. Miller 2002, a.a.O.
- 24 UNFPA: „*Integrating Human Rights, Culture and Gender In Programming Trainer's Guide*“, *Culture Training Workshop*, Brasilia, Brasilien, Juni 2008.
- 25 Veneklasen, L. mit V. Miller 2002, a.a.O.
- 26 Banda und Chinkin: „*Gender, Minorities and Indigenous Peoples*“, MRG, London, 2004
- 27 Ebenda
- 28 Ebenda
- 29 UNFPA 2008, a.a.O.
- 30 Rao, V. und M. Walton: „*Culture and Public Action*“, Stanford University Press, Stanford, 2006
- 31 Lavrin, A.: „*International Feminisms: Latin American Alternatives*“, in *Gender & History*, Vol. 10(3): 525, 1998
- 32 Ebenda
- 33 Nyamu-Musembi, C.: „*An Actor Oriented Approach to Rights in Development*“, in *Developing Rights?* IDS Bulletin, Bd. 36, Nr. 1, *Institute of Development Studies*, Sussex 2005
- 34 *Women, Faith and Development Alliance: „Mission“*, <http://www.wfd-alliance.org/AUmission.htm>
- 35 *The African Women's Development and Communication Network (FEMNET)*, 2008, <http://www.femnet.or.ke/subsubsection.asp?ID=8>
- 36 UNFPA 2008, a.a.O.
- 37 Institute for Development Studies: „*Report on the Politicising Masculinities Symposium*“, Sussex, 2008, http://64.233.169.104/search?q=cache:v_XjaZ2-FHEJ:www.siyanda.org/docs/esplen_greig_masculinities.pdf+IDS+2008,+Report+on+the+Politicising+Masculinities+Symposium&hl=en&ct=clnk&cd=4&gl=us
- 38 Ebenda
- 39 Ebenda
- 40 UNFPA: „*Ending Violence Against Women*“, 2006, <http://www.unfpa.org/endingviolence/>
- 41 UNFPA: „*Kindling Hope in Northern Ethiopia by Keeping Adolescent Girls in School*“, in UNFPA Feature, 2006, <http://www.unfpa.org/news/news.cfm?ID=947&Language=1>
- 3 *Men for Gender Equality Now – a Kenyan network of men working to end gender based violence*, 2008, <http://www.changemakers.net/en-us/node/313>
- 4 *International Development Research Center*, 2008, „*Addressing Violence Against Palestinian Women*“, IDRC Bulletin, http://www.idrc.ca/en/ev-5311-201-1-DO_TOPIC.html
- 5 Inhorn, M. und F. Van Balen: „*Infertility around the Globe: New Thinking on Childlessness, Gender, and Reproductive Technologies*“, University of California Press, Berkeley, 2002
- 6 Visaria, L.: „*Deficit of Girls in India: Can It be Attributed to Female Selective Abortion?*“, in *Sex Selective Abortion in India*, hrsgg. von T. Patel, Sage Publications, Delhi, 2007
- 7 Inhorn, M. und F. Van Balen 2002, a.a.O.
- 8 Ebenda
- 9 UNFPA und UNICEF: „*The Government of Guinea Bissau, in Partnership with UNICEF and UNFPA, Launches a Joint Programme for the Abandonment of Female Genital Mutilation Through Tostan Community-Led Strategy*“, Presseerklärung, New York, 9. Juni 2008
- 10 Dudgeon, M. und M. Inhorn: „*Men's influences on women's reproductive health: medical anthropological perspectives*“, in *Social Science and Medicine*, (59):1379-1395, 2004
- 11 UNFPA: „*Lessons from the Field-Cambodia*“, 2006, http://www.unfpa.org/culture/case_studies/cambodia.htm
- 12 UNFPA: „*Zimbabwe: Indigenous Christian Churches Make an About Turn on HIV Prevention*“, in *New Feature*, 2006, <http://www.unfpa.org/news/news.cfm?ID=786>
- 13 UNFPA: „*Prevention Is for Life, HIV/AIDS: Dispatches from the Field*“, New York, 2008
- 14 UNDP, *Population Association* und UNFPA: „*The Dynamics of Honour Killings in Turkey: Prospects for Action*“, New York, 2007
- 15 Vereinte Nationen: *Report of the Secretary-General: In-depth Study on all Forms of Violence Against Women*, New York, 2006

KAPITEL 3

KAPITEL 4

- 16 Ebenda
- 17 UNFPA: „Maternal Morbidity: Surviving Childbirth, but Enduring Chronic Ill-Health“, *Maternal Health Fact Sheet*, 2006, <http://www.unfpa.org/mothers/morbidity.htm>
- 18 UNFPA: „Good Neighbours: UNFPA Trains Nigerian Men and Women to Bring Better Reproductive Health to their Communities“, in UNFPA *Feature Story*, 2008, <http://www.unfpa.org/news/news.cfm?ID=1087>
- 19 UNFPA: „Campaign to End Fistula – Sudan“, 2008, <http://www.endfistula.org/sudan.htm>
- 20 UNFPA: „Campaign to End Fistula“, 2008, <http://www.endfistula.org>
- 21 Ebenda
- 22 Vereinte Nationen *Department of Economic and Social Affairs, Division for the Advancement of Women: Aktionsplattform von Beijing*, New York, 1995
- 23 Vereinte Nationen: „Verpflichtungserklärung zu HIV/Aids“ (A/26/2), New York, 2001
- 24 Dudgeon, M. und M. Inhorn 2004, a.a.O.
- 25 Alan Guttmacher Institute: „In Their Own Right: Addressing the Sexual and Reproductive Health Needs of Men Worldwide“, New York, 2003
- 26 Weiss, E. und G.R. Gupta: „Bridging the Gap: Addressing Gender and Sexuality in HIV Prevention“, *International Center for Research on Women*, Washington D.C. 1998
- 27 Orubuloye, I.O. und J.C. Caldwell: „African Women’s Control over their Sexuality in an Era of AIDS: A study of the Yoruba of Nigeria“, in *Social Science & Medicine* (37): 859–872, 1993
- 28 Mane, P. und P. Aggleton: „Gender and HIV/AIDS: What Do Men Have to Do with It?“, *Current Sociology* 49(6): 23–37, 2001
- 29 Rivers, K. und P. Aggleton: „Men and the HIV Epidemic“, *United Nations Development Programme*, New York, 2001
- 30 Weiss, E. und G.R. Gupta 1998, a.a.O.
- 31 Rivers, K. und P. Aggleton 2001, a.a.O.
- 32 Magongo, B., S. Magwaza, V. Mathambo und N. Makhanya: „National Report on the Assessment of the Public Sector’s Voluntary Counselling and Testing Programme“, *Health Systems Trust*, Durban, 2002
- 33 Weiss, E. und G.R. Gupta: „Bridging the Gap: Addressing Gender and Sexuality in HIV Prevention“, *International Center for Research on Women*, Washington D.C. 1998
- 34 Hudspeth, J., W.D.F. Venter, A. Van Rie, J. Wing und C. Feldman: „Access to and early outcomes of a public South African antiretroviral clinic“, in *The Southern African Journal of Epidemiology and Infection* 19(2): 48–51, 2004
- 35 Nachega, J., M. Hislop, D. Dowdy, M. Lo, S. Omer, L. Regensberg, R. Chaisson und G. Maartens: „Adherence to Highly Active Antiretroviral Therapy Assessed by Pharmacy Claims Predicts Survival in HIV-Infected South African Adults“, in *Journal of Acquired Immune Deficiency Syndromes* 43(1): 78–84, 2006
- 36 Population Council: „Involving Young Men in HIV Prevention Programs: Operations research on gender-based approaches in Brazil, Tanzania, and India“, in *Horizons*, New York, 2004.
- 37 Rivers, K. und P. Aggleton 2001, a.a.O.
- 38 *Population Council* 2004, a.a.O.
- 6 Cleland, J.: „The determinants of reproductive change in Bangladesh: Success in a challenging environment“, *Weltbank*, Washington D.C. 1994
- 7 Unnithan, M.: „Conception technologies, local healers and negotiations around childbearing in Rajasthan“, Kapitel 5 in *Reproductive Agency, Medicine and the State: Cultural Transformations in Childbearing, Fertility, Reproduction and Sexuality*, Berghahn Books, New York, 2004
- 8 UNFPA: „Facts About Safe Motherhood“, 2006, <http://www.unfpa.org/mothers/facts.htm>
- 9 WHO: „Making pregnancy safer: The critical role of the skilled attendant – A joint statement by WHO, ICM and FIGO“, Genf, 2004
- 10 WHO: „Proportion of births attended by a skilled health worker – 2008 updates“, *Informationsblatt, Department of Reproductive Health and Research Fact Sheet*, Genf, 2008
- 11 Wilder, J.: „Ethiopia’s Health Extension Program: Pathfinder International’s support 2003–2007“, *Pathfinder International*, Addis Ababa, 2008
- 12 UNAIDS: „2007 AIDS epidemic update – Joint report of UNAIDS and WHO“, Genf, 2007
- 13 Vereinte Nationen: „International migration and development, Report of the Secretary General“, (A/60/871), New York, 2006
- 14 Weltbank: „Global Economic Prospects 2006. Technology Diffusion in the Developing World“, Washington D.C. 2008
- 15 Fajnzylber, P. und H. Lopez: „Close to Home: The Development Impact of Remittances in Latin America“, Washington D.C. 2006
- 16 Unnithan, M. 2004, a.a.O.
- 17 Ebenda
- 4 Byrne, B.: „Towards a gendered understanding of conflict“, in *Institute for Development Studies Bulletin* 27(3) 31–40, *Institute of Development Studies*, Sussex, 1996
- 5 The Advocates for Human Rights.: „Sexual Assault During Armed Conflict“, *Stop Violence Against Women*, 2008, http://www.stopvaw.org/Sexual_Assault_During_Armed_Conflict.html
- 6 Dolan, C.: „Collapsing Masculinities and Weak States“, in F. Cleaver, (Hrsg.), *Masculinities Matter*, Zed Books, London, 2002
- 7 Byrne, B. 1996, a.a.O.
- 8 UNICEF, UNFPA, UNIFEM: „A Rapid Assessment of Genderbased Violence During the Post-Election Violence in Kenya“, New York, 2008
- 9 Dolan, C. 2002, a.a.O.
- 10 Vereinte Nationen: *Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit*, (S/RES/1325), New York, 2000
- 11 Vereinte Nationen: *Windhoek Declaration and the Namibia Plan of Action on Mainstreaming a Gender Perspective in Multidimensional Peace Support Operations*. Verabschiedet in Windhuk, Namibia, am 31. Mai 2000. http://www.un.org/womenwatch/osagi/wps/windhoek_declaration.pdf
- 12 El Jack, A.: „Gender and Armed Conflict“, *Institute of Development Studies*, Sussex, 2003
- 13 UNFPA: „Women are the Fabric: Reproductive Health for Communities in Crisis“, New York, 2006
- 14 Byrne, B. 1996, a.a.O.
- 15 El Jack, A. 2003, a.a.O.
- 16 Ebenda
- 17 Ebenda
- 18 Ebenda
- 19 Ebenda
- 20 UNICEF, UNFPA, UNIFEM 2008, a.a.O.
- 21 Ebenda
- 22 Best, M. und P. Hussey: „A Culture of Peace: Women, Faith and Reconciliation“, *Catholic Institute*

KAPITEL 5

- 1 Sen, A.: „Capability and well-being“ in *The Quality of Life. A study prepared for World Institute for Development Economics Research*, hrsgg. von M. Nussbaum und A. Sen, Oxford University Press, Oxford, 1993
- 2 UNDP: „Human Development Report: Cultural liberty in today’s diverse world.“, New York, 2004
- 3 Weltbank: „Socio-economic differences in health, nutrition and population within developing countries. An Overview, Country reports on HNP and poverty“, Washington D.C. 2007
- 4 Merrick, T.: „Population and poverty: New views on an old controversy“, in *International Family Planning Perspectives*. 28(1), 2002
- 5 Abbasi-Shavazi, M.: „Recent changes and the future of fertility in Iran“. Bericht für das *Expert Group meeting on Completing the Fertility Transition* (ESA/P/WP.172). Vereinte Nationen, New York, 2002

KAPITEL 6

- 1 *Stockholm International Peace Research Institute: „SIPRI Yearbook 2008: Armaments, Disarmament and International Security“*, Oxford University Press, Oxford, 2008
- 2 El Jack, A.: „Gender and Armed Conflict“, *Institute of Development Studies*, Sussex, 2003
- 3 *Women for Women International: „Ending Violence Against Women in Eastern Congo: Preparing Men*

- for *International Relations*, London, 2005
- 23 Byrne, B. 1996, a.a.O.
- 24 *Women's Commission for Refugee Women and Children: „Disabilities among Refugees and Conflict Affected Populations“*, New York, 2008
- 25 *Women for Women International* 2007, a.a.O.
- 26 Magcalen-Fernandez, E.: *„Conflict, State Fragility and Women's Reproductive Health: The Case of Basilan, Philippines“*, USAID, Washington D.C. 2006
- 27 *Women's Commission for Refugee Women and Children* 2008, a.a.O.
- 28 *The Pew Forum on Religion and Public Life: „Ugandan Religious Leaders Set Aside Rivalries in Pursuit of Peace“*, News Update, Pew Forum, Washington D.C. 2008, <http://pewforum.org/news/display.php?NewsID=14725>
- 29 UNFPA 2006, a.a.O.
- 30 *Catholic Relief Services: Newsletter*, 2008, <http://crs.org/peace-building/dialogue.cfm>
- 31 *Islamic Relief Worldwide*: 2008, <http://www.islamicrelief.com/>
- 32 UNFPA: *„Protecting Reproductive Health in Times of Crisis“*. UNFPA Informationspapier, 2008, <http://www.unfpa.org/emergencies/rh.htm>
- 33 *Refugee Studies Centre: „Culture in Exile“*, in *Forced Migration Review*, Oslo, 1999, <http://www.fmreview.org/FMRpdfs/FMRO6/fmr6full.pdf>
- 34 *Women for Women International: „Psychosocial Challenges and Interventions for Women Affected by Conflict“*, in *Critical Half: Bi-Annual Journal of Women for Women International*. 4(1): Summer 2006. <http://www.womenforwomen.org/documents/CH5.pdf>
- 35 Ebenda
- 36 *International Crisis Group: „Beyond Victimhood: Women's Peacebuilding in Sudan, Congo and Uganda“*, Africa Report Nr. 112, 28. Juni 2006. <http://www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=4185&f=1>
- 37 *Refugee Studies Centre* 1999, a.a.O.
- 38 Ebenda
- 39 *Women for Women International* 2006, a.a.O.

Überwachung der ICPD-Ziele - ausgewählte Indikatoren

| | Sterblichkeitsindikatoren | | | Bildungsindikatoren | | | | Gesundheitsindikatoren | | | |
|--|---|---------------------|--|--|---|---|---------------------------------------|---|--|------------------|---|
| | Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten | Lebenserwartung m/w | Müttersterblichkeit pro 100.000 Lebendgeburten | Bruttoeinschulungsrate in der Grundstufe m/w | Anteil derer, die die fünfte Klasse erreichen m/w | Bruttoeinschulungsrate in der Sekundarstufe m/w | Analphabetenrate (>15 Jahre) in % m/w | Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren | Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen Irgend-eine Methode | Moderne Methoden | HIV-Infektionsrate (15-49 Jahre) in % m/w |
| Weltweit | 49 | 65,1 / 69,6 | | | | | | 53 | 62 | 55 | |
| stärker entwickelte Regionen (*) | 7 | 73,0 / 80,2 | | | | | | 23 | 68 | 57 | |
| weniger entwickelte Regionen (+) | 54 | 63,8 / 67,4 | | | | | | 57 | 61 | 55 | |
| am wenigsten entwickelte Regionen (‡) | 87 | 53,6 / 56,0 | | | | | | 116 | 30 | 23 | |
| AFRIKA (1) | 86 | 51,9 / 53,9 | | | | | | 104 | 27 | 22 | |
| OSTAFRIKA | 81 | 50,2 / 52,0 | | | | | | 107 | 25 | 20 | |
| Äthiopien | 86 | 51,8 / 54,4 | 720 | 97 / 85 | 64 / 65 | 37 / 24 | 50 / 77 | 94 | 15 | 14 | 1,6 / 2,4 |
| Burundi | 99 | 48,3 / 51,1 | 1.100 | 108 / 98 | 84 / 92 | 16 / 12 | 33 / 48 | 55 | 20 | 9 | 1,6 / 2,4 |
| Eritrea | 55 | 55,8 / 60,4 | 450 | 69 / 56 | 77 / 70 | 39 / 23 | | 72 | 8 | 5 | 1,0 / 1,5 |
| Kenia | 64 | 53,1 / 55,3 | 560 | 107 / 104 | 81 / 85 | 52 / 49 | 22 / 30 | 104 | 39 | 32 | |
| Madagaskar | 65 | 57,8 / 61,5 | 510 | 142 / 137 | 35 / 37 | 24 / 23 | 23 / 35 | 133 | 27 | 17 | 0,2 / 0,1 |
| Malawi | 88 | 48,1 / 48,4 | 1.100 | 117 / 121 | 44 / 44 | 32 / 27 | 25 / 46 | 135 | 42 | 39 | 10,3 / 13,5 |
| Mauritius (2) | 14 | 69,6 / 76,3 | 15 | 102 / 102 | 98 / 100 | 89 / 88 | 12 / 19 | 41 | 76 | 41 | 2,4 / 1,0 |
| Mosambik | 95 | 41,9 / 42,5 | 520 | 113 / 97 | 60 / 55 | 18 / 13 | 45 / 75 | 149 | 17 | 12 | 10,1 / 14,9 |
| Ruanda | 112 | 44,9 / 48,2 | 1.300 | 138 / 142 | 43 / 49 | 14 / 13 | 29 / 40 | 40 | 17 | 10 | 2,3 / 3,2 |
| Sambia | 92 | 42,2 / 42,5 | 830 | 118 / 116 | 92 / 87 | 33 / 27 | 24 / 40 | 125 | 34 | 23 | 12,4 / 18,0 |
| Simbabwe | 57 | 44,2 / 42,8 | 880 | 102 / 101 | 68 / 71 | 39 / 14 | 7 / 14 | 59 | 60 | 58 | 12,2 / 18,7 |
| Somalia | 115 | 47,1 / 49,6 | 1.400 | | | | | 66 | 15 | 1 | 0,8 / 0,3 |
| Tansania | 71 | 51,5 / 53,7 | 950 | 113 / 111 | 85 / 89 | 7 / 6 | 22 / 38 | 121 | 26 | 20 | 5,0 / 7,6 |
| Uganda | 76 | 51,0 / 52,5 | 550 | 116 / 117 | 49 / 49 | 20 / 16 | 22 / 41 | 152 | 24 | 18 | 4,3 / 6,6 |
| ZENTRALAFRIKA (3) | 111 | 46,0 / 48,4 | | | | | | 178 | 20 | 6 | |
| Angola | 131 | 41,4 / 44,4 | 1.400 | 69 / 59 | | 19 / 16 | 17 / 46 | 138 | 6 | 5 | 1,7 / 2,5 |
| Gabun | 53 | 56,7 / 57,3 | 520 | 153 / 152 | 68 / 71 | 53 / 46 | 12 / 21 | 82 | 33 | 12 | 4,8 / 7,1 |
| Kamerun | 87 | 50,1 / 51,0 | 1.000 | 117 / 98 | 64 / 64 | 27 / 21 | 23 / 40 | 118 | 26 | 13 | 3,9 / 6,3 |
| Kongo | 70 | 54,1 / 56,6 | 740 | 113 / 102 | 65 / 67 | 47 / 39 | 10 / 21 | 115 | 44 | 13 | 2,8 / 4,2 |
| Kongo, Demokrat. Rep. (4) | 113 | 45,3 / 47,9 | 1.100 | 68 / 54 | | 28 / 16 | 19 / 46 | 222 | 21 | 6 | |
| Tschad | 119 | 49,4 / 51,2 | 1.500 | 90 / 61 | 34 / 32 | 23 / 8 | 59 / 87 | 164 | 3 | 2 | 2,8 / 4,2 |
| Zentralafrikanische Republik | 96 | 43,4 / 46,1 | 980 | 72 / 49 | 53 / 45 | | 35 / 66 | 115 | 19 | 9 | 4,6 / 8,0 |
| NORDAFRIKA (5) | 38 | 66,9 / 70,9 | | | | | | 31 | 51 | 46 | |
| Ägypten | 29 | 69,3 / 73,8 | 130 | 108 / 102 | 96 / 97 | 91 / 85 | 33 / 56 | 39 | 59 | 57 | <0,1 / < 0,1 |
| Algerien | 30 | 71,0 / 73,9 | 180 | 114 / 106 | 95 / 96 | 80 / 86 | 20 / 40 | 7 | 61 | 52 | 0,1 / 0,1 |
| Libyen | 18 | 71,8 / 77,0 | 97 | 113 / 108 | | 86 / 101 | 7 / 24 | 3 | 45 | 26 | |
| Marokko | 30 | 69,1 / 73,6 | 240 | 112 / 100 | 82 / 79 | 53 / 45 | 34 / 60 | 19 | 63 | 55 | 0,2 / 0,1 |
| Sudan | 64 | 57,2 / 60,2 | 450 | 71 / 61 | 78 / 79 | 35 / 33 | 29 / 48 | 57 | 8 | 6 | 1,1 / 1,7 |
| Tunesien | 19 | 72,0 / 76,2 | 100 | 110 / 107 | 97 / 97 | 81 / 89 | 17 / 35 | 7 | 63 | 53 | 0,1 / <0,1 |
| SÜDLICHES AFRIKA | 46 | 48,5 / 49,1 | | | | | | 61 | 58 | 58 | |
| Botswana | 46 | 50,3 / 50,3 | 380 | 108 / 106 | 80 / 85 | 75 / 78 | 20 / 18 | 52 | 44 | 42 | 18,9 / 28,9 |
| Lesotho | 64 | 42,9 / 42,2 | 960 | 115 / 114 | 68 / 80 | 33 / 42 | 26 / 10 | 74 | 37 | 35 | 19,4 / 27,1 |
| Namibia | 41 | 52,2 / 52,6 | 210 | 107 / 107 | 84 / 90 | 53 / 61 | 13 / 16 | 59 | 44 | 43 | 12,2 / 18,6 |
| Südafrika | 45 | 48,8 / 49,6 | 400 | 108 / 103 | 82 / 83 | 92 / 98 | 16 / 19 | 61 | 60 | 60 | 14,5 / 21,8 |
| Swasiland | 70 | 39,6 / 39,1 | 390 | 110 / 102 | 81 / 87 | 47 / 47 | 19 / 22 | 33 | 46 | 46 | 20,2 / 32,1 |
| WESTAFRIKA (6) | 105 | 49,7 / 51,2 | | | | | | 124 | 13 | 8 | |
| Benin | 97 | 55,8 / 58,0 | 840 | 105 / 87 | 72 / 71 | 41 / 23 | 52 / 77 | 120 | 17 | 6 | 0,9 / 1,6 |
| Burkina Faso | 104 | 50,8 / 53,9 | 700 | 66 / 54 | 72 / 74 | 17 / 12 | 71 / 85 | 126 | 14 | 9 | 1,5 / 1,7 |
| Elfenbeinküste | 116 | 47,6 / 49,3 | 810 | 79 / 62 | 88 / 87 | 32 / 18 | 39 / 61 | 107 | 13 | 8 | 3,1 / 4,7 |
| Gambia | 74 | 58,8 / 60,5 | 690 | 71 / 77 | | 47 / 43 | | 104 | 18 | 13 | 0,7 / 1,0 |

Überwachung der ICPD-Ziele - ausgewählte Indikatoren

| | Sterblichkeitsindikatoren | | | Bildungsindikatoren | | | | Gesundheitsindikatoren | | | |
|-----------------------------------|---|---------------------|--|--|---|---|---------------------------------------|---|---|------------------|---|
| | Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten | Lebenserwartung m/w | Müttersterblichkeit pro 100.000 Lebendgeburten | Bruttoeinschulungsrate in der Grundstufe m/w | Anteil derer, die die fünfte Klasse erreichen m/w | Bruttoeinschulungsrate in der Sekundarstufe m/w | Analphabetenrate (>15 Jahre) in % m/w | Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren | Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen Irgend-eine Methode | Moderne Methoden | HIV-Infektionsrate (15-49 Jahre) in % m/w |
| Ghana | 56 | 59,7 / 60,6 | 560 | 98 / 97 | 62 / 65 | 52 / 46 | 34 / 50 | 55 | 17 | 14 | 1,6 / 2,3 |
| Guinea | 102 | 54,7 / 57,9 | 910 | 96 / 81 | 83 / 78 | 45 / 24 | 57 / 82 | 149 | 9 | 6 | 1,3 / 2,0 |
| Guinea-Bissau | 112 | 45,1 / 48,1 | 1.100 | 84 / 56 | | 23 / 13 | 29 / 52 | 189 | 10 | 6 | 1,5 / 2,2 |
| Liberia | 131 | 45,0 / 46,7 | 1.200 | 96 / 87 | | 37 / 27 | 42 / 54 | 219 | 6 | 6 | 1,4 / 2,1 |
| Mali | 128 | 52,3 / 56,7 | 970 | 90 / 71 | 83 / 80 | 35 / 21 | 67 / 84 | 179 | 8 | 7 | 1,2 / 1,8 |
| Mauretanien | 63 | 62,5 / 66,2 | 820 | 99 / 104 | 59 / 56 | 27 / 23 | 40 / 57 | 85 | 8 | 5 | 1,2 / 0,5 |
| Niger | 109 | 58,0 / 56,2 | 1.800 | 58 / 43 | 58 / 54 | 14 / 9 | 91 / 91 | 196 | 11 | 5 | 1,1 / 0,5 |
| Nigeria | 109 | 46,5 / 47,4 | 1.100 | 105 / 87 | 71 / 75 | 36 / 29 | 22 / 40 | 126 | 13 | 8 | 2,5 / 3,8 |
| Senegal | 65 | 61,2 / 65,3 | 980 | 81 / 79 | 65 / 65 | 27 / 21 | 49 / 71 | 87 | 12 | 10 | 0,8 / 1,2 |
| Sierra Leone | 160 | 41,1 / 44,3 | 2.100 | 155 / 139 | | 38 / 26 | 53 / 76 | 160 | 5 | 4 | 1,4 / 2,0 |
| Togo | 88 | 56,8 / 60,3 | 510 | 110 / 95 | 79 / 70 | 54 / 27 | 31 / 61 | 89 | 17 | 11 | 2,6 / 3,9 |
| ASIEN | 43 | 67,3 / 71,2 | | | | | | 40 | 66 | 60 | |
| OSTASIEN (7) | 22 | 72,2 / 76,4 | | | | | | 8 | 85 | 83 | |
| China | 23 | 71,4 / 74,9 | 45 | 112 / 111 | | 75 / 76 | 5 / 13 | 8 | 87 | 86 | 0,1 / 0,1 |
| China, Hongkong (SAR) (8) | 4 | 79,5 / 85,2 | | 97 / 92 | 99 / 100 | 85 / 85 | | 5 | 84 | 76 | |
| Japan | 3 | 79,1 / 86,2 | 6 ^a | 100 / 100 | | 101 / 102 | | 3 | 54 | 44 | <0,1 / <0,1 |
| Mongolei | 39 | 64,0 / 70,1 | 46 | 99 / 102 | | 84 / 95 | 2 / 2 | 45 | 66 | 61 | 0,1 / <0,1 |
| Nordkorea | 48 | 65,1 / 69,3 | 370 | | | | | 1 | 69 | 58 | 1,1 / 1,6 |
| Südkorea | 4 | 75,1 / 82,3 | 14 | 107 / 103 | 99 / 100 | 100 / 95 | | 4 | 81 | 67 | 0,1 / <0,1 |
| SÜDOSTASIEN | 27 | 68,2 / 73,0 | | | | | | 34 | 58 | 51 | |
| Indonesien | 26 | 68,8 / 72,8 | 420 | 116 / 112 | 83 / 86 | 64 / 64 | 6 / 13 | 40 | 58 | 58 | 0,3 / 0,1 |
| Kambodscha | 62 | 57,6 / 62,1 | 540 | 127 / 118 | 61 / 64 | 43 / 34 | 15 / 36 | 42 | 40 | 27 | 1,2 / 0,5 |
| Laos | 50 | 63,2 / 66,0 | 660 | 123 / 109 | 62 / 62 | 49 / 38 | 23 / 39 | 72 | 32 | 29 | 0,3 / 0,1 |
| Malaysia | 9 | 72,1 / 76,8 | 62 | 101 / 100 | 99 / 100 | 66 / 72 | 8 / 15 | 13 | 55 | 30 | 0,8 / 0,3 |
| Myanmar (Birma) | 65 | 59,3 / 65,4 | 380 | 114 / 115 | 71 / 72 | 49 / 49 | 6 / 14 | 16 | 37 | 33 | 0,8 / 0,6 |
| Osttimor | 65 | 60,2 / 62,0 | 380 | 103 / 95 | | 53 / 54 | | 54 | 10 | 9 | <0,1 / <0,1 |
| Philippinen | 23 | 69,6 / 74,1 | 230 | 110 / 109 | 70 / 78 | 79 / 88 | 8 / 6 | 47 | 51 | 36 | <0,1 / <0,1 |
| Singapur | 3 | 78,1 / 82,0 | 14 | | | | 3 / 11 | 5 | 62 | 53 | 0,2 / 0,1 |
| Thailand | 10 | 66,5 / 75,0 | 110 | 108 / 108 | | 75 / 82 | 5 / 9 | 42 | 72 | 70 | 1,7 / 1,2 |
| Vietnam | 19 | 72,5 / 76,4 | 150 | 92 / 88 | 87 / 87 | 76 / 75 | 6 / 13 | 18 | 76 | 60 | 0,8 / 0,3 |
| SÜDLICHES ZENTRALASIEN | 57 | 63,2 / 66,3 | | | | | | 63 | 53 | 45 | |
| Afghanistan | 156 | 44,0 / 43,9 | 1.800 | 126 / 75 | | 28 / 9 | 57 / 87 | 113 | 19 | 16 | <0,1 / <0,1 |
| Bangladesch | 51 | 63,4 / 65,3 | 570 | 101 / 105 | 63 / 67 | 43 / 45 | 46 / 59 | 125 | 58 | 47 | <0,1 / <0,1 |
| Bhutan | 44 | 64,3 / 67,8 | 440 | 103 / 101 | 91 / 95 | 51 / 46 | | 37 | 31 | 31 | 0,1 / <0,1 |
| Indien | 54 | 63,3 / 66,6 | 450 | 116 / 113 | 73 / 73 | 59 / 49 | 27 / 52 | 62 | 56 | 49 | 0,4 / 0,3 |
| Iran | 30 | 69,5 / 72,8 | 140 | 104 / 132 | 88 / 88 | 83 / 78 | 16 / 30 | 20 | 74 | 56 | 0,3 / 0,1 |
| Nepal | 53 | 63,4 / 64,5 | 830 | 129 / 123 | 75 / 83 | 46 / 41 | 37 / 65 | 115 | 48 | 44 | 0,7 / 0,3 |
| Pakistan | 67 | 65,4 / 65,9 | 320 | 94 / 74 | 68 / 72 | 34 / 26 | 45 / 71 | 36 | 26 | 18 | 0,1 / 0,1 |
| Sri Lanka | 11 | 68,8 / 76,3 | 58 | 108 / 108 | | 86 / 88 | 8 / 11 | 25 | 70 | 50 | <0,1 / <0,1 |
| WESTASIEN | 38 | 67,7 / 72,2 | | | | | | 38 | 55 | 34 | |
| Besetzte Palästinensische Gebiete | 17 | 71,9 / 75,1 | | 82 / 3 | | 91 / 97 | 3 / 12 | 79 | 50 | 39 | |
| Irak | 79 | 58,4 / 62,1 | 300 | 109 / 90 | 87 / 73 | 54 / 36 | 16 / 36 | 37 | 50 | 33 | |
| Israel | 5 | 78,7 / 82,9 | 4 | 109 / 111 | 100 / 99 | 93 / 92 | | 14 | 68 | 52 | 0,2 / 0,1 |
| Jemen | 58 | 61,3 / 64,6 | 430 | 100 / 74 | 67 / 65 | 61 / 30 | 27 / 65 | 71 | 23 | 13 | |
| Jordanien | 19 | 70,9 / 74,6 | 62 | 96 / 98 | 97 / 96 | 88 / 90 | 5 / 15 | 25 | 56 | 41 | |
| Kuwait | 8 | 76,1 / 79,9 | 4 | 97 / 96 | 95 / 97 | 87 / 91 | 19 / 26 | 13 | 52 | 39 | |

Überwachung der ICPD-Ziele - ausgewählte Indikatoren

| | Sterblichkeitsindikatoren | | | Bildungsindikatoren | | | | Gesundheitsindikatoren | | | |
|----------------------------------|---|---------------------|--|--|---|---|---------------------------------------|---|--|------------------|---|
| | Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten | Lebenserwartung m/w | Müttersterblichkeit pro 100.000 Lebendgeburten | Bruttoeinschulungsrate in der Grundstufe m/w | Anteil derer, die die fünfte Klasse erreichen m/w | Bruttoeinschulungsrate in der Sekundarstufe m/w | Analphabetenrate (>15 Jahre) in % m/w | Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren | Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen Irgend-eine Methode | Moderne Methoden | HIV-Infektionsrate (15-49 Jahre) in % m/w |
| Libanon | 22 | 69,9 / 74,3 | 150 | 96 / 93 | 88 / 94 | 78 / 85 | | 25 | 58 | 34 | 0,2 / 0,1 |
| Oman | 12 | 74,3 / 77,6 | 64 | 82 / 83 | 100 / 100 | 90 / 87 | 13 / 26 | 10 | 24 | 18 | |
| Saudi-Arabien | 19 | 71,0 / 75,4 | 18 | 103 / 100 | 100 / 93 | 98 / 90 | 12 / 24 | 28 | 32 | 29 | |
| Syrien | 16 | 72,4 / 76,2 | 130 | 129 / 123 | 93 / 92 | 72 / 68 | 12 / 26 | 35 | 58 | 43 | |
| Türkei (10) | 27 | 69,5 / 74,4 | 44 | 96 / 92 | 89 / 90 | 86 / 71 | 5 / 20 | 38 | 71 | 43 | |
| Vereinigte Arabische Emirate | 8 | 77,2 / 81,5 | 37 | 104 / 103 | 98 / 100 | 89 / 91 | 11 / 12 | 18 | 28 | 24 | |
| ARABISCHE STAATEN (11) | 44,0 | 66,7 / 70,3 | 495 | 103 / 92 | 88 / 86 | 71 / 65 | 24 / 45 | 36 | 39 | 31 | 0,5 / <0,1 |
| EUROPA | 8 | 70,6 / 78,9 | | | | | | 18 | 68 | 53 | |
| OSTEUROPA | 13 | 63,0 / 74,5 | | | | | | 26 | 68 | 45 | |
| Bulgarien | 12 | 69,6 / 76,8 | 11 | 101 / 100 | | 108 / 104 | 1 / 2 | 40 | 42 | 26 | |
| Polen | 7 | 71,5 / 79,8 | 8 | 98 / 97 | | 100 / 99 | 7 / 7 | 13 | 49 | 19 | 0,1 / 0,1 |
| Rumänien | 15 | 69,1 / 76,2 | 24 | 105 / 104 | | 86 / 86 | 2 / 4 | 32 | 70 | 38 | 0,1 / 0,1 |
| Slowakei | 7 | 70,9 / 78,6 | 6 | 101 / 99 | | 94 / 95 | | 20 | 74 | 41 | |
| Tschechische Republik | 4 | 73,4 / 79,6 | 4 | 100 / 100 | 100 / 100 | 96 / 97 | | 11 | 72 | 63 | <0,1 / <0,1 |
| Ungarn | 7 | 69,4 / 77,5 | 6 | 98 / 96 | | 96 / 95 | 1 / 1 | 19 | 77 | 68 | 0,1 / <0,1 |
| NORDEUROPA (12) | 5 | 76,5 / 81,5 | | | | | | 19 | 77 | 72 | |
| Dänemark | 4 | 76,1 / 80,7 | 3 | 99 / 99 | 93 / 93 | 122 / 126 | | 6 | 78 | 72 | 0,3 / 0,1 |
| Estland | 7 | 66,0 / 76,9 | 25 | 100 / 98 | 97 / 97 | 99 / 101 | 0 / 0 | 21 | 70 | 56 | 2,0 / 0,6 |
| Finnland | 4 | 76,3 / 82,5 | 7 | 98 / 98 | 99 / 100 | 109 / 114 | | 9 | 77 | 75 | 0,1 / <0,1 |
| Großbritannien und Nordirland | 5 | 77,2 / 81,7 | 8 | 107 / 107 | | 104 / 106 | | 24 | 84 | 82 | 0,3 / 0,1 |
| Irland | 5 | 76,5 / 81,4 | 1 | 104 / 103 | 97 / 100 | 108 / 116 | | 16 | 89 | | 0,3 / 0,1 |
| Lettland | 10 | 67,5 / 77,8 | 10 | 96 / 93 | | 98 / 99 | 0 / 0 | 14 | 48 | 39 | 1,2 / 0,4 |
| Litauen | 8 | 67,6 / 78,4 | 11 | 95 / 94 | | 99 / 99 | 0 / 0 | 19 | 47 | 31 | 0,2 / 0,1 |
| Norwegen | 3 | 77,9 / 82,6 | 7 | 98 / 98 | 100 / 100 | 113 / 113 | | 8 | 74 | 69 | 0,2 / 0,1 |
| Schweden | 3 | 78,8 / 83,1 | 3 | 96 / 95 | | 104 / 103 | | 5 | 75 | 65 | 0,1 / 0,1 |
| SÜDEUROPA (13) | 6 | 76,5 / 82,4 | | | | | | 11 | 62 | 45 | |
| Albanien | 19 | 73,6 / 79,9 | 92 | 106 / 105 | | 78 / 75 | 1 / 2 | 16 | 75 | 8 | |
| Bosnien-Herzegowina | 12 | 72,2 / 77,5 | 3 | | | | 1 / 6 | 20 | 36 | 11 | |
| Griechenland | 7 | 77,2 / 81,9 | 3 | 102 / 102 | 97 / 100 | 104 / 102 | 2 / 6 | 9 | 76 | 42 | 0,2 / 0,1 |
| Italien | 5 | 77,6 / 83,5 | 3 | 104 / 103 | 99 / 100 | 101 / 100 | 1 / 2 | 6 | 60 | 39 | 0,6 / 0,2 |
| Kroatien | 6 | 72,4 / 79,2 | 7 | 99 / 99 | | 90 / 93 | 1 / 3 | 13 | | | |
| Mazedonien | 15 | 71,9 / 76,7 | 10 | 98 / 98 | | 85 / 83 | 2 / 6 | 21 | 14 | 10 | |
| Montenegro | 22 | 72,4 / 76,8 | | | | | | 17 | 39 | 17 | |
| Portugal | 5 | 75,1 / 81,3 | 11 | 118 / 112 | | 94 / 102 | 0 / 1 | 14 | 67 | 63 | 0,7 / 0,3 |
| Serbien | 12 | 71,8 / 76,4 | 14 ¹⁴ | 97 / 97 ¹⁴ | | 87 / 89 | 1 / 6 ¹⁴ | 25 | 41 | 19 | 0,2 / 0,1 |
| Slowenien | 5 | 74,2 / 81,6 | 6 | 101 / 100 | | 96 / 95 | 0 / 0 | 7 | 74 | 59 | |
| Spanien | 4 | 77,7 / 84,3 | 4 | 106 / 104 | 100 / 100 | 115 / 122 | 2 / 4 | 9 | 66 | 62 | 0,8 / 0,2 |
| WESTEUROPA (15) | 4 | 77,0 / 82,9 | | | | | | 8 | 70 | 67 | |
| Belgien | 4 | 76,5 / 82,4 | 8 | 102 / 102 | 96 / 97 | 112 / 108 | | 7 | 78 | 74 | 0,3 / 0,1 |
| Deutschland | 4 | 76,6 / 82,2 | 4 | 103 / 103 | | 102 / 100 | | 9 | 70 | 66 | 0,2 / 0,1 |
| Frankreich | 4 | 77,2 / 84,2 | 8 | 110 / 109 | 98 / 98 | 114 / 114 | | 7 | 71 | 71 | 0,5 / 0,2 |
| Niederlande | 5 | 77,6 / 81,9 | 6 | 108 / 105 | 99 / 100 | 119 / 117 | | 5 | 67 | 65 | 0,3 / 0,1 |
| Österreich | 4 | 77,0 / 82,7 | 4 | 102 / 101 | | 104 / 100 | | 12 | 51 | 47 | 0,3 / 0,1 |
| Schweiz | 4 | 79,1 / 84,2 | 5 | 98 / 97 | | 95 / 90 | | 4 | 82 | 78 | 0,7 / 0,5 |
| LATEINAMERIKA UND KARIBIK | 21 | 70,2 / 76,7 | | | | | | 76 | 72 | 64 | |
| KARIBIK (16) | 28 | 69,0 / 74,3 | | | | | | 64 | 59 | 55 | |
| Dominikanische Republik | 29 | 69,4 / 75,6 | 150 | 101 / 96 | 66 / 71 | 63 / 75 | 13 / 13 | 108 | 61 | 60 | 1,0 / 1,1 |

Überwachung der ICPD-Ziele - ausgewählte Indikatoren

| | Sterblichkeitsindikatoren | | | Bildungsindikatoren | | | | Gesundheitsindikatoren | | | |
|--|---|---------------------|--|--|---|---|---------------------------------------|---|--|------------------|---|
| | Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten | Lebenserwartung m/w | Müttersterblichkeit pro 100.000 Lebendgeburten | Bruttoeinschulungsrate in der Grundstufe m/w | Anteil derer, die die fünfte Klasse erreichen m/w | Bruttoeinschulungsrate in der Sekundarstufe m/w | Analphabetenrate (>15 Jahre) in % m/w | Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15-19 Jahren | Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen Irgend-eine Methode | Moderne Methoden | HIV-Infektionsrate (15-49 Jahre) in % m/w |
| Haiti | 48 | 59,2 / 63,0 | 670 | | | | 43 / 40 | 46 | 32 | 25 | 2,1 / 2,3 |
| Jamaika | 13 | 70,0 / 75,3 | 170 | 95 / 95 | 88 / 93 | 86 / 89 | 26 / 14 | 78 | 69 | 66 | 2,3 / 0,9 |
| Kuba | 5 | 76,3 / 80,5 | 45 | 102 / 100 | 96 / 98 | 93 / 94 | 0 / 0 | 47 | 73 | 72 | 0,1 / 0,1 |
| Puerto Rico | 7 | 74,9 / 82,8 | 18 | | | | 4 / 8 | 47 | 84 | 72 | |
| Trinidad und Tobago | 12 | 68,0 / 71,9 | 45 | 96 / 94 | 90 / 92 | 75 / 78 | 1 / 2 | 35 | 38 | 33 | 1,2 / 1,8 |
| ZENTRALAMERIKA | 19 | 72,5 / 77,8 | | | | | | 74 | 69 | 64 | |
| Costa Rica | 10 | 76,5 / 81,3 | 30 | 112 / 111 | 93 / 95 | 83 / 89 | 5 / 5 | 71 | 80 | 71 | 0,5 / 0,2 |
| El Salvador | 21 | 68,9 / 75,0 | 170 | 116 / 112 | 70 / 74 | 63 / 66 | | 81 | 67 | 61 | 1,2 / 0,5 |
| Guatemala | 29 | 66,9 / 73,9 | 290 | 118 / 109 | 70 / 68 | 56 / 51 | 25 / 37 | 107 | 43 | 34 | 1,1 / 0,4 |
| Honduras | 28 | 67,0 / 73,8 | 280 | 119 / 118 | 81 / 87 | 66 / 86 | 20 / 20 | 93 | 65 | 56 | 0,9 / 0,4 |
| Mexiko | 16 | 73,9 / 78,7 | 60 | 114 / 111 | 94 / 95 | 86 / 88 | 8 / 10 | 65 | 71 | 67 | 0,4 / 0,2 |
| Nicaragua | 21 | 70,1 / 76,2 | 170 | 117 / 115 | 50 / 57 | 62 / 70 | 23 / 23 | 113 | 72 | 70 | 0,3 / 0,1 |
| Panama | 18 | 73,1 / 78,3 | 130 | 113 / 110 | 87 / 89 | 67 / 73 | 7 / 9 | 83 | | | 1,4 / 0,6 |
| SÜDAMERIKA (17) | 21 | 69,6 / 76,5 | | | | | | 78 | 74 | 66 | |
| Argentinien | 13 | 71,7 / 79,2 | 77 | 113 / 112 | 89 / 91 | 80 / 89 | 3 / 3 | 57 | 65 | | 0,8 / 0,3 |
| Bolivien | 45 | 63,6 / 67,9 | 290 | 109 / 109 | 85 / 85 | 84 / 81 | 7 / 19 | 78 | 58 | 35 | 0,2 / 0,1 |
| Brasilien | 23 | 68,9 / 76,2 | 110 | 146 / 135 | | 101 / 111 | 12 / 11 | 89 | 77 | 70 | 0,4 / 0,2 |
| Chile | 7 | 75,6 / 81,6 | 16 | 107 / 102 | 99 / 99 | 90 / 92 | 4 / 4 | 60 | 64 | | 0,4 / 0,2 |
| Ecuador | 21 | 72,2 / 78,1 | 210 | 117 / 117 | 77 / 78 | 67 / 68 | 8 / 10 | 83 | 73 | 58 | 0,5 / 0,2 |
| Kolumbien | 19 | 69,4 / 76,7 | 130 | 117 / 115 | 78 / 86 | 78 / 87 | 7 / 7 | 65 | 78 | 68 | 0,8 / 0,3 |
| Paraguay | 32 | 69,8 / 74,0 | 150 | 113 / 110 | 86 / 90 | 66 / 67 | 6 / 8 | 72 | 73 | 61 | 0,8 / 0,3 |
| Peru | 21 | 69,1 / 74,2 | 240 | 116 / 117 | 90 / 89 | 93 / 96 | 6 / 18 | 60 | 71 | 48 | 0,6 / 0,3 |
| Uruguay | 13 | 72,9 / 79,9 | 20 | 117 / 113 | 92 / 95 | 94 / 109 | 4 / 3 | 61 | 77 | 75 | 0,8 / 0,3 |
| Venezuela | 17 | 70,9 / 76,9 | 57 | 106 / 103 | 90 / 95 | 73 / 82 | 7 / 7 | 90 | 70 | 62 | 1,1 / 0,4 |
| NORDAMERIKA (18) | 6 | 75,9 / 81,1 | | | | | | 40 | 73 | 69 | |
| Kanada | 5 | 78,4 / 83,0 | 7 | 100 / 99 | | 119 / 116 | | 15 | 74 | | 0,5 / 0,2 |
| Vereinigte Staaten | 6 | 75,7 / 80,9 | 11 | 98 / 99 | 96 / 98 | 94 / 94 | | 42 | 73 | 68 | 0,9 / 0,3 |
| OZEANIEN | 26 | 72,8 / 78,0 | | | | | | 27 | 58 | 52 | |
| AUSTRALIEN/NEUSEELAND | 4 | 78,9 / 83,4 | | | | | | 16 | 72 | 66 | |
| Australien (19) | 4 | 79,0 / 83,7 | 4 | 105 / 105 | | 154 / 146 | | 14 | 71 | | 0,3 / <0,1 |
| Melanesien (20) | 55 | 57,1 / 62,6 | | | | | | 48 | 28 | 20 | |
| Neuseeland | 5 | 78,3 / 82,2 | 9 | 102 / 102 | | 117 / 123 | | 23 | 74 | 71 | 0,1 / <0,1 |
| Papua Neuguinea | 60 | 54,7 / 60,4 | 470 | 60 / 50 | | | 37 / 49 | 51 | 26 | 20 | 1,8 / 1,2 |
| IM WIRTSCHAFTLICHEN ÜBERGANG BEFINDLICHE LÄNDER DER EHEMALIGEN UDSSR (21) | | | | | | | | | | | |
| Armenien | 29 | 68,5 / 75,2 | 76 | 96 / 100 | | 88 / 91 | 0 / 1 | 30 | 53 | 20 | 0,2 / 0,1 |
| Aserbaidzhan | 72 | 63,9 / 71,3 | 82 | 98 / 95 | | 85 / 81 | 0 / 2 | 29 | 55 | 12 | 0,3 / 0,1 |
| Georgien | 39 | 67,1 / 74,8 | 66 | 94 / 97 | 86 / 90 | 83 / 86 | | 30 | 47 | 27 | 0,2 / 0,1 |
| Kasachstan | 24 | 61,9 / 72,6 | 140 | 105 / 106 | | 93 / 92 | 0 / 1 | 31 | 51 | 49 | 0,2 / 0,1 |
| Kirgisistan | 53 | 62,1 / 70,0 | 150 | 97 / 96 | | 86 / 87 | 1 / 2 | 31 | 48 | 45 | 0,2 / 0,1 |
| Moldawien | 16 | 65,2 / 72,5 | 22 | 97 / 96 | | 87 / 91 | 0 / 1 | 32 | 68 | 44 | 0,6 / 0,2 |
| Russische Föderation | 16 | 58,9 / 72,6 | 28 | 96 / 96 | | 85 / 83 | 0 / 1 | 28 | 73 | 53 | 1,7 / 0,6 |
| Tadschikistan | 59 | 64,2 / 69,5 | 170 | 103 / 98 | | 90 / 75 | 0 / 1 | 28 | 38 | 33 | 0,4 / 0,1 |
| Turkmenistan | 74 | 59,1 / 67,6 | 130 | | | | 1 / 2 | 16 | 62 | 53 | |
| Ukraine | 13 | 62,2 / 73,8 | 18 | 102 / 102 | | 94 / 93 | 0 / 1 | 28 | 68 | 38 | 1,9 / 1,3 |
| Usbekistan | 55 | 64,1 / 70,5 | 24 | 97 / 94 | | 103 / 102 | 2 / 4 | 34 | 65 | 59 | 0,1 / 0,1 |
| Weißrussland | 9 | 63,2 / 75,3 | 18 | 97 / 95 | | 95 / 97 | 0 / 1 | 22 | 73 | 57 | 0,3 / 0,1 |

Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren

| | Gesamtbevölkerung 2008 (in Millionen) | Bevölkerungsprojektion für 2050 (in Millionen) | Durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate in % (2005-2010) | Städtische Bevölkerung in % (2008) | Wachstumsrate der städtischen Bevlk. in % (2005-2010) | Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirt. Nutzfläche | Gesamtertragsfruchtbarkeitsrate (2008) | Betreute Geburten in % | BNE pro Kopf in US-\$ (2006) | Anteil an den Staatsausgaben | | Entwicklungshilfe für bevölkerungspolitische Maßnahmen (in 1.000 US-\$) | Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten m/w (Schätzwert für 2008) | Energieverbrauch pro Kopf in kg Erdöl-einheiten | Zugang zu sauberem Trinkwasser (% der Bevlk.) |
|--|---------------------------------------|--|--|------------------------------------|---|--|--|------------------------|------------------------------|--|------------------------|---|---|---|---|
| | | | | | | | | | | Grundschulbildung (% des BIP pro Kopf) | Gesundheit (% des BIP) | | | | |
| Weltweit | 6.749,7 | 9.191,3 | 1,2 | 50 | 2,0 | | 2,54 | 66 | 9.209 | | | | 73 / 72 | 1.796 | 83 |
| stärker entwickelte Regionen (*) | 1.226,3 | 1.245,2 | 0,3 | 75 | 0,5 | | 1,60 | 100 | | | | | 9 / 8 | | |
| weniger entwickelte Regionen (+) | 5.523,4 | 7.946,0 | 1,4 | 44 | 2,5 | | 2,73 | 62 | | | | | 80 / 80 | | |
| am wenigsten entwickelte Regionen (#) | 823,8 | 1.742,0 | 2,4 | 28 | 4,1 | | 4,60 | 35 | 1.076 | | | | 145 / 133 | 312 | |
| AFRIKA (1) | 987,0 | 1.997,9 | 2,3 | 39 | 3,3 | | 4,63 | 47 | | | | 2.310.570²² | 148 / 135 | | |
| OSTAFRIKA | 315,8 | 692,9 | 2,5 | 23 | 3,9 | | 5,21 | 34 | | | | 1.259.919 | 140 / 125 | | |
| Äthiopien | 85,2 | 183,4 | 2,5 | 17 | 4,3 | 4,6 | 5,24 | 6 | 630 | | 3,0 | 233.235 | 151 / 136 | 288 | 22 |
| Burundi | 8,9 | 28,3 | 3,9 | 10 | 6,8 | 5,3 | 6,79 | 34 | 320 | 19,1 | 1,0 | 11.942 | 178 / 156 | | 79 |
| Eritrea | 5,0 | 11,5 | 3,2 | 21 | 5,4 | 5,4 | 5,00 | 28 | 680 | 11,3 | 1,7 | 9.974 | 79 / 72 | | 60 |
| Kenia | 38,6 | 84,8 | 2,7 | 22 | 4,0 | 4,6 | 4,92 | 42 | 1.470 | 23,6 | 2,1 | 169.437 | 111 / 95 | 484 | 61 |
| Madagaskar | 20,2 | 44,5 | 2,7 | 29 | 3,8 | 3,8 | 4,72 | 51 | 870 | 8,4 | 2,0 | 13.038 | 110 / 99 | | 46 |
| Malawi | 14,3 | 31,9 | 2,6 | 19 | 5,2 | 3,6 | 5,55 | 54 | 690 | 13,5 | 8,7 | 76.443 | 134 / 125 | | 73 |
| Mauritius (2) | 1,3 | 1,4 | 0,8 | 42 | 0,9 | 1,1 | 1,86 | 99 | 10.640 | 11,8 | 2,2 | 794 | 18 / 14 | | 100 |
| Mosambik | 21,8 | 39,1 | 2,0 | 37 | 4,1 | 3,3 | 5,06 | 48 | 660 | 14,1 | 2,7 | 136.904 | 170 / 153 | 497 | 43 |
| Ruanda | 10,0 | 22,6 | 2,8 | 18 | 4,2 | 5,6 | 5,86 | 28 | 730 | 11,3 | 4,1 | 67.329 | 199 / 173 | | 74 |
| Sambia | 12,2 | 22,9 | 1,9 | 35 | 2,3 | 1,4 | 5,13 | 43 | 1.140 | 5,4 | 2,7 | 148.100 | 163 / 147 | 621 | 58 |
| Simbabwe | 13,5 | 19,1 | 1,0 | 37 | 2,2 | 2,3 | 3,15 | 69 | | | 3,6 | 49.190 | 100 / 86 | 741 | 81 |
| Somalia | 9,0 | 21,1 | 2,9 | 37 | 4,2 | 4,1 | 6,00 | 33 | | | | 8.854 | 196 / 186 | | 29 |
| Tansania | 41,5 | 85,1 | 2,5 | 25 | 4,2 | 2,8 | 5,11 | 43 | 980 | | 2,9 | 160.011 | 123 / 110 | 530 | 62 |
| Uganda | 31,9 | 92,9 | 3,2 | 13 | 4,4 | 2,9 | 6,42 | 42 | 880 | 11,3 | 2,0 | 174.668 | 132 / 119 | | 60 |
| ZENTRALAFRIKA (3) | 122,5 | 312,7 | 2,8 | 42 | 4,3 | | 5,99 | 55 | | | | 164.835 | 200 / 178 | | |
| Angola | 17,5 | 44,6 | 2,8 | 57 | 4,4 | 3,2 | 6,40 | 45 | 3.890 | | 1,5 | 30.640 | 243 / 215 | 615 | 53 |
| Gabun | 1,4 | 2,1 | 1,5 | 85 | 2,1 | 0,8 | 3,03 | 86 | 11.180 | | 3,0 | 2.242 | 89 / 79 | 1.333 | 88 |
| Kamerun | 18,9 | 33,1 | 2,0 | 57 | 3,5 | 1,2 | 4,27 | 63 | 2.060 | 10,3 | 1,5 | 19.445 | 150 / 136 | 392 | 66 |
| Kongo | 3,8 | 7,6 | 2,1 | 61 | 2,7 | 2,4 | 4,44 | 86 | | 4,0 | 0,9 | 1.429 | 112 / 89 | 332 | 58 |
| Kongo, Demokrat. Rep. (4) | 64,7 | 186,8 | 3,2 | 34 | 5,1 | 4,6 | 6,69 | 61 | 270 | | 1,5 | 90.486 | 205 / 184 | 289 | 46 |
| Tschad | 11,1 | 29,4 | 2,9 | 27 | 4,7 | 1,7 | 6,16 | 14 | 1.170 | 7,3 | 1,5 | 8.325 | 195 / 180 | | 42 |
| Zentralafrikanische Republik | 4,4 | 7,6 | 1,8 | 39 | 2,3 | 1,4 | 4,54 | 54 | 690 | 11,8 | 1,5 | 12.268 | 178 / 145 | | 75 |
| NORDAFRIKA (5) | 199,5 | 310,2 | 1,7 | 51 | 2,4 | | 2,86 | 71 | | | | 108.269²³ | 55 / 46 | | |
| Ägypten | 76,8 | 121,2 | 1,8 | 43 | 1,8 | 6,9 | 2,87 | 74 | 4.940 | | 2,3 | 38.679 | 37 / 29 | 841 | 98 |
| Algerien | 34,4 | 49,6 | 1,5 | 65 | 2,5 | 0,9 | 2,36 | 95 | 5.940 | 11,3 | 2,6 | 3.485 | 34 / 30 | 1.058 | 85 |
| Libyen | 6,3 | 9,7 | 2,0 | 78 | 2,2 | 0,1 | 2,69 | 100 | 11.630 | | 2,2 | 536 | 20 / 19 | 3.218 | |
| Marokko | 31,6 | 42,6 | 1,2 | 56 | 1,8 | 1,1 | 2,35 | 63 | 3.860 | 22,9 | 1,9 | 16.832 | 42 / 28 | 458 | 81 |
| Sudan | 39,4 | 73,0 | 2,2 | 43 | 4,3 | 1,1 | 4,17 | 49 | 1.780 | | 1,4 | 43.513 | 110 / 96 | 499 | 70 |
| Tunesien | 10,4 | 13,2 | 1,1 | 67 | 1,7 | 0,5 | 1,91 | 90 | 6.490 | 24,1 | 2,4 | 5.224 | 23 / 21 | 843 | 93 |
| SÜDLICHES AFRIKA | 56,0 | 65,0 | 0,6 | 58 | 1,5 | | 2,69 | 89 | | | | 305.785 | 74 / 63 | | |
| Botswana | 1,9 | 2,7 | 1,2 | 60 | 2,5 | 2,1 | 2,87 | 99 | 11.730 | 17,2 | 4,5 | 27.676 | 73 / 60 | 1.032 | 95 |
| Lesotho | 2,0 | 2,4 | 0,6 | 25 | 3,5 | 2,3 | 3,33 | 55 | 1.810 | 24,2 | 8,5 | 10.647 | 104 / 90 | | 79 |
| Namibia | 2,1 | 3,0 | 1,3 | 37 | 2,9 | 1,1 | 3,15 | 76 | 4.770 | 20,1 | 3,5 | 70.474 | 70 / 58 | 683 | 87 |
| Südafrika | 48,8 | 55,6 | 0,6 | 61 | 1,4 | 0,4 | 2,62 | 92 | 8.900 | 14,2 | 3,6 | 183.967 | 71 / 60 | 2.722 | 88 |
| Swasiland | 1,1 | 1,4 | 0,6 | 25 | 1,7 | 1,8 | 3,41 | 74 | 4.700 | 12,4 | 4,0 | 13.022 | 121 / 103 | | 62 |
| WESTAFRIKA (6) | 293,2 | 617,0 | 2,4 | 43 | 3,8 | | 5,25 | 41 | | | | 471.763 | 179 / 170 | | |
| Benin | 9,3 | 22,5 | 3,0 | 41 | 4,0 | 1,4 | 5,37 | 78 | 1.250 | 11,5 | 3,0 | 23.852 | 147 / 143 | 304 | 67 |
| Burkina Faso | 15,2 | 37,5 | 2,9 | 20 | 5,0 | 2,6 | 5,96 | 54 | 1.130 | 34,7 | 4,0 | 30.648 | 183 / 176 | | 61 |
| Elfenbeinküste | 19,6 | 34,7 | 1,8 | 49 | 3,2 | 1,1 | 4,40 | 57 | 1.580 | | 0,8 | 35.229 | 192 / 173 | 422 | 84 |
| Gambia | 1,8 | 3,6 | 2,6 | 57 | 4,2 | 3,5 | 4,65 | 57 | 1.110 | 7,4 | 3,4 | 3.090 | 129 / 124 | | 82 |

Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren

| | Gesamtbevölkerung 2008 (in Millionen) | Bevölkerungsprojektion für 2050 (in Millionen) | Durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate in % (2005-2010) | Städtische Bevölkerung in % (2008) | Wachstumsrate der städtischen Bevlk. in % (2005-2010) | Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirt. Nutzfläche | Gesamtfertbarkeitsrate (2008) | Betreute Geburten in % | BNE pro Kopf in US-\$ (2006) | Anteil an den Staatsausgaben | Grundschulbildung (% des BIP pro Kopf) | Gesundheit (% des BIP) | Entwicklungshilfe für bevölkerungspolitische Maßnahmen (in 1.000 US-\$) | Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten m/w (Schätzwert für 2008) | Energieverbrauch pro Kopf in kg Erdöl-einheiten | Zugang zu sauberem Trinkwasser (% der Bevlk.) |
|-----------------------------------|---------------------------------------|--|--|------------------------------------|---|--|-------------------------------|------------------------|------------------------------|------------------------------|--|-------------------------------|---|---|---|---|
| Ghana | 23,9 | 41,9 | 2,0 | 50 | 3,5 | 1,9 | 3,79 | 50 | 1.240 | 12,8 | 2,1 | 53.639 | 90 / 86 | 397 | 75 | |
| Guinea | 9,6 | 22,7 | 2,2 | 34 | 3,5 | 3,9 | 5,39 | 38 | 1.130 | | 0,7 | 13.184 | 163 / 144 | | 50 | |
| Guinea-Bissau | 1,7 | 5,3 | 3,0 | 30 | 3,3 | 2,4 | 7,04 | 39 | 460 | | 1,7 | 2.342 | 204 / 181 | | 59 | |
| Liberia | 3,9 | 12,5 | 4,5 | 60 | 5,7 | 3,7 | 6,75 | 51 | 260 | | 4,4 | 7.069 | 212 / 194 | | 61 | |
| Mali | 12,7 | 34,2 | 3,0 | 32 | 4,8 | 1,9 | 6,46 | 41 | 1.000 | | 2,9 | 31.466 | 206 / 189 | | 50 | |
| Mauretanien | 3,2 | 6,4 | 2,5 | 41 | 3,0 | 3,0 | 4,32 | 57 | 1.970 | 9,8 | 1,7 | 4.869 | 98 / 85 | | 53 | |
| Niger | 14,7 | 53,2 | 3,5 | 16 | 4,0 | 0,8 | 7,16 | 18 | 630 | 19,0 | 1,9 | 12.633 | 183 / 188 | | 46 | |
| Nigeria | 151,5 | 288,7 | 2,3 | 48 | 3,8 | 1,2 | 5,27 | 35 | 1.410 | | 1,2 | 209.913 | 190 / 182 | 734 | 48 | |
| Senegal | 12,7 | 25,3 | 2,5 | 42 | 3,1 | 3,3 | 4,63 | 52 | 1.560 | 18,7 | 1,7 | 25.804 | 120 / 108 | 258 | 76 | |
| Sierra Leone | 6,0 | 13,5 | 2,0 | 38 | 2,9 | 4,9 | 6,44 | 43 | 610 | | 1,9 | 8.437 | 290 / 264 | | 57 | |
| Togo | 6,8 | 14,1 | 2,7 | 42 | 4,3 | 1,3 | 4,74 | 62 | 770 | 6,7 | 1,4 | 9.587 | 134 / 116 | 320 | 52 | |
| ASIEN | 4.075,4 | 5.265,9 | 1,1 | 41 | 2,5 | | 2,33 | 65 | | | | 929.713 | 56 / 61 | | | |
| OSTASIEN (7) | 1.546,9 | 1.591,2 | 0,5 | 47 | 2,2 | | 1,68 | 98 | | | | 63.405^{23,24} | 23 / 32 | | | |
| China | 1.336,3 | 1.408,8 | 0,6 | 43 | 2,7 | 5,4 | 1,73 | 98 | 4.660 | | 1,8 | 57.521 | 24 / 34 | 1.316 | 77 | |
| China, Hongkong (SAR) (8) | 7,3 | 9,0 | 1,0 | 100 | 1,0 | | 0,96 | 100 | 39.200 | 14,9 | | | 5 / 4 | 2.653 | | |
| Japan | 127,9 | 102,5 | 0,0 | 66 | 0,2 | 0,8 | 1,27 | 100 | 32.840 | 22,6 | 6,7 | (371.241) | 5 / 4 | 4.152 | 100 | |
| Mongolei | 2,7 | 3,4 | 1,0 | 57 | 1,2 | 0,5 | 1,86 | 99 | 2.810 | 14,3 | 3,3 | 4.764 | 57 / 49 | | 62 | |
| Nordkorea | 23,9 | 24,7 | 0,3 | 63 | 0,9 | 2,1 | 1,85 | 97 | | | 3,0 | 969 | 62 / 62 | 898 | 100 | |
| Südkorea | 48,4 | 42,3 | 0,3 | 81 | 0,6 | 1,7 | 1,20 | 100 | 22.990 | 18,6 | 3,1 | 151 | 5 / 5 | 4.426 | 92 | |
| SÜDOSTASIEN | 579,9 | 766,6 | 1,3 | 47 | 3,0 | | 2,31 | 70 | | | | 355.904 | 39 / 30 | | | |
| Indonesien | 234,3 | 296,9 | 1,2 | 52 | 3,3 | 2,5 | 2,16 | 66 | 3.310 | 2,6 | 1,0 | 155.125 | 36 / 26 | 814 | 77 | |
| Kambodscha | 14,7 | 25,1 | 1,7 | 22 | 4,6 | 2,5 | 3,13 | 44 | 1.550 | 6,1 | 1,5 | 47.122 | 92 / 84 | | 41 | |
| Laos | 6,0 | 9,3 | 1,7 | 31 | 5,6 | 4,0 | 3,15 | 19 | 1.740 | 8,6 | 0,7 | 9.882 | 69 / 62 | | 51 | |
| Malaysia | 27,0 | 39,6 | 1,7 | 70 | 3,0 | 0,5 | 2,57 | 100 | 12.160 | 18,6 | 1,9 | 381 | 12 / 10 | 2.389 | 99 | |
| Myanmar (Birma) | 49,2 | 58,7 | 0,9 | 33 | 2,9 | 3,0 | 2,04 | 57 | | 2,7 | 0,3 | 8.771 | 105 / 87 | 307 | 78 | |
| Osttimor | 1,2 | 3,5 | 3,5 | 27 | 5,0 | 4,6 | 6,48 | 19 | 5.100 | | 11,9 | 5.760 | 90 / 89 | | 58 | |
| Philippinen | 89,7 | 140,5 | 1,9 | 65 | 3,0 | 2,9 | 3,20 | 60 | 3.430 | 11,7 | 1,2 | 47.541 | 32 / 21 | 528 | 85 | |
| Singapur | 4,5 | 5,0 | 1,2 | 100 | 1,2 | 5,0 | 1,26 | 100 | 43.300 | | 1,1 | | 4 / 4 | 6.933 | 100 | |
| Thailand | 64,3 | 67,4 | 0,7 | 33 | 1,7 | 1,6 | 1,85 | 97 | 7.440 | 13,9 | 2,2 | 45.630 | 17 / 13 | 1.588 | 99 | |
| Vietnam | 88,5 | 120,0 | 1,3 | 28 | 3,1 | 6,2 | 2,12 | 88 | 2.310 | | 1,5 | 75.690 | 26 / 19 | 617 | 85 | |
| SÜDLICHES ZENTRALASIEN | 1.724,6 | 2.536,0 | 1,5 | 32 | 2,5 | | 2,86 | 47 | | | | 371.544 | 77 / 85 | | | |
| Afghanistan | 28,2 | 79,4 | 3,9 | 24 | 5,4 | 2,0 | 7,03 | 14 | | | 1,0 | 45.621 | 232 / 237 | | 39 | |
| Bangladesch | 161,3 | 254,1 | 1,7 | 27 | 3,5 | 9,3 | 2,81 | 20 | 1.230 | 7,0 | 0,8 | 87.072 | 68 / 67 | 158 | 74 | |
| Bhutan | 0,7 | 0,9 | 1,4 | 35 | 4,9 | 3,4 | 2,17 | 51 | 4.000 | | 2,8 | 4.289 | 67 / 58 | | 62 | |
| Indien | 1.186,2 | 1.658,3 | 1,5 | 29 | 2,4 | 3,4 | 2,78 | 47 | 2.460 | 11,1 | 1,0 | 141.359 | 73 / 83 | 491 | 86 | |
| Iran | 72,2 | 100,2 | 1,4 | 69 | 2,1 | 0,9 | 2,02 | 97 | 9.800 | 9,7 | 4,4 | 3.503 | 35 / 34 | 2.352 | 94 | |
| Nepal | 28,8 | 51,9 | 2,0 | 17 | 4,9 | 10,1 | 3,24 | 19 | 1.010 | 12,4 | 1,6 | 52.797 | 68 / 72 | 338 | 90 | |
| Pakistan | 167,0 | 292,2 | 1,8 | 36 | 3,0 | 3,5 | 3,46 | 54 | 2.410 | 7,0 | 0,4 | 29.884 | 89 / 99 | 490 | 91 | |
| Sri Lanka | 19,4 | 18,7 | 0,5 | 15 | 0,5 | 4,5 | 1,88 | 97 | 3.730 | | 1,9 | 7.019 | 14 / 12 | 477 | 79 | |
| WESTASIEN | 224,0 | 372,0 | 1,8 | 66 | 2,2 | | 2,97 | 79 | | | | 138.861²³ | 52 / 44 | | | |
| Besetzte Palästinensische Gebiete | 4,1 | 10,3 | 3,2 | 72 | 3,3 | 1,7 | 5,04 | 99 | | | | 8.785 | 22 / 17 | | 92 | |
| Irak | 29,5 | 61,9 | 1,8 | 67 | 1,7 | 0,4 | 4,21 | 89 | | | 3,1 | 61.211 | 105 / 98 | | 81 | |
| Israel | 7,0 | 10,5 | 1,7 | 92 | 1,7 | 0,4 | 2,73 | | 23.840 | 22,8 | 4,8 | | 6 / 5 | 2.816 | 100 | |
| Jemen | 23,1 | 58,0 | 3,0 | 31 | 4,9 | 5,8 | 5,44 | 20 | 2.090 | | 2,1 | 23.896 | 83 / 72 | 319 | 67 | |
| Jordanien | 6,1 | 10,1 | 3,0 | 78 | 3,1 | 2,0 | 3,08 | 100 | 4.820 | 14,0 | 4,8 | 3.007 | 23 / 19 | 1.311 | 97 | |
| Kuwait | 2,9 | 5,2 | 2,4 | 98 | 2,5 | 1,6 | 2,17 | 100 | | 12,2 | 1,7 | | 11 / 9 | 11.100 | | |

Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren

| | Gesamtbevölkerung 2008 (in Millionen) | Bevölkerungsprojektion für 2050 (in Millionen) | Durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate in % (2005-2010) | Städtische Bevölkerung in % (2008) | Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung in % (2005-2010) | Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirt. Nutzfläche | Gesamter Fruchtbarkeitsrate (2008) | Betreute Geburten in % | BNE pro Kopf in US-\$ (2006) | Anteil an den Staatsausgaben | Entwicklungshilfe für bevölkerungspolitische Maßnahmen (in 1.000 US-\$) | Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeburten m/w (Schätzwert für 2008) | Energieverbrauch pro Kopf in kg Erdöl-einheiten | Zugang zu sauberem Trinkwasser (% der Bevölk.) | |
|----------------------------------|---------------------------------------|--|--|------------------------------------|--|--|------------------------------------|------------------------|------------------------------|--|---|---|---|--|------------------|
| | | | | | | | | | | Grundschulbildung (% des BIP pro Kopf) | Gesundheit (% des BIP) | | | | |
| Libanon | 4,1 | 5,2 | 1,1 | 87 | 1,2 | 0,3 | 2,19 | 98 | 9.600 | 7,2 | 3,8 | 5.543 | 30 / 20 | 1.391 | 100 |
| Oman | 2,7 | 4,6 | 2,0 | 72 | 2,0 | 7,7 | 2,95 | 98 | | 16,3 | 2,1 | 6 | 14 / 13 | 5.570 | |
| Saudi-Arabien | 25,3 | 45,0 | 2,2 | 82 | 2,5 | 0,4 | 3,30 | 96 | 22.300 | | 2,6 | 317 | 26 / 17 | 6.068 | |
| Syrien | 20,4 | 34,9 | 2,5 | 54 | 3,1 | 0,8 | 3,04 | 93 | 4.110 | 14,2 | 2,1 | 3.367 | 20 / 15 | 948 | 93 |
| Türkei (10) | 75,8 | 98,9 | 1,3 | 69 | 2,0 | 0,8 | 2,13 | 83 | 8.410 | 11,8 | 5,4 | 32.728 | 35 / 26 | 1.182 | 96 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 4,5 | 8,5 | 2,9 | 78 | 2,9 | 0,6 | 2,28 | 100 | | 7,1 | 1,9 | | 9 / 9 | 11.436 | 100 |
| ARABISCHE STAATEN (11) | 337,3 | 586,3 | 2,0 | 56 | 2,5 | 2,7 | 3,3 | 71 | 5.978 | 11,2 | 2,3 | 228.124 | 62 / 53 | 1.646 | 84 |
| EUROPA | 731,1 | 664,2 | 0,0 | 72 | 0,2 | | 1,45 | 100 | | | | | 11 / 9 | | |
| OSTEUROPA | 293,6 | 221,7 | -0,5 | 68 | -0,4 | | 1,29 | 100 | | | | 5.826 | 19 / 14 | | |
| Bulgarien | 7,6 | 4,9 | -0,7 | 71 | -0,3 | 0,1 | 1,31 | 99 | 10.270 | 19,0 | 4,7 | 323 | 16 / 12 | 2.592 | 99 |
| Polen | 38,0 | 30,3 | -0,2 | 61 | -0,3 | 0,5 | 1,22 | 100 | 14.250 | 22,9 | 4,3 | 10 | 8 / 7 | 2.436 | |
| Rumänien | 21,3 | 15,9 | -0,5 | 54 | -0,1 | 0,2 | 1,30 | 99 | 10.150 | | 3,9 | 5.493 | 20 / 15 | 1.772 | 57 |
| Slowakei | 5,4 | 4,7 | 0,0 | 56 | 0,2 | 0,3 | 1,25 | 100 | 17.060 | 13,0 | 5,2 | | 9 / 8 | 3.496 | 100 |
| Tschechische Republik | 10,2 | 8,8 | 0,0 | 73 | 0,0 | 0,2 | 1,24 | 100 | 20.920 | 12,9 | 6,3 | | 5 / 4 | 4.417 | 100 |
| Ungarn | 10,0 | 8,5 | -0,3 | 68 | 0,3 | 0,2 | 1,28 | 100 | 16.970 | 21,9 | 5,5 | | 9 / 8 | 2.752 | 99 |
| NORDEUROPA (12) | 97,6 | 108,2 | 0,4 | 84 | 0,5 | | 1,78 | 99 | | | | | 6 / 6 | | |
| Dänemark | 5,5 | 5,5 | 0,2 | 87 | 0,5 | 0,1 | 1,80 | | 36.190 | 25,5 | 7,7 | (103.910) | 6 / 6 | 3.621 | 100 |
| Estland | 1,3 | 1,1 | -0,4 | 69 | -0,3 | 0,2 | 1,49 | 100 | 18.090 | 20,1 | 3,8 | | 11 / 8 | 3.786 | 100 |
| Finnland | 5,3 | 5,4 | 0,3 | 63 | 0,8 | 0,1 | 1,83 | 100 | 33.170 | 18,7 | 5,8 | (50.948) | 5 / 4 | 6.664 | 100 |
| Großbritannien und Nordirland | 61,0 | 68,7 | 0,4 | 90 | 0,5 | 0,2 | 1,82 | 99 | 33.650 | 18,4 | 7,1 | (863.793) | 6 / 6 | 3.884 | 100 |
| Irland | 4,4 | 6,2 | 1,8 | 61 | 2,3 | 0,3 | 1,96 | 100 | 34.730 | 13,9 | 6,5 | (143.654) | 6 / 6 | 3.676 | |
| Lettland | 2,3 | 1,8 | -0,5 | 68 | -0,5 | 0,2 | 1,29 | 100 | 14.840 | 20,6 | 3,9 | | 16 / 11 | 2.050 | 99 |
| Litauen | 3,4 | 2,7 | -0,5 | 67 | -0,4 | 0,2 | 1,26 | 100 | 14.550 | 14,4 | 4,0 | | 13 / 9 | 2.515 | |
| Norwegen | 4,7 | 5,7 | 0,6 | 77 | 0,7 | 0,2 | 1,84 | | 50.070 | 21,7 | 7,5 | (114.775) | 4 / 4 | 6.948 | 100 |
| Schweden | 9,2 | 10,5 | 0,5 | 85 | 0,5 | 0,1 | 1,80 | | 34.310 | 24,0 | 7,5 | (369.569) | 4 / 4 | 5.782 | 100 |
| SÜDEUROPA (13) | 152,1 | 146,3 | 0,3 | 67 | 0,7 | | 1,43 | 99 | | | | 13.324 | 8 / 7 | | |
| Albanien | 3,2 | 3,5 | 0,6 | 47 | 1,9 | 2,0 | 2,04 | 100 | 6.000 | 7,8 | 2,6 | 4.055 | 24 / 20 | 762 | 96 |
| Bosnien-Herzegowina | 3,9 | 3,2 | 0,1 | 47 | 1,4 | 0,1 | 1,23 | 100 | 6.780 | | 5,2 | 3.861 | 15 / 13 | 1.268 | 97 |
| Griechenland | 11,2 | 10,8 | 0,2 | 61 | 0,6 | 0,4 | 1,33 | | 30.870 | 16,1 | 4,3 | (13.641) | 8 / 8 | 2.790 | |
| Italien | 58,9 | 54,6 | 0,1 | 68 | 0,4 | 0,2 | 1,38 | 99 | 28.970 | 25,9 | 6,8 | (3.904) | 6 / 6 | 3.160 | |
| Kroatien | 4,6 | 3,7 | -0,1 | 57 | 0,4 | 0,2 | 1,35 | 100 | 13.850 | 20,2 | 6,0 | 1.644 | 8 / 7 | 2.000 | 100 |
| Mazedonien | 2,0 | 1,7 | 0,1 | 67 | 0,8 | 0,3 | 1,42 | 98 | 7.850 | 23,8 | 5,5 | 3.659 | 17 / 16 | 1.346 | |
| Montenegro | 0,6 | 0,6 | -0,3 | 60 | -0,8 | | 1,83 | 99 | 8.930 | | 6,2 | 1.392 | 25 / 23 | | |
| Portugal | 10,7 | 10,0 | 0,4 | 59 | 1,4 | 0,7 | 1,46 | 100 | 19.960 | 24,4 | 7,4 | (6.807) | 7 / 7 | 2.575 | |
| Serbien | 9,9 | 9,6 | 0,1 | 52 | 0,5 | 0,4 ¹⁴ | 1,80 | 99 | 9.320 | | 5,8 | 5.829 | 14 / 13 | | 93 ¹⁴ |
| Slowenien | 2,0 | 1,7 | 0,0 | 48 | -0,6 | 0,1 | 1,28 | 100 | 23.970 | 30,0 | 6,2 | | 6 / 6 | 3.657 | |
| Spanien | 44,6 | 46,4 | 0,8 | 77 | 1,0 | 0,1 | 1,42 | | 28.200 | 18,6 | 5,9 | (67.452) | 6 / 5 | 3.346 | 100 |
| WESTEUROPA (15) | 187,9 | 188,0 | 0,2 | 77 | 0,4 | | 1,59 | 100 | | | | | 6 / 5 | | |
| Belgien | 10,5 | 10,6 | 0,2 | 97 | 0,3 | 0,2 | 1,65 | 99 | 33.860 | 20,2 | 6,9 | (75.677) | 6 / 5 | 5.407 | |
| Deutschland | 82,5 | 74,1 | -0,1 | 74 | 0,1 | 0,1 | 1,36 | 100 | 32.680 | 16,6 | 8,2 | (151.949) | 5 / 5 | 4.180 | 100 |
| Frankreich | 61,9 | 68,3 | 0,5 | 77 | 0,8 | 0,1 | 1,89 | 99 | 32.240 | 17,6 | 8,9 | (250.720) | 6 / 5 | 4.534 | 100 |
| Niederlande | 16,5 | 17,2 | 0,2 | 82 | 0,9 | 0,5 | 1,72 | 100 | 37.940 | 18,7 | 6,0 | (546.801) | 6 / 6 | 5.015 | 100 |
| Österreich | 8,4 | 8,5 | 0,4 | 67 | 0,7 | 0,2 | 1,42 | | 36.040 | 23,2 | 7,7 | (7.959) | 6 / 5 | 4.174 | 100 |
| Schweiz | 7,5 | 8,4 | 0,4 | 73 | 0,5 | 1,0 | 1,42 | 100 | 40.840 | 24,9 | 6,8 | (36.540) | 6 / 5 | 3.651 | 100 |
| LATEINAMERIKA UND KARIBIK | 579,4 | 769,2 | 1,2 | 79 | 1,7 | | 2,35 | 89 | | | | 316.094 | 30 / 23 | | |
| KARIBIK (16) | 41,6 | 50,4 | 0,9 | 66 | 1,6 | | 2,40 | 73 | | | | 125.582 | 44 / 32 | | |
| Dominikanische Republik | 9,9 | 14,0 | 1,5 | 69 | 2,6 | 1,0 | 2,80 | 96 | 5.550 | 8,1 | 1,7 | 14.453 | 37 / 28 | 777 | 95 |

Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren

| | Gesamtbevölkerung 2008 (in Millionen) | Bevölkerungsprojektion für 2050 (in Millionen) | Durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate in % (2005-2010) | Städtische Bevölkerung in % (2008) | Wachstumsrate der städtischen Bevlk. in % (2005-2010) | Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirt. Nutzfläche | Gesamtfertbarkeitsrate (2008) | Betreute Geburten in % | BNE pro Kopf in US-\$ (2006) | Anteil an den Staatsausgaben | Entwicklungshilfe für bevölkerungspolitische Maßnahmen (in 1.000 US-\$) | Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren pro 1.000 Lebendgeborenen m/w (Schätzwert für 2008) | Energieverbrauch pro Kopf in kg Erdöl-einheiten | Zugang zu sauberem Trinkwasser (% der Bevlk.) | |
|--|---------------------------------------|--|--|------------------------------------|---|--|-------------------------------|------------------------|------------------------------|------------------------------|---|--|---|---|-----|
| Haiti | 9,8 | 15,3 | 1,6 | 47 | 4,5 | 5,0 | 3,50 | 26 | 1.070 | | 3,2 | 96.668 | 82 / 59 | 269 | 54 |
| Jamaika | 2,7 | 2,8 | 0,5 | 53 | 0,9 | 1,8 | 2,42 | 97 | 7.050 | 11,5 | 2,3 | 7.397 | 18 / 16 | 1.445 | 93 |
| Kuba | 11,3 | 9,9 | 0,0 | 76 | 0,0 | 0,4 | 1,50 | 100 | | 37,6 | 6,9 | 5.116 | 7 / 6 | 906 | 91 |
| Puerto Rico | 4,0 | 4,4 | 0,6 | 98 | 0,8 | 0,8 | 1,83 | 100 | | | | | 9 / 8 | | |
| Trinidad und Tobago | 1,3 | 1,3 | 0,4 | 13 | 2,9 | 0,8 | 1,64 | 98 | 16.800 | 15,7 | 2,4 | 1.948 | 20 / 15 | 9.599 | 91 |
| ZENTRALAMERIKA | 149,6 | 202,0 | 1,3 | 71 | 1,8 | | 2,44 | 83 | | | | 83.595 | 27 / 21 | | |
| Costa Rica | 4,5 | 6,4 | 1,5 | 63 | 2,3 | 1,4 | 2,08 | 94 | 9.220 | 17,0 | 5,4 | 1.581 | 13 / 10 | 883 | 97 |
| El Salvador | 7,0 | 10,0 | 1,4 | 61 | 1,9 | 2,2 | 2,66 | 69 | 5.610 | 9,2 | 3,8 | 9.241 | 32 / 26 | 694 | 84 |
| Guatemala | 13,7 | 27,5 | 2,5 | 49 | 3,4 | 2,8 | 4,11 | 41 | 5.120 | 6,5 | 2,0 | 14.992 | 44 / 33 | 628 | 95 |
| Honduras | 7,2 | 12,1 | 2,0 | 48 | 2,9 | 1,4 | 3,26 | 67 | 3.420 | | 3,8 | 15.175 | 46 / 36 | 566 | 87 |
| Mexiko | 107,8 | 132,3 | 1,1 | 77 | 1,5 | 0,8 | 2,19 | 94 | 11.990 | 15,5 | 2,9 | 11.322 | 22 / 17 | 1.712 | 97 |
| Nicaragua | 5,7 | 8,2 | 1,3 | 57 | 1,8 | 0,4 | 2,72 | 67 | 2.720 | 8,8 | 4,1 | 29.598 | 28 / 22 | 611 | 79 |
| Panama | 3,4 | 5,1 | 1,7 | 73 | 2,8 | 0,9 | 2,55 | 91 | 8.690 | 9,6 | 5,0 | 1.686 | 27 / 20 | 804 | 90 |
| SÜDAMERIKA (17) | 388,2 | 516,8 | 1,3 | 83 | 1,7 | | 2,31 | 93 | | | | 106.918 | 30 / 23 | | |
| Argentinien | 39,9 | 51,4 | 1,0 | 92 | 1,2 | 0,1 | 2,24 | 99 | 11.670 | 10,9 | 4,5 | 5.602 | 17 / 13 | 1.644 | 96 |
| Bolivien | 9,7 | 14,9 | 1,8 | 66 | 2,5 | 1,2 | 3,46 | 67 | 3.810 | 16,2 | 4,3 | 16.779 | 64 / 55 | 578 | 85 |
| Brasilien | 194,2 | 254,1 | 1,3 | 86 | 1,8 | 0,4 | 2,23 | 97 | 8.700 | 10,8 | 3,5 | 17.509 | 32 / 24 | 1.122 | 90 |
| Chile | 16,8 | 20,7 | 1,0 | 88 | 1,3 | 1,0 | 1,93 | 100 | 11.300 | 12,8 | 2,8 | 2.964 | 10 / 8 | 1.815 | 95 |
| Ecuador | 13,5 | 18,0 | 1,1 | 66 | 2,1 | 1,2 | 2,56 | 80 | 6.810 | | 2,1 | 11.128 | 29 / 21 | 799 | 94 |
| Kolumbien | 46,7 | 61,9 | 1,3 | 74 | 1,7 | 2,3 | 2,21 | 96 | 6.130 | 19,5 | 6,2 | 8.307 | 29 / 22 | 636 | 93 |
| Paraguay | 6,2 | 9,9 | 1,8 | 60 | 2,8 | 0,5 | 3,05 | 77 | 4.040 | 12,6 | 2,7 | 5.189 | 43 / 32 | 674 | 86 |
| Peru | 28,2 | 39,0 | 1,2 | 71 | 1,3 | 1,8 | 2,49 | 73 | 6.490 | 6,7 | 2,1 | 35.370 | 30 / 26 | 506 | 83 |
| Uruguay | 3,4 | 3,6 | 0,3 | 92 | 0,4 | 0,2 | 2,11 | 100 | 9.940 | 6,5 | 3,4 | 538 | 17 / 14 | 875 | 100 |
| Venezuela | 28,1 | 42,0 | 1,7 | 93 | 2,0 | 0,6 | 2,53 | 95 | 10.970 | | 2,1 | 3.534 | 24 / 19 | 2.293 | 83 |
| NORDAMERIKA (18) | 342,1 | 445,3 | 1,0 | 82 | 1,3 | | 2,00 | 100 | | | | 8 / 8 | | | |
| Kanada | 33,2 | 42,8 | 0,9 | 80 | 1,0 | 0,0 | 1,52 | 100 | 36.280 | | 6,8 | (300.868) | 6 / 6 | 8.417 | 100 |
| Vereinigte Staaten | 308,8 | 402,4 | 1,0 | 82 | 1,3 | 0,0 | 2,05 | 100 | 44.070 | 21,5 | 7,2 | (2.535.693) | 8 / 8 | 7.893 | 100 |
| OZEANIEN | 34,7 | 48,7 | 1,2 | 71 | 1,3 | | 2,29 | 76 | | | | 52.325 | 37 / 32 | | |
| AUSTRALIEN/NEUSEELAND | 25,2 | 33,3 | 1,0 | 88 | 1,2 | | 1,82 | 100 | | | | | 6 / 5 | | |
| Australien (19) | 21,0 | 28,0 | 1,0 | 89 | 1,2 | 0,0 | 1,79 | 100 | 33.940 | 16,4 | 5,9 | (95.463) | 6 / 5 | 5.978 | 100 |
| Melanesien (20) | 8,3 | 13,8 | 1,9 | 19 | 2,0 | | 3,59 | 46 | | | | | 81 / 69 | | |
| Neuseeland | 4,2 | 5,2 | 0,9 | 87 | 1,0 | 0,1 | 1,99 | 95 | 25.750 | 19,4 | 6,9 | (17.663) | 6 / 6 | 4.090 | |
| Papua Neuguinea | 6,5 | 11,2 | 2,0 | 12 | 1,9 | 5,1 | 3,74 | 38 | 1.630 | | 3,6 | 52.325 | 90 / 76 | | 39 |
| IM WIRTSCHAFTLICHEN ÜBERGANG BEFINDLICHE LÄNDER DER EHEMALIGEN UDSSR (21) | | | | | | | | | | | | 105.294 | | | |
| Armenien | 3,0 | 2,5 | -0,2 | 64 | -0,3 | 0,6 | 1,37 | 98 | 4.950 | | 1,8 | 3.015 | 36 / 31 | 848 | 92 |
| Aserbaidshon | 8,5 | 9,4 | 0,8 | 52 | 1,0 | 1,0 | 1,80 | 97 | 5.430 | 6,3 | 1,0 | 9.615 | 89 / 81 | 1.649 | 77 |
| Georgien | 4,4 | 3,1 | -0,8 | 53 | -0,6 | 0,7 | 1,40 | 92 | 3.880 | | 1,7 | 9.176 | 45 / 37 | 718 | 82 |
| Kasachstan | 15,5 | 17,3 | 0,7 | 58 | 1,2 | 0,1 | 2,29 | 100 | 8.700 | 10,0 | 2,5 | 9.324 | 33 / 23 | 3.462 | 86 |
| Kirgisistan | 5,4 | 6,6 | 1,1 | 36 | 1,6 | 0,9 | 2,45 | 98 | 1.790 | 7,6 | 2,5 | 7.002 | 69 / 58 | 544 | 77 |
| Moldawien | 3,8 | 2,9 | -0,9 | 42 | -1,5 | 0,3 | 1,40 | 100 | 2.660 | 16,6 | 4,2 | 3.041 | 21 / 17 | 917 | 92 |
| Russische Föderation | 141,8 | 107,8 | -0,5 | 73 | -0,6 | 0,1 | 1,34 | 100 | 12.740 | | 3,2 | 4.725 | 24 / 18 | 4.517 | 97 |
| Tadschikistan | 6,8 | 10,8 | 1,5 | 26 | 1,6 | 1,9 | 3,31 | 83 | 1.560 | 8,7 | 1,1 | 5.304 | 81 / 72 | 528 | 59 |
| Turkmenistan | 5,0 | 6,8 | 1,3 | 49 | 2,2 | 0,6 | 2,48 | 100 | | | 3,2 | 622 | 104 / 84 | 3.381 | 72 |
| Ukraine | 45,9 | 30,9 | -0,8 | 68 | -0,7 | 0,2 | 1,21 | 100 | 6.110 | 14,8 | 3,7 | 43.456 | 18 / 13 | 3.041 | 96 |
| Usbekistan | 27,8 | 38,4 | 1,4 | 37 | 1,6 | 1,3 | 2,46 | 100 | 2.190 | | 2,4 | 6.186 | 71 / 60 | 1.798 | 82 |
| Weißrussland | 9,6 | 7,0 | -0,6 | 73 | 0,0 | 0,2 | 1,20 | 100 | 9.700 | 14,1 | 5,0 | 3.830 | 14 / 10 | 2.720 | 100 |

Ausgewählte Indikatoren für weniger bevölkerungsreiche Länder/Territorien

Überwachung der ICPD-Ziele - ausgewählte Indikatoren

| | Sterblichkeitsindikatoren | | | Bildungsindikatoren | | Gesundheitsindikatoren | | | |
|--------------------------|---|---------------------|---|--|---|---|--|------------------|---|
| | Säuglingssterblichkeit pro 1.000 Lebendgeburten | Lebenserwartung m/w | Müttersterblichkeitsrate pro 100.000 Lebendgeburten | Bruttoeinschulungsrate in der Grundstufe m/w | Bruttoeinschulungsrate in der Sekundarstufe m/w | Geburten pro 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 19 Jahren | Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen | | HIV-Infektionsrate (15-49 Jahre) in % m/w |
| | | | | | | | Irgendeine Methode | Moderne Methoden | |
| Äquatorialguinea | 91 | 50,6 / 53,0 | 680 | 125 / 119 | 41 / 23 | 123 | | | 2,8 / 4,1 |
| Bahamas | 13 | 70,9 / 76,6 | 16 | 98 / 98 | 91 / 91 | 53 | 62 | 60 | 4,4 / 1,6 |
| Bahrain | 11 | 74,4 / 77,6 | 32 | 120 / 119 | 100 / 104 | 17 | 62 | 31 | |
| Barbados | 10 | 74,5 / 79,9 | 16 | 104 / 102 | 100 / 104 | 42 | 55 | 53 | 1,8 / 0,6 |
| Belize | 16 | 73,3 / 79,3 | 52 | 125 / 121 | 77 / 81 | 79 | 56 | 53 | 1,6 / 2,5 |
| Brunei | 5 | 75,0 / 79,8 | 13 | 107 / 106 | 96 / 100 | 27 | | | |
| Dschibuti | 84 | 53,8 / 56,2 | 650 | 49 / 40 | 27 / 18 | 23 | 18 | 17 | 2,4 / 3,7 |
| Fidschi | 19 | 66,7 / 71,2 | 210 | 101 / 99 | 80 / 88 | 32 | | | 0,1 / 0,1 |
| Französisch-Polynesien | 8 | 71,8 / 76,9 | | | | 34 | | | |
| Guadaloupe | 7 | 76,1 / 82,3 | | | | 19 | | | |
| Guam | 9 | 73,3 / 78,0 | | | | 52 | 67 | 58 | |
| Guyana | 42 | 64,3 / 70,0 | 470 | 125 / 124 | 106 / 104 | 63 | 35 | 34 | 2,0 / 3,0 |
| Island | 3 | 80,3 / 83,3 | 4 | 98 / 97 | 108 / 111 | 15 | | | 0,3 / 0,1 |
| Kap Verde | 24 | 68,4 / 74,6 | 210 | 108 / 103 | 75 / 86 | 83 | 61 | | |
| Katar | 8 | 75,3 / 76,5 | 12 | 105 / 104 | 103 / 100 | 18 | 43 | 32 | |
| Komoren | 48 | 63,2 / 67,6 | 400 | 91 / 80 | 40 / 30 | 49 | 26 | 19 | 0,1 / <0,1 |
| La Réunion | 13 | 72,4 / 80,6 | | | | 33 | 67 | 64 | |
| Luxemburg | 4 | 75,8 / 81,7 | 12 | 102 / 103 | 94 / 98 | 10 | | | 0,3 / 0,1 |
| Malediven | 33 | 67,7 / 69,7 | 120 | 118 / 114 | 76 / 84 | 23 | 39 | 34 | <0,1 / <0,1 |
| Malta | 6 | 77,4 / 81,4 | 8 | 101 / 99 | 99 / 100 | 13 | 86 | 46 | 0,1 / 0,1 |
| Martinique | 7 | 76,6 / 82,4 | | | | 30 | | | |
| Mikronesien (25) | 34 | 70,0 / 74,3 | | 109 / 111 | 80 / 86 | 37 | 49 | 47 | |
| Neukaledonien | 6 | 73,0 / 79,8 | | | | 26 | | | |
| Niederländische Antillen | 15 | 71,4 / 78,9 | | 125 / 123 | 87 / 95 | 30 | | | |
| Polynesien (26) | 16 | 70,7 / 75,8 | | | | 28 | 43 | 37 | |
| Salomonen | 54 | 62,9 / 64,4 | 220 | 102 / 98 | 33 / 27 | 41 | | | |
| Samoa | 22 | 68,7 / 75,0 | | 100 / 100 | 76 / 86 | 27 | | | |
| Surinam | 28 | 67,0 / 73,6 | 72 | 121 / 121 | 66 / 90 | 40 | 42 | 41 | 3,4 / 1,4 |
| Vanuatu | 28 | 68,4 / 72,3 | | 110 / 106 | 43 / 37 | 44 | 39 | 28 | |
| Zypern | 6 | 76,6 / 81,7 | 10 | 103 / 102 | 96 / 97 | 8 | | | |

Ausgewählte Indikatoren für weniger bevölkerungsreiche Länder/Territorien

Demografische, soziale und wirtschaftliche Indikatoren

| | Gesamtbevölkerung 2008 (in Tausend) | Bevölkerungsprojektion für 2050 (in Tausend) | Städtische Bevölkerung in % (2008) | Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung in % (2005-2010) | Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche | Gesamtfruchtbarkeitsrate (2008) | Betreute Geburten in % | BNE pro Kopf in US-\$ bei Kaufkraftparität (2006) | Sterblichkeit bei Kindern unter 5 Jahren m/w |
|--------------------------|-------------------------------------|--|------------------------------------|--|---|---------------------------------|------------------------|---|--|
| Äquatorialguinea | 520 | 1.183 | 39 | 2,8 | 1,5 | 5,34 | 63 | 16.620 | 162 / 145 |
| Bahamas | 335 | 449 | 84 | 1,4 | 0,8 | 2,01 | 99 | | 20 / 14 |
| Bahrain | 766 | 1.173 | 89 | 1,8 | 1,0 | 2,27 | 99 | | 14 / 14 |
| Barbados | 295 | 272 | 40 | 1,5 | 0,6 | 1,50 | 100 | | 12 / 10 |
| Belize | 294 | 487 | 52 | 3,1 | 0,8 | 2,90 | 91 | 7.080 | 22 / 17 |
| Brunei | 398 | 681 | 75 | 2,6 | 0,1 | 2,28 | 100 | 49.900 | 7 / 6 |
| Dschibuti | 848 | 1.480 | 87 | 2,2 | | 3,90 | 93 | 2.180 | 132 / 116 |
| Fidschi | 844 | 910 | 52 | 1,6 | 1,1 | 2,73 | 99 | 4.450 | 24 / 24 |
| Französisch-Polynesien | 266 | 357 | 52 | 1,3 | | 2,25 | 100 | | 10 / 10 |
| Guadaloupe | 448 | 468 | 98 | 0,7 | 0,4 | 2,10 | 99 | | 10 / 8 |
| Guam | 176 | 242 | 93 | 1,3 | | 2,52 | 87 | | 11 / 10 |
| Guyana | 736 | 477 | 28 | -0,1 | 0,2 | 2,32 | 94 | 3.410 | 65 / 47 |
| Island | 303 | 355 | 92 | 0,9 | 3,0 | 2,06 | | 33.740 | 4 / 4 |
| Kap Verde | 542 | 1.002 | 60 | 3,5 | 2,0 | 3,33 | 89 | 2.590 | 38 / 19 |
| Katar | 856 | 1.333 | 96 | 2,2 | 0,4 | 2,64 | 100 | | 9 / 12 |
| Komoren | 860 | 1.715 | 28 | 2,7 | 4,3 | 4,24 | 62 | 1.140 | 70 / 53 |
| La Réunion | 817 | 1.072 | 93 | 1,6 | 0,5 | 2,35 | | | 20 / 10 |
| Luxemburg | 472 | 722 | 82 | 1,0 | 0,1 | 1,66 | 100 | 60.870 | 7 / 6 |
| Malediven | 311 | 510 | 38 | 5,3 | 5,1 | 2,59 | 84 | 4.740 | 41 / 41 |
| Malta | 408 | 428 | 94 | 0,7 | 0,5 | 1,36 | 100 | 20.990 | 8 / 7 |
| Martinique | 400 | 350 | 98 | 0,3 | 0,6 | 1,91 | 100 | | 8 / 8 |
| Mikronesien (25) | 560 | 808 | 68 | 1,6 | | 2,66 | 88 | 6.070 | 41 / 42 |
| Neukaledonien | 245 | 360 | 65 | 2,1 | 8,5 | 2,06 | 92 | | 9 / 8 |
| Niederländische Antillen | 194 | 186 | 93 | 1,6 | 0,1 | 1,86 | | | 20 / 13 |
| Polynesien (26) | 666 | 850 | 43 | 1,6 | | 3,02 | 99 | | 20 / 19 |
| Salomonen | 507 | 955 | 18 | 4,1 | 4,4 | 3,82 | 43 | 1.850 | 72 / 71 |
| Samoa | 189 | 215 | 23 | 1,7 | | 3,89 | 100 | 5.090 | 27 / 25 |
| Surinam | 461 | 426 | 75 | 1,0 | 1,2 | 2,40 | 71 | 7.720 | 40 / 29 |
| Vanuatu | 232 | 454 | 25 | 4,1 | | 3,70 | 92 | 3.480 | 38 / 28 |
| Zypern | 864 | 1.183 | 70 | 1,3 | 0,4 | 1,60 | 100 | 25.060 | 8 / 6 |

Anmerkungen zu den Indikatoren

Die in dieser Publikation verwendeten Bezeichnungen geben in keiner Weise Auffassungen des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, UNFPA, über den Rechtsstatus eines Landes, Territoriums oder Gebietes, ihrer Behörden oder über ihre Grenzen wieder.

Daten zu kleinen Ländern oder Gebieten – im Allgemeinen Länder oder Gebiete, deren Bevölkerungszahl im Jahre 1990 bei 200.000 oder darunter lag – sind in dieser Tabelle nicht im Einzelnen ausgewiesen. Sie sind in den Bevölkerungszahlen der einzelnen Regionen enthalten.

- (*) Stärker entwickelte Regionen umfassen Nordamerika, Japan, Europa und Australien/Neuseeland.
- (+) Weniger entwickelte Regionen umfassen alle Regionen Afrikas, Lateinamerikas und der Karibik, Asiens (ohne Japan) sowie Melanesien, Mikronesien und Polynesien.
- (+) Am wenigsten entwickelte Länder nach der Definition der Vereinten Nationen.
- (1) Einschließlich des Britischen Territoriums im Indischen Ozean und der Seychellen.
- (2) Einschließlich Agalesa, Rodrigues und St. Brandon.
- (3) Einschließlich São Tomé und Príncipe.
- (4) Früher Zaire.
- (5) Einschließlich Westsahara.
- (6) Einschließlich St. Helena, Ascension und Tristan da Cunha.
- (7) Einschließlich Macao.
- (8) Am 1. Juli 1997 wurde Hongkong eine Sonderverwaltungsregion Chinas.
- (9) Diese Zahl ist in der Gesamtsumme der stärker entwickelten Regionen enthalten,
- nicht jedoch in der Schätzung für die geografische Region.
- (10) Die Türkei wird aus geografischen Gründen unter Westasien aufgeführt. Nach anderen Klassifikationen wird das Land zu Europa gerechnet.
- (11) Einschließlich Algerien, Bahrain, Komoren, Dschibuti, Ägypten, Irak, Jordanien, Kuwait, Libanon, Libyen, Mauretanien, Marokko, Besetzte Palästinensische Gebiete, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Somalia, Sudan, Syrien, Tunesien, Vereinigte Arabische Emirate und Jemen. Regionale Aggregationen der von der UN-Bevölkerungsabteilung bereitgestellten demografischen Indikatoren. Aggregationen für andere Indikatoren sind gewichtete Durchschnitte auf Grundlage der Länder, für die Daten verfügbar sind.
- (12) Einschließlich Kanalinseln, der Faröer Inseln und der Isle of Man.
- (13) Einschließlich Andorra, Gibraltar, Vatikanstadt und San Marino.
- (14) Auf die von der Nationalversammlung Montenegros am 3. Juni 2006 angenommene Unabhängigkeitserklärung hin ging die Mitgliedschaft des ehemaligen Serbien und Montenegro auf Serbien über und wurde Montenegro am 28. Juni 2006 als 192. Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen aufgenommen. Da die Angaben für die beiden Staaten bislang aber noch nicht getrennt vorliegen, wird hier der aggregierte Wert angegeben.
- (15) Einschließlich Liechtenstein und Monaco.
- (16) Einschließlich Anguilla, Antigua und Barbuda, Aruba, Britische Jungferninseln, Kaimaninseln, Dominica, Grenada, Montserrat, Niederländische Antillen, Saint Kitts und Nevis, Saint Lucia, Saint Vincent sowie den Grenadinen, Turks- und Caicosinseln und Amerikanischen Jungferninseln.
- (17) Einschließlich Falklandinseln (Malwinen) und Französisch-Guyana.
- (18) Einschließlich Bermuda, Grönland und St. Pierre und Miquelon.
- (19) Einschließlich Weihnachtsinsel, die Kokos-(Keeling)-Inseln und Norfolkinsel.
- (20) Einschließlich Neukaledonien und Vanuatu.
- (21) Die Nachfolgestaaten der ehemaligen UdSSR sind unter den entsprechenden Regionen aufgeführt. Osteuropa schließt Weißrussland, die Republik Moldawien, die Russische Föderation und die Ukraine ein. Armenien, Aserbaidschan und Georgien gehören zu Westasien. Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan werden zum südlichen Zentralasien gerechnet. Gesamtangaben für die Region, ohne die Subregion, über die nachstehend getrennt berichtet wird.
- (22) Gesamtangaben für die Region, ohne die Subregion, über die nachstehend getrennt berichtet wird.
- (23) Diese Subregionen umfassen die UNFPA-Region Arabische Staaten und Europa.
- (24) Einige südeuropäische Balkanländer und nordeuropäische baltische Länder sind in den Gesamtangaben für Osteuropa enthalten.
- (25) Einschließlich der Föderierten Staaten von Mikronesien, Guam, Kiribati, der Marshallinseln, Nauru, der Nördlichen Marianen und der Pazifischen Inseln (Palau).
- (26) Schließt Amerikanisch-Samoa, die Cookinseln, Johnstoninsel, Pitcairn, Samoa, Tokelau, Tonga, die Midwayinseln, Tuvalu sowie Wallis und Futuna ein.

Technische Hinweise

Die statistischen Tabellen des *Weltbevölkerungsberichts* legen auch dieses Jahr einen Schwerpunkt auf Indikatoren, die herausstellen sollen, welche Fortschritte erzielt wurden in Bezug auf die quantitativen und qualitativen Ziele der Kairoer Weltbevölkerungskonferenz (ICPD) und die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) bei der Senkung der Sterblichkeit, beim Zugang zu Bildung sowie dem Zugang zu Dienstleistungen im Bereich der reproduktiven Gesundheit (einschließlich Familienplanung) und bei der Bekämpfung von HIV/Aids unter Jugendlichen. Nachfolgend werden – geordnet nach den einzelnen Kategorien – die Quellen für die Indikatoren und die Gründe für ihre Auswahl aufgeführt.

Überwachung der ICPD-Ziele

STERBLICHKEITSINDIKATOREN

Säuglingssterblichkeit, Lebenserwartung von Männern und Frauen zum Zeitpunkt der Geburt. Quelle: Tabellen der UN-Bevölkerungsabteilung.

Diese Indikatoren geben die Sterblichkeit im kritischen ersten Lebensjahr (der Indikator, der am empfindlichsten auf das Entwicklungsniveau reagiert) sowie während des gesamten Lebenszyklus an. Die Angaben sind Schätzwerte für das Jahr 2008.

Müttersterblichkeitsrate. Quelle: WHO, UNICEF, UNFPA und Weltbank. *Maternal Mortality in 2005: Estimates Developed by WHO, UNICEF and UNFPA*. Genf. 2005.

Der Indikator gibt die Anzahl der Todesfälle von Frauen pro 100.000 Lebendgeburten an, die durch eine Schwangerschaft, Entbindung und damit verbundene Komplikationen verursacht werden. Präzise Angaben sind schwierig, aber die relativen Größenordnungen sind aufschlussreich. Schätzungen zwischen 100 und 999 wurden auf die nächste Zehn und über 1.000 auf die nächste 100 gerundet. In mehreren Fällen weichen die Schätzungen von den offiziellen Regierungsangaben ab. Die Schätzwerte basieren so weit möglich auf berichteten Daten. Dabei wurden Herangehensweisen genutzt, die die Vergleichbarkeit von Daten aus unterschiedlichen Quellen verbessern sollen. Nähere Angaben zur Herkunft nationaler Schätzwerte sind den Quellen zu entnehmen.

Schätzungen und Methoden werden von der WHO, UNICEF, UNFPA, wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen Organisationen überprüft und gegebenenfalls im Rahmen des kontinuier-

lichen Prozesses zur Verbesserung der Daten zur Müttersterblichkeit korrigiert. Aufgrund veränderter Methoden kann es sein, dass frühere Schätzwerte für das Jahr 1995 mit diesen Schätzwerten nicht strikt vergleichbar sind.

BILDUNGSINDIKATOREN

Bruttoeinschulungsraten von Jungen und Mädchen in der Grundstufe und in der Sekundarstufe. Quelle: Tabellen des *Institute for Statistics* der UNESCO. Montreal. April 2008. Bevölkerungsdaten basieren auf: UN-Bevölkerungsabteilung. *World Population Prospects: The 2006 Revision*. New York. 2005/2006.

Bruttoeinschulungsraten geben die Anzahl der Schüler einer bestimmten Stufe des Schulsystems an, die pro 100 Personen in der jeweiligen Altersgruppe die Schule besuchen. Die Zahl ist nicht hinsichtlich derjenigen Personen bereinigt, die durch späte Einschulung, Schulunterbrechung oder Wiederholung eines Schuljahres das der jeweiligen Schulstufe entsprechende Alter überschritten haben. Die Daten geben die neuesten für den Zeitraum 1999 bis 2007 verfügbaren Schätzwerte an.

Analphabetenrate bei Männern und Frauen. Quelle: Siehe Bruttoeinschulungsraten.

Alphabetisierungsraten wurden auf Analphabetenraten umgerechnet. Die Definitionen von Analphabetismus sind je nach Land unterschiedlich. Drei dieser Definitionen haben sich weitgehend durchgesetzt. Wo immer möglich, beziehen sich die angegebenen Daten auf den Anteil derer, die nicht in der Lage sind, eine kurze, einfache Darstellung des täglichen Lebens zu lesen und schriftlich niederzulegen.

Die Analphabetenrate bei Erwachsenen (das heißt von Personen, die älter als 15 Jahre sind) spiegelt ungefähr die Zahl der aktuellen Schulbesuche und die bisherige Entwicklung des Bildungsstands wider. Die oben erwähnten Bildungsindikatoren wurden unter Verwendung der Schätzungen in *World Population Prospects: The 2006 Revision* aktualisiert. Die Daten zur Bildung sind die aktuell verfügbaren Schätzungen für den Zeitraum 1995 bis 2004.

Anteil der Schüler und Schülerinnen, die das fünfte Schuljahr erreichen. Quelle: Siehe Bruttoeinschulungsraten.

Die aktuellsten Daten liegen für die Schuljahre 1999 bis 2007 vor.

INDIKATOREN DER REPRODUKTIVEN GESUNDHEIT

Geburten pro 1.000 Frauen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Quelle: Tabellen der UN-Bevölkerungsabteilung.

Es handelt sich um einen Indikator für die Belastungen, denen junge Frauen aufgrund ihrer Fertilität ausgesetzt sind. Da es sich um eine Jahressumme handelt, in die alle Frauen der Alterskohorte eingehen, reflektiert dieser Indikator das Fertilitätsniveau von Frauen während ihrer Jugend nur unvollständig. Der Indikator gibt die durchschnittliche Zahl der Geburten pro Frau und pro Jahr an. Würde er mit einem Faktor von fünf multipliziert werden, ergäbe sich annäherungsweise die Zahl der Geburten pro 1.000 junge Frauen, die sich in den letzten Jahren vor Vollendung des 20. Lebensjahres befinden.

Diese Angabe sagt nichts über das volle Ausmaß von Schwangerschaften bei Teenagern aus, da nur Lebendgeburten berücksichtigt werden. Tot- und Fehlgeburten beziehungsweise Schwangerschaftsabbrüche werden nicht berücksichtigt. Die Schätzwerte beziehen sich auf den Zeitraum von 2005 bis 2010.

Anteil verheirateter Frauen, die Verhütungsmittel benutzen.

Quelle: Tabellen, bereitgestellt von der UN-Bevölkerungsabteilung.

Diese Daten sind Berichten über repräsentative Stichprobenuntersuchungen entnommen und schätzen den Anteil der verheirateten Frauen (einschließlich derjenigen, die in dauerhaften nichtehelichen Gemeinschaften leben), die zum gegenwärtigen Zeitpunkt irgendeine, beziehungsweise eine moderne, Verhütungsmethode anwenden. Zu den modernen und klinischen Methoden zählen die Sterilisation des Mannes und der Frau, die Spirale, die Pille, Injektionen, Hormonimplantate, Kondome und von der Frau benutzte Barrieremethoden.

Die Zahlen sind im Wesentlichen, aber nicht in jedem Fall, zwischen den einzelnen Ländern vergleichbar. Die Gründe hierfür sind Unterschiede bei den Untersuchungszeiträumen und bei der Formulierung der vorgelegten Fragen. Alle Daten der Länder und Regionen beziehen sich auf Frauen zwischen 15 und 49 Jahren. Zitiert werden die aktuellsten verfügbaren Umfragedaten, wobei der Berichtszeitraum von 1986 bis 2007 reicht.

HIV-Infektionsrate von Männern und Frauen von 15 bis 49 Jahren. Quelle: Daten des Aidsprogramms der Vereinten Nationen (UNAIDS). 2006.

Die Daten basieren auf systematischen Erhebungen und Modellrechnungen. Die angegebenen Werte für Männer und Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren entsprechen dem Durchschnitt der hohen und niedrigen Schätzwerte pro Land. Das Bezugsjahr ist 2007. Die Unterschiede der Infektions-

raten zwischen Männern und Frauen spiegeln die unterschiedliche physiologische und soziale Infektionsgefahr wider und werden darüber hinaus von den Altersunterschieden der Geschlechtspartner beeinflusst.

DEMOGRAFISCHE, SOZIALE UND WIRTSCHAFTLICHE INDIKATOREN

Weltbevölkerung 2008, Bevölkerungsprojektionen für 2050, durchschnittliche Bevölkerungswachstumsrate für den Zeitraum 2005-2010. Quelle: Tabellen der UN-Bevölkerungsabteilung.

Diese Indikatoren geben die aktuelle Größe, die projizierte künftige Größe sowie die aktuellen jährlichen Wachstumsraten der Bevölkerung der einzelnen Länder an.

Anteil der städtischen Bevölkerung und Wachstumsraten der städtischen Bevölkerung. Quelle: UN-Bevölkerungsabteilung.

World Urbanization Prospects: The 2007 Revision. CD-ROM-Ausgabe: *Data in Digital Format.* New York. 2008.

Diese Indikatoren geben den Anteil der in den städtischen Gebieten eines Landes lebenden Bevölkerung und die projizierte Wachstumsrate der in städtischen Gebieten lebenden Bevölkerung an.

Beschäftigte in der Landwirtschaft pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Quelle: Daten der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)

unter Verwendung von Beschäftigungsdaten in der Landwirtschaft auf der Grundlage von Daten zur Gesamtbevölkerung der UN-Bevölkerungsabteilung. *World Population Prospects: The 2006 Revision.* Beschäftigungsquote der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung nach: ILO. *Economically Active Population, 1950-2010.* 4. Ausg.; Genf. 1996.

Dieser Indikator bezieht die Zahl der Menschen, die von der Landwirtschaft leben, auf das für die landwirtschaftliche Produktion geeignete Land. Er berücksichtigt sowohl die Veränderungen in der Struktur der Volkswirtschaften (Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten) als auch Veränderungen der Agrartechnologie. Hohe Werte weisen auf eine Beeinträchtigung der Flächenproduktivität und eine Zersplitterung der Ackerflächen bei einer steigenden Zahl von Landbesitzern hin. Die Zahl berücksichtigt aber auch unterschiedliche Entwicklungsstufen und Landnutzungsstrategien. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2005.

Gesamtfruchtbarkeitsrate (2008). Quelle: Tabellen der UN-Bevölkerungsabteilung.

Diese Zahl gibt die durchschnittliche Anzahl der Kinder an, die eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommt, wenn die

heutigen altersspezifischen Geburtenraten während ihrer fruchtbaren Jahre (normalerweise zwischen dem 15. und dem 49. Lebensjahr) konstant bleiben. Die einzelnen Länder können das projizierte Niveau zu unterschiedlichen Zeitpunkten innerhalb dieser Zeitspanne erreichen.

Betreute Geburten. Quelle: Tabelle der WHO mit Daten aus: *Database on Skilled Attendant at Delivery*. Genf: WHO. Webseite: http://www.who.int/reproductive-health/global_monitoring/data.html.

Dieser Indikator basiert auf Berichten der einzelnen Länder über den Anteil der Geburten, die in Anwesenheit von „geschultem Personal des Gesundheitswesens oder geschulten Geburtshelfern erfolgen. Dazu zählen: Ärzte (Facharzt oder Allgemeinmediziner) und Personen mit Geburtshilfekenntnissen, die Komplikationen bei der Entbindung diagnostizieren und behandeln sowie normale Entbindungen begleiten können“. Daten für weiter entwickelte Länder spiegeln die dort allgemein höhere Rate der betreuten Geburten wider.

Aufgrund der Annahme einer vollständigen Versorgung kann es sein, dass unzureichende Angaben über (und eine unzureichende Versorgung von) marginalisierten Bevölkerungen und die Folgen unvorhergesehener Zwischenfälle und von Verzögerungen beim Krankentransport nicht vollständig Eingang in die offiziellen Statistiken finden. Verwendet wurden die neuesten verfügbaren Schätzdaten aus dem Zeitraum 1995 bis 2006.

Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf. Quelle: Neueste Zahlen (2006) nach: Weltbank, *World Development Indicators Online*. Webseite: <http://devdata.worldbank.org/dataonline/> (Registrierung erforderlich).

Dieser Indikator (bislang ausgedrückt als Bruttosozialprodukt [BSP] pro Kopf) misst den Wert aller Güter und Dienstleistungen, die von in- und ausländischen Produzenten in einer Volkswirtschaft erzeugt und für den Endverbrauch bestimmt werden, unabhängig von deren inländischer oder ausländischer Allokation, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl. Der Indikator umfasst also die Gesamtleistung einer Volkswirtschaft.

Anders als beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) werden beim Bruttonationaleinkommen auch die Einkommen aus im Ausland geleisteter Arbeit von Staatsangehörigen und aus dort erzielten Kapitalgewinnen und ähnliche Zahlungen an ausländische Empfänger im Inland berücksichtigt. Ferner werden verschiedene technisch bedingte Bilanzkorrekturen einbezogen, einschließlich jener, die im Zusammenhang mit Wechselkurschwankungen entstehen. Die unterschiedliche Kaufkraft der einzelnen Währungen wird anhand von Anpassungen der

Kaufkraftparität des „realen BNE“ berücksichtigt. Einige Zahlen zu Kaufkraftparitäten (PPP) beruhen auf Regressionsmodellen, andere wurden aus den Benchmark-Schätzungen des aktuellsten *International Comparison Programme* extrapoliert. Nähere Angaben sind der Originalquelle zu entnehmen.

Anteil der Staatsausgaben für Bildung und Gesundheit.

Quelle: Weltbank, *World Development Indicators Online*. Webseite: <http://devdata.worldbank.org/dataonline/> (Registrierung erforderlich).

Diese Indikatoren drücken die Bedeutung aus, die ein Staat seinem Bildungs- und Gesundheitswesen beimisst. Diese kommt im Anteil der für diese Bereiche bereitgestellten Haushaltsmittel zum Ausdruck. Dabei werden allerdings die erheblichen Unterschiede in der Mittelzuweisung innerhalb der Sektoren (wie zum Beispiel Grundschulbildung oder Basisgesundheitsdienste) im Verhältnis zu anderen Ebenen nicht berücksichtigt. Eine unmittelbare Vergleichbarkeit wird auch durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Regierungen und der Kommunalbehörden in Verwaltungs- und Haushaltsangelegenheiten sowie die unterschiedliche Rolle des privaten und des öffentlichen Sektors erschwert.

Die angegebenen Schätzungen werden im Bildungssektor ausgedrückt als Anteil am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beziehungsweise im Gesundheitssektor als Anteil am gesamten BIP. Aufgrund der zum Teil stark unterschiedlichen Inputkosten je nach Sektoren und Rahmenbedingungen ist beim Vergleich von Ländern gleichfalls große Vorsicht geboten. Die vorläufigen Daten entsprechen den jüngsten verfügbaren Schätzungen aus dem Jahr 2005.

Externe Entwicklungshilfeleistungen für den Bereich

Bevölkerung. Quelle: UNFPA. *Financial Resource Flow for Population Activities in 2006*. New York. 2006.

Diese Zahl gibt den Betrag an ausländischer Entwicklungshilfe an, der in den einzelnen Ländern im Jahr 2006 für bevölkerungspolitische Maßnahmen verwendet wurde. Die Auszahlung dieser Mittel erfolgt über multilaterale und bilaterale Organe der Entwicklungszusammenarbeit und über Nichtregierungsorganisationen. Geberländer sind daran erkennbar, dass ihre Beiträge in Klammern stehen. Die regionalen Gesamtzahlen schließen Projekte auf Landesebene und regionale Aktivitäten ein, die ansonsten in der Tabelle nicht aufgeführt werden.

Kindersterblichkeit. Quelle: Tabellen der UN-Bevölkerungsabteilung.

Dieser Indikator gibt die Sterberate von Säuglingen und Kleinkindern unter fünf Jahren an. Die Zahlen spiegeln die

Auswirkungen von Krankheiten und sonstigen Todesursachen bei Säuglingen und Kleinkindern wider. Zu den am weitesten verbreiteten demografischen Indikatoren gehören die Säuglingssterblichkeit und Sterblichkeit von Kindern im Alter von ein bis vier Jahren, in denen die unterschiedlichen Ursachen und die Häufigkeit der Sterblichkeit in diesen Altersstufen zum Ausdruck kommen.

Die Kindersterblichkeit berücksichtigt stärker als die Säuglingssterblichkeit die Folgen von Kinderkrankheiten, einschließlich jener Erkrankungen, die durch eine bessere Ernährung und Impfprogramme vermieden werden könnten. Die Kindersterblichkeit wird hier in Todesfällen von Kindern unter fünf Jahren pro 1.000 Lebendgeburten innerhalb eines Jahres ausgedrückt. Die Angaben sind Schätzwerte für den Zeitraum 2005 bis 2010.

Energieverbrauch pro Kopf. Quelle: Weltbank, *World Development Indicators Online*. Webseite: <http://devdata.worldbank.org/dataonline/> (Registrierung erforderlich).

Dieser Indikator gibt den Jahresverbrauch an wirtschaftlich genutzter Primärenergie (dazu zählen Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas und Strom aus Wasserkraft, Atomkraft und

Erdwärme) in Kilogramm Erdöleinheiten pro Kopf an. Er ist Ausdruck des industriellen Entwicklungsstandes, der Struktur einer Volkswirtschaft und der Konsumgewohnheiten. Veränderungen dieses Wertes über einen bestimmten Zeitraum können Ausdruck quantitativer Veränderungen der einzelnen wirtschaftlichen Tätigkeiten und Veränderungen des quantitativen Verhältnisses dieser Tätigkeiten zueinander sowie Veränderungen der Effizienz bei der Energienutzung sein, einschließlich der Zu- und Abnahme von Energieverschwendung. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 2005.

Zugang zu sauberem Trinkwasser. Quelle: WHO und UNICEF. *Meeting the MDG Drinking Water and Sanitation Target: The Urban and Rural Challenge of the Decade*. Genf. 2007.

Dieser Indikator gibt den Anteil der Bevölkerung an, der in einer „zumutbaren Entfernung“ von seiner Wohnung „Zugang zu sicherem Trinkwasser in ausreichender Menge“ hat, wobei diese Angaben auf den entsprechenden Definitionen der einzelnen Länder beruhen. Der Indikator weist auf Gesundheitsrisiken hin, einschließlich solcher, die sich aus unzureichenden sanitären Bedingungen ergeben. Die Daten sind Schätzwerte für das Jahr 2004.

Impressum

Herausgeber
der deutschen Übersetzung: Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
Göttinger Chaussee 115
30459 Hannover
Tel.: (05 11) 9 43 73-0
Fax: (05 11) 9 43 73-73
E-Mail: info@dsw-hannover.de
Homepage: www.weltbevoelkerung.de
Spendenkonto: 38 38 380
Commerzbank Hannover,
BLZ 250 400 66

Herausgeber des Berichts: UNFPA, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
Leitender Autor und Recherche: Joy Moncrieffe.
Redaktion: Alex Marshall. Redaktionelle Assistenz: Triana D'Orazio.
Beratung Kultur, Gender und Menschenrechte: Azza Karam.
Koordination: Christian Fuersich.
Mitarbeit in Redaktion und Verwaltung: Mirey Chaljub.

Das Redaktionsteam dankt den Mitarbeitenden, die Hintergrundpapiere zur Verfügung gestellt haben: Alan Greig, Vasantha Kandiah, Cecilia Maria Bacellar Sardenberg und Maya Unnithan.

Ein besonderer Dank gilt auch den Wissenschaftlern und Experten, die wertvolle Kommentare beigesteuert haben: Professor Abdullah An-Na'im, Dr. Josef Boehle, Rabbi Amy Eilberg, Katérina Stenou, Pastor Hans Ucko und Pastorin Francisca Ngozi Uti. Vielen Dank auch den Kolleginnen und Kollegen bei UNFPA, besonders Purnima Mane, Mari Simonen und Aminata Toure, Stan Bernstein, Jose Miguel Guzman, Werner Haug, Kristin Hetle, Abubakar Dungus, Laura Laski, Nuriye Ortayli, Sherin Saadallah, Saskia Schellekens.

Für die Unterstützung der Programme zum Thema Kultur seit 2002 bedankt sich UNFPA ganz besonders bei der Schweizer Regierung sowie bei den Regierungen Deutschlands und Schwedens.

Vertrieb des deutschen
Berichts: Balance Verlag
Schockenriedstraße 4
70565 Stuttgart
Tel.: (07 11) 7 82 92-100
Fax: (07 11) 7 82 92-199
E-Mail: vertrieb@hampppverlag.de
Homepage: www.balanceverlag.de, www.hampppverlag.de

Alle Rechte vorbehalten.

Übersetzung: Thomas Pfeiffer, Marion Schweizer
Redaktion: Uwe Kerkow, Julia Jakob und Catherina Hinz (DSW)
Gesamtherstellung: Alexander Kurz, Silke Ruoff, Hampp Media GmbH, Stuttgart
Satz: Andreas Weise, pws Print und Werbeservice Stuttgart
Druck: C. Maurer Druck und Verlag GmbH und Co.KG, Geislingen

ISBN: 978-3-936682-65-6



United Nations Population Fund
220 East 42nd Street
New York, NY 10017 U.S.A.
www.unfpa.org

